Denkmale jüdischer Kultur in Thüringen

Monika Kahl



Kulturgeschichtliche Reihe
Thüringisches Landesamt für Denkmalpflege

Denkmale jüdischer Kultur in Thüringen

Monika Kahl

Kulturgeschichtliche Reihe
Thüringisches Landesamt für Denkmalpflege
Band 2

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2026

Herausgegeben vom
Thüringischen Landesamt für Denkmalpflege
Landeskonservator Professor Rudolf Zießler

Abbildungen auf dem Umschlag
Titelseite: Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in Dreißigacker (Ortsteil von Meiningen)
Rückseite: Grabstein auf dem jüdischen Friedhof in Schwarza, Landkreis Schmalkalden-Meiningen

Bildnachweis:
Der Nachweis der Abbildungsvorlagen wird in den Bildunterschriften geführt. Alle anderen Vorlagen stammen aus dem Thüringischen Landesamt für Denkmalpflege, Erfurt (Fienold, Kahl, Kaunzner, Lucke, Schrön, Trefz) sowie von H. Kleber, Geisa: S. 87; Frühauf, Schleusingen: S. 122 (unten).
Die Karte auf den S. 26/27 zeichnete Inge Brüx, Leipzig.

Layout: Dietmar Senf, Leipzig
Satz und Repro: Satz Repro Grafik GmbH, Leipzig
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Jütte Druck GmbH, Leipzig

Gesetzt in Frutiger 45
Gedruckt auf ProfiStar igepa Art.-Nr.: 165

Das Papier erfüllt die »Frankfurter Forderungen« zur Verwendung alterungsbeständiger Papiere für die Buchherstellung und die ISO-Norm 9706

© Thüringisches Landesamt für Denkmalpflege
Alle Rechte vorbehalten
1. Auflage 1997

Erschienen im Verlag Ausbildung + Wissen GmbH
Bad Homburg und Leipzig 1997
William-Zipperer-Straße 131 · 04179 Leipzig
Tel.: 0341/4419856 · Fax: 0341/4415278
ISBN 3-927879-90-8

Verlag Ausbildung + Wissen
Bad Homburg und Leipzig

Inhaltsverzeichnis

6 Geleit

7 Vorwort

9 Denkmale jüdischer Kultur in Thüringen

12 Zur Geschichte der Juden in Thüringen

14 Jüdische Kulteinrichtungen und ihre Gestaltungsmerkmale

14 Friedhöfe
17 Synagogen
20 Mikwen
22 Schulen

23 Zu Problemen des Denkmalschutzes

26 Katalog der Standorte

26 Übersichtskarte
28 Arnstadt
31 Aschenhausen
37 Barchfeld
41 Bauerbach
44 Berkach
52 Bibra
53 Bleicherode
57 Dreißigacker
59 Eisenach
63 Ellrich
65 Erfurt
81 Bad Frankenhausen
83 Gehaus
85 Geisa
88 Gera
89 Gleicherwiesen
91 Gotha
94 Heiligenstadt
97 Hildburghausen
99 Immenrode
101 Marisfeld
103 Meiningen
107 Mühlhausen
112 Nordhausen
116 Plaue
118 Römhild
120 Schleusingen
124 Schmalkalden
130 Schwarza
133 Sondershausen
136 Stadtlengsfeld
139 Suhl
142 Suhl-Heinrichs
144 Themar
145 Vacha
147 Walldorf
150 Weimar
153 Weitersroda

156 Anhang

156 Begriffserklärungen
157 Verwendete Literatur (Auswahl)
159 Ungedruckte Quellen
160 Gesetz zum Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Thüringen und der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen vom 7. Dezember 1993
161 Statistische Angaben zum Bestand an Zeugnissen jüdischer Kultur in Thüringen
161 Friedhöfe
161 Synagogen
162 Zerstörte Synagogen
162 Mikwen
162 Schulen
162 Denkmale, Gedenksteine, -tafeln

Geleit

Die Geschichte der Juden in Thüringen und überhaupt, von ihren frühesten Anfängen bis zu ihrer nahezu vollständigen Vernichtung im »Dritten Reich«, ist so gut wie nicht bekannt.

Sie gehört nicht zur Allgemeinbildung, es sei denn, in Form von Vorurteilen und Klischees.

Nur ein relativ kleiner Kreis zeigt Interesse, etwas tiefer in das »Mystische«, das Leben der Juden, und dazu gehört nun mal auch das Sterben, einzudringen.

Jüdische Friedhöfe, von uns Juden auch der gute Ort genannt, gibt es allein in Thüringen 34. Lediglich einer davon wird momentan noch belegt, die anderen sind nur noch Denkmale – Erinnerungsstätten und Zeugen der jüdischen Vergangenheit.

Es gab sie, diese Vergangenheit, und sie ist auch gleichzeitig deutsche Vergangenheit. Diese beiden sind untrennbar miteinander verbunden, doch wie bereits gesagt, das Wissen darüber ist nur sehr spärlich verbreitet.

Das hier vorliegende Ergebnis einer langen und sorgfältigen Recherche sollte nicht nur ein Nachschlagwerk, etwas zum darin Herumblättern sein. Nein, es sollte ein Ausgangspunkt sein, anregen sich zu interessieren, wer waren die, die unter uns lebten, die, die für »ihr Vaterland« schon 1870/71 mitkämpften und auch im Ersten Weltkrieg zu Tausenden ebenfalls ihr Leben als treue Deutsche gaben. Der »Dank des Vaterlandes« erreichte die noch lebenden Teilnehmer des Ersten Weltkrieges mit typisch deutscher Gründlichkeit im »Dritten Reich«, nicht selten durch ehemalige »Kameraden«.

Aufklärung tut not. Die hier vorliegende Arbeit könnte ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung dazu sein.

Ich wünsche es der Verfasserin und uns Juden, vor allem jedoch den Lesern.

Wolfgang M. Nossen
Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen

Vorwort

Im breit gefächerten Spektrum des Denkmalbestandes im Freistaat Thüringen, dessen systematischer Erfassung sich die Mitarbeiter der Abteilung Erfassung/Inventarisation des Thüringischen Landesamtes für Denkmalpflege seit dem Inkrafttreten des neuen Denkmalschutzgesetzes am 7. Januar 1992 verstärkt widmen, nehmen die materiellen Hinterlassenschaften der in Thüringen existierenden jüdischen Gemeinden bis zu ihrer Vertreibung und physischen Vernichtung durch das nationalsozialistische Regime einen zahlenmäßig geringen Platz ein.

Auch die wenigen letzten erhaltenen Sachzeugen einer bis zur Jahrtausendwende zurückreichenden Geschichte jüdischen Lebens im Thüringer Raum sind größtenteils unbekannt. Die Mehrzahl der ehemals vielerorts vorhandenen Bauten und Einrichtungen des jüdischen Gemeindelebens, darunter sämtliche seit dem Ende des 19. Jahrhunderts errichteten Synagogen, war durch die Folgen der Pogromnacht vom 9. November 1938 beschädigt oder völlig zerstört worden. Lediglich eine geringe Anzahl kleinerer Kultbauten sowie nahezu alle Friedhöfe haben die im Verlaufe der Jahrhunderte immer wiederkehrenden Vernichtungsaktionen gegen die Juden überdauert. Mehr als sechzig Jahre nach der gewaltsamen Auflösung der letzten jüdischen Gemeinden ist nur wenig über ihre Geschichte in Thüringen bekannt und zumeist noch weniger über die oft nur rudimentär erhaltenen Sachzeugen.

Sie sind in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend unbeachtet geblieben und waren selten Gegenstand der Beschäftigung sowohl der Geschichtsschreibung als auch der Denkmalpflege. Lediglich eine geringe Anzahl von ihnen war in die Denkmallisten der DDR aufgenommen worden. Ihre Erfassung hing zumeist vom Zufall ab, eine systematische Aufarbeitung dieses Themenkomplexes fand aus vielschichtigen Gründen nicht statt. Geldmittel für die Erhaltung oder gar Restaurierung der von der Denkmalpflege unter Schutz gestellten Objekte jüdischer Kultur, deren Eigentümer nicht mehr am Leben waren oder im Ausland lebten, standen nicht oder nur in begrenztem Maße zur Verfügung.

Interessenlosigkeit von staatlicher Seite und Geldmangel führten dazu, daß für die Sicherung der noch vollständig im Original erhaltenen Synagoge in Schwarza keinerlei Mittel zur Verfügung standen und der Bau 1977, trotz des Widerspruchs des Instituts für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Erfurt, abgerissen wurde.

Das gegen Ende der achtziger Jahre im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der »Reichskristallnacht« vom 9. November 1938 verstärkte Interesse an der Aufarbeitung der regionalen Geschichte der Juden äußerte sich in mehreren Fällen in der Aufstellung eines Gedenksteins oder dem Anbringen einer Gedenktafel an den ehemaligen Standorten zerstörter Synagogen. Damit allerdings erlosch in der Regel das weitere Interesse staatlicher Stellen an der Thematik. In der Folgezeit wurde lediglich in Aschenhausen die durch eine Arbeitsgruppe interessierter Bürger initiierte und größtenteils ausgeführte Restaurierung der Synagoge finanziell unterstützt.

Die 1988 von der Erfurter Arbeitsstelle des Instituts für Denkmalpflege begonnene Spurensuche nach vorhandenen materiellen Zeugnissen jüdischen Lebens in Thüringen wurde nach 1989 forciert fortgesetzt und numehr begünstigt durch den erleichterten Zugang zu Archivmaterialien und Literatur sowie durch die verbesserte Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden.

Gleichfalls günstig wirkte sich unter anderem für die Denkmalpflege der am 7. Dezember 1993 geschlossene Staatsvertrag zwischen der Landesregierung und der Jüdischen Landesgemeinde Thüringens aus, der neben der Regelung gesellschaftlicher und sozialer Belange, den Schutz und die Erhaltung jüdischen Kulturerbes vertraglich vereinbarte. Daraus leiten sich die Aufgaben der Denkmalpflege ab, die die Erforschung und Erfassung der vorhandenen Sachzeugen voraussetzt.

Im Jahre 1994 erschien daraufhin in Heft 1 der Arbeitshefte des Thüringischen Landesamtes für Denkmalpflege ein Aufsatz über »Zeugnisse jüdischer Kultur in Thüringen«, der eine Einführung in den Themenkreis und einen allgemeinen Überblick über den Stand der bis dahin geleisteten Arbeit bot.

Jüdische Baudenkmäler, wie auch deren Überreste, und Friedhöfe spiegeln nicht nur eine besondere Bau- und Gestaltungsweise, sondern auch die Geschichte ihrer zumeist gewaltsamen Beschädigung oder völligen Zerstörung wider.

In vielen Fällen ist Eile geboten, um diese letzten materiellen Sachzeugen jüdischen Lebens zu dokumentieren und sie gemäß § 1 und 2 des Thüringer Denkmalschutzgesetzes für kommende Generationen zu erhalten, zu bewahren und zugleich den ihnen zumeist innewohnenden Mahncharakter zu verdeutlichen. Fortschreitender Steinzerfall bedroht eine Vielzahl jüdischer Grabmale. Die hebräischen Inschriften, die häufig wichtige geschichtliche Quellen der Ortsgeschichte darstellen, sind bisher zumeist noch nicht dokumentiert und übersetzt, so daß die Gefahr besteht, daß in absehbarer Zeit diese wichtigen Zeugen verloren gehen werden. Gleiches gilt für die Umnutzung ehemaliger Kultusgebäude der jüdischen Gemeinden, deren urprüngliche Funktion in den meisten Fällen nicht mehr nachvollziehbar ist. Weitere Probleme stellen die dem Charakter eines solchen Denkmals adäquate Nutzung sowie die Besitzverhältnisse dar, die oft den Umgang mit den Objekten erschweren.

Der vorliegende Band setzt im Rahmen der 1996 begonnenen Kulturgeschichtlichen Reihe der Veröffentlichungen des Thüringischen Landesamtes für Denkmalpflege die Aufarbeitung jüdischer Kulturdenkmale mit der katalogartigen Bestandsaufnahme und Auflistung aller bisher ermittelten jüdischen Kulteinrichtungen sowie Erinnerungsmale an Vertreibung und Vernichtung der Juden fort.

Rund 100 Objekte, darunter Friedhöfe, Kultstätten bzw. deren Überreste, Gedenksteine, Gedenktafeln und künstlerisch gestaltete Gedenkmale in 44 Orten Thüringens werden vorgestellt und beschrieben bzw. aufgelistet. Nicht alle werden den Kriterien gerecht, die eine Unterschutzstellung als Kulturdenkmal rechtfertigen, jedoch kann ihr Vorhandensein und ihre Einordnung in geschichtliche Zusammenhänge wesentlich für die Einschätzung anderer denkmalwürdiger Objekte eines Ortes oder einer Region sein. Das Thüringische Landesamt für Denkmalpflege verfolgt mit der Vorstellung des im folgenden Band zusammengestellten Materials die Absicht, Vorhandenes zu dokumentieren und festzuschreiben und damit die Grundlage für die weitere Aufarbeitung der Thematik sowie für den Umgang mit jüdischen Kulturdenkmalen zu schaffen.

Professor Rudolf Zießler
Landeskonservator

Denkmale jüdischer Kultur in Thüringen

Seit mehr als tausend Jahren leben auch in Thüringen Juden. Sie selbst und ihre Kultur waren seither immer wieder Repressalien und physischer Vernichtung ausgesetzt.

34 jüdische Friedhöfe und Grabfelder und 30 jüdische Kultstätten bzw. deren Überreste sind heute die einzigen noch sichtbaren Zeugen einstigen jüdischen Lebens in Thüringen. Sie sind nahezu alles, was nach der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik von der jahrhundertealten Kultur der Juden in unserer Region überdauert hat.

31 Gedenksteine und Gedenktafeln, zwei Denkmale, die an ehemalige jüdische Einrichtungen, wie die Synagogen in Arnstadt, Bleicherode, Eisenach, Geisa, Gotha, Nordhausen, Meiningen und Suhl, oder an das Schicksal jüdischer Bürger unter der Verfolgung während der faschistischen Diktatur, wie in Weimar-Buchenwald und Gera, erinnern, sowie eine Reihe von Grabstätten für jüdische Opfer des Nationalsozialismus, wie in Altenburg, Blankenhain und Gera, und der einzige Neubau einer Synagoge nach 1945 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, in Erfurt, ergänzen die wenigen materiellen Überreste einer bis in das 10. Jahrhundert zurückreichenden Geschichte der Juden in Thüringen.

Lange Zeit sind auch diese wenigen Zeitzeugen unbeachtet geblieben und waren nach der systematischen Zerstörung während der Zeit des Nationalsozialismus in den Jahrzehnten nach dem Kriegsende auch als Folge der Politik des »realen Sozialismus« in der DDR dem weiteren natürlichen Verfall preisgegeben.

Abgesehen von wenigen kurzen Beiträgen blieb die Beschäftigung mit der regionalen Geschichte der Juden, ihrem Lebensraum und ihren materiellen Hinterlassenschaften jahrzehntelang weit hinter der Beschreibung von jüdischen Lebensschicksalen aus der Zeit des Nationalsozialismus zurück.

Erst in Vorbereitung des 50. Jahrestages der Pogromnacht vom 9. November 1938, und auch getragen von außenpolitischen Erwägungen der damaligen Regierung, wurde in der DDR von staatlicher Seite der Thematik jüdischen Kulturerbes mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Zuvor hatten sich bereits vereinzelt Heimatforscher und kirchliche Arbeitsgruppen der Aufarbeitung einzelner Themenbereiche gewidmet. Dies führte dazu, daß kampagnemäßig in mehreren Orten, in denen 1938 Synagogen zerstört worden waren, Gedenksteine errichtet oder Erinnerungstafeln angebracht wurden.

In diesem Zusammenhang erhielt auch die für die Bezirke Erfurt, Gera und Suhl zuständige Arbeitsstelle des damaligen Instituts für Denkmalpflege den Auftrag, einen Bericht über den Bestand und den Zustand der in der Denkmalliste erfaßten Denkmale jüdischer Kultur zu erstatten. Die Überprüfung der Listen ergab, daß 20 solcher Objekte erfaßt waren, aber darüber hinaus eine Reihe weiterer bis dahin unbeachtet gebliebene existierten. Die weitere Beschäftigung mit der Thematik führte zu dem Ergebnis, daß noch wesentlich mehr bauliche Zeugnisse jüdischer Kultur vorhanden waren, von denen weder staatliche Stellen, noch in einigen Fällen die Jüdische Landesgemeinde selbst, Kenntnis hatten. Deshalb begann die Verfasserin 1988 mit der systematischen Bestandserfassung sämtlicher noch auffindbarer Objekte im Thüringer Raum, die vorläufig zu dem anfangs erwähnten Ergebnis führte.

Der Bestand an erhaltenen materiellen Sachzeugnissen jüdischer Kultur umfaßt in Thüringen hauptsächlich seit dem 17. Jahrhundert angelegte Friedhöfe, die nahezu alle der vollständigen Verwüstung während der Zeit des Nationalsozialismus entgingen. Sie sind zumeist von kleinerer und mittlerer Größe, ebenso ist der Bestand an herausragend gestalteten Grabmalen eher bescheiden zu nennen. Gleiches gilt auch für die Synagogen, deren zumeist sehr einfache Bauten in der Mehrzahl auf dem Lande zu finden waren. Von den seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in den Städten errichteten Synagogen, die allesamt nicht mehr existieren, war kaum eine in Ausmaß und Gestaltung vergleichbar mit denen in größeren Städten Süd- oder Westdeutschlands.

Der Grund dafür, und auch daß die Gesamtzahl der Objekte in Thüringen weit hinter der dieser Regionen zurückbleibt, ist zum einen in der bis in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts andauernden Zersplitterung

des Landes in eine Reihe kleiner Territorialstaaten zu suchen, in denen sich außer Erfurt (das zur preußischen Provinz Sachsen gehörte) keine Großstadt von zentraler Bedeutung entwickeln konnte. Zum anderen war die Traditionslinie der Geschichte der jüdischen Besiedlung im thüringischen Raum für einen Zeitraum von mehreren Jahrhunderten durch die Vertreibungen der Juden im 15./16. Jahrhundert unterbrochen worden und begann sich erst sehr zögerlich im späten 17. Jahrhundert auf dem Lande und im 19. Jahrhundert etappenweise in den Städten fortzusetzen. In den östlichen Regionen Thüringens setzte dieser Prozeß überhaupt erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein.

Die Spurensuche nach noch vorhandenen Objekten jüdischer Kulteinrichtungen erwies sich als kompliziert, da es in Thüringen kaum noch jüdische Bürger gibt, die Auskunft über die regionale Geschichte der jüdischen Gemeinden geben können. Aktenmaterial, Kunst- und Kultgegenstände wurden mit den Synagogen von den Nationalsozialisten nahezu vollständig vernichtet. Die meisten jüdischen Friedhöfe waren geschändet, andere in Vergessenheit geraten, da eine Reihe von ländlichen jüdischen Gemeinden bereits seit der Jahrhundertwende nicht mehr existierte. Die zumeist weit außerhalb der Orte liegenden jüdischen Friedhöfe verwilderten auch weiterhin nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, da man sich ihrer nicht mehr erinnerte oder dies oft auch nicht wollte. Nachfahren, die sich um die Erhaltung noch vorhandener jüdischer Kultstätten hätten bemühen können, waren bis auf wenige Ausnahmen von den Nationalsozialisten ermordet worden oder lebten im Ausland.

Nicht weniger kompliziert ist die Erschließung der Thematik über die Auswertung regionalgeschichtlicher Literatur und die Archivbestände, da es bisher keine umfassende Aufarbeitung der Geschichte der Juden in der Neuzeit gibt. Während über die Anfänge jüdischer Besiedlung im Thüringer Raum bis zur Vertreibung der Juden im 15. Jahrhundert mehrere Arbeiten existieren, findet man für die Zeit nach ihrer Wiederansiedlung seit dem 17./18. Jahrhundert keine Gesamtdarstellung, lediglich vereinzelte Beiträge und Hinweise in der Regionalliteratur oder in statistischen Erhebungen.

Die Ursache dafür ist darin zu suchen, daß Thüringen noch bis zur Gründung des Freistaates (ohne die zu Preußen gehörenden Gebietsteile) im Jahre 1920 in eine wechselnde Anzahl kleiner Territorialstaaten zersplittert blieb, in denen zumindest bis zur Reichseinigung 1871 unterschiedliche Gesetze hinsichtlich der Behandlung der Juden galten. Diese Tatsache spiegelt sich auch in der Literatur wider, in der in der Regel die Geschichte der einzelnen Länder separat abgehandelt wird. So berichtet u.a. Armin Human in seinem 1898 in den Schriften des Vereins für Sachsen-Meiningische Geschichte und Landeskunde erschienenen Aufsatz sehr detailliert über die »Geschichte der Juden im Herzogtum S.-Meiningen-Hildburghausen«[1].

Mit der Emanzipation der Juden und ihrer gesetzlichen Gleichstellung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nimmt auch die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte zu, die in den Publikationen einiger, zumeist größerer, städtischer jüdischer Gemeinden Niederschlag findet.

Während der Zeit des Nationalsozialismus dienten Abhandlungen über die Geschichte der Juden lediglich dem Ziel, sie zu diffamieren. Sie wurde im Sinne der antisemitischen Ideologie so aufgearbeitet, daß sich daraus die Begründung für die nationalsozialistische Verfolgungs- und Ausrottungspolitik ableiten ließ.

Nach 1945 erschienen jahrzehntelang vorwiegend Arbeiten über das Schicksal der Juden im »Dritten Reich«, kaum jedoch konkrete Darstellungen über die historische Entwicklung einzelner jüdischer Gemeinden.

In den seit 1988 und besonders nach der politischen Wende veröffentlichten Publikationen arbeiten die Autoren auch zunehmend diese Lücken auf, was durch den nach 1989 erleichterten Zugang zu Archivmaterialien begünstigt wird. 1992 erschien ein erster Überblick über die Zeugnisse jüdischer Kultur in den neuen Bundesländern, der auf der jahrzehntelangen Beschäftigung Helmut Eschweges, der bereits zuvor mehrere Bände zur jüdischen Kulturgeschichte publiziert hatte, basiert. Elf Autoren stellen in dem Band, durch knappe Fakten zur Geschichte der beschriebenen jüdischen Gemeinden ergänzt, bislang in diesem Umfang weitgehend unbekannte Zeugnisse jüdischer Kultur und Hinweise auf weitere Erschließungsquellen vor.[2] Ein weiterer, 1994 unter dem Titel »Stein und Name«, erschienener Band listet Informationen und eine Reihe von Beschreibungen jüdischer Friedhöfe in den neuen Bundesländern auf.[3]

In Thüringen erforscht seit etwa zwei Jahren neben einer Projektgruppe[4], die sich mit dem Schicksal Thüringer Juden während des Nationalsozialismus befaßt[5], eine Arbeitsgruppe an der Pädagogischen Hochschule die regionale Geschichte der Juden von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Erste Ergebnisse wurden im Herbst 1995 in einer Wanderausstellung der Öffentlichkeit vorgestellt.

Bisher fanden die Beschreibung und Wertung sowie die Baugeschichte der jüdischen Kultbauten wie auch des Gesamtbestandes an Grabmalen auf den jüdischen Friedhöfen kaum Berücksichtigung. Einen Anfangspunkt, diese Lücke zu schließen, soll die vorliegende Publikation setzen sowie zur weiteren detaillierten Beschäftigung mit der Problematik anregen.

Mit der nachfolgenden Auflistung und Beschreibung jüdischer Kultbauten, Friedhöfe und Grabfelder sowie der Auflistung der Gedenksteine, Erinnerungstafeln und künstlerisch gestalteter Gedenkmale, die unmittelbar Bezug zum Thema haben, soll dokumentiert werden, daß die Juden vor ihrer Vertreibung und Vernichtung durch die Nationalsozialisten in der gesamten Region präsent waren und einen festen Platz in der Gesellschaft einnahmen. Ihre weitgehende Assimilierung wirkte sich auch auf die Gestaltung ihrer Kulteinrichtungen, die zumeist nur die einzigen sichtbaren Zeugnisse jüdischen Gemeindelebens waren, aus. Ihr Vorhandensein hat sich in den jeweiligen Gemeinden mehr oder weniger fest sowohl in das Ortsbild als auch in das Bewußtsein der Einwohner eingefügt. Die meisten Bauten und auch ein Teil der Friedhöfe sind in der Zeit des Nationalsozialismus verwüstet oder vernichtet worden. Eine Reihe bereits vor 1933 nicht mehr für religiöse Zwecke genutzter oder 1938 nicht völlig zerstörter Kultuseinrichtungen sind nicht mehr im Originalzustand erhalten. Sie wurden durch Umbauten und zweckentfremdete Nutzung so gravierend verändert, daß ihre ursprüngliche Funktion nicht mehr nachvollziehbar ist.

Daher ist es heute um so wichtiger, die letzten erhaltenen Sachzeugen, die, unter verschiedenen Aspekten betrachtet, Auskunft über Größe und wirtschaftliche Lage der Gemeinde wie auch über die gesellschaftliche Stellung und die Schicksale ihrer Mitglieder geben, aufzuspüren, zu schützen und als Kulturdenkmale zu bewahren.

Anmerkungen

1 Human, Armin: Geschichte der Juden im Herzogtum S.-Meiningen-Hildburghausen, in: Schriften des Vereins für Sachsen Meiningische Geschichte u. Landeskunde, 30. Heft, S. 3-128, Hildburghausen 1898.

2 Zeugnisse jüdischer Kultur – Erinnerungsstätten in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen, Berlin 1992.

3 Brocke, Michael; Ruthenberg, Eckehart; Schulenburg, Kai Uwe: Stein und Name – Die jüdischen Friedhöfe in Ostdeutschland, Berlin 1994.

4 Forschungsgruppe »Geschichte der Juden im nationalsozialistischen Thüringen«, Europäisches Kulturzentrum in Thüringen, Erfurt.

5 Erschienen sind 1995 erste Ergebnisse im Band I.

Zur Geschichte der Juden in Thüringen

Allen im Katalog aufgeführten Orten sind knappe Informationen zur Geschichte der jeweiligen jüdischen Gemeinde vorangestellt. Zum besseren Verständnis sollen diese Ausführungen im folgenden durch einen kurzgefaßten Überblick über die wesentlichen Grundzüge der jüdischen Geschichte in Thüringen ergänzt werden.

Der Zeitpunkt der ersten Ansiedlung von Juden in Thüringen ist nicht zuverlässig belegbar. Er wird in der Literatur unterschiedlich mit dem 8. oder dem 9. Jahrhundert angegeben.

Bereits im 10. Jahrhundert sollen im sächsisch-thüringischen Raum in 124 Orten Juden ansässig gewesen sein.[1]

Zu den etwa 50 frühen Ansiedlungsorten, in denen seßhaft gewordene jüdische Kaufleute und Händler bereits im Mittelalter eine Gemeinde gebildet haben, gehörten auf dem heutigen Territorium des Freistaates Thüringen neben Erfurt, dem größten von allen, Arnstadt, Bleicherode, Ellrich, Gotha, Heiligenstadt, Meiningen, Mühlhausen, Nordhausen und Sondershausen. Aus dieser Zeit sind, außer vereinzelten Grabsteinfunden und Bauteilen einer mittelalterlichen Synagoge in Erfurt, sämtliche Bauten und Begräbnisplätze im Thüringer Raum während der wiederholten Judenverfolgungen und -vertreibungen im 13. bis 15. Jahrhundert vernichtet worden. Synagogen wurden zerstört oder nach Umbauten anderweitig durch neue christliche Besitzer genutzt, Grabsteine zum Bau von Stadtbefestigungsanlagen oder beim Straßenbau verwendet. In einer Reihe von Orten erinnern heute nur noch Straßen- oder Flurbezeichnungen an ehemals von Juden besiedelte Plätze.

Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts waren die Juden vielerorts aus den Städten gewiesen worden, die letzten im Jahre 1559 aus Nordhausen. Sie siedelten sich größtenteils in Osteuropa an. Vereinzelt im Lande zurückgebliebene Juden zogen sich in ländliche Gemeinden Süd-, West- und auch Nordthüringens zurück, wo ihnen von toleranten Gebiets- oder Landesherren Schutz und Unterkunft gewährt wurde. Vereinzelt wurden auch an den Höfen mehrerer Kleinstaaten wohlhabende jüdische Kaufleute, Bankiers oder Lieferanten als sogenannte Hofjuden aufgenommen. Die Juden wurden allgemein als eine günstige zusätzliche Einnahmequelle zur Aufbesserung der Finanzlage der jeweiligen Schutzherren angesehen, denn sie hatten für ihren Aufenthalt und die Regelung ihrer Lebensbedingungen verschiedene Abgaben zu leisten. Gleichzeitig galten sie jedoch nicht als gleichberechtigte Staatsbürger und waren einer Reihe von Restriktionen unterworfen, die eine freie Entfaltung des Gemeindelebens und ihre Freizügigkeit erheblich einschränkten.

Eine Veränderung dieser Situation trat erst schrittweise seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts ein, als die Emanzipationsgesetzgebung die Restriktionen abbaute und den Juden die vollen Bürgerrechte einräumte. Dieser Prozeß vollzog sich in den Thüringer Kleinstaaten über einen Zeitraum von mehr als 50 Jahren. Er begann im Jahre 1808 in den zu dieser Zeit französisch besetzten Gebieten Thüringens, zu denen Bleicherode, Ellrich, Erfurt, Heiligenstadt, Mühlhausen und Nordhausen gehörten, mit der Gleichstellung der Juden nach dem Dekret vom 27. Januar 1808, dessen Bestimmungen jedoch von der nachfolgenden preußischen Regierungsmacht in einigen Punkten wieder eingeschränkt wurde. Es folgte die etappenweise Emanzipationsgesetzgebung in den Territorialstaaten Schwarzburg-Sondershausen (1815/1849), Preußen (1812/1847/1848), Sachsen-Weimar-Eisenach (1823/1850), Sachsen-Coburg-Gotha (1852), Sachsen-Meiningen (1811/1856/1868). In den ostthüringischen Staaten wurde den Juden die Gleichstellung bis zum Inkrafttreten des für alle thüringischen Staaten geltenden Emanzipationsgesetzes vom 3. Juli 1869 verwehrt. Noch 1867 wurde in Sachsen-Altenburg das Niederlassungsverbot für Juden erneuert.[2]

Mit dem gesetzlich verankerten Recht auf Freizügigkeit vollzogen sich in den jüdischen Landgemeinden, die zu Beginn des Jahrhunderts erst entstanden waren oder sich vergrößert hatten, gravierende Veränderungen. Eine große Anzahl ihrer Mitglieder zogen in größere Städte oder wanderten nach Amerika aus. Das hatte zur Folge, daß in einer Reihe kleinerer Landgemeinden, wegen Mangels an mindestens zehn männlichen Mitgliedern, keine Gottesdienste mehr stattfinden konnten. Deshalb wurden in

mehreren Orten die ungenutzten Kulteinrichtungen verkauft und die Friedhöfe nicht mehr neu belegt. Dagegen entstanden in den Städten neue Kulteinrichtungen, die sich zunehmend dem jeweiligen Umfeld anglichen. Auch in seiner Lebensweise paßte sich der größte Teil der Juden ihrer gesellschaftlichen und sozialen Umgebung an. Nicht mehr alle Bürger jüdischer Herkunft gehörten der jüdischen Glaubensgemeinschaft an oder nahmen am jüdischen Gemeindeleben teil.

Angesichts der in Thüringen bereits frühzeitig einsetzenden antisemitischen Übergriffe – bereits 1926 wurde der Erfurter jüdische Friedhof an der Cyriakstraße geschändet, 1930 war mit Wilhelm Frick, der das Amt des Innen- und Volksbildungsministers übernahm, ein Nationalsozialist an der Regierungsbildung beteiligt und bereits im August 1932 war in Thüringen die erste nationalsozialistische Regierung in Deutschland gebildet worden – verließen viele Juden das Land. Diejenigen, die nicht emigrieren wollten oder konnten, wurden durch die antisemitische nationalsozialistische Rassenpolitik entrechtet, verfolgt, »nach Osten« deportiert oder in Konzentrationslagern ermordet. Von den 1933 in Thüringen einschließlich der Stadt Erfurt (ohne den preußischen Regierungsbezirk Erfurt) ansässigen rund 3700 jüdischen Bürgern, erlebte nahezu keiner das Ende des Krieges in seinem Heimatort.

Einige wenige aus Lagern zurückgekehrte Überlebende, Emigranten und aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten zugezogene Juden schlossen sich in Eisenach, Erfurt, Gera und Mühlhausen zu neuen Gemeinden zusammen, die jedoch, bis auf die Erfurter, nur kurzen Bestand hatten. Angesichts einer Anfang der 50er Jahre in der DDR sich andeutenden antisemitischen Stimmung sowie Probleme mit der wirtschaftlichen und politischen Lage im Lande, veranlaßten nahezu die Hälfte von ihnen nach Westdeutschland umzusiedeln. Die noch in Thüringen verbliebenen und die seit einigen Jahren verstärkt aus den ehemaligen GUS-Staaten zugewanderten Juden sind, soweit sie sich zur jüdischen Glaubensgemeinschaft bekennen, in der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen zusammengeschlossen. Ihre gesellschaftlichen und sozialen Belange sind in dem am 7. Dezember 1993 unterzeichneten Staatsvertrag zwischen der Thüringischen Landesregierung und der Jüdischen Landesgemeinde vereinbart. Aus den Artikeln 1 und 4 dieses Vertrages leiten sich die Aufgaben der Denkmalpflege ab, der Schutz und die Erhaltung jüdischen Kulturerbes, denen die Erforschung und die Erfassung aller noch vorhandenen Sachzeugen vorausgehen muß.[3]

Anmerkungen

1 Angaben nach *Eschwege, Helmut*: Die Synagoge in der deutschen Geschichte, Dresden 1980, S. 64.

2 vgl. dazu auch *Löwenbrück, Anna-Ruth*: Juden in Thüringen, Blätter zur Landeskunde, hrsg.v.d. Landeszentrale für politische Bildung, 1995.

3 vgl. dazu Vertrag im Anhang

Jüdische Kulteinrichtungen und ihre Gestaltungsmerkmale

Friedhöfe

Die Friedhöfe sind zumeist die ältesten Zeugnisse jüdischer Besiedlung und ein Beleg für das Vorhandensein einer größeren Anzahl von Juden in einer Region, denn wo auch immer sie sich ansiedelten, bemühten sie sich sogleich um die Beschaffung eines Platzes, auf dem sie ihre Toten bestatten konnten.

Für die Anlage eines jüdischen Friedhofs, dem »Haus des ewigen Lebens« oder dem »Guten Ort« (hebr.: Bet Olam) gilt die Regel, daß alle Grabstätten auf dem stets mit einer lebenden Hecke, einem Zaun oder einer Mauer umfriedeten Areal für alle Zeit erhalten bleiben und somit keiner Beschränkung der Ruhefrist unterliegen.

Deshalb bemühten sich die Juden um den Kauf von außerhalb der Stadt- oder Gemeindegrenzen liegenden Grundstücken, um der Gefahr der Beseitigung wegen geplanter Baumaßnahmen zu entgehen. Häufig mußten sie ihren Begräbnisplatz auch weit entfernt von Ortschaften an schwer zugänglichen Plätzen anlegen, weil ihnen die christlichen Gemeinden den Erwerb von günstig gelegenen Grundstücken in Ortsnähe verweigerten.

Die Gräber sind in der Regel so angeordnet, daß die Toten mit den Füßen nach Osten, in Richtung Jerusalem, bestattet sind. Abweichungen von dieser Regel kommen vor, wenn eine solche Lösung nicht möglich war.

Ältere jüdische Friedhöfe sind gekennzeichnet durch die Anordnung von Grabsteinen ohne Sockel und Grabeinfassungen in regelmäßigen Reihen. Die traditionelle Form der Grabmale ist die aufrecht stehende Stele, ein zumeist oben rechteckig oder einfach bzw. mehrfach gerundeter, gelegentlich auch mit geschwungenem Halbbogen oder Giebel abschließender Stein im Hochformat. Auffällig ist die durchweg schlichte Gestaltungsweise, die in der Auffassung der Gleichheit aller Menschen im Tode begründet ist. Als Material wurde in der Regel Sandstein oder anderes, bildhauerisch leicht verarbeitbares einheimisches Gestein verwendet. Die Inschriften bestehen oft aus umfangreichen hebräischen Texten.

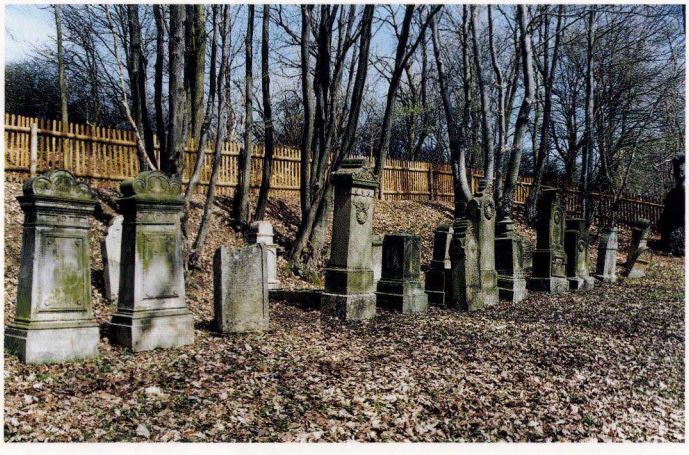
Als ein Beispiel für einen auf diese Weise gestalteten jüdischen Begräbnisplatz kann, mit Einschränkungen, der wiederhergestellte Friedhof von Schwarza im Landkreis Schmalkalden-Meiningen, der allerdings erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts angelegt wurde, angesehen werden.

Die ältesten Friedhöfe wurden nach der Vertreibung der Juden aus dem thüringischen Raum seit der Mitte des 15. Jahrhunderts zerstört, die Grabsteine häufig zum Bau von Stadtbefestigungen oder Straßen verwendet, und das Gelände bebaut. Von ihnen blieben lediglich eine Reihe von wiedergefundenen, auf neu angelegten Friedhöfen oder in Museen umgesetzte Grabsteine, wie in Erfurt, Mühlhausen oder Schmalkalden, erhalten. Ältere Abteilungen mit Grabmalen aus dem 17./18. Jahrhundert, die noch weitgehend den traditionellen Gestaltungsprinzipien entsprechen, existieren auf den Friedhöfen in Aschenhausen, Bauerbach, Bleicherode, Dreißigacker, Geisa, Marisfeld, Schleusingen, Stadtlengsfeld, Walldorf und Weitersroda. Bei den Grabmalen des 17. bis frühen 19. Jahrhunderts finden wir zunehmend symbolische Darstellungen der jüdischen Glaubenswelt, wie u.a. die Kanne des Leviten, die segnenden Hände sowie Tier- oder florale Motive auf den Grabsteinen. Auch der Formenreichtum der im ganzen noch relativ einheitlich schlicht gestalteten Grabmale nimmt zu. Gelegentlich werden hebräische Inschriften durch deutsche auf der Rückseite der Grabsteine ergänzt.

Diese traditionelle Gestaltungsweise, die über Jahrhunderte die jüdischen Friedhöfe und ihre Grabmale prägte, war seit dem 19. Jahrhundert einem Wandlungsprozeß unterworfen, der mit der rechtlichen Gleichstellung und der weitgehenden Integration der Juden in das sie umgebende Umfeld einherging. Die Formen, Materialien und Beschriftungen der Grabmale sowie die Gestaltung der Anlagen verloren ihre oben beschriebenen charakteristischen Züge und näherten sich zunehmend der zeitgenössischen bürgerlich-christlichen Friedhofskultur an. Das Prinzip der Gleichheit trat in den Hintergrund, viele Grabmale wurden, dem jeweiligen Zeitgeschmack entsprechend, aufwendiger mit plastischem Schmuck und auch nichtjüdischen Symbolen wie figürlichen Darstellungen oder später auch im Stil des Art Déco und des



Gleicherwiesen. Jüdischer Friedhof, traditionelles Grabfeld



Dreißigacker. Jüdischer Friedhof, Grabmale der zweiten Hälfte des 19. Jh.



Eisenach. Jüdisches Gräberfeld II, Grabstätten vom Anfang des 20. Jh.



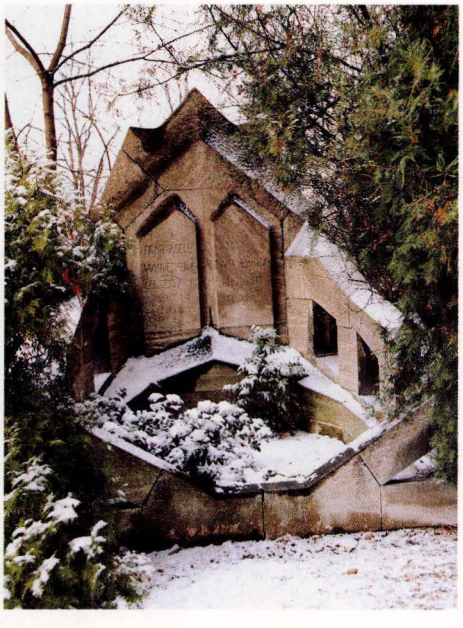
Barchfeld. Jüdischer Friedhof,
traditionelles Grabmal



Gleicherwiesen. Jüdischer Friedhof,
Grabmal mit der Kanne des Leviten, 19. Jh.



Bauerbach. Jüdischer Friedhof,
Grabmal mit segnenden Händen, Jugendstil



Erfurt. Jüdischer Friedhof, Werner-Seelenbinder-Str.,
expressionistisches Grabmal, 1925



Aschenhausen.
Symbolisches Grabmal, gesetzt nach 1990

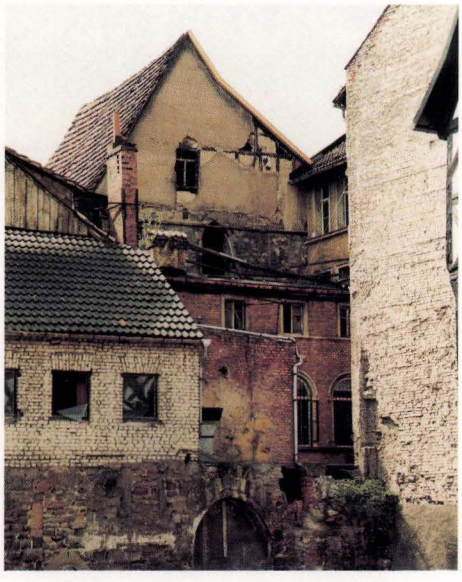
Expressionismus gestaltet. Die hebräischen Inschriften verlieren an Bedeutung oder verschwinden völlig. Häufig weisen nur noch einzelne hebräische Schriftzeichen oder die zuvor nicht übliche Abbildung des Davidsterns auf die jüdische Herkunft der Bestatteten hin. Ebenfalls neu sind die sichtbare Abgrenzung der Grabstätten voneinander durch massive steinerne Einfassungen oder vereinzelt auch Gitter sowie die Bepflanzung der Gräber.

Als Materialien für die Grabmale werden Marmor, Granite, oder andere witterungsbeständige Gesteinsarten und auch Zementguß verwendet. Häufig wurden im Verlaufe des 19. Jahrhunderts auch Inschriftplatten auf die Steine aufgesetzt oder in eine Vertiefung eingelassen.

Auch die Gestaltungsprinzipien der Grabfelder und des Wegesystems, die vielfach keine Rücksicht mehr auf die Ausrichtung der Grabstätten nach Osten nehmen, entsprechen weitgehend christlichen Friedhofsgestaltungen. Beispiele dieser Art finden wir besonders bei den gegen Ende des 19. Jahrhunderts in den Städten angelegten Friedhöfen, wie dem neuen Friedhof in Erfurt, den Anlagen in Meiningen, Nordhausen und Suhl. In Arnstadt, Eisenach und Meiningen sind die jüdischen Grabfelder als eigene Abteilung, in Gera als einzelne Grabstätten in den städtischen Friedhof integriert. Von all den genannten Friedhöfen werden nur noch auf dem Erfurter Gottesacker Bestattungen vorgenommen. Dort ist ein Großteil der neuesten Grabsteine industriell gleich denen anderer Friedhöfe gefertigt. Seit etwa den 20/30er Jahren gibt es dort, wie auch in Nordhausen, Urnengrabstätten, was in der jüdischen Begräbniskultur unüblich ist.

Synagogen

Neben der Schaffung eines Begräbnisplatzes widmete sich die jüdische Gemeinde in der Regel der Einrichtung eines Betraums oder -saales bzw. einer Synagoge, die eine zentrale Bedeutung für das Judentum hat. Die Synagoge bildet den religiösen, kulturellen, erzieherischen, politischen und sozialen Mittelpunkt des jüdischen Lebens. Zu ihrer Ausstattung gehören der Thora-Schrein zur Aufbewahrung der Thora-Rollen, ein erhöhter Platz (hebr.: Bimah oder auch arab.: Almenor) mit einem Vorlesepult, das Ewige Licht und in den meisten Fällen eine Frauenempore.[1]



Erfurt, Michaelisstraße 2.
Ostgiebel des einzigen in Thüringen teilerhaltenen mittelalterlichen Synagogenbaues



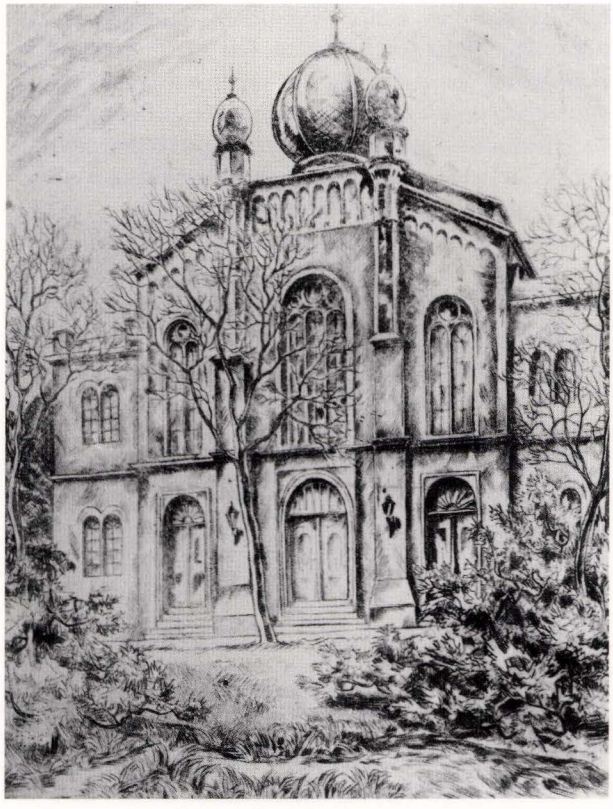
Aschenhausen. Landsynagoge,
errichtet in der ersten Hälfte des 19. Jh.



Erfurt, »kleine« Synagoge, An der Stadtmünze, errichtet 1840,5, Zustand 1989



Erfurt, Juri-Gagarin-Ring 16.
Einziger Neubau einer Synagoge in der ehemaligen DDR, errichtet 1952



Erfurt. Typische Stadtsynagoge am ehemaligen Kartäuserring mit orientalischen Stilelementen, errichtet 1884, zerstört in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938
(Radierung von Alfred Hanf, Erfurt, Angermuseum)

Die ersten Beträume oder Betsäle befanden sich zumeist in Privathäusern von Juden oder in von der christlichen Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung oder Mitbürgern gemieteten Räumen, da entweder die finanziellen Mittel für den Bau einer Synagoge fehlten oder der Erwerb eines Baugrundstücks verwehrt wurde.

Von den Synagogen des Mittelalters sind in Thüringen bis auf die Überreste eines aus dem letzten Drittel des 13. Jahrhunderts stammenden Baues in der Erfurter Michaelisstraße keine weiteren erhalten geblieben.

Ebenfalls nicht mehr vorhanden sind die ersten Synagogen des 17. und 18. Jahrhunderts auf dem Lande, die oftmals durch Umbau erworbener Gebäude geschaffen wurden. Eine Reihe der im 18. und 19. Jahrhundert neu errichteten Synagogen war durch An- oder Umbauten älterer Vorgängerbauten entstanden. Von den heute noch vollständig oder in veränderter Form vorhandenen Bauten, befindet sich die Mehrzahl in ländlichen Gemeinden. Erhalten sind die Synagogen in Aschenhausen und Berkach, umgebaut und nicht mehr als jüdischer Kultbau erkennbar die Gebäude in Bauerbach, Bibra, Themar und Stadtlengsfeld. Nicht alle jüdischen Landgemeinden verfügten über eine eigene Synagoge. Kleinere und finanziell schlecht gestellte Gemeinden hielten ihre Gottesdienste weiterhin in Beträumen oder -sälen ab. Von diesen Räumen, auf die es zumeist nur noch schriftliche oder mündliche Hinweise gibt, ist in Thüringen keiner mehr in seiner ursprünglichen Gestaltung erhalten. Bis auf wenige Ausnahmen sind auch die Gebäude, in denen sie sich befanden, nicht mehr vorhanden oder wurden durch Umbauten völlig verändert.

Die Synagogen im ländlichen Raum waren in der Mehrzahl einfach gestaltete ein- oder zweigeschossige Bauten auf quadratischem oder rechteckigem Grundriß, die weitgehend der zeittypischen Bauweise der Region angepaßt waren. Häufig waren im gleichen Gebäude auch der Schulraum, die Lehrerwohnung und in manchen Fällen auch das Ritualbad untergebracht. Die äußere Gestaltung der Bauten entsprach weitgehend der zeittypischen Bauweise der Region ihres Standortes. Die beiden einzigen noch erhaltenen Landsynagogen Thüringens wurden als frei stehende Saalbauten errichtet, in denen jeweils nur der mit einer Frauenempore ausgestattete Betsaal der Gemeinde eingerichtet war. Die Empore ist, entsprechend den ritualen Regeln, über einen gesonderten, außerhalb des Betraumes liegenden Aufgang zugänglich. Symmetrisch angeordnete hohe, über nahezu die gesamte Höhe des Gebäudes reichende Rechteck- oder Rundbogenfenster mit vielfacher Sprossenteilung verleihen den Bauten ein charakteristisches Gepräge. Im gleichen Stil, jedoch in größeren Dimensionen, sind die etwa zeitgleich entstandenen städtischen Synagogen in Mühlhausen (1842) und Erfurt (1840, An der Stadtmünze 5) ausgeführt. Beide entsprachen in ihrem äußeren Erscheinungsbild weitgehend noch den ländlichen Bauten, jedoch deutet eine Reihe abweichender Details, insbesondere bei der Ausgestaltung der Betsäle sowie der engen Zuordnung

von weiteren Gemeindeeinrichtungen, auf den beginnenden Wandlungsprozeß im religiösen Leben der sich neu etablierenden städtischen jüdischen Gemeinden hin.

Nur eine geringe Zahl von Synagogen überstand die Zeit des Nationalsozialismus mehr oder weniger unbeschadet, weil sie entweder schon vor 1933 wegen nicht mehr erfolgter Nutzung durch die jüdische Gemeinde verkauft und nach Umbau anderweitig genutzt worden waren, oder wegen ihrer eng an Nachbargebäude grenzenden Lage in der Pogromnacht vom 9. November 1938 beschädigt, jedoch nicht in Brand gesteckt worden waren.

Von den seit dem Ende des 19. Jahrhunderts errichteten und bis 1938 genutzten städtischen Synagogen in Arnstadt (1913), Bleicherode (1880), Eisenach (1884/85), Erfurt (1884), Gotha (1904), Meiningen (1883) und Suhl (1906) hat in Thüringen keine einzige die Schändungen durch die Nationalsozialisten überstanden. An sie erinnern nur noch Gedenksteine oder -tafeln an ihrem ehemaligen Standort. Damit ist kein einziges Beispiel eines Synagogenbaues aus der Phase der zunehmenden festen Etablierung der anwachsenden jüdischen Gemeinden in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens der Städte erhalten geblieben.

Den neuen Stellenwert der jüdischen Gemeinden im 19. Jahrhundert in der Gesellschaft und ihre Integration in die sie umgebenden Lebensstrukturen brachten auch die Lage und die Ausführung der neuen Kultbauten zum Ausdruck. Die zuvor relativ bescheidenen, vom Stil der Landgemeinden beeinflußten Bauten, wie in Erfurt, An der Stadtmünze 5, (1840) und Mühlhausen (1842), genügten nicht mehr, weder in der Gestaltung noch in ihren Dimensionen, den Ansprüchen der Gemeinden. Deshalb wurden die vorhandenen Synagogen oder Beträume in den oben genannten Städten durch Neubauten ersetzt, die, dem Zeitgeschmack entsprechend, mit neoromanischen, neogotischen oder orientalischen Stilelementen gestaltet waren.

Die im Vergleich zu anderen Regionen weniger monumentalen Synagogenbauten des späten 19. und Anfang des 20.Jahrhunderts in Thüringen widerspiegeln in ihrer verschiedenartigen Gestaltung die Suche der jüdischen Gemeinden nach einer ihrem Glauben wie auch ihrem Assimilierungsbestreben adäquaten Formensprache.[2] Während die Erfurter Synagoge (1884) den orientalischen Stil repräsentierte, waren die Bauten in Eisenach (1884/85), Suhl (1906) oder Gotha (1904) von Stilelementen der Romanik und der Gotik geprägt. Der 1929 fertiggestellte Neubau der Synagoge in Schmalkalden entsprach in seiner Gestaltung den Auffassungen zeitgenössischer moderner Architektur. Sein äußeres Erscheinungsbild ließ seine Funktion als jüdischer Sakralbau, abgesehen von dem das Dach bekrönenden Davidstern, nicht erkennen.

Der erste jüdische Architekt, der seine Auffassung von der Notwendigkeit der Integration jüdischer Lebensweise in die christliche Umwelt zum Ausdruck brachte, war Edwin Oppler. Seine Entwürfe für eine Reihe von Synagogenbauten in Deutschland, unter anderem der für die Gemeinde in Bleicherode (1880), sind stark an den Baustil der zeitgenössischen christlichen Kirchen angelehnt.[3]

Sachlich und zurückhaltend gestaltet ist der einzige Neubau einer Synagoge von 1952 in Erfurt, der den Sakralbau mit Sozial- und Büroräumen unter einem Dach vereint.

Mikwen

Zu den unverzichtbaren Einrichtungen der jüdischen Glaubensgemeinschaft zählt auch die Mikwe, das rituelle Tauchbad, das einen wichtigen Bestandteil der religiösen Reinigungsgesetze darstellt.

Mikwen waren ursprünglich überall dort anzutreffen, wo jüdische Familien oder ganze Gemeindeverbände lebten. Die Mikwe (hebräisch: Wasseransammlung) dient der rituellen Reinigung von Menschen und Dingen, die aus verschiedenen Gründen nach jüdischer Auffassung als unrein angesehen werden, um ihre Reinheit wiederherzustellen oder zu erlangen.[4] Als »unrein« gelten unter anderem Menschen, die Kontakt mit Toten hatten oder die zum Judentum übergetreten sind, besonders aber Frauen nach der Menstruation oder einer Geburt. Weil hauptsächlich Frauen die Tauchbäder aufsuchten, wurden sie auch häufig als »Frauenbad« bezeichnet.

Sie sind in der Regel nach einem festen Grundmuster angelegt, das durch religiöse Vorschriften bestimmt ist. Erforderlich ist das Vorhandensein von fließendem Wasser, wozu auch Grundwasser gezählt wird, und genügend Raum, um ein Tauchbecken mit einem Fassungsvermögen von etwa 800 Litern Wasser anlegen zu können. Die Ausmaße des mit einem Treppenlauf versehenen Tauch-



Berkach. Jüdisches Ritualbad (Mikwe),errichtet 1838, Zustand nach der Restaurierung (1990)

beckens müssen mindestens 60-80 cm in der Breite, 80-140 cm in der Länge (einschließlich Treppenlauf) und in der Höhe 120 cm betragen, um einer erwachsenen stehenden Person das Untertauchen mit gebeugten Knien zu ermöglichen. In der Gestaltung unterliegen die Mikwen keinen festen Regeln. Sie ist jeweils abhängig von den gegebenen lokalen Verhältnissen, der Größe und der Finanzkraft der Gemeinde. Häufig sind in dem Raum auch eine Heizquelle und ein Brunnenschacht, sowie Platz für eine Kleiderablage vorhanden.[5]

Man findet Mikwen in verschieden großer Ausdehnung und Ausstattung in selbständigen, mehr oder weniger massiven, Badehäuschen auf gesonderten Grundstücken, in Untergeschossen von Wohnhäusern in jüdischem Privatbesitz, Synagogen oder Schulgebäuden.

Der Neubau von Mikwen oder deren späterer Einbau in bereits vorhandene Gebäude war seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts zunehmend auch den hygienischen Vorschriften der jeweils zuständigen Landesregierung unterworfen und führte, wie aus noch vorhandenen Archivunterlagen hervorgeht, vielfach zu langwierigen Auseinandersetzungen zwischen den Vorständen der jüdischen Gemeinden, die oft die durch diese Forderungen ausgelösten finanziellen Mehrbelastungen nicht aufbringen konnten, und den Behörden.

Mit der Emanzipation der Juden im 19. Jahrhundert gehen sowohl der Bau als auch die Benutzung der rituellen Tauchbäder deutlich zurück. Die zunehmende Assimilation eines Großteils der jüdischen Bevölkerung an das christliche Umfeld führte insbesondere in den Städten dazu, daß eine Reihe traditioneller religiöser Gebote nicht mehr befolgt wurden. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts verfügten nur noch wenige Gemeinden über eine Mikwe. In den größeren Städten sind für diesen Zeitraum bisher keine noch in Nutzung befindlichen Ritualbäder nachweisbar.

In Thüringen konnten bisher nur noch einige wenige erhaltene Mikwen, die es ursprünglich überall dort gab, wo Juden lebten, ermittelt werden. Aus der Frühzeit der jüdischen Besiedlung gibt es zumeist, wie z.B. in Erfurt, nur Hinweise auf die Lage von Mikwen in Chroniken, Urkunden oder durch ehemalige Ortsbezeichnungen, wie »Hinter dem Judenbad« u.a.. Vermutlich wird die derzeit verstärkt in den Sanierungsgebieten der Innenstädte tätige Stadtarchäologie in nächster Zeit weitere Standorte und auch Überreste zutage bringen.

Nur noch eine geringe Anzahl von den im Verlaufe der seit dem 17./18. Jahrhundert entstandenen Mikwen ist, zum Teil nur noch in Fragmenten, in den kleinen Landgemeinden erhalten geblieben. Die meisten waren zumeist zugleich mit der wegen zu geringer Mitgliederzahl der Gemeinde nicht mehr genutzten Synagoge seit der Jahrhundertwende und die restlichen während der Zeit des Nationalsozialismus aufgegeben worden. Durch Zufall überstand das separat gelegene Badehaus (Baujahr 1838) in der Gemeinde Berkach, das nach seiner Aufgabe jahrzehntelang als Geräteschuppen genutzt worden war, die Zeit. Ebenso die erst kürzlich wiederentdeckte Mikwe im ehemaligen jüdischen Schulhaus in Schmalkalden. Zum Teil kaum noch erkennbare Reste solcher Einrichtungen sind in Bibra und Hildburghausen vorhanden, möglicherweise auch noch einige weitere, bisher noch nicht aufgefundene in anderen Orten. Die einzige noch vollständig erhaltene Mikwe in einer Stadt wurde nach Beginn der Restaurierungsarbeiten an der »kleinen« Synagoge (Baujahr 1840) in Erfurt freigelegt. Sie befindet sich im Kellergeschoß des Gebäudes am Flußlauf der Gera. Auf nach der Jahrhundertwende errichtete Ritualbäder in Thüringen gibt es keine Hinweise.

Schulen

Schulgebäude oder -stuben gehörten ursprünglich, ebenso wie der Friedhof, die Synagoge und die Mikwe, zu den unverzichtbaren Einrichtungen des jüdischen Gemeindelebens. Dort wurde den jüdischen Kindern bis zum Beginn des 19..Jahrhunderts die Grundschulausbildung vermittelt. Nachdem man in den folgenden Jahrzehnten auch die jüdischen Schüler zum Besuch der allgemeinen christlichen Schulen verpflichtete, wurde in den jüdischen Schulräumen nur noch der Religionsunterricht erteilt bzw. die Mehrzahl nicht mehr genutzt. Die Schulgebäude wiesen in ihrem äußeren Erscheinungsbild keine Besonderheiten auf. Ihre Bauweise war in der Regel den umliegenden Wohnhäusern nichtjüdischer Eigentümer angeglichen. Die Gebäude, in denen sich oft auch die Wohnung des Lehrers befand, wurden nach Umbauten anderweitig genutzt oder verkauft.

Im folgenden Katalogteil sind nur die Gebäude aufgenommen worden, die nachweislich als separate Schulgebäude, einschließlich Lehrerwohnung, gedient haben, jedoch nicht die zahllosen in anderen Gebäuden untergebrachten Schulräume. Die wenigen in Thüringen noch vorhandenen Bauten in Aschenhausen, Berkach, Hildburghausen, Schmalkalden, Schwarza und Walldorf sind so stark durch Umbaumaßnahmen verändert worden, daß, außer der noch im Schulhaus von Schmalkalden erhaltenen Mikwe, nichts mehr auf das ehemalige Aussehen und die Funktion des Gebäudes hinweist.

Anmerkungen

1 vgl. dazu detaillierte Angaben in: Altaras, Thea: Synagogen in Hessen – Was geschah seit 1945?, Königstein im Taunus 1987.

2 vgl. dazu auch Hammer-Schenk, Harold: Synagogen in Deutschland, Geschichte einer Baugattung im 19. und 20. Jahrhundert (1780-1933), Teil 1, Hamburg 1981.

3 vgl. Eschwege, Die Synagoge in der deutschen Geschichte, Dresden 1980, Erläuterungen zu Abb. 135.

4 vgl. Neues Lexikon des Judentums, Gütersloh/München 1992, Sp. 1316-1320.

5 vgl. dazu auch die Beschreibung von verschiedenen Typen der Mikwen im Band von Thea Altaras: Das jüdische rituelle Tauchbad, Königstein i. T. 1994, S. 5-16, und »Mikwa«, Ausstellungskatalog, hrsg. v. Jüdischen Museum der Stadt Frankfurt/M., 1992.

Zu Problemen des Denkmalschutzes

Sowohl die noch in Thüringen erhaltenen jüdischen Kultbauten bzw. deren Überreste als auch die jüdischen Friedhöfe wurden, soweit sie sich in ihrem Besitz befanden, in dem unter den gegebenen Bedingungen möglichen Rahmen von der Jüdischen Landesgemeinde Thüringens, in einigen Fällen von der Aktion Sühnezeichen unterstützt, betreut und instand gehalten. Etwa 20 Objekte waren bis 1988 in die Denkmalliste der DDR aufgenommen worden. Geldmittel für deren Erhaltung oder Restaurierung standen von staatlicher Seite nicht bzw., 1988/89 aus Anlaß des 50. Jahrestages der Pogromnacht vom 9. November 1938, in beschränktem Umfang, zumeist für die Anfertigung von Gedenksteinen oder -tafeln, zur Verfügung. So konnte trotz des Widerspruchs des damaligen Instituts für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Erfurt, nicht der Abriß der denkmalgeschützten Synagoge von Schwarza und des historisch mit der Erfurter Synagoge verbundenen Vorderhauses Michaelisstraße 2 verhindert werden. Ebenso fiel die Trauerhalle auf dem jüdischen Friedhof von Gotha dem Abriß zum Opfer. Erst 1988 gelang es, im Zusammenhang mit der erwähnten Kampagne zum Gedenken des 50. Jahrestages der Pogromnacht und auf Betreiben einer Interessengruppe für die Wiederherstellung der Synagoge in Aschenhausen, im heutigen Landkreis Schmalkalden-Meiningen, finanzielle Unterstützung durch staatliche Stellen zu erlangen. Die Fertigstellung der Arbeiten erfolgte 1991.

Die Restaurierung der im Frühjahr 1989 im ehemaligen Sperrgebiet an der innerdeutschen Grenze entdeckten Objekte in Berkach, Landkreis Schmalkalden-Meiningen, ein Badehaus und die Synagoge, wurde nach der politischen Wende 1990/91 mit Bundes- und Landesmitteln durchgeführt. Begünstigt werden weitere Erhaltungsmaßnahmen durch den am 7. Dezember 1993 zwischen der Landesregierung und der Jüdischen Landesgemeinde Thüringens geschlossenen Staatsvertrag sowie die objektbezogene Bereitstellung von Stiftungsgeldern und Sondermitteln. Sie ermöglichten die bauhistorische Untersuchung der erhaltenen Bausubstanz der alten Synagoge in der Erfurter Michaelisstraße, der Synagoge An der Stadtmünze 5 sowie die Erarbeitung von Nutzungskonzeptionen für den letztgenannten Bau und den Mühlhäuser Komplex Synagoge/Gemeindehaus.

Auf der Grundlage des erarbeiteten Überblicks über den Bestand an Zeugnissen jüdischer Kultur in Thüringen wurden weitere Objekte in das Denkmalbuch eingetragen bzw. sind für eine Aufnahme vorgesehen. Geplant ist die weitere Erfassung und langfristig die Inventarisation des gesamten Bestandes an Grabmalen auf allen jüdischen Friedhöfen. Die Kriterien für die Ausweisung der Objekte als Kulturdenkmale sind fast ausschließlich in ihrem geschichtlichen und kulturgeschichtlichen Wert begründet. Sie sind Bestandteil und Zeugnis der jahrhundertealten gemeinsamen deutschen und deutsch-jüdischen Geschichte und deshalb für die Nachwelt zu schützen und zu bewahren.

Probleme ihrer Erhaltung und Nutzung ergeben sich aus der Tatsache, daß viele der geschändeten und veränderten Bauten den religiösen Wert für die Juden verloren haben, die Eigentümer nicht mehr am Leben sind oder im Ausland leben und auch nicht alle Objekte im Besitz der Jüdischen Landesgemeinde sind bzw. von ihr wegen Mangels an Mitgliedern genutzt werden können. Für sie eine adäquate Nutzung zu finden, die sowohl Rücksicht auf religiöse Befindlichkeiten nimmt als auch von den Eigentümern akzeptiert wird, ist oft kompliziert. So ergaben sich für die beiden in den vergangenen Jahren mit erheblichen Geldmitteln restaurierten Synagogen in Aschenhausen und Berkach nach ihrer Fertigstellung nicht vorhersehbare Probleme bei der Nutzung der Gebäude. Im ersteren Fall resultieren sie aus den lange Zeit ungeklärten Besitzverhältnissen, im zweiten daraus, daß in der wiedergeweihten Synagoge wegen einer fehlenden jüdischen Gemeinde in der Region nur gelegentlich Gottesdienste oder Sonderveranstaltungen stattfinden. Aus diesem Grunde ist in Mühlhausen die erneute Weihe der Synagoge nach Abschluß der Restaurierungsarbeiten erst dann vorgesehen, wenn in der Stadt wieder eine jüdische Gemeinde entstehen sollte, die das Gebäude für Gottesdienste zu nutzen beabsichtigt.



Weimar-Buchenwald.
Gedenkstein für 600 vom November 1938 bis Februar 1939 im KZ Buchenwald ermordete jüdische Häftlinge, errichtet 1958



Gera. »Das Portal«,
zum Gedenken an die Geraer jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, errichtet 1988



Blankenhain.
Grabfeld auf dem Friedhof für 68 nach Kriegsende im Krankenhaus von Blankenhain verstorbene jüdische Häftlinge aus dem Konzentrationslager Buchenwald

Für die für andere Nutzungszwecke umgebauten Objekte, deren ehemalige Funktion durch die vorgenommenen Veränderungen nicht mehr nachvollziehbar ist, sind keine Rekonstruktions- bzw. Restaurierungsmaßnahmen vorgesehen, auch wurde in der Regel auf die Ausweisung als Denkmal verzichtet. In mehreren Fällen ist das Anbringen einer Gedenktafel geplant. Eine Ausnahme bildet die »kleine«, hinter dem Rathaus gelegene, Synagoge in Erfurt, die gegenwärtig restauriert wird. Die Konzeption für den in städtischem Besitz befindlichen Bau sieht nach der Wiederherstellung der architektonischen Lösung der Erbauungszeit seine Nutzung als »Begegnungsstätte« für die Erforschung und Vermittlung jüdischer und deutsch/jüdischer Religion und Geschichte sowie die Einrichtung des Max-Weber-Kollegs der Universität Erfurt vor.

Als weitaus komplizierter erweist sich das Problem des Umgangs mit den einzigen in Thüringen erhaltenen baulichen Überresten einer mittelalterlichen Synagoge in der Erfurter Michaelisstraße. Dort sind die bauhistorischen Untersuchungen abgeschlossen. Die Frage der Nutzung blieb jedoch bisher wegen komplizierter Eigentumsverhältnisse ungeklärt. Vorgesehen ist der Ankauf des Objektes durch die Stadt im Rahmen des Sanierungsrechtes, wodurch neue Möglichkeiten einer geeigneten Nutzung erhofft werden.

Auch der Umgang mit den jüdischen Friedhöfen erfordert die Kenntnis und die Respektierung der jüdischen Glaubens- und Bestattungsregeln, die eine Umgestaltung des Friedhofs, die Beseitigung oder Veränderung von Gräbern und Grabsteinen verbieten. Unumgängliche Maßnahmen, wie das Wiederaufrichten von durch Gewalteinwirkung umgestürzten und beschädigten Grabmalen, bedürfen der Absprache mit der Jüdischen Landesgemeinde.

Die im folgenden Katalogteil aufgeführten noch sichtbar vorhandenen Kulteinrichtungen und Friedhöfe werden, ungeachtet ihrer Denkmalwertigkeit, nach ihrem Standort in alphabetischer Reihenfolge der Ortschaften benannt und beschrieben. In der Regel nicht näher eingegangen wird auf ehemalige Betstuben in gemieteten Räumen und auf solche Orte, in denen vor 1938 jüdische Gemeinden existiert haben, aber keine Kulteinrichtungen bzw. Überreste davon erhalten geblieben sind und auch keine Gedenksteine oder -tafeln auf sie hinweisen, wie z.B. in Altenburg, Ilmenau oder Rudolstadt.

Da bei der Auswahl der vorgestellten Objekte religiöser Kultur denkmalpflegerische Aspekte im Vordergrund standen, wurde darauf verzichtet, durch Umbau völlig veränderte und nicht den Kriterien für eine Unterschutzstellung entsprechende Bauten in ihrem heutigen Zustand abzubilden. Sie haben durch den zumeist völligen Verlust der Originalsubstanz ihre Authentizität verloren und sind nur noch von informativem Wert. Dies betrifft u.a. sämtliche jüdischen Schulhäuser und die Synagogen in Bauerbach, Bibra, Marisfeld, Stadtlengsfeld und Themar.

Als Ergänzung wurden im Anhang alle bisher von der Verfasserin ermittelten Objekte aufgelistet, die über den durch die Belange der Denkmalpflege beschränkten Rahmen hinausgehen. Dies betrifft in erster Linie Gedenksteine und -tafeln, künstlerisch gestaltete Denkmale sowie Grab- und Gedenkstätten für jüdische Opfer des Nationalsozialismus auch in solchen Orten, die im Katalogteil nicht erwähnt werden.

Mit Sicherheit gibt es weitere Objekte, von denen wir bisher keine Kenntnis haben, denn derzeit laufen, wie bereits erwähnt, eine Reihe von Projekten zur Erforschung der Geschichte der Juden in Thüringen, die vermutlich weitere Zeugnisse jüdischer Kultur wie auch detailliertere Angaben zur Geschichte und zu jüdischen Einrichtungen zutage bringen werden.

Die Mitarbeiter des Thüringischen Landesamtes für Denkmalpflege sind dankbar für jeden weiteren Hinweis und jede Anregung, die Lücken schließen helfen und die weitere Aufarbeitung der Thematik ermöglichen.


Niedersachsen
Sachsen-
ELLRICH
NORDHAUSEN
BLEICHERODE
HEILIGENSTADT
IMMENRODE
SONDERSHAUSEN
BAD FRANKENHAUSEN
MÜHLHAUSEN
Hessen
WEIMAR-BUCHENWALD
APOLDA
EISENACH
ERFURT
WEIMAR
GOTHA
JENA
BLANKENHAIN
STADTLENGSFELD
VACHA
ARNSTADT
BARCHFELD
GEHAUS
PLAUE
GEISA
SCHMALKALDEN
ILMENAU
SCHWARZA
SUHL
WALLDORF
ASCHENHAUSEN
MEININGEN
SUHL-HEINRICHS
DREISSIGACKER
BAUERBACH
MARISFELD
SCHLEUSINGEN
BIBRA
THEMAR
HILDBURGHAUSEN
BERKACH
WEITERSRODA
RÖMHILD
GLEICHERWIESEN
Bayern
Bayern

Katalog der Standorte



Kartenlegende

- Friedhöfe, jüdische Gräberfelder
- Kultbauten bzw. deren Überreste
- Gedenkstätten, -steine, -tafeln

ARNSTADT

Kreisstadt, Ilm-Kreis

Über den ersten Aufenthalt von jüdischen Kaufleuten und Händlern in Arnstadt wird erstmals im Jahre 1273 berichtet. Weitere Erwähnung finden sie im Verlaufe der folgenden Jahrhunderte im Zusammenhang mit verschiedenen Ereignissen in der Stadt sowie auch mit dem Flurnamen »Joden- oder Judenberg«, der im Jahre 1412 erstmalig in einer Urkunde als Bezeichnung für eine in Richtung Holzhausen liegende Erhebung genannt wird. 1348/49 und 1466 wurden die in Arnstadt ansässigen Juden verfolgt und aus der Stadt vertrieben, konnten jedoch jeweils nach geraumer Zeit wieder zurückkehren. 1521 wird von einer Synagoge in der Erfurter Straße und 1527 von einem Friedhof in der Ichtershäuser Straße berichtet. Nach erneuter Vertreibung im Jahre 1532 wurde jüdischen Händlern und Kaufleuten seit 1699 der vorübergehende Aufenthalt in Arnstadt wieder gestattet, jedoch nicht ihre dauerhafte Niederlassung. Nach der rechtlichen Gleichstellung, die den Juden im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen im Jahre 1815 mit Einschränkungen und ab 1849 vollständig gewährt wurde, siedelten die meisten der seit 1819 im nahegelegenen Plaue ansässigen Juden um die Jahrhundertmitte nach Arnstadt um. 1860 bildeten sie eine Synagogengemeinde im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen, deren Sitz in Sondershausen war. Wegen der bis 1883 auf 60 Mitglieder angewachsenen Gemeinde, beantragte der jüdische Gemeindevorstand die Erlaubnis zur Bildung einer eigenen Synagogengemeinde in Arnstadt, der stattgegeben wurde.

In den Folgejahren nahm die Zahl der jüdischen Einwohnerschaft weiterhin zu. Emigration und Deportation während der Jahre des Nationalsozialismus beendeten 1944 die Existenz der jüdischen Gemeinde von Arnstadt.

Jüdisches Gräberfeld

Neuer Friedhof, Parkweg 32

Nach der Wiederansiedlung von Juden in Arnstadt wurden die verstorbenen Mitglieder der Gemeinde zunächst in Plaue, woher die meisten stammten, bestattet. 1921 erwarb die jüdische Gemeinde für 5000 RM eine 900 qm große Fläche in der Nordwestecke des 1884 angelegten Neuen Friedhofs, um dort ihren Begräbnisplatz einzurichten. Die erste Beisetzung fand 1921 statt, die letzte 1938.



Jüdische Grabstätten auf dem städtischen Neuen Friedhof

Das Grabfeld ist noch mit sämtlichen Grabsteinen erhalten und wird durch die Friedhofsverwaltung gepflegt. Die Grabstätten sind nach Osten ausgerichtet, 22 Grabsteine in vier Reihen angeordnet, vier Gräber tragen keinen Stein. Das Grabfeld unterscheidet sich nur wenig von den anderen Feldern des städtischen Friedhofs, da es zu einer Zeit angelegt wurde, als die Assimilierung der Juden weit fortgeschritten war. Die Grabsteine tragen nicht mehr ausschließlich hebräische Inschriften und nur noch wenig jüdische Grabsymbolik. Sie sind hauptsächlich in bescheidenem Maße künstlerisch im Stil zeitgenössischer Gestaltungsformen und Materialien der zwanziger und dreißiger Jahre ausgeführt. Die Grabhügel sind, abweichend von den traditionellen jüdischen Bestattungsregeln, mit Efeu bepflanzt.

Nach Kriegsende wurde dem Grabfeld ein Kissenstein zum Gedenken an die dem Nationalsozialismus zum Opfer gefallenen jüdischen Bürger Arnstadts hinzugefügt. Er trägt die Inschrift:
»Dem Gedenken der jüdischen Bürger, die Opfer der faschistischen Gewaltherrschaft wurden«.

Ein Verzeichnis aller Grabstellen des jüdischen Friedhofs einschließlich der Inschriften auf den Grabmalen ist in der Veröffentlichung »Arnstadts Jüdische Mitbürger« von Wolfgang Tittelbach-Helmrich abgedruckt. Das Gräberfeld steht unter Denkmalschutz und wird von der Friedhofsverwaltung in die Pflege und Betreuung des gesamten Neuen Friedhofs einbezogen.

Gedenkstein für die 1938 zerstörte Synagoge

Alter Friedhof, Wachsenburgallee/Krappgartenstraße

Im Vorfeld der Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrestag der Pogromnacht vom 9. November 1938 wurde im Auftrag des Rates der Stadt Arnstadt gegenüber dem ehemaligen Standort der Synagoge auf dem Alten Friedhof an der Krappgartenstraße ein Gedenkstein errichtet.

An der Vorderseite eines quadratischen Granitsockels, der in einem in Dreiecksform gestalteten Beet steht, ist eine Tafel angebracht, auf der die unzerstörte Synagoge und ein siebenarmiger Leuchter abgebildet sind. Darunter steht die Inschrift:
»Unweit dieser Stelle befand sich die Synagoge der jüdischen Gemeinde Arnstadt, die am 27.09. 1913 geweiht wurde. In der Pogromnacht am 9. November 1938 wurde sie durch die Faschisten zerstört. Vergeßt es nie!«



Synagoge in der Krappgartenstraße, geweiht 1913, zerstört am 9. November 1938
(Stadtarchiv Arnstadt)



Gedenkstein in einer Anlage gegenüber dem ehemaligen Standort der Synagoge

Auf der linken Seitenfläche des Sockels sind die Jahreszahlen 1938 und 1988 eingraviert, auf der rechten ein Davidstern. Der Entwurf der Tafel stammt von Roland Ginskey, Erfurt, die Ausführung übernahm Steinmetzmeister Wolfgang Hildebrand aus Arnstadt.

Die Synagoge war der erste Neubau der jüdischen Gemeinde Arnstadts, seit den Juden nach ihrer Vertreibung wieder die Ansiedlung in der Stadt erlaubt war.

Bereits zuvor wurden in Arnstadt Synagogen erwähnt, 1423 und 1428 in der Zimmergasse, 1521 im Hinterhaus der Erfurter Straße 17 und um die Mitte des 19. Jahrhunderts ein Betsaal im Hause des jüdischen Kaufmanns Julius Jonas in der Ritterstraße 7.

Da, angesichts der im Jahre 1905 auf 104 Mitglieder angewachsenen Gemeinde, dieser Raum nicht mehr zur Ausübung der Gottesdienste ausreichte, erwarb bereits im Jahre 1904 Adolf Mendel ein Grundstück von 600 qm Größe in der Krappgartenstraße 47, gegenüber der Südseite des Alten Friedhofs. Dieses stellte er der jüdischen Gemeinde als Bauplatz für eine neue Synagoge zur Verfügung. Der nach Entwürfen des Arnstädter Architekten Martin Schwarz, von dem eine Reihe beachtenswerter Bauten in der Stadt stammen, errichtete Bau wurde am 27. September 1913 eingeweiht. Seine äußere Gestaltung ist einem repräsentativen Wohnhaus nachempfunden. Die Baukosten betrugen 23000 Mark.

Der 1938 durch Brandstiftung schwer beschädigte Bau wurde in den Folgejahren vollends dem Erdboden gleichgemacht.

Literatur

Unger, Peter; Ziegenhardt, Andrea: Kleine Chronik zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Arnstadt (1273-1944), in: Beiträge zur Heimatgeschichte Stadt und Kreis Arnstadt,Heft 10, 1988.
Tittelbach-Helmrich, Wolfgang: Arnstadts jüdische Mitbürger, Arnstadt 1995.

ASCHENHAUSEN

Landkreis Schmalkalden-Meiningen

Die Ansiedlung der ersten Juden erfolgte in Aschenhausen im Jahre 1695, als Freiherr Raab von Spesshart jüdischen Familien die Niederlassung auf seinen Besitzungen erlaubte, ihnen Wohnrecht verlieh und Land verkaufte. In der Folgezeit nahm die Zahl der Zuwanderer zu und es bildete sich eine Gemeinde heraus, die neben Wohnhäusern die für die Ausübung der Religion erforderlichen Kultstätten einrichtete – einen Betsaal im Pferdestall des Rittergutsbesitzers auf dem Schloßhof, eine Mikwe, deren Standort in Aschenhausen nicht überliefert ist, sowie den Friedhof am Rande des Ortes.

Die zu Beginn des 18. Jahrhunderts sieben Familien umfassende Gemeinde war 1766 auf 13 und 1772 auf 22 Familien angewachsen und erreichte im Jahre 1848 mit 50 Familien ihre größte Mitgliederzahl. Damit gehörten zeitweilig mehr als die Hälfte aller Ortseinwohner der jüdischen Glaubensgemeinschaft an. Danach setzte jedoch auch hier die Abwanderung nach Übersee und in die größeren Städte ein.

Mit der Deportation der letzten vier noch im Ort lebenden jüdischen Einwohner hörte 1943 die jüdische Gemeinde Aschenhausens auf zu existieren, lediglich ihr Friedhof und die Synagoge haben die Zeit überdauert.

Synagoge

Oberkätzer Straße 16

Seit 1758 hielt die jüdische Gemeinde ihre Gottesdienste zunächst in einem Betsaal ab, der sich jedoch bereits nach wenigen Jahren als zu klein erwies. Daher ließ sie, nachdem sie einen Bauplatz im Dorf zur Verfügung gestellt bekommen hatte, 1767 eine Synagoge errichten. Im Jahre 1841 fielen dieser Bau sowie auch die unmittelbar daneben liegenden Gebäude, unter anderem das jüdische Schulhaus und das Backhaus, einem Brand zum Opfer. Unmittelbar danach erfolgte der Wiederaufbau aller zerstörten Bauten. Angesichts der zu jener Zeit stark angewachsenen Mitgliederzahl der Gemeinde wurde 1842 auf einem vom Freiherrn von Spesshart erworbenen Grundstück in der Oberkätzer Straße eine neue größere Synagoge errichtet. Sie wurde am 24. Juni 1843 geweiht und bis zum Beginn der 30er Jahre auch von jüdischen Einwohnern anderer Dörfer, die über keine eigene Synagoge verfügten, genutzt.

Unter dem Druck der politischen Verhältnisse während des Nationalsozialismus übergaben die Familien Katzenstein und Nußbaum 1935 die Synagoge nichtjüdischen Dorfbewohnern, die das Gebäude als Lagerraum nutzten. Dies und seine zentrale Lage inmitten des Ortskerns bewahrte das Gebäude im November 1938 vor der Zerstörung.



Süd- und Ostfassade der Synagoge vor der Restaurierung (1988)



Süd- und Ostfassade der Synagoge nach der Restaurierung (1992)



Ost- und Nordfassade vor der Restaurierung (1988)



West- und Südfassade vor der Restaurierung (1988)

Nach dem Ende des Krieges verschlechterte sich der Bauzustand des mittlerweile an neue Besitzer verkauften Gebäudes. Es wurden keine Erhaltungsmaßnahmen vorgenommen und durch zweckentfremdete Nutzung schädigende Umbauten vorgenommen.

Bereits 1939 war an der Nordseite ein zweiflügliges Zufahrtstor eingebaut worden.

Auch nach der im Jahre 1984 erfolgten Aufnahme des Objektes in die Denkmalliste der DDR wurde der zunehmende Verfall aus Geldmangel seitens des Eigentümers und Desinteresse von staatlicher Seite nicht aufgehalten, jedoch wurde der für 1985 vom Eigentümer geplante Abriß nicht gestattet.

Im Vorfeld der Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der Pogromnacht vom 9. November 1938 bildete sich eine von einem regionalgeschichtlich interessierten Lehrer geleitete Interessengruppe, die die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes der Synagoge in Angriff nahm.

Im Jahre 1988 erwarb die Gemeinde das Gebäude und unterstützte die Restaurierungsarbeiten mit der Absicht, dort einen Ausstellungs- und Veranstaltungsraum zu schaffen.

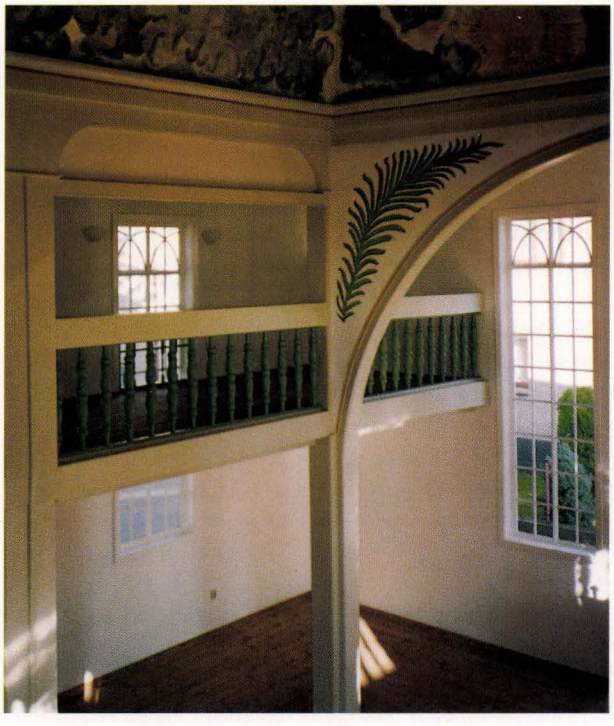
Bei der Synagoge handelt es sich um einen zweigeschossigen Saalbau auf quadratischem Grundriß mit

Nord- und Westfassade nach der Restaurierung (1992)



Zeltdach. Die Nord- und die Ostseite sind verputzt, die Süd- und die Westseite sowie der als Risalit ausgebildete Eingangsbereich mit einer Holzverschalung versehen. Die Dachdeckung besteht aus keramischen Dachsteinen. Jeweils drei hohe, über beide Geschosse reichende Fenster mit kleinteiliger Sprossung betonen den Bau an der Süd- und an der Nordseite. An der Ostseite ist statt des mittleren Fensters im Obergeschoß ein kleines Rundbogenfenster angeordnet, unter dem sich im Innenraum bis 1935 der Thora-Schrein befand. Die Westseite ist symmetrisch gegliedert. Der Vorbau wird beidseitig von je einem hohen Fenster flankiert. Über den drei Eingangsportalen, die über einen zweiseitigen Treppenlauf zugänglich sind, befinden sich jeweils fast quadratische Fenster, sowie über dem mittelsten ein Rundbogenfenster im durch Gesimse betonten Giebel. Das mittlere Eingangsportal führt in den Hauptraum des Gebäudes, die linke Eingangstür zum Treppenaufgang der dreiseitig umlaufenden Frauenempore.

Im Inneren des Gebäudes wies die gewölbte Decke Reste einer Malerei, Wolken, Sonne, Mond, Sterne und an den Wänden Palmenzweige auf. Der vor 1938 unter dem mittleren Fenster der Ostwand befindliche Thora-Schrein konnte nicht mehr aufgefunden werden. Die Thora-Rollen



Innenansicht nach der Restaurierung (1992)

und die hebräischen Gebetsbücher sollen 1943 von den letzten noch im Ort anwesenden jüdischen Gemeindemitgliedern vor ihrer Deportation auf dem jüdischen Friedhof begraben worden sein, um sie vor der Schändung zu bewahren.

Die 1988 begonnenen Restaurierungsmaßnahmen sahen die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes der Synagoge vor. Es erfolgte die Rekonstruktion der Fensteranordnung in ihren originalen Ausmaßen, die Erneuerung der Holzverschalung an der Süd- und an der Westseite sowie die Neuverputzung der Nord- und der Ostseite, die Beseitigung des nachträglich eingebauten Tores an der Nordseite, die Erneuerung des Daches, die Restaurierung der drei Eingangstüren sowie die Rekonstruktion des äußeren Treppenaufganges. Im Inneren des Gebäudes wurde die Frauenempore wiederhergestellt, fehlende Stützsäulen ergänzt, die vorgefundene Decken- und Wandmalerei freigelegt und restauriert sowie der Fußbodenbelag erneuert.

Die leider nicht alle bis ins Detail mit den zuständigen Mitarbeitern des Denkmalamtes abgesprochenen Arbeiten waren 1991 abgeschlossen. Das Gebäude wurde bisher für verschiedene Veranstaltungen der Gemeinde Aschenhausen genutzt. Ein Rückübertragungsantrag der Jüdischen Landesgemeinde wurde abschlägig beschieden.

Ehemalige Schule und Mikwe

Oberkätzer Straße

Die ehemalige Schule wie auch die Bäckerei, die Mikwe sowie die Remise für den Leichenwagen der jüdischen Gemeinde von Aschenhausen befanden sich unmittelbar neben der Synagoge.

Sämtliche Gebäude waren 1841 bei einem Brand zerstört worden, der vom Backhaus ausgegangen war. Noch 1841 wurde das letztere wiedererrichtet, 1846 war das neue Schulhaus fertiggestellt. Die Bauten wurden bis etwa 1936 genutzt.

Nach ihrem in der Folgezeit unter dem Druck der politischen Verhältnisse durchgeführten Verkauf wurden die Gebäude zu Wohnhäusern umgebaut, so daß nichts mehr auf ihre ehemalige Funktion hinweist. Daher wurde auf eine Unterschutzstellung verzichtet.

Jüdischer Friedhof

am Hang des Leichelberges

Die Aussagen verschiedener Veröffentlichungen über das früheste Anlagedatum des jüdischen Friedhofs differieren um etwa 30 Jahre. Jedoch erscheint die Angabe 1675 unglaubwürdig, da die ersten Juden erst etwa 20 Jahre später nach Aschenhausen kamen. Vermutlich bald nach ihrer Ansiedlung in Aschenhausen legten sie etwa 200 Meter außerhalb des Ortes in westlicher Richtung ihren Begräbnisplatz an.

Auf dem rund 2300 qm großen, von einer schlichten niedrigen Feldsteinmauer umfriedeten, Gelände mit etwa 300 Grabstätten sind heute noch rund 200 Grabsteine bzw. eine Anzahl von Bruchstücken zerstörter Steine vorhanden. Die noch 1988 fehlende originale Eingangspforte wurde im Rahmen der Instandsetzungsarbeiten auf dem Friedhof durch ein neu angefertigtes schmiedeeisernes Tor ersetzt. Die Fläche des Begräbnisplatzes ist in zwei größere Grabfelder unterteilt. In sieben bis acht teilweise lückenhaften Reihen sind jeweils etwa 25 bis 30 Grabsteine auf dem Rasen stehend angeordnet. Nur wenige Grabstätten sind mit Grabeinfassungen versehen.

Der größte Teil der Grabsteine wurde aus rötlichem Sandstein gefertigt und zeigt starke Verwitterungsspuren, so daß die Inschriften in vielen Fällen nicht mehr erkennbar sind. Die älteren Grabmale sind nur hebräisch, ein Teil der neueren deutsch auf der Vorderseite und hebräisch auf der Rückseite beschriftet. Vereinzelt finden sich typische symbolische Schmuckelemente der jüdischen Glaubenswelt. Nur wenige Grabmale, wie z.B. ein Obelisk aus schwarzem Hartgestein, und eine Reihe mit sparsamen plastischen Schmuckelementen versehene Steine weichen von der traditionellen Gestaltung ab.

Der Friedhof wurde bis zum Ende der Existenz der jüdischen Gemeinde Aschenhausens im Jahre 1943 genutzt. Unter den Bestatteten sind auch jüdische Einwohner von Kaltennordheim, Kaltensundheim und Oepfertshausen, die der israelitischen Kultusgemeinde von Aschenhausen angehörten. Aus welchem Jahr der älteste Grabstein stammt, läßt sich wegen der starken Verwitterung der Steine nicht mehr ermitteln. Die letzte offiziell bestätigte Bestattung wurde 1936 für Babette Riechheimer (1842-1936) im Grab ihrer kurz zuvor verstorbenen Schwester vorgenommen.

Jüdischer Friedhof,
Teilansicht





Jüdischer Friedhof.
Grabstein, 19. Jh.



Jüdischer Friedhof, Grabstein mit den segnenden Händen



Grabstein, Anfang 20. Jh.

Illegal jedoch fanden weitere Beerdigungen statt, von denen die von Regine Kahn, die kurz vor der geplanten Deportation ihrem Leben ein Ende gesetzt hatte, und wenig später die der Thora-Rollen und der hebräischen Gebetbücher im Jahre 1943 die letzten waren. Diese Gräber tragen keine Grabsteine.

Nach 1989 ließen Angehörige zum Gedenken an das 1941 nach Lodz (Polen) deportierte und dort verstorbene Ehepaar Moritz und Käthe Schmidt unmittelbar neben dem Eingang des Begräbnisplatzes einen Grabstein errichten.

Der unter Denkmalschutz stehende Friedhof, der zu DDR-Zeiten durch einen von der Jüdischen Landesgemeinde beauftragten Einwohner von Aschenhausen sowie durch Arbeitseinsätze christlicher Jugendgruppen betreut und gepflegt wurde, vermittelt den Eindruck eines typischen traditionellen jüdischen Landfriedhofs des 18./19. Jahrhunderts, der bis zur letzten Bestattung weitgehend von den sich vollziehenden Veränderungen in der Grabmalgestaltung unberührt blieb.

Literatur

Denkmalpflegerische Zielstellung des VEB Denkmalpflege, Meiningen 1988.

Heß, Lothar: Juden in Aschenhausen, Chronik, Aschenhausen 1988.

Dittmar, Gerhard: Historie über die Juden in der Rhön – Besuch in der Aschenhäuser Synagoge, Typoskript, Aschenhausen o.J.

Eschwege, Helmut: Geschichte der Juden im Territorium der ehemaligen DDR, 3 Bände, Dresden 1991, maschinenschriftlich vervielfältigt, Bd. II.

BARCHFELD

Wartburgkreis

Seit wann Juden in Barchfeld lebten, läßt sich nicht mehr genau feststellen. In seinem Aufsatz zur Tausendjahrfeier Barchfelds gibt der Verfasser Justin Herrmann im Kapitel über die israelitische Gemeinde den frühesten Zeitpunkt der jüdischen Besiedlung der Region mit dem 13./14. Jahrhundert an. Nachweislich erstmalig erwähnt wird die Anwesenheit von Juden in Barchfeld im Jahre 1566 in einer vom Grafen Georg Ernst von Henneberg ausgestellten Urkunde – eine Zeit, in der im thüringisch-sächsischen Raum keine Juden geduldet wurden – in der er den Herren von Boyneburg gebietet, die sich in Barchfeld aufhaltenden Juden wegen angeblichen Wuchers und unerlaubter Handelspraktiken auszuweisen. Die Herren von Boyneburg, für die die Juden im Ort eine erträgliche Einnahmequelle waren, zögerten die Erfüllung dieser Aufforderung, unter anderem mit der Begründung hinaus, daß erst alle anstehenden Schulden beglichen werden müßten. Nicht berichtet wird, ob danach alle Juden wirklich des Ortes verwiesen wurden oder sie bald wieder zurückkehren durften. Auf jeden Fall müssen sich in der Folgezeit wieder Juden im Ort aufgehalten haben, da belegt ist, daß sie nach 1686 einen Begräbnisplatz anlegten. Um 1700 lebten in Barchfeld sechs »staatlich zugelassene« jüdische Familien. In den Folgejahren, insbesondere seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, nahm die Zahl der jüdischen Einwohner von Barchfeld erheblich zu. Zählten sie 1720, einem erhaltenen Namensverzeichnis zufolge, insgesamt bereits 76 Personen, so hatte sich ihre Zahl bis 1826 mit 148 fast verdoppelt. Mit 240 Mitgliedern im Jahre 1887 hatte die jüdische Gemeinde ihren Höchststand erreicht. Danach wanderte der größte Teil ihrer Mitglieder in größere Städte oder nach Amerika aus. 1905 hatte sich die Zahl der jüdischen Einwohner in Barchfeld auf 147 verringert, 1932 betrug sie nur noch 63.

Bereits im Jahre 1926 war der Unterricht an der 1841/42 am Unteren Graben 4 errichteten jüdischen Schule, zu der auch eine Mikwe gehörte, wegen Schülermangels eingestellt worden. Das Gebäude wurde verkauft und vom neuen Besitzer zum Wohnhaus umgebaut.

Die letzten jüdischen Einwohner Barchfelds, die nach 1933 nicht emigriert waren, wurden Anfang der 40er Jahre deportiert. Ihre Synagoge und der Friedhof waren bereits am 9.November 1938 der Pogromnacht zum Opfer gefallen.

Jüdischer Friedhof

Nürnberger Straße 73

Im Jahre 1686 überließ die Landgräfin Hedwig Sophie von Hessen den schutzverwandten Juden auf deren Ersuchen hin ein Stück Landes »vor dem Dorf Barchfeld, vor dem Fischerthor« (etwa in der Nähe der Wörthsgasse außerhalb der Ortsumfriedung) zur Nutzung als Begräbnisplatz gegen die Zahlung eines jährlichen Erbzinses. Diese erste Begräbnisstätte wurde im Jahre 1714 um ein weiteres Stück Landes erweitert. Die jüdische Gemeinde verpflichtete sich, sowohl die neu erworbene als auch die bereits von ihnen genutzte Fläche mit einer »tüchtigen Kalkmauer einzufassen«.

Einer weiteren Vergrößerung des Geländes im Jahre 1786, bei der die jüdische Gemeinde ein angrenzendes Ackerstück von der Witwe des Landgrafen, Hedwig Sophie, sowie ein Stück vom ebenfalls angrenzenden »Pflanzengärtlein« der Herren von Stein und Boyneburg für einen jährlichen Erbzins von 4 1/2 Goldgulden erwarb, folgte eine weitere Ausdehnung des Grundstücks im Jahre 1803. Für das für den Erbzins von 16 »guten Groschen« von der Landgräfin Wilhelmine abgetretene Stück unbebauten Gartens war der israelitischen Gemeinde die Auflage erteilt worden, als Abgrenzung zum Garten hin Zäune und Hecken zu errichten, sowie den Platz auf eigene Kosten von Bäumen und Gestrüpp zu reinigen und die neuen Ruhestätten ähnlich denen auf dem alten schon vorhandenen Begräbnisplatz zu gestalten. Auf diesem alten, heute nicht mehr sichtbaren, Teil des Friedhofs wurde unter anderem die Familie Kleimenhagen begraben, die die Ahnen des Mitbegründers des Staates Israel, Ben Gurion, sein sollen.

Die zunehmende Zahl jüdischer Einwohner in Barchfeld im 18. und besonders in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts führte dazu, daß trotz der mehrfachen Vergrößerung der Begräbnisplatz nicht mehr ausreichte. Hier



Jüdischer Friedhof, wiederaufgestellte Grabmale der frühen Belegungszeit

wurden auch jüdische Einwohner anderer nahegelegener Gemeinden, wie Bad Salzungen und Bad Liebenstein bestattet, da diese Orte über keinen eigenen Begräbnisplatz verfügten. Ein weiterer Grund für den Plan, einen neuen Friedhof anzulegen, war die Bitte des Prinzen Ernst, keine Bestattungen mehr auf dem bisher genutzten Gelände vorzunehmen, das sich auf dem zur Nutzung überlassenen landgräflichen Lustgarten befand. Deshalb erwarb die jüdische Gemeinde von Prinz Ernst von Philipsthal ein neues Stück Landes an der heutigen Nürnberger Straße. Ursprünglich sollte auf einem 1926 angekauften Wiesengrundstück »Vor dem Sömmig« ein weiterer Begräbnisplatz angelegt werden. Die Genehmigung wurde nach der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten 1934 vom Landrat zurückgezogen.

Nur ein Teil des Friedhofs an der Nürnberger Straße ist nach der Zerstörung von fast zwei Dritteln der Grabsteine während der nationalsozialistischen Herrschaft erhalten geblieben.

Die noch vorhandenen etwa 80 Grabsteine bzw. Fragmente aus der Zeit der ersten Bestattungen bis etwa zum Ende des 19. Jahrhunderts wurden nach Kriegsende auf der etwa 1490 qm großen Fläche wieder aufgerichtet. Die Steine des 20. Jahrhunderts existieren nicht mehr. Daher vermittelt der noch vorhandene Rest auf dem mit einem Holzzaun umfriedeten Areal den Eindruck eines älteren, weitgehend traditionellen Landfriedhofs. Die meisten Grabsteine wurden aus rötlichem Sandstein gefertigt und weisen starke Verwitterungsspuren auf. Sie stehen in drei noch in Ansätzen erkennbaren Reihen auf der Rasenfläche sowie vereinzelt im Gelände verteilt. Grabeinfassungen sind nicht vorhanden. Die meisten Grabsteine sind schlicht gestaltet und tragen hebräische Schriftzeichen, in einigen Fällen die gesamte Fläche des Steins bedeckend, jedoch wenig ornamentale Verzierungen oder Symbole. Nach Aussagen Barchfelder Einwohner waren die nicht mehr vorhandenen Grabsteine des 20.Jahrhunderts zumeist aufwendiger gestaltet und bestanden aus verschiedenen Gesteinsarten.

Seit 1995 befindet sich auf dem Areal des Friedhofs auch der von der Gedenkanlage an der Nürnberger Straße 42 umgesetzte Findling mit zwei Gedenktafeln (siehe unten folgende Beschreibung).

Der unter Denkmalschutz stehende Friedhof wurde in der Vergangenheit von einem von der Jüdischen Landesgemeinde beauftragten Pfleger betreut und ist in gutem Zustand.

Jüdischer Friedhof,
traditionelle Grabmale, rechts mit
den segnenden Händen

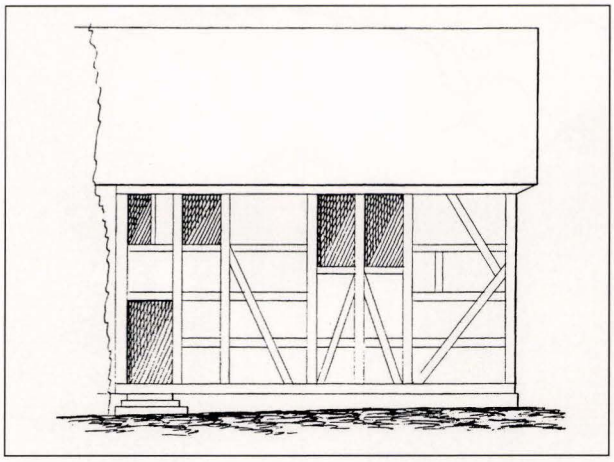


Gedenkstätte
am ehemaligen Standort der Synagoge
Nürnberger Straße 42

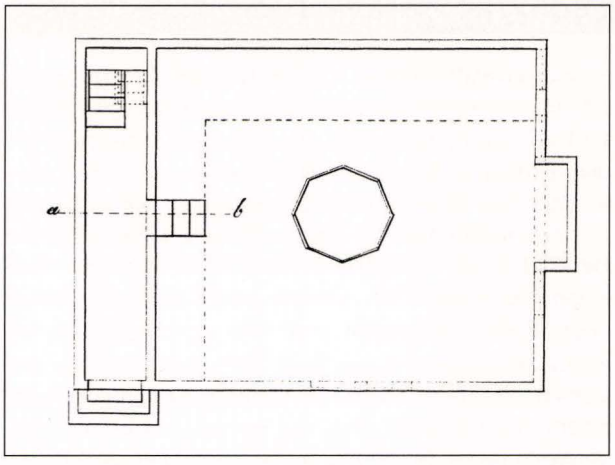
Am 27. November 1988 wurde unmittelbar neben dem ehemaligen Standort der während der Pogromnacht vom 9. November 1938 zerstörten Synagoge in der Nürnberger Straße 42 eine Gedenkstätte eingeweiht, die sich bis zum Herbst 1995 an diesem Platz befand.

Sie entstand nach einem Entwurf des Bad Salzunger Künstlers Gerhard König und besteht aus einem großen behauenen Findling, auf dem zwei Metalltafeln angebracht sind. Auf der linken Tafel ist die brennende Synagoge dargestellt, die rechte Tafel trägt in deutscher und hebräischer Sprache die Inschrift:
»An dieser Stelle stand die im Jahre 1845 geweihte Synagoge der jüdischen Gemeinde Barchfeld. Das Gotteshaus wurde in der Pogromnacht des 9. November von nazistischen Machthabern zerstört. Vergeßt es nie!«

Die am 19. September 1845 geweihte Synagoge, von deren älterem Vorgängerbau weder Standort noch Erbauungsdatum bekannt sind, war 1879 durch einen Brand beschädigt und im darauffolgenden Jahr bereits wieder mit Veränderungen im Innenraum aufgebaut und erneut geweiht worden. Der Neubau der Synagoge um die Mitte des Jahrhunderts war notwendig geworden, weil sich die Mitgliederzahl der jüdischen Gemeinde seit dem Ende des 18. Jahrhunderts erheblich vergrößert hatte. Vom Aussehen des Gebäudes existieren keine fotografischen Abbildungen, lediglich ein um 1987 aus dem Gedächtnis des Barchfelder Einwohners Franz Römhild angefertigtes Aquarell, auf dem jedoch nicht alle Details originalgetreu dargestellt sind. Wie ein im Staatsarchiv Gotha erhaltener Entwurf zeigt, war der Innernraum des kleinen schlichten Baues mit einer Frauenempore und einem Almenor in der Mitte des Raumes ausgestattet. Ein Vergleich dieser Zeichnung mit einer weiteren erhaltenen Entwurfszeichnung belegt, daß bereits noch vor 1850 eine wesentliche Vergrößerung der Synagoge durch Um- und Anbau geplant war, die jedoch offensichtlich nicht ausgeführt wurde. Die seit ihrem Wiederaufbau im Jahre 1880 weitgehend unverändert gebliebene Synagoge wurde 1904 im Inneren teilweise modernisiert. Die Gottesdienste der jüdischen Gemeinde fanden in diesem Gebäude bis zu seiner Zerstörung am 9./10. November 1938 statt. Unmittelbar an die Synagoge schloß sich das Wohnhaus des Lehrers der jüdischen Gemeinde an, das ebenfalls 1938 der Pogromnacht zum Opfer fiel.

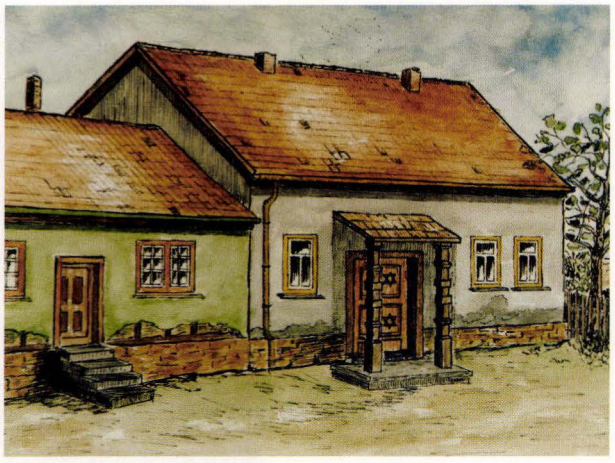


Entwurfszeichnungen für die 1844/45 errichtete Synagoge, Aufriß der Südansicht (Staatsarchiv Gotha)



Grundriß mit Kennzeichnung der Frauenempore, der Nische für den Thora-Schrein sowie der Anordnung des Almenors (in der Mitte des Raumes)

Da das an den ehemaligen Standort der Synagoge angrenzende Grundstück, auf dem die Gedenkstätte eingerichtet



Ansicht der Synagoge vor ihrer Zerstörung 1938. Aquarell, (unsign.), angefertigt 1987 nach den Erinnerungen von Franz Römhild; nach Aussage eines Zeitgenossen waren die Fenster über die Geschoßhöhe hinausreichend und die Tür weiter links angeordnet (im Besitz der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen)

war, nach 1989 reprivatisiert wurde und der neue Eigentümer dort Baumaßnahmen plante, wurde in Abstimmung mit der Jüdischen Landesgemeinde die Beseitigung der Gedenkanlage und die Umsetzung des Gedenksteins auf den jüdischen Friedhof vorgesehen. Der Findling mit den Gedenktafeln befindet sich seit Ende 1995 an dem vorgesehenen Platz. Vom Denkmalamt wurde empfohlen, den ehemaligen Standort der Synagoge durch eine neue Hinweistafel zu kennzeichnen.

Quellen / Literatur

Staatsarchiv Gotha: Bestand Kreisamt Schmalkalden, Acta betreffend den Bau und die Einrichtung von religiösen Reinigungsbädern für die israelitischen Gemeinden des Kreises Schmalkalden 1833 bis 1843, Sign. 2113.
Ebenda: Bestand Landratsamt, Sign. 2136.
Volkmar, Karl: Tausend Jahre Barchfeld/W., Barchfeld 1933.
Herrmann, Justin: Zur Tausendjahrfeier Barchfeld (Werra). Ein vollständiger Überblick der Geschichte der israelitischen Gemeinde, Barchfeld 1933.

BAUERBACH

Landkreis Schmalkalden-Meiningen

Über den Zeitpunkt der ersten Ansiedlung von Juden in Bauerbach gibt es keine konkreten Hinweise. Den Chroniken ist zu entnehmen, daß sie sich vermutlich gegen Ende des 17. und im Verlaufe des 18. Jahrhunderts unter dem Schutze der Freiherren von Bibra und ab 1701 der Rittergutsbesitzer von Wolzogen im heute noch als »Judenhof« bezeichneten Ortsteil von Bauerbach niederließen. Ausgangspunkt der Besiedlung dieses Ortsteils war das Herrenhaus des Rittergutes, das lange Zeit von den meisten jüdischen Zuwanderern bewohnt wurde und daher auch »Judenbau« genannt wurde.



Jüdischer Friedhof,
traditioneller Grabstein mit der Kanne des Leviten

Um 1700 sollen in Bauerbach bereits 28 jüdische Familien mit insgesamt 118 Personen gelebt haben. Ihre Zahl blieb bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts nahezu konstant, da die Beschränkung der Freizügigkeit den Juden nur wenig Möglichkeit zur Veränderung ihres Wohnsitzes innerhalb einer Region boten. Damit machte einer im Jahre 1833 im Herzogtum Sachsen-Meiningen-Hildburghausen durchgeführten Volkszählung zufolge die Zahl der jüdischen Einwohner in Bauerbach, die vorwiegend Kleinhandel oder Barchentweberei betrieben, bei einer Gesamteinwohnerzahl von 338 Personen etwa ein Drittel der Dorfbevölkerung aus. Somit gehörte Bauerbach im 19. Jahrhundert zu einem der wichtigsten Zentren des traditionellen Judentums im Herzogtum Sachsen-Meiningen. 1826 ließ die jüdische Gemeinde die erste Synagoge und 1835 ein Schulhaus errichten. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts verringerte sich auch hier, wie in allen jüdischen Landgemeinden nach der Abschaffung der letzten hemmenden Restriktionen im Herzogtum Sachsen-Meiningen im Jahre 1868, nach kurzem Anstieg die Mitgliederzahl auf Grund der Abwanderung in die Städte oder nach Übersee. Um 1900 wurden nur noch 75 jüdische Einwohner in 15 Haushaltungen gezählt. 1930 lebten noch neun im Ort, von denen die beiden letzten 1943 in ein Konzentrationslager deportiert wurden.

Jüdischer Friedhof

an der Krackenwand

Das vermutlich älteste Zeugnis der jüdischen Besiedlung des Ortes ist der südöstlich vom Ortsrand an einem bewaldeten Abhang gelegene Friedhof. Sein genaues Entstehungsdatum ist nicht bekannt. Es ist anzunehmen, daß die ersten jüdischen Siedler unmittelbar nach ihrer Ankunft einen Begräbnisplatz anlegten.

Auf dem 3700 qm großen, an drei Seiten von einem Holzzaun, im Norden von einer Hecke, umgebenen Areal in einem Waldstück sind 365 Grabsteine erhalten. Die ältesten, etwa 30 hebräisch beschriftete, Grabsteine stehen im Eingangsbereich rechts des Mittelweges. Daran



Jüdischer Friedhof,
neuerer Teil



Jüdischer Friedhof,
älterer Teil



Jüdischer Friedhof,
Grabstein mit Davidstern, 19. Jh.

schließen sich beiderseits des Weges in dichten Reihen Grabsteine aus dem späten 18. bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts an.

Das jüngste erkennbar datierte Grabmal stammt aus dem Jahre 1924. Von den vermutlich bis in die 40er Jahre erfolgten Bestattungen sind keine Grabsteine vorhanden, da die Toten während der nationalsozialistischen Herrschaft zumeist nur illegal begraben werden konnten.

Außer den jüdischen Einwohnern von Bauerbach sind auch Gemeindemitglieder aus Bibra und dem bayrischen Mühlfeld auf diesem Begräbnisplatz bestattet worden.

Der Friedhof in Bauerbach zählt zu den größten jüdischen Landfriedhöfen in Südthüringen. Er trägt im wesentlichen traditionelle Züge. Sämtliche Grabsteine sind nach jüdischem Brauch in Ost-West-Richtung ausgerichtet, die Ostseite mit hebräischen Schriftzeichen, die Westseite zumeist mit deutschsprachigen Inschriften versehen. Die ältesten Steine sind von sehr schlichter Form, schmal aufragend, mit zumeist halbrundem, dreiblatt- oder lanzettförmigem oberen Randabschluß. Sie wurden aus Sandstein gefertigt, der sehr starke Verwitterungserscheinungen aufweist. Sehr selten sind symbolische Darstellungen und Ornamente der jüdischen Glaubenswelt, wie die segnenden Hände eines Cohen, der Davidstern oder die Kanne des Leviten. Reicheren ornamentalen Schmuck, der häufig aus der christlichen Grabmalskunst übernommen wurde, weisen die Grabsteine seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts auf. Fast alle Grabmale stehen auf der Rasenfläche, Grabeinfassungen bilden die Ausnahme. In seiner Gesamtheit vermittelt der Friedhof in Bauerbach das Bild einer in sich geschlossenen, schlichten traditionellen Anlage, wie sie in den Städten zu dieser Zeit nicht mehr zu finden war.

Der Friedhof wurde 1993 als Kulturdenkmal in das Denkmalbuch aufgenommen.

Ehemalige Synagoge

Henneberger Straße 58

Die 1892 anstelle eines wegen Bauschäden abgerissenen Vorgängerbaues (1826 erbaut) errichtete Synagoge in der Henneberger Straße existiert in ihrer ursprünglichen Form nicht mehr. In dem Gebäude, von dem es keine nähere Beschreibung gibt, fanden bis 1920 Gottesdienste statt. Es wurde gleichzeitig als Schulraum genutzt. Da die Zahl der Gemeindemitglieder sich in den zwanziger Jahren auf zehn Personen reduziert hatte, ebenso kaum noch Schüler im Ort lebten, wurden der Gottesdienst und wenig später auch der Schulunterricht eingestellt. Das 1835 errichtete separate Schulhaus, in dem sich auch das Ritualbad befand, war bereits vor der Jahrhundertwende nicht mehr genutzt und deshalb verkauft worden.

1937 erwarb eine Bauerbacher Familie das Gebäude der ehemaligen Synagoge und baute es zum Wohnhaus um. Da wegen der vorgenommenen baulichen Veränderungen die ursprüngliche Funktion des Gebäudes nicht mehr nachvollziehbar ist, wurde auf seine Unterschutzstellung als Kulturdenkmal verzichtet.

Quelle / Literatur

Auskünfte durch die Gemeindeverwaltung.
Human, a.a.O.
Eschwege, a. a. O.

BERKACH

Landkreis Schmalkalden-Meiningen

Die kleine Gemeinde Berkach im Landkreis Schmalkalden-Meiningen ist der einzige Ort im Freistaat Thüringen, in dem die wesentlichen Kultstätten der dort bis 1943 ansässigen jüdischen Gemeinde erhalten geblieben sind, während sie andernorts der nationalsozialistischen Herrschaft oder die noch verbliebenen Reste nach dem Kriege der staatlichen Ignoranz von DDR-Behörden zum Opfer fielen. Der Hauptgrund dafür, daß neben dem Friedhof die Synagoge, das ehemalige Schulhaus sowie die Mikwe die Zeiten im wesentlichen mehr oder weniger unbeschadet überstanden haben, ist in der geographischen Lage des Ortes zu suchen – Berkach lag nahezu 50 Jahre im Sperrgebiet an der ehemaligen innerdeutschen Grenze und war daher ohne Passierschein für Ortsfremde nicht zugänglich.

Vor der Schändung durch die Nationalsozialisten waren die Objekte bewahrt geblieben, weil sie schon 1938 nicht mehr in jüdischem Besitz waren. Da sich die Anzahl der jüdischen Einwohner von Berkach seit der Jahrhundertwende durch Abwanderung stetig verringert hatte, war das Schulgebäude bereits um 1890 an die Gemeinde Berkach verkauft worden, später unter dem Druck der politischen Verhältnisse während des nationalsozialistischen Regimes auch die Mikwe und die Synagoge.

Der außerhalb des Ortes liegende Friedhof, der bis 1989 unmittelbar an den Sperrzaun grenzte, war in Vergessenheit geraten. Auf die Objekte wurde die Verfasserin während der Erfassungsarbeiten in der Region aufmerksam. Ihre Geschichte deutet auf eine mehrere Jahrhunderte dauernde Ansiedlung jüdischer Bewohner hin, die den Ort, wie dies in einer Reihe anderer Gemeinden im Rhön/Werra-Gebiet ebenfalls der Fall war, wesentlich prägten.

Über den ersten Aufenthalt von Juden in Berkach gibt es keine verläßlichen Nachrichten. In der um 1860 von Pfarrer Röhrig verfaßten Kirchenchronik wird berichtet, daß die ersten Juden um 1700 nach Berkach gekommen seien, es jedoch Anhaltspunkte für einen früheren Aufenthalt im Ort gebe, die jedoch nicht belegbar seien. Anzunehmen ist, daß es sich dabei um einige wenige sich vorübergehend dort aufhaltende Händler sowie um Schutzjuden gehandelt hat.

Ein Dekret vom 5. August 1710 erlaubte im Herrschaftsbereich des Hochstifts Würzburgs, zu dem Berkach im 18. Jahrhundert gehörte, die Aufnahme von Juden in solchen Orten, in denen bereits welche lebten.

Belegt ist, daß zu Beginn des 18. Jahrhunderts die Herren von Stein den aus Nordheim wegen Streitigkeiten mit christlichen Einwohnern ausgewiesenen Juden in Berkach Wohnrecht und gegen Zahlung von sechs Gulden pro Familie Schutz gewährten. In der Folgezeit begannen die Juden, sich durch den Bau und den Kauf von Häusern größtenteils im Zehnthof und im Hinterdorf von Berkach dauerhaft seßhaft zu machen. Die Synagoge und die Schule sowie die anderen Kulteinrichtungen richteten sie zunächst in bereits vorhandenen Gebäuden ein. Das von ihnen besiedelte Areal soll durch drei Schlagbäume vom übrigen Dorfbereich abgetrennt gewesen sein, jedoch erhielten die Mitglieder der jüdischen Gemeinde die Erlaubnis, allgemeine Einrichtungen der christlichen Gemeinde gegen Zahlung eines jährlichen »Dorfgeldes« von zwei Gulden mitzunutzen.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts bestand die jüdische Gemeinde Berkachs aus 19 Familien, die rechtlich nicht den christlichen Einwohnern gleichgestellt waren. Erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts, durch ein im Herzogtum Sachsen-Meiningen am 22. Mai 1856 erlassenes Gesetz, wurde den Juden die Möglichkeit eingeräumt, das Ortsbürgerrecht zu erlangen und in das Gemeindeleben integriert zu werden, wofür sie allerdings 50 Gulden zu zahlen hatten.

Die zahlenmäßig stetig anwachsende jüdische Gemeinde legte um 1820 am Ortsrand einen Friedhof an und ließ 1838 eine neue Mikwe, 1852 bis 1854 ein Schulhaus sowie eine neue Synagoge errichten. 1861 hatte die jüdische Einwohnerzahl im Ort mit 177 Personen vermutlich ihren Höchststand erreicht, denn in den folgenden Jahrzehnten reduzierte sich ihre Zahl kontinuierlich durch Abwanderung, 1900 betrug sie noch 64 und 1933 nur noch 20 Personen. Die letzten jüdischen Einwohner von Berkach wurden 1942/43 in Vernichtungslager deportiert; damit wurde die Gemeinde, auf deren Existenz heute lediglich noch die Kulteinrichtungen hinweisen, aufgelöst.

Synagoge
Mühlfelder Straße

Die nach umfangreichen Restaurierungsmaßnahmen im November 1991 erneut geweihte Synagoge entstand 1852 bis 1854. Die jüdische Gemeinde ließ sie an der Mühlfelder Straße als Nachfolgebau der älteren Synagoge im Bereich des Zehnthofes hinter dem Haus von Götz Frank errichten.

Die Bausumme, die einschließlich des zur gleichen Zeit errichteten Schulgebäudes und der Kosten für das Grundstück 7000 Gulden betrug, wurde durch Spenden und Pflichtbeiträge der Gemeindemitglieder aufgebracht.

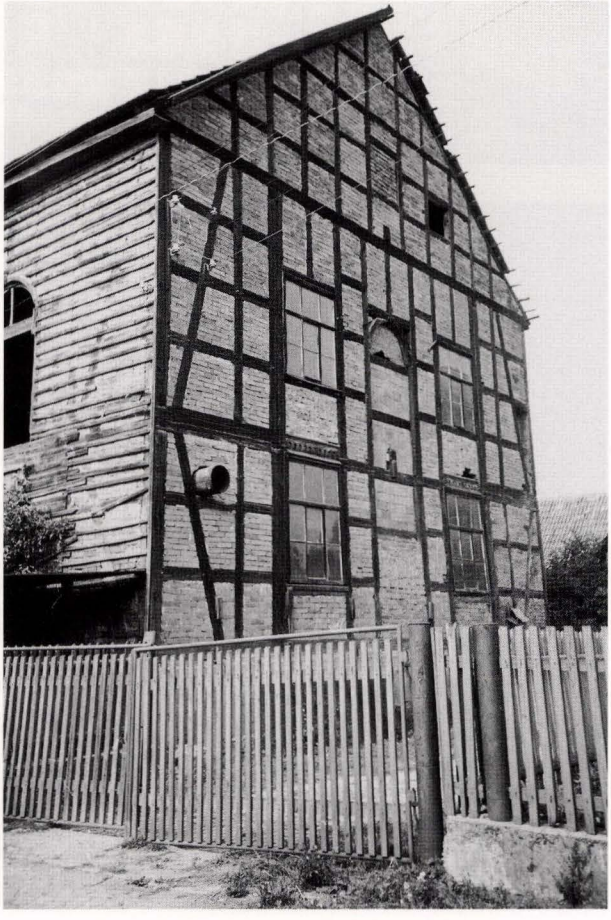
Entwürfe und Dokumentationen aus der Entstehungszeit fehlen, so daß sich die Gestaltung der Synagoge nur noch aus der nach Originalbefunden ausgeführten Rekonstruktion und Restaurierung des Baues erschließen läßt.

Der allseitig freistehende, traufständige zweigeschossige Saalbau wurde auf einem hohen Steinsockel errichtet. Die einfache Fachwerkkonstruktion, die keinerlei Schmuckelemente aufweist, ist durch in Dreier- oder Vierergruppen zusammengefaßte hohe Rundbogenfenster gegliedert.

Im Inneren fanden sich trotz des schlechten Bauzustandes noch die Reste der dreiseitig umlaufenden Frauenempore, die vom Treppenhaus erreichbar war. Ein Teil der die Empore tragenden kannelierten Säulen war



Zustand der Südfassade vor der Restaurierung (1989)



Zustand der Ostfassade vor der Restaurierung (1989)



Süd- und Ostfassade nach der Restaurierung (1992), links daneben das um 1900 zum Wohnhaus umgebaute ehemalige jüdische Schulhaus



Innenansicht der Synagoge nach der Restaurierung (1992)

noch erhalten, ebenso Reste der originalen ornamentalen grünen und braunen Schablonenmalerei. Die jahrzehntelange zweckentfremdete Nutzung des Gebäudes sowie die starke Vernachlässigung der Bausubstanz hatten dazu geführt, daß es die Verfasserin 1988 bei der Entdeckung in desolatem Zustand vorfand: sämtliche Kultgegenstände, einschließlich des Thora-Schreins, waren nicht mehr vorhanden, in Höhe der Empore war eine Zwischendecke aus Beton eingezogen worden, mehrere Fenster vermauert oder völlig verändert, sowie an der Straßenseite eine breite Öffnung für ein Zufahrtstor herausgebrochen worden. Die ehemals aufgebrachte Verschieferung der Außenmauern war bis auf die Tragkonstruktion entfernt worden.

Das Gebäude, das während der Pogromnacht vom 9. November 1938 von der Schändung verschont geblieben war, wurde 1939 wegen der politischen Verhältnisse von den wenigen noch im Ort verbliebenen Mitgliedern der jüdischen Gemeinde an die Gemeinde Berkach verkauft, die es 1943 an den Sparkassen- und Darlehnsverein weiter veräußerte. Letzterer ging in die Raiffeisenbank über, deren Rechtsnachfolger nach der Gründung der DDR die VdgB (Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe) wurde. Von ihr erwarb die ortsansässige LPG (Landwirtschaftliche

Produktionsgenossenschaft) das Gebäude, die es als Schmiede und Lagerraum nutzte.

Zum Zeitpunkt der Erfassung des Gebäudes konnte nicht von einer Verbesserung der Verhältnisse ausgegangen werden, zumal der Ort wegen seiner Grenzlage nur mit Passierschein erreichbar war. Deshalb sah das ursprüngliche Konzept lediglich die etappenweise Sicherung des Gebäudes und Schutzmaßnahmen gegen den weiteren Verfall vor. In der Folge der politischen Veränderungen wurden langfristig seine vollständige Wiederherstellung geplant und die Erarbeitung einer Nutzungskonzeption festgelegt, die jedoch durch die Aktivitäten engagierter Bürger unverhofft erwirkte Bereitstellung größerer Geldmittel durch Bundes- und Landesregierung bereits 1990/91 realisiert werden konnten.

Die umfassende Restaurierung des gesamten Gebäudes wurde daraufhin in relativ großer Eile vorangetrieben. Die Ausführung der Bauarbeiten lag in den Händen eines Meininger Sanierungsbetriebes. Der Bau wurde von Grund auf saniert, die Dacheindeckung und Teile des Fachwerkes sowie sämtliche Fenster erneuert.

Auf die Verschieferung wurde verzichtet, da sie offensichtlich erst zu einem späteren Zeitpunkt aufgebracht worden war. Im Innenraum wurde die Zwischendecke entfernt, fehlende Stützsäulen ergänzt sowie der Aufgang zur Empore erneuert. Die Wände wurden ganzflächig, die Kassettendecke in Feldern mit Schablonenmalerei analog zu den originalen Farbbefunden versehen. Teile der Innenausstattung, wie die Neuanfertigung des Thora-Schreins, des Vorbeterpultes und des ewigen Lichtes wurden erst 1993/94 fertiggestellt.

Die Wiedereinweihung der Synagoge fand am 3. November 1991 statt. Sie wird wieder als jüdisches Gotteshaus und als Stätte der Begegnung genutzt.

Das Gebäude wurde 1993 als Kulturdenkmal in das Denkmalbuch eingetragen.

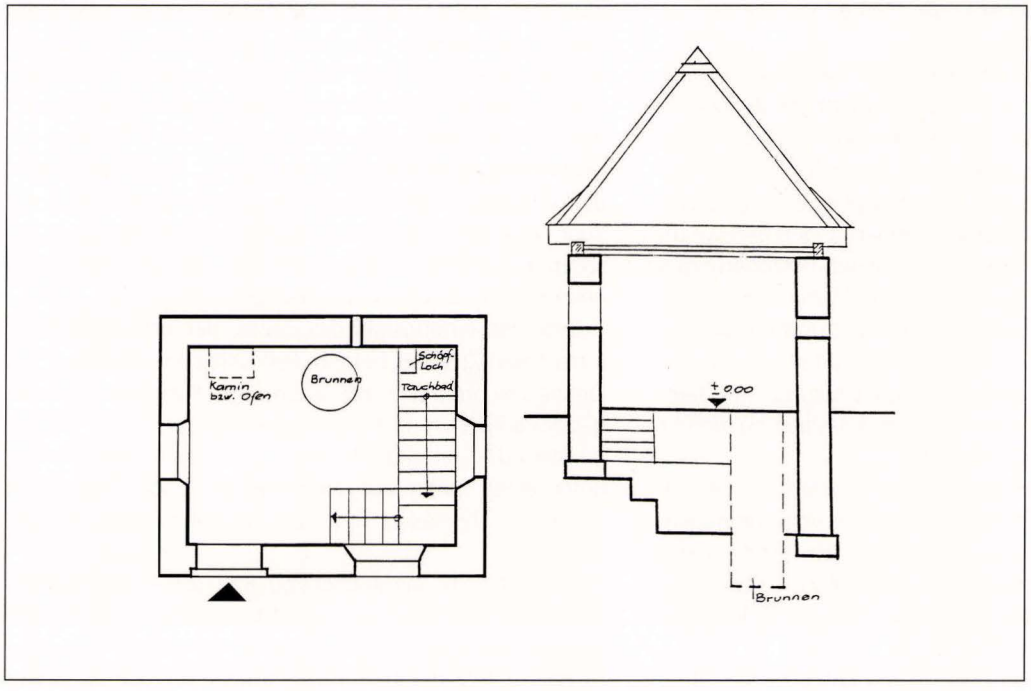
Mikwe
Poststraße

Noch vor dem Bau der neuen Synagoge wurde in Berkach zusätzlich zu zwei weiteren in Privathäusern befindlichen ritualen Tauchbädern die heute noch erhaltene Mikwe im Jahre 1838 errichtet. Die jüdische Gemeinde war zu ihrem Bau von übergeordneten Behörden gedrängt worden, weil sich die bereits bestehenden Mikwen in den Kellern von Privathäusern in schlechtem Bauzustand befanden und erhebliche hygienische Mängel beanstandet worden waren. Die Mikwe wurde ebenfalls erst 1988 bei Erfassungsarbeiten von der Verfasserin durch Zufall entdeckt. In dem unscheinbaren Bau, der vermutlich bis in die 30er Jahre von den letzten noch im Ort ansässigen jüdischen Einwohnern genutzt wurde, richtete später der neue Besitzer einen Geräteschuppen ein.

Am Erscheinungsbild des Baues, der sich 1988/89 in schlechtem Zustand befand, ließ sich ohne Kenntnis der Ortsgeschichte nicht die ehemalige Funktion des Gebäudes erkennen. Erst ein Hinweis des damaligen Bürgermeisters und die gezielte Suche nach dem Tauchbecken unter einer später aufgebrachten Fußbodenbedeckung erbrachten den Beleg für die Existenz einer Mikwe an dieser Stelle.

Der schlichte eingeschossige Bau ohne architektonische Besonderheiten wurde auf quadratischem Grundriß aus Bruchsteinen errichtet. Über der massiven Eingangstür ist im Türsturz die Inschrift »Samuel Isaak-Barnas 1838« eingemeißelt. In der Ost-, West- sowie der Nordwand befinden sich je 0,60 x 0,85 m große Fensteröffnungen, die vermutlich ursprünglich eine andere Form aufwiesen, da über allen drei Fensterstürzen gemauerte Bögen sichtbar sind. In der Südwand ist eine schmale Öffnung von 0,15 m Breite ausgespart. Die heutige Dachform entspricht ebenfalls nicht dem Originalzustand. Die Dachkonstruktion, die ursprünglich eine geringere Neigung besaß, ist wahrscheinlich vom neuen Nutzer 1936 geändert worden. Die Giebelseiten des ziegelgedeckten Daches sind mit Holzbrettern verschalt.

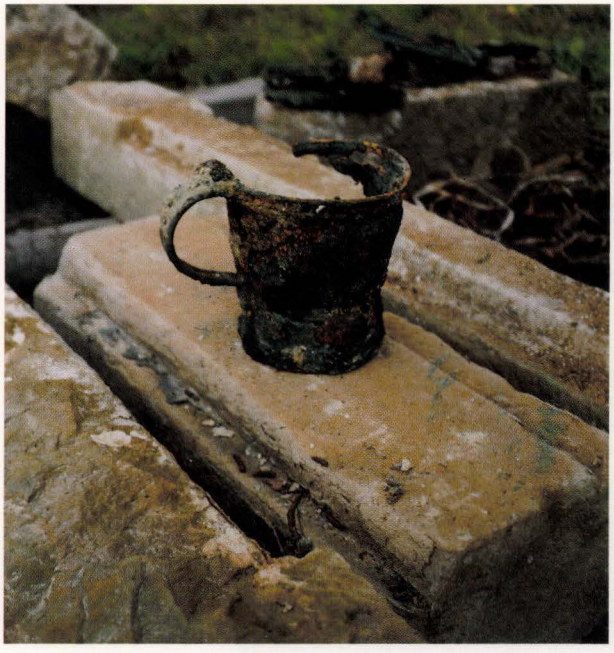
Im Inneren des Gebäudes, dessen Fußboden mit Ziegeln ausgelegt ist, wurden 1991 während der Rekonstruktionsmaßnahmen ein 2,60 m tiefer Brunnenschacht mit einem Durchmesser von 0,75 m sowie ein Treppenlauf freigelegt, der in das Tauchbad führte. In die Bodenfläche des Tauchbades (ca. 0,85 x 0,75 m) ist ein Schöpfloch eingelassen. Der Brunnen, der durch Grundwasser gespeist wurde, und das Tauchbad haben keine unterirdische Verbindung miteinander. Neben dem Brunnen waren Spuren einer Heizquelle sichtbar. Bisher blieb ungeklärt, ob es sich um einen Kamin oder um einen Ofen gehandelt hat.



Grundriß und Schnitt der Mikwe (Zeichnung: M. Kahl)



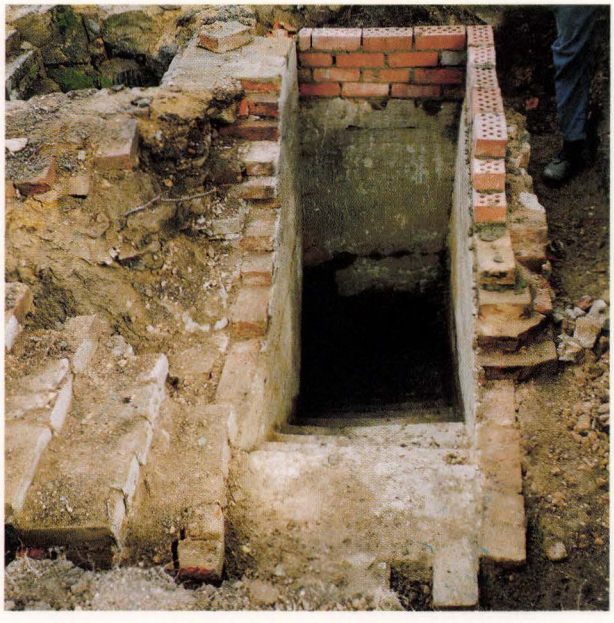
Zustand der Mikwe nach der Restaurierung (1989)



Fundstücke während der Rekonstruktionsarbeiten, Schöpfgefäß



Leuchter



Freigelegter Treppenlauf, Tauchbecken und Brunnenschacht während der Rekonstruktionsarbeiten (1990)

Bei den Schachtarbeiten wurden ein Schöpfgefäß und ein Leuchter gefunden.

Wegen Einsturzgefahr des Gebäudes – das Mauerwerk war stark geschädigt – mußten die Außenmauern und das Dach abgetragen werden. Das Mauerwerk aus Bruchstein wurde mit den Originalmaterialien neu errichtet, das Dach mit Altmaterial neu eingedeckt sowie notwendige Steinmetzarbeiten an den Fenster- und Türstürzen ausgeführt. Im Inneren des Gebäudes wurden der freigelegte Brunnen und der Treppenlauf zum Tauchbad den originalen Dimensionen entsprechend aufgemauert, der Fußboden analog der unter der obersten Schicht aufgefundenen Ziegelsteinschicht gestaltet. Die Wände des Innenraumes wurden mit einem glatten Kalkputz versehen und erhielten einen weißen Anstrich.

Die Mikwe wurde 1989 in die vorläufige Denkmalliste aufgenommen und 1993 als Kulturdenkmal in das Denkmalbuch eingetragen.



Jüdischer Friedhof, Grabmale aus der zweiten Hälfte des 19. Jh.

Friedhof

Im Roth

Das älteste erhaltene Zeugnis jüdischen Gemeindelebens in Berkach ist der Friedhof, der sich mit einer Fläche von 1103 qm an einer Stelle befindet, die bis 1989 unmittelbar an einem Sperrzaun der ehemaligen Grenzbefestigung lag.

Obwohl bereits Kulteinrichtungen im Ort eingerichtet waren, existierte bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts kein Begräbnisplatz für verstorbene jüdische Einwohner. Die Toten wurden in Kleinbardorf bei Bad Königshofen bestattet. In den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts erwarben die in Berkach ansässigen Juden an der ehemaligen Behrunger Chausee ein Grundstück für die Anlage eines eigenen Friedhofs.

Das mit Bäumen bestandene Areal ist von einem Lattenzaun umgeben. Rund 140 Grabsteine sind mehr oder weniger gut erhalten. Rechts vom Eingangstor erstreckt sich ein ungenutztes Wiesengelände. Links sind entlang des Zauns die ältesten, traditionell gestalteten Grabmale sowie mehrere Bruchstücke angeordnet. Davor stehen in sechs erkennbaren Reihen Grabsteine aus Kalk- bzw. Sandstein. Ihre teils hebräischen, teils deutschen Inschriften sind größtenteils stark verwittert oder die Schrifttafeln fehlen.

Die Mehrzahl dieser Grabmale stammt aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Das Nebeneinander von traditioneller Formgebung und an zeitgenössische christliche Grabmalkunst angelehnter Gestaltungsformen deutet auf den auch auf dem Lande beginnenden Assimilierungsprozeß hin. Neben einem schlichten Obelisken aus schwarzem Granit findet man Stelen mit Rundbögen oder giebelförmigen Aufsätzen, vereinzelt auch mit floralen Schmuckelementen. Symbolische Darstellungen sind kaum vorhanden oder wegen starker Verwitterung nicht mehr erkennbar.

Acht Grabstätten, darunter ein Doppelgrab, sind mit einer steinernen Einfassung versehen. Die letzte Bestattungen erfolgte 1942.

Der Friedhof wurde 1993 als Kulturdenkmal in das Denkmalbuch eingetragen.



Jüdischer Friedhof, traditionelle Grabmale

Ehemalige Schule
Mühlfelder Straße 8

Unmittelbar neben der Synagoge ist heute noch das ehemalige Schulgebäude der jüdischen Gemeinde erhalten. Der schlichte zweigeschossige Bau entstand zeitgleich mit der Synagoge. Als Schule genutzt wurde er jedoch nur bis 1898, weil sich die Zahl der Schüler, die 1860 noch 45 betragen hatte, gegen Ende des Jahrhunderts, wegen der zunehmenden Abwanderung der Juden in die größeren Städte, auf 14 Kinder verringert hatte.

Finanzielle Probleme erlaubten die weitere Erhaltung des Gebäudes nicht mehr. Seit 1898 besuchten die jüdischen Kinder die allgemeine Schule des Ortes. Das Schulgebäude wurde an die Gemeinde Berkach verkauft, die es zu einem Wohnhaus umbauen ließ.

Wegen der gravierenden Veränderungen am Gebäude, die seine ehemalige Nutzung nicht mehr nachvollziehen lassen, wurde auf die Erfassung in der Denkmalliste und eine Rekonstruktion verzichtet. Es ist geplant, am Gebäude eine Gedenktafel anzubringen, die auf seine Geschichte hinweist.

Quellen / Literatur

Human, a.a.O.
Kirchenchronik von Berkach, verf. v. Pfarrer Röhrig, um 1860.
Dokumentationsmaterial zur Geschichte der jüdischen Gemeinde von Berkach, maschinenschriftliches Manuskript, 1991, erarbeitet von der Gemeindeverwaltung Berkach.
Kahl, Monika: Das Ensemble des »Stetl«, in: Thüringer Neueste Nachrichten v. 5.1.1990.
Die Juden in Berkach, Erinnerungsbericht von Otto Neubert, maschinenschriftliche Ausarbeitung, o.J.

BIBRA

Landkreis Schmalkalden-Meiningen

Die ersten jüdischen Einwohner kamen im Verlaufe des 17. Jahrhunderts als »Schutzjuden« nach Bibra, wofür sie noch bis 1848, zunächst an den Gutsherrn, seit Anfang der 40er Jahre an die Regierung in Meiningen, ein Schutzgeld zu entrichten hatten. Erstmals wurde 1658 vom Aufenthalt dreier jüdischer Familien im Ort berichtet. 1771 war ihre Zahl auf zwölf angestiegen. Sie wohnten in den sogenannten Judenhäusern des Gutsherren, auch »Judenbau« genannt, im 1841 abgerissenen Judentorhaus sowie weiteren angrenzenden Gebäuden, worin sich ab 1846 auch die jüdische Schulstube, die Lehrerwohnung und das Backhaus befanden. Eigene Häuser zu errichten war den Juden erst seit den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts erlaubt. Sie lebten vorwiegend in der Wassergasse, am Riedweg sowie hauptsächlich in der oberen und unteren Dorfgasse vom damaligen Wirtshaus zum Judentor zu.

Die Gemeinde erreichte 1885 mit 134 Mitgliedern ihren Höchststand und nahm gegen Ende des Jahrhunderts durch Abwanderung, zumeist nach Hildburghausen und Meiningen, wieder ab. 1933 lebten noch 15 jüdische Familien im Ort. 1942/43 wurden die letzten jüdischen Einwohner von Bibra, denen es nicht gelungen war zu emigrieren, »nach Osten« oder in Vernichtungslager deportiert.

In Bibra sind nur noch einige Fragmente der Kulteinrichtungen einer im 19. Jahrhundert bedeutenden jüdischen Gemeinde erhalten.

Ehemalige Synagoge

Hauptstraße 30

Die erste Synagoge befand sich im bereits erwähnten Judenbau. Seit 1837 gab es Bestrebungen der jüdischen Gemeinde, ein neues eigenes Gotteshaus nahe dem Judentor zu errichten. Der Bauplatz auf dem Gelände des Gutsgartens wurde ihnen von den Gutsherren für einen jährlichen Erbzins von sieben Gulden überlassen.

Das massive zweigeschossige Gebäude wurde von 1842 an errichtet und, nach einigen Unterbrechungen wegen Geldmangels, 1846 eingeweiht.

Im nördlichen Flügel des im rechten Winkel angelegten Baues waren die Synagoge, im südlichen die Lehrerwohnung, im Erdgeschoß und im Obergeschoß das Schulzimmer untergebracht. Seit 1876 wurde die jüdische Schule mit der Dorfschule vereinigt, so daß in dem Gebäude nur noch der Religionsunterricht erteilt wurde.

Das bis 1933 noch als Synagoge genutzte Gebäude ist heute nicht mehr als jüdischer Kultusbau erkennbar. Es wurde nach dem Krieg zum Wohnhaus umgebaut und dabei im Inneren und Äußeren stark verändert.

Deshalb wurde auf die Aufnahme des Objektes in die Denkmalliste verzichtet.

Mikwe

Hauptstraße 11

Von einer der ehemaligen Mikwen der jüdischen Gemeinde sind im Nebengebäude Hauptstraße 11 nur noch geringe Reste, die noch nicht näher untersucht werden konnten, erhalten geblieben. Das 1892 in einer anläßlich des 400-jährigen Jubiläums der Kirche erschienenen Festschrift vom Verfasser erwähnte Ritualbad entstand vermutlich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Weiterhin wurde in dem Beitrag von einem Frauenbad im Haus Nr. 50 an der Hauptstraße, in dem bis 1846 auch die Schule und Lehrerwohnung untergebracht waren, berichtet, dessen Erforschung bisher jedoch noch aussteht.

Literatur

Hartmann, Heinrich: Der Marktflecken Bibra. Festschrift zur 400jährigen Jubelfeier der Grundsteinlegung der Kirche, den 17. Juli 1892, Meiningen 1892, in: Schriften des Vereins für Meiningische Geschichte und Landeskunde, Heft 13.
Human, a.a.O.

BLEICHERODE

Landkreis Nordhausen

Erstmalig sollen sich in Bleicherode Juden gegen Ende des 13. Jahrhunderts aufgehalten haben. Von den Vertreibungen im Gefolge der Pestepidemie im Jahre 1349 blieben sie verschont, ebenso zunächst von den andernorts um die Mitte des 16. Jahrhunderts erfolgten Ausweisungsaktionen. Noch 1589 werden fünf und 1593 sechs ansässige jüdische Familien erwähnt, die jedoch 1594 gegen den Entscheid des Landesherren auf Betreiben Bleicheröder Bürger aus der Stadt gewiesen wurden. Erst um 1700 kehrten wieder vereinzelt Juden nach Bleicherode zurück, denen im ersten Drittel des Jahrhunderts weitere Zuwanderer folgten, die jedoch kein Bürgerrecht erlangen konnten. Allein in den Jahren 1725 bis 1729 stieg ihre Zahl von 86 auf 155. Der Grund für die verstärkte Zuwanderung jüdischer Familien war der aufblühende Zweig der Textilindustrie in Bleicherode, an dessen Entwicklung die Juden einen wesentlichen Anteil hatten.

Nach einem vorübergehenden leichten Rückgang der jüdischen Einwohnerzahl während des Siebenjährigen Krieges stieg sie im 19. Jahrhundert mit der beginnenden Industrialisierung in Bleicherode, insbesondere durch Zuzug aus Ellrich, wieder an. Eine führende Stellung nahmen die Juden bei der Einrichtung von Webereibetrieben in der Stadt ein. Bereits 1799 hatte ein jüdischer Einwohner das Bürgerrecht erwerben können und während der französischen Besetzungszeit seit 1806/07 waren die Restriktionen gegen die jüdischen Einwohner Bleicherodes aufgehoben worden. Nach der erneuten Unterstellung des Territoriums unter die preußische Herrschaft im Jahre 1814 blieben die neu erworbenen Rechte der Juden im wesentlichen unangetastet, so daß sich unter diesen Bedingungen in den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts eine starke jüdische Gemeinde herausbilden konnte. Ihre Mitgliederzahl stieg, von einigen Schwankungen abgesehen, stetig an und betrug um 1900 147 Personen.

Die nationalsozialistische Verfolgungs- und Ausrottungspolitik beendete auch in Bleicherode 1943/44 die Geschichte der jüdischen Gemeinde, an die nur noch der jüdische Friedhof, ein Gedenkstein sowie eine Gedenktafel erinnern.

Jüdischer Friedhof

am Vogelberg

Zu den ersten Einrichtungen, die sich die in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts herausbildende jüdische Gemeinde schuf, gehörte der jüdische Friedhof von Bleicherode. Der alte Friedhof, der 1828 geschlossen wurde, befand sich an der Braustraße. Von ihm gibt es keine Überreste. Bereits 1728 hatte die jüdische Gemeinde ein Grundstück mit einem offensichtlich schon bestehenden Friedhof an der Schustergasse am Hang des Vogelberges gegen Zahlung eines jährlichen Zinses von zwölf Groschen erworben. Dieser Teil bildete den Ausgangspunkt für den heute noch existierenden jüdischen Friedhof.

Das im Süden von einer Bruchsteinmauer, im Norden von einem Lattenzaun sowie im Osten und Westen von Maschendraht umzäunte Areal ist terrassenförmig angelegt. Die Gestaltung der Grabsteine sowie die Anordnung der Gräber lassen die verschiedenen Etappen der Erweiterung erkennen. Bereits 1857 erwies sich das Gelände als zu klein und wurde durch den Erwerb des Berggartens vom Zimmermann Konrad Kräuter für einen Kaufpreis von 150 Reichstalern erweitert. 1865 entstand unterhalb des Friedhofs ein Wagenschuppen für die Unterstellung des Leichenwagens.

Der ursprüngliche Eingang zum heute etwa 1800 qm großen Friedhof befand sich in der Schustergasse. Er ist heute nur noch über ein Privatgrundstück erreichbar. Der neue Zugang führt von der Südseite her auf den Begräbnisplatz. Dort befinden sich die ältesten der insgesamt rund 200 Grabsteine aus der Entstehungszeit des Friedhofs. Die größtenteils stark verwitterten Steine bestehen aus Sandstein und tragen hebräische Schriftzeichen. Sie stehen ohne Grabeinfassungen auf der Rasenfläche. In ihrer Gestaltung zeugen sie von der bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts unverfälschten traditionellen Begräbniskultur der Juden.

Die später angelegten Grabhügel sind zumeist mit einer Einfassung versehen und tragen Grabsteine, die in ihrem Material und ihrer Gestaltung den zeitgenössischen christlichen Grabmälern ähneln. Sie sind rechts und links eines Treppenaufganges terrassenförmig in Reihen auf einem von großen Bäumen bestandenen Hang angeordnet. Unter ihnen sind mehrere hochaufragende Obelisken



Jüdischer Friedhof,
älterer Teil



Jüdischer Friedhof,
neuerer Teil



Jüdischer Friedhof,
gußeisernes Grabmal, Ende 19. Jh.

aus schwarzem Gestein sowie auch ein von Blüten umrankter abgebrochener steinerner Baumstamm. Die Steine tragen teils hebräische und deutsche und teils nur deutsche Inschriften.

Die vermutlich letzte legale Beisetzung fand 1938 statt. An die in Auschwitz ermordete jüdische Bürgerin Bleicherodes, Bertha Herzfeld, erinnert eine nach Kriegsende auf einer vorhandenen Grabstätte angebrachte Gedenktafel.

Während des Nationalsozialismus wurde der Friedhof verwüstet. In einem Bericht über seinen Zustand wurde 1944 festgestellt, daß Grabeinfassungen und Steine größtenteils zerstört oder beschädigt vorgefunden worden seien.

Nach Kriegsende ließ die Stadtverwaltung den Friedhof wieder herrichten. Seither wurde er im Auftrag der Jüdischen Landesgemeinde sowie durch Einsätze der Aktion Sühnezeichen instand gehalten. Beschädigungen durch Unbekannte in den Jahren 1994 und 1995 sind derzeit noch sichtbar.

Der Friedhof ist in der vorläufigen Denkmalliste erfaßt und für die Aufnahme in das Denkmalbuch vorgesehen.

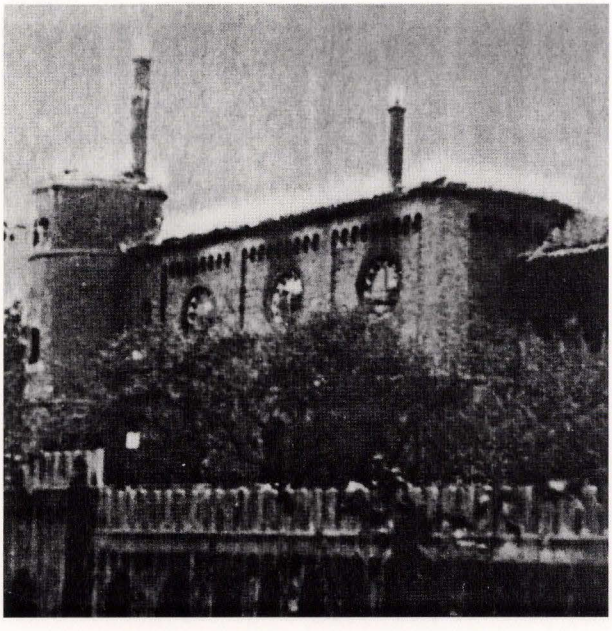
Gedenkstein am ehemaligen Standort der Synagoge

Obergebraer Straße

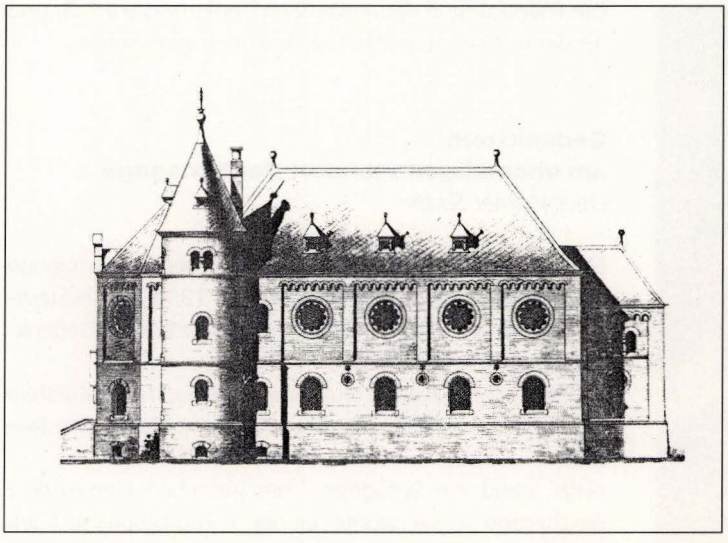
50 Jahre nach der Zerstörung der Bleicheröder Synagoge in der Pogromnacht vom 9. November 1938 ließ die Stadtverwaltung an ihrem ehemaligen Standort einen Gedenkstein errichten.

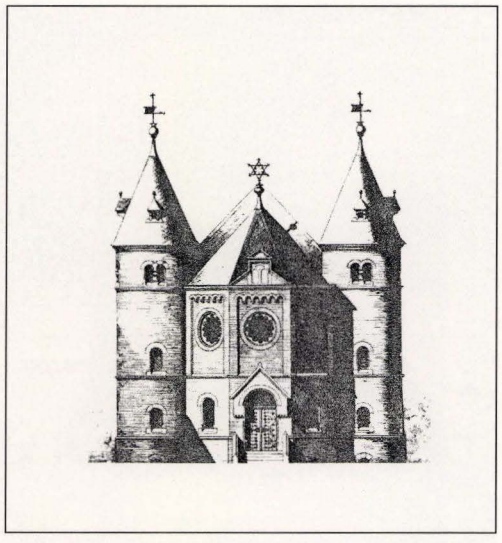
Die Inschrift auf der auf einem behauenen Naturstein angebrachten schwarzen Granittafel mit Davidstern lautet:
»Hier stand die Synagoge / der jüdischen Gemeinde / Bleicherode. / Sie wurde in der / Pogromnacht / am 9. November 1938 / von Faschisten / niedergebrannt.«

Vor der Errichtung der Synagoge, von der heute nur noch Abbildungen existieren, fanden die Gottesdienste in einem Betsaal im Wohnhaus Hauptstraße 131 statt.



Ruine der ehemaligen Synagoge nach der Pogromnacht vom 9. zum 10. November 1938





Entwurfszeichnungen für die Synagoge, geweiht 1882, zerstört 1938

Mit dem Bau des zweitürmigen, durch romanische und gotische Stilelemente geprägten, einem christlichen Sakralbau ähnelnden Gebäudes, wurde nach langen zähen Verhandlungen mit der Stadtverwaltung im Jahre 1880 begonnen. Der Entwurf stammte von Baurat Edwin Oppler aus Hannover, der als erster jüdischer Architekt seine Überzeugung von der Notwendigkeit der Anpassung der jüdischen Lebensweise an die christliche Umwelt in der Gestaltung einer Reihe von Synagogen in mehreren Städten Deutschlands zum Ausdruck brachte. Die Ausführung der Bauarbeiten lag in den Händen des Bleicheröder Maurermeisters Schirmer. Die Kosten für den 1882 fertiggestellten Bau betrugen insgesamt 45 000 M, wovon die jüdische Gemeinde 15 000 M durch freiwillige Spenden aufgebracht hatte.

Gedenktafel an der Marienkirche

Ebenfalls seit 1988 erinnert eine von der evangelischen Kirchgemeinde Bleicherodes an der Marienkirche angebrachte Tafel zum Gedenken an die im Gefolge der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vertreibungspolitik aufgelöste jüdische Gemeinde und deren in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 zerstörte Synagoge.

Ihre Inschrift unter einem Davidstern lautet:
»In unserer Stadt gab es / eine Gemeinschaft unserer / älteren Geschwister / im Glauben an Gott / die jüdische Gemeinde/Bleicherode / Ihre Synagoge wurde / am 9. November 1938 / niedergebrannt / Die Menschen wurden / verächtlich gemacht / gemieden, vertrieben / Viele wurden umgebracht / und wir haben geschwiegen / Herr, hilf, daß / wir nicht wieder schweigen / wenn neben uns Menschen / verächtlich gemacht / oder gemieden werden / Amen. / 1988 – fünfzig Jahre danach«.

Quelle / Literatur

Krusche, Michael: Die jüdische Gemeinde in Bleicherode von 1900-1945, maschinenschriftliches Exemplar, Heimatmuseum, Bleicherode 1988.
Dietrich, Hans-Joachim: Zur 500jährigen Geschichte der jüdischen Gemeinde in Bleicherode und Umgebung, in: Jüdisches Nachrichtenblatt, Dezember 1983 ff.
Tüngerthal, Hans: Bleicherode in alten Ansichten, Zaltbommel/Niederlande, 1992.

DREISSIGACKER

Ortsteil von Meiningen, Landkreis Schmalkalden-Meiningen

Vermutlich seit dem 17. Jahrhundert hielt sich in Dreißigacker, in unmittelbarer Nähe Meiningens, eine unbekannte Zahl von Juden auf. Über die Geschichte der jüdischen Gemeinde in den folgenden Jahrhunderten existieren kaum Nachrichten. Im Jahre 1735 soll erstmals ein Jude einen Schutzbrief mit der Erlaubnis zur Niederlassung im Ort erhalten haben. 1833 wurden 56 Juden gezählt, die auch über eine Schule und eine Synagoge, die 1867 abbrannte, verfügten.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts löste sich die jüdische Gemeinde von Dreißigacker durch Abwanderung ihrer Mitglieder nach Meiningen oder nach Übersee auf. An ihre Existenz erinnert lediglich der noch erhaltene jüdische Friedhof.

Jüdischer Friedhof

am östlichen Ortsrand auf einer Anhöhe

Vom ältesten erhaltenen Grabstein auf dem jüdischen Friedhof aus dem Jahre 1665 läßt sich ableiten, daß zu jenem Zeitpunkt bereits Juden in Dreißigacker ansässig waren.



Jüdischer Friedhof, älterer Teil



Jüdischer Friedhof, Grabmale 19. Jh.

Der von einem Lattenzaun umfriedete Begräbnisplatz am östlichen Ortsrand von Dreißigacker hat heute eine Größe von knapp 900 qm (ca. 60 X 15 m). Etwa die Hälfte davon besteht aus einer von großen Bäumen bestandenen Rasenfläche, die nicht belegt ist.

Die andere Hälfte ist in zwei Teile untergliedert. Auf der Westseite stehen in vier Reihen 44 Grabsteine, die allesamt ohne Grabeinfasung sind. Hierbei handelt es sich um die älteren Grabstätten, die durch schlichtes Material (Muschelkalk) und Gestaltungsformen, zumeist mit abgerundetem oberen Randabschluß, gekennzeichnet sind. Alle tragen hebräische Inschriften.

Auf der östlichen Seite sind in zwei Reihen 28 hoch aufgerichtete Stelen, ebenfalls ohne Grabeinfassungen, angeordnet. Die Mehrzahl der Grabmale schließt mit einem dreieckig oder treppenförmig gearbeiteten Giebel ab, vereinzelt sind sie von einer Palmette bekrönt. Die vorwiegend aus Sandstein gefertigten, bereits weitgehend der christlichen Grabmalgestaltung angepaßten, Steine stammen aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Mehrere von ihnen tragen als Verzierung einen erhaben gestalteten Kranz über der teils deutschen teils hebräischen Inschrift. Vereinzelt findet man jedoch zugleich auch noch die Darstellung jüdischer Symbolik, wie die der Gesetzestafeln.
Der jüngste Stein stammt aus dem Jahre 1880. Seither fanden in Dreißigacker keine Bestattungen mehr statt, da die meisten jüdischen Einwohner den Ort verlassen und sich größtenteils im nahegelegenen Meiningen angesiedelt hatten, unter ihnen die Vorfahren der bekannten Meininger Bankiers- und Kaufmannsfamilie Strupp. Zwei noch auf dem Friedhof erhaltene Grabmale weisen auf die Herkunft von Angehörigen dieser weitverzweigten Familie aus Dreißigacker hin.

Der Friedhof steht unter Denkmalschutz.

Literatur

Human, a.a.O.
Eschwege, a.a.O.

EISENACH

Kreisstadt, Wartburgkreis

Eisenach gehört zu den Thüringer Städten, in denen sich bereits sehr früh jüdische Kaufleute niederließen. Erstmalig wird ihre Ansiedlung zu Beginn des 13. Jahrhunderts erwähnt. Ihr bevorzugtes Wohngebiet lag in der Nähe des Marktplatzes und entlang der Haupthandelsstraße, die in der Folgezeit den Namen Judengasse trug (1825 in Karlstraße umbenannt). Ihre Toten bestatteten sie auf einem eigenen Begräbnisplatz außerhalb der Stadtmauern vor dem Nikolaitor.

Nachdem bei einem Brand im Jahre 1343 die »Judengasse« zerstört worden war, stellte der Rat der Stadt den jüdischen Kaufleuten, die einen wichtigen Faktor im Wirtschaftsleben der aufblühenden Stadt darstellten, neue Quartiere und eine Synagoge in der Löbergasse zur Verfügung. Bereits 1349 wurden die Juden jedoch, wie auch aus anderen Städten, aus Eisenach vertrieben, weil man in ihnen die Schuldigen für die große Pestepidemie sah. Den nach einigen Jahren wieder zurückgekehrten Juden war es nur bis zu ihrer erneuten Vertreibung im Jahre 1458 vergönnt, in der Stadt zu leben. Seit jenem Jahr gab es rund 300 Jahre keine Juden mehr in Eisenach.

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts wurde ihnen erstmals wieder der Aufenthalt in Eisenach gestattet. Gegen Zahlung eines Betrages von jährlich 50 Talern erkaufte Löser Herz sich das Recht, als »Schutzjude« mit seiner Familie in der Stadt zu wohnen, ebenso der aus Stadtlengsfeld stammende Michael Rothschild als »Hofjude« beim damaligen Herzog Karl August in Weimar.

Nach der Aufhebung des Leibzolls 1811 sowie nach der weitgehenden rechtlichen Gleichstellung aller Juden im Herzogtum Sachsen-Eisenach im Jahre 1850 nahm die Zahl der jüdischen Zuwanderer nach Eisenach, die zumeist aus den umliegenden kleinen jüdischen Gemeinden wie Barchfeld, Stadtlengsfeld, Aschenhausen, Gehaus und anderen Orten kamen, stetig zu. 1862 hatten 16 in der Stadt lebende jüdische Familien die Gründung einer Eisenacher Gemeinde beschlossen, die dann am 11. Dezember 1867 erfolgte. Ihr gehörten 72 Mitglieder an. Ihre Gottesdienste hielten sie zunächst in Privatwohnungen, seit 1885 in der neuerrichteten Synagoge an der Wörthstraße, ab.

Um 1900 lebten in Eisenach rund 400 Juden. 1944 wurden die letzten noch in der Stadt lebenden jüdischen Einwohner in Konzentrationslager deportiert.

Jüdischer Friedhof

Zwei Felder auf dem städtischen Friedhof am Wartenberg/Friedhofsstraße

Die nach der Wiederansiedlung der Juden im 18. Jahrhundert verstorbenen Gemeindemitglieder Eisenachs mußten zunächst im nahegelegenen Herleshausen bestattet werden, da noch kein eigener Friedhof zur Verfügung stand.

Um diesen unbefriedigenden Zustand zu beenden, erwarb die jüdische Gemeinde 1867 eine Fläche von 0,353 ha zum Preise von 132 Talern und 25 Silbergroschen vom Gelände des zu jener Zeit in der Planung befindlichen städtischen Friedhofs am Wartenberg und legte dort ein eigenes Grabfeld entsprechend den Regeln ihres Glaubens an. Noch vor der offiziellen Einweihung der Gesamtanlage des neuen Eisenacher Friedhofs im Juni und der ersten christlichen Beisetzung Ende Juli 1868, wurde dort bereits am 31. März dieses Jahres ein Mitglied der israelischen Gemeinde, die Frau des jüdischen Wollhändlers Löb Stiebel, begraben. Der Grabstein blieb bis heute an seinem Platz im Feld VIII erhalten. Dieses Feld war bereits 1910 voll belegt.

Da die Zahl der jüdischen Einwohner in Eisenach weiterhin anstieg, wurde die Erweiterung des Grabfeldes erforderlich. Deshalb erwarb die jüdische Gemeinde im Jahre 1915 das Nutzungsrecht für eine weitere Friedhofsabteilung, die unweit von der ersten liegt. Auf diesem Teil wurden bis 1940 Gräber angelegt, 1941 wurden die letzten Verstorbenen in bereits vorhandenen Gräbern beigesetzt.

Das ältere Grabfeld, Feld VIII, umfaßt 106 Grabstellen in sechs Reihen aus den Jahren 1868 bis 1910. Erhalten geblieben sind nach seiner Schändung und anderen mutwilligen Beschädigungen etwa 80 Grabsteine. Sie sind aus unterschiedlichem Material gefertigt. Die meisten Grabmale aus Sandstein sind in Form einer Stele gestaltet und



Jüdisches Gräberfeld auf dem Hauptfriedhof, älterer Teil, Feld VIII



Jüdisches Gräberfeld, neuerer Teil, Feld XXXII

tragen als oberen Abschluß einen Giebel mit Akroterien oder einer Palmette, andere sind aus schwarzem Granit als schlichte Säule oder schmucklose Stele gearbeitet. Von den relativ homogen wirkenden Steinen weicht ein Steinsockel aus grob behauenen Steinen ab, auf dem ein plastisch gestaltetes aufgeschlagenes Buch liegt.

Nahezu alle Inschriften sind in hebräischer und deutscher Sprache abgefaßt. Ursprünglich besaßen die Gräber steinerne Einfassungen und Bepflanzungen, die jedoch bei einer Neugestaltung des Feldes 1982 zur »Schaffung pflegeleichter Bedingungen« beseitigt wurden.

Auch das neuere Grabfeld, Feld XXXII, auf dem insgesamt 132 Bestattete ruhen, sollte 1995 nach diesen Kriterien kostensparend umgestaltet sowie die Standsicherheit der Grabsteine und Einfassungen wiederhergestellt werden. Es gelang jedoch durch die Einflußnahme der Jüdischen Landesgemeinde Thüringens sowie des Landesamtes für Denkmalpflege, die geplanten Maßnahmen zu stoppen und die noch rund 120 erhaltenen Grabsteine entsprechend den Regeln der jüdischen Begräbniskultur wiederherzurichten. Noch mehr als bei dem älteren Grabfeld wird bei dem neueren Feld die fortschreitende Assimilierung der Juden deutlich. Nur wenige Gestaltungselemente, wie gelegentlich ein Davidstern oder hebräische Schriftzeichen, deuten noch auf jüdische Traditionen hin. Die Bepflanzung ist schlicht mit Efeugewächsen gehalten.

Neben den in unterschiedlichem Material und Form gestalteten Stelen und Obelisken finden wir einige wenige größere Familiengrabstätten mit größeren, jedoch nicht monumentalen, mehrteiligen Grabmonumenten in zeitgenössischer moderner sachlicher Form, wie die der Familie Klebe.

Beide Grabfelder stehen unter Denkmalschutz.

Gedenkstätte am ehemaligen Standort der Synagoge

Karl-Marx-Straße/Ecke Wilhelm-Rinkens-Straße

Am Standort der 1938 in der Pogromnacht vom 9. zum 10. November zerstörten Synagoge ließ die Stadtverwaltung von Eisenach zwei Jahre nach Kriegsende eine Gedenkstätte einrichten. Sie war die erste, die auf dem Gebiet der späteren DDR geschaffen wurde und blieb für Jahrzehnte der einzige Versuch, an das Schicksal einer jüdischen Gemeinde während des Nationalsozialismus zu erinnern.



Ansicht der Synagoge, geweiht 1885, zerstört 1938

Die 1938 niedergebrannte Synagoge war 1884/1885 nach den Entwürfen des Eisenacher Architekten Hermann Hahn an der damaligen Wörthstraße errichtet worden, nachdem die zuvor genutzten Betsäle im Hinterhaus des Gebäudes Jacobsplan 12 und später im Hotel »Zum Löwen« nicht mehr für die Durchführung von Gottesdiensten für die mittlerweile fast 400 in Eisenach lebenden Juden ausgereicht hatten. In seiner Gestaltung war der Bau unter Verwendung romanischer Stilelemente stark einem christlichen Sakralbau nachempfunden.

Die Gedenkstätte besteht aus einem Mahnmal in Form eines Sockels aus behauenen Bruchsteinen, auf dem eine Steinplatte mit zwei darauf befestigten Metalltafeln steht.

Die linke Tafel trägt die Inschrift:

»Mahnmal der Synagogen-Gemeinde des Stadt- und Landkreises Eisenach 1947«

Die Inschrift der rechten Tafel lautet:

»An dieser Stelle verbrannten und verwüsteten am 9. November 1938 Bubenhände die Synagoge der jüdischen Religionsgemeinschaft Eisenach«.

Beidseitig der Gedenktafeln ist je ein siebenarmiger Leuchter angebracht. Das Mahnmal wird bekrönt von einer Stange, an deren oberen Ende ein Davidstern mit einem roten Glasstein,der das ewige Licht symbolisieren soll, befestigt ist.

Vor dem Mahnmal in den Boden eingelassene Steinplatten deuten die Umrisse der Synagoge an ihrem ehemaligen Standort an.

Die Gedenkanlage steht unter Denkmalschutz.

Literatur

Heilbrunn, Fred: Geschichte der Eisenacher Juden, in: Jüdisches Nachrichtenblatt, Dresden 1970/71.

Steinhäuser, Hans-Peter: Die Juden in Eisenach, in: Christlicher Hauskalender 1987.

Gegen das Vergessen. Die Novemberpogrome, Eisenach, Gotha, Schmalkalden, Spuren jüdischen Lebens, hrsg. v. Arbeitsgruppe beim Landesjugendpfarramt der Evang.-Luth. Kirche Thüringens in Eisenach, Eisenach 1988.

Kühn, Hermann: Die Stellung der Juden in Eisenach im Wechsel der Jahrhunderte, in: Heimatblätter '92 des Eisenacher Landes, Eisenach 1992.

ELLRICH

Landkreis Nordhausen

In der Kleinstadt Ellrich im Norden Thüringens zeugen nur noch der erhaltene jüdische Friedhof sowie die Judenstraße von der Existenz einer im 18./19. Jahrhundert beachtlichen jüdischen Gemeinde. Erstmalig wurde die Anwesenheit von mehreren Juden in Ellrich gegen Ende des 16. Jahrhunderts erwähnt. In Kämmerei-Rechnungen aus dem Jahre 1620 werden sie im Zusammenhang mit Zahlungsleistungen an den Rat der Stadt aufgeführt. Anzunehmen ist, daß einige von ihnen aus Nordhausen zuwanderten, weil sie dort seit 1551 zunehmenden Anfeindungen ausgesetzt waren. Ihre Zahl nahm besonders im 18. Jahrhundert zu, 1727 wird von 26 Familien, 1787 von 114 Juden und 1840 von 146 Juden in der Stadt berichtet. Sie siedelten sich hauptsächlich in der Judenstraße in der Vorstadt Ellrichs, wo sich auch seit 1730 die Synagoge befand, sowie in der Straße »Zwischen den Toren« und dem Nicolaiplatz an, ein Wohngebiet, das heute nicht mehr existiert.

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts nahm die Zahl der jüdischen Einwohner in Ellrich durch Abwanderung in größere Städte ab. Um 1900 betrug sie nur noch 32 Personen. Die letzten der sich nach 1933 in der Stadt aufhaltenden jüdischen Einwohner fielen der Vertreibungs-und Ausrottungspolitik der Nationalsozialisten zum Opfer.

Jüdischer Friedhof

Töpferstraße/Ecke Karlstraße

Die erste Begräbnisstätte für ihre verstorbenen Gemeindemitglieder legten die Juden zu einem nicht genau bekannten Zeitpunkt vor dem Wernaer Tor an, die jedoch bereits um die Mitte des 18. Jahrhunderts nicht mehr ausreichte. Aus diesem Grunde erwarb die jüdische Gemeinde im Jahre 1782 ein Grundstück vor dem Walkenrieder Tor am Ausgang der heutigen Töpferstraße.

Das straßenseitig von einer verputzten Mauer umgebene etwa 600 qm große Terrain ist nur etwa bis zur Hälfte mit Grabstätten belegt, da die Zahl der jüdischen Einwohner seit dem Ende des 19. Jahrhunderts rapide abnahm.

Der letzte Grabstein auf dem Friedhof wurde 1915 errichtet. Von zwei weiteren Bestattungen in den dreißiger Jahren existieren keine Grabmale.



Jüdischer Friedhof. Teilansicht



Jüdischer Friedhof, Grabstätte mit schmiedeeiserner Einfassung, Anfang 20. Jh.

Die belegte Fläche, auf der insgesamt 68 Gräber für Erwachsene und sechs Kindergräber angelegt sind, ist in zwei etwa gleichgroße Teile unterteilt. Die älteren Grabsteine, die in lockeren Reihen größtenteils ohne Grabeinfassung auf der Rasenfläche stehen, sind zumeist von schlichter Form und aus Sandstein gefertigt, von denen die meisten hebräische, einige auch hebräisch/deutsche, Inschriften tragen. Sie schließen in der Mehrzahl mit einem einfachen Rundbogen oder einem giebelförmigen Aufsatz ab. In den Giebelfeldern über den Schrifttexten findet man als vorherrschendes Schmuckelement stilisierte Rosetten oder Sterne über den Schrifttexten. Die jüngeren Steine, die zumeist nur noch deutsch beschriftet sind, unterscheiden sich in Material und Gestaltung kaum von christlichen Grabmalen.

Drei Grabstätten waren von schmiedeeisernen Gittern umgeben, von denen nur noch die einer Grabstätte vom Anfang des 20. Jahrhunderts vollständig erhalten geblieben ist. Von etwa 15 Grabstelen sind nur noch die Sockel vorhanden.

An der Außenmauer des Friedhofs, an der Karlstraße, ließ die Stadtverwaltung von Ellrich 1988 eine Gedenktafel zur Erinnerung an die 1938 zerstörte Synagoge in der Jüdenstraße anbringen. Die Tafel wurde wegen ihres schlechten Zustandes 1994 entfernt und durch eine neue, auf einem vorgeblendetem roten Klinkermauerwerk befestigte, schwarze Granittafel mit verändertem Text ersetzt.

Sie trägt unter dem Davidstern die Inschrift:
»Zum / Gedenken / an die / jüdische / Gemeinde / 1591-1938«

Ein Hinweis auf den Standort und die Zerstörung der Synagoge wird nicht mehr gegeben.

Von der Synagoge in der Jüdenstraße 25, die noch kurz vor ihrer Zerstörung von der Kunsthistorikerin Rahel Wischnitzer-Bernstein im Jüdischen Gemeindeblatt für Berlin beschrieben wurde, sind keine Überreste erhalten geblieben.

Der Friedhof wurde im März 1996 in das Denkmalbuch eingetragen.

Literatur

Heine, K.: Chronik der Stadt Ellrich, Ellrich 1899.
Wischnitzer-Bernstein, Rahel: Alte Synagoge Ellrich, in: Jüdisches Gemeindeblatt für Berlin, 28.11.1937.
Hammer-Schenk, Harold: Synagogen, a.a.O.
Drechsler, Helmut: Die Geschichte der Ellricher Juden von der Jahrhundertwende bis 1945, in: Beiträge zur Heimatkunde aus Stadt und Kreis Nordhausen, Heft 8, 1983, S. 43-51.
Kuhlbrodt, Peter: Die Synagoge in Ellrich, in: ebenda, Heft 9, 1984, S.72-77.

ERFURT

Landeshauptstadt

Der vermutlich am frühesten von Juden besiedelte Ort in Thüringen und zugleich auch der mit der größten jüdischen Gemeinde, sowohl in der ersten Siedlungsphase als auch in der Gegenwart, ist Erfurt.

Die in der Literatur gelegentlich geäußerte Vermutung, daß bereits in der von Bonifatius im Jahre 742 erwähnten größeren Ansiedlung Juden gelebt haben sollen, läßt sich nicht belegen. Ebenso nicht die Annahme, daß jüdische Kaufleute im Gefolge der Ausdehnung des Herrschaftsbereiches Karls des Großen im 9. Jahrhundert in die Region gekommen seien. Nach Jaraczewsky gibt es glaubhafte Hinweise auf die Ansiedlung von Juden in Erfurt erst in dem Ende des 12. Jahrhunderts abgefaßten sogenannten Erfurter Judeneid. Diesem ist zu entnehmen, daß bereits zur Zeit seiner Entstehung eine vollständig organisierte Gemeinde mit Gotteshaus und Gottesacker bestanden hat. Diese Aussagen deuten darauf hin, daß eine jüdische Gemeinde bereits eine geraume Zeit vorher existiert haben muß. Jaraczewsky datiert den frühesten Zeitpunkt auf das Ende des 11. Jahrhunderts.

Als ersten materiellen Beleg für die Anwesenheit von Juden in Erfurt wird in der älteren Literatur ein im 19. Jahrhundert aufgefundener, heute nicht mehr vorhandener, Grabstein aufgeführt, auf dem das Todesjahr dreier ungenannter Brüder mit 1137 angegeben gewesen sei. Die neuere Literatur bezweifelt die Richtigkeit dieser Angaben. Neben einer Reihe nicht mehr vollständig vorhandener Fragmente ist der im Angermuseum ausgestellte Grabstein für den Rabbi Elieser aus dem Jahre 1289 zu den ältesten erhaltenen Zeugnissen jüdischer Besiedlung in Erfurt und in Thüringen zu zählen.

Gegen Ende des 13. Jahrhunderts bestand in Erfurt die wohl größte jüdische Gemeinde im Thüringer Raum. Sie soll etwa 150 Mitglieder umfaßt und über mindestens eine Synagoge und einen Begräbnisplatz vor dem Andreastor verfügt haben. Die Juden lebten vorwiegend nahe der durch die Stadt führenden Handelstraße in den um das Rathaus gelegenen Gassen, sowie in dem um und hinter der Krämerbrücke gelegenen Viertel, wo sich auch ihre Synagogen befanden. Von den bisher insgesamt fünf nachweisbaren Synagogen sollen zeitweilig mehrere gleichzeitig existiert haben.

Wie andernorts auch, waren die Juden in Erfurt, deren Duldung in der Stadt von den Verfügungen der Landesherren, den Erzbischöfen von Mainz, wie auch vom Rat der Stadt abhängig war, mehrfach aus verschiedenen Anlässen Verfolgungen und Vertreibungen ausgesetzt, bei denen jeweils auch eine größere Zahl getötet wurde.

Erstmals gab es Ausschreitungen gegen Juden in den Jahren 1221 und 1266. Während der im Jahre 1349 grassierenden Pestepidemie, für deren Ausbrechen die Juden landesweit verantwortlich gemacht wurden, wurde das Judenviertel in Erfurt von aufgebrachten Bürgern gestürmt, Häuser gebrandschatzt und etwa 100 Juden ermordet. Die Überlebenden verließen die Stadt und kehrten erst ab 1354 wieder zurück. Unter dem Schutz der Stadtverwaltung bildete sich eine neue Gemeinde heraus. 1398 wird die Größe der Gemeinde mit etwa 350 Seelen angegeben. Eine erneute Vertreibungsaktion im Jahre 1457/58 beendete die Existenz der jüdischen Gemeinde von Erfurt für einen Zeitraum von rund 350 Jahren. Ihre Kulteinrichtungen und -gegenstände sowie ihre Wohnhäuser wurden von der Stadt übernommen und anderen Nutzern übergeben, der Friedhof mit dem Kornhof bebaut und Grabsteine als Baumaterial benutzt.

In den folgenden Jahrhunderten wurde lediglich einigen Kaufleuten und Händlern der vorübergehende Aufenthalt in Erfurt erlaubt. Erst, nachdem Erfurt im Jahre 1802 an Preußen gefallen war, ließen sich wieder zwei jüdische Kaufleute in der Stadt nieder. Während der französischen Besatzungszeit (1806-1814) wurde der diskriminierende »Juden-Leib-Zoll« abgeschafft und 1810 dem ersten Juden, David Salomon Unger aus Coswig/Elbe, das städtische Bürgerrecht verliehen. Bereits zwei Jahre später wurde die inzwischen auf mehrere Personen angewachsene Gemeinde als »kirchliche Gemeinschaft« anerkannt. Diese legte im gleichen Jahr vor dem Brühler Tor einen neuen Begräbnisplatz an und richtete in einem Privathaus einen Betraum, 1840 eine eigene Synagoge ein.

Erst 1853 erhielt die mittlerweile auf mehr als 150 Personen angestiegene Gemeinde auf der Grundlage des 1847 in Preußen angenommenen Gesetzes über die bürgerliche Gleichstellung der Juden ihre staatliche Anerkennung und die juristische Selbständigkeit.

Der Wegfall aller hemmenden Restriktionen führte auch in Erfurt zu einer raschen Vergrößerung der jüdischen Gemeinde. Eine Reihe ihrer Mitglieder hatten Anteil an der Industrialisierung der Stadt und nahm einen unübersehbaren Platz im Wirtschafts- und Geistesleben der Stadt wie auch in der politischen Verwaltung ein. Gleichzeitig nahm der Assimilierungsprozeß zu, was sich auch auf das jüdische Gemeindeleben und die Gestaltung der Kultuseinrichtungen auswirkte.

Ihrer gewachsenen Mitgliederzahl Rechnung tragend, legte die Gemeinde im Jahre 1878 neben dem Schützenhaus an der heutigen Werner-Seelenbinder-Straße einen neuen Friedhof an und ließ 1884 eine neue Synagoge errichten.

Um 1900 lebten in Erfurt 714 Juden, 1933 werden insgesamt 831 angegeben. Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten verringert sich ihre Zahl durch Emigration und Deportation. 1944 hörte die jüdische Gemeinde Erfurts auf zu existieren, die neue Synagoge am Kartäuserring war bereits der sogenannten Kristallnacht am 9. November 1938 zum Opfer gefallen, ebenso der alte jüdische Friedhof an der Cyriakstraße.

Nach Kriegsende bildete sich in Erfurt aus zurückgekehrten Überlebenden der Verfolgungen und Konzentrationslager aus Erfurt sowie aus anderen Regionen umgesiedelten Juden eine neue Gemeinde, die ihre Gottesdienste zunächst in einem provisorischen Betsaal in einem Wohn- und Geschäftsgebäude Anger 30/32 abhielt. Seit 1952 befinden sich der Sitz der Jüdischen Landesgemeinde Thüringens und ihr Gotteshaus im einzigen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR errichteten Synagogen-Neubau (1952) am Juri-Gagarin-Ring.

Synagogen

»Alte« Synagoge
Michaelisstraße 2

Von den Synagogen des Mittelalters im Bereich des Viertels um die Krämerbrücke ist nur noch der Teilbau eines im letzten Drittel des 13. Jahrhunderts errichteten Gebäudes erhalten geblieben.

Die Bau- und Nutzungsgeschichte des unter Denkmalschutz stehenden Gebäudes wurde 1992/93 mit Bundes- und Landesmitteln auf Veranlassung des städtischen Denkmalamtes erforscht. Die detaillierten Ergebnisse sind 1995 in einem Sonderheft der Schriften des Erfurter Geschichts- und Altertumsvereins veröffentlicht worden.

Die Beschreibung des Gebäudes erweist sich als kompliziert, da es im Verlaufe der Jahrhunderte mehrfach baulichen Veränderungen unterworfen war, so daß sein heutiges Erscheinungsbild von vielfältigen Architekturformen geprägt ist. Ein weiteres Problem stellt die komplizierte, durch jüngere Gebäude verdeckte und teilweise überbaute Lage des Baues dar, die ihn für den Betrachter schwer erfaßbar macht. Lediglich Teile der im 19. Jahrhundert weitgehend veränderten und umbauten Ostwand sind seit dem Abriß des Vorderhauses Michaelistraße 2, der 1965 trotz Widerspruchs des damaligen Instituts für Denkmalpflege erfolgte, vom Benediktiplatz aus sichtbar. Bei dem seither ebenfalls freigelegten Mauerrest aus Bruch- und Werkstein mit zugesetzten Portal- und Fensteröffnungen handelt es sich um die hofseitige Hauswand des abgebrochenen Vordergebäudes Michaelisstraße 2, durch welches die Synagoge ursprünglich zugänglich war. Die jüdische Gemeinde hatte die Synagoge, was zur Zeit ihrer Erbauung durchaus üblich war, als Hintergebäude im Hofraum des Wohnhauses »Zum Bunten Hause« in der Michaelisstraße 2, abgeschirmt von der christlichen Umgebung und vom öffentlichen Straßenraum, errichten lassen. Der schlichte, sich auf quadratischem Grundriß erhebende Ursprungsbau, dessen Bauzeit auf 1270 datiert wird, ist möglicherweise der Nachfolgebau einer im Jahre 1221 an dieser Stelle zerstörten Synagoge. Der Neubau wurde bereits um 1300 tiefgreifenden baulichen Veränderungen unterzogen und diente bis zur Vertreibung der Juden aus der Stadt im Jahre 1349 als Gotteshaus. Danach wurde die Synagoge profaniert, umgebaut und zu verschiedenen Zwecken genutzt.

Bei der Erforschung des Baues konnten neben geringeren Reparaturmaßnahmen 13 Umbauphasen ermittelt werden. Zuletzt diente das Gebäude im 19. Jahrhundert in Verbindung mit dem Gebäude Fischmarkt 22, zu dem es seit 1794 gehörte, als Kaffeehaus mit Restaurant, Tanzsaal und Kegelbahn.



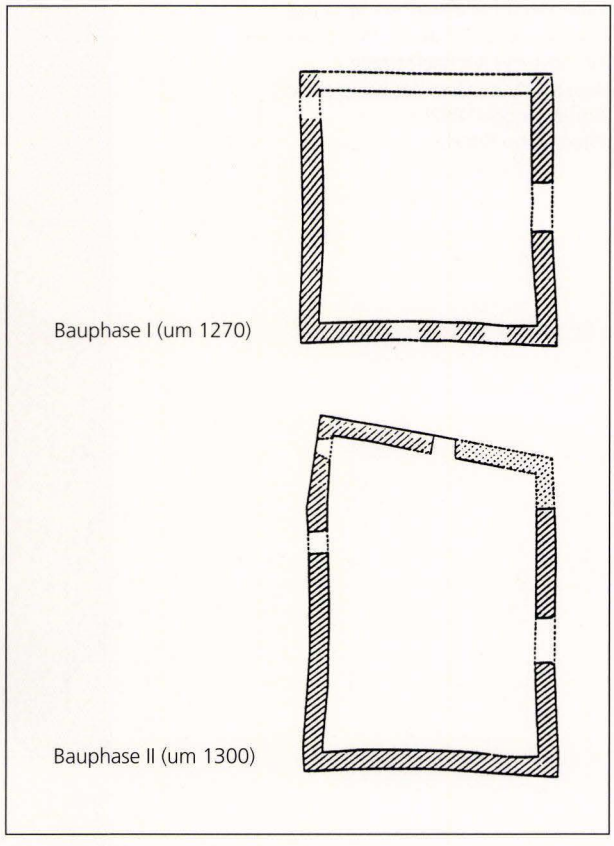
Lage der mittelalterlichen Synagoge (markiertes Gebäude) im Hofbereich des Grundstücks Michaelisstraße 2. Ausschnitt aus dem Katasterplan von Rosenstengel (1862) (Stadtarchiv Erfurt)



Blick in die Michaelisstraße vor dem Abriß der Vorderhäuser Fischmarkt 24, 23 (im Plan von Rosenstengel als Marktstraße bezeichnet) und Michaelisstraße 1, 2



Ansicht des Ostgiebels (im Hintergrund) der »alten« Synagoge (1996)



Grundrisse der »alten« Synagoge, Rekonstruktion nach den Ergebnissen der Bauuntersuchung von E. Altwasser

Reste der Kelleranlage sowie vom Erdgeschoß bis in Obergeschoßhöhe reichende Außenwände mit zugesetzten Portal- und Fensteröffnungen überdauerten bis in die Gegenwart sämtliche Umbauphasen. Vom ursprünglichen Aussehen des unveränderten intakten Kultbaues gibt es keine Überlieferungen. Die Ergebnisse der bauhistorischen Untersuchungen ermöglichten die Anfertigung von Rekonstruktionszeichnungen vom Grundriß und den Ansichten der Außenwände. Den Untersuchungsergebnissen zufolge ist diese Erfurter Synagoge neben den Bauten in Prag, Bamberg, Miltenberg und Rufach sowie den beiden älteren Bauten in Speyer und Worms zu den wenigen frühen, teilerhaltenen originalen Bauzeugen jüdischer Kultur des Mittelalters zu zählen.

Für das in Privatbesitz befindliche Gebäude, dem bisher nicht die ihm gebührende Beachtung zuteil wurde, gibt es derzeit noch keine konkrete zukünftige Nutzungskonzeption.

»Kleine« Synagoge

An der Stadtmünze 5

Die erste Synagoge nach ihrer Wiederansiedlung in Erfurt richteten die Juden im Jahre 1840 in einem zu diesem Zwecke umgebauten Gebäude hinter dem Rathaus ein, nachdem die Gottesdienste zuvor vermutlich in verschiedenen Privaträumen stattgefunden hatten. Die alte

Bezeichnung des Platzes »An der Judenschule« deutet auf eine bereits früher in diesem Bereich befindliche jüdische Einrichtung hin, eine östlich des Rathauses gelegene mittelalterliche Synagoge, die bei einem Stadtbrand im Jahre 1736 vernichtet wurde.

Im Jahre 1823 erwarb der Vorsteher der israelitischen Gemeinde in Erfurt, Dr. Ephraim S. Unger, für 475 Taler das hinter dem Rathaus gelegene »Haus zur Weintraube«, das bereits 1817 als »Juden-Bethaus«, Judenschule Nr. 49, erwähnt wurde. Demzufolge wurde das Haus schon vor dem Kauf von den Juden für religiöse Zwecke genutzt.

Wegen seines schlechten Bauzustandes mußte das Gebäude, an dem ursprünglich nur Umbauarbeiten vorgesehen waren, weitgehend abgebrochen und neu aufgebaut werden. Das zur Synagoge umgebaute Gebäude, ein zweigeschossiger Bau unter Walmdach, erhielt eine klassizistische Fassadengestaltung mit Rundbogenfenstern, die von Stuckgesimsen und Faschen umrahmt sind. Diese Gestaltung wiederholte sich analog auch im Inneren des Gebäudes.

Die Synagoge, die sich bereits nach wenigen Jahren für die stetig zunehmende Mitgliederzahl der Gemeinde als zu klein erwies, wurde 1884 nach Fertigstellung der neuen Synagoge am Kartäuserring verkauft. Der neue Besitzer nutzte das Gebäude als Lagerraum und ließ zu diesem Zwecke bauliche Veränderungen vornehmen. Es folgten nach erneutem Besitzerwechsel weitere Umbauten, unter anderem auch der Einbau von Wohnungen, die bis 1993 bewohnt waren.

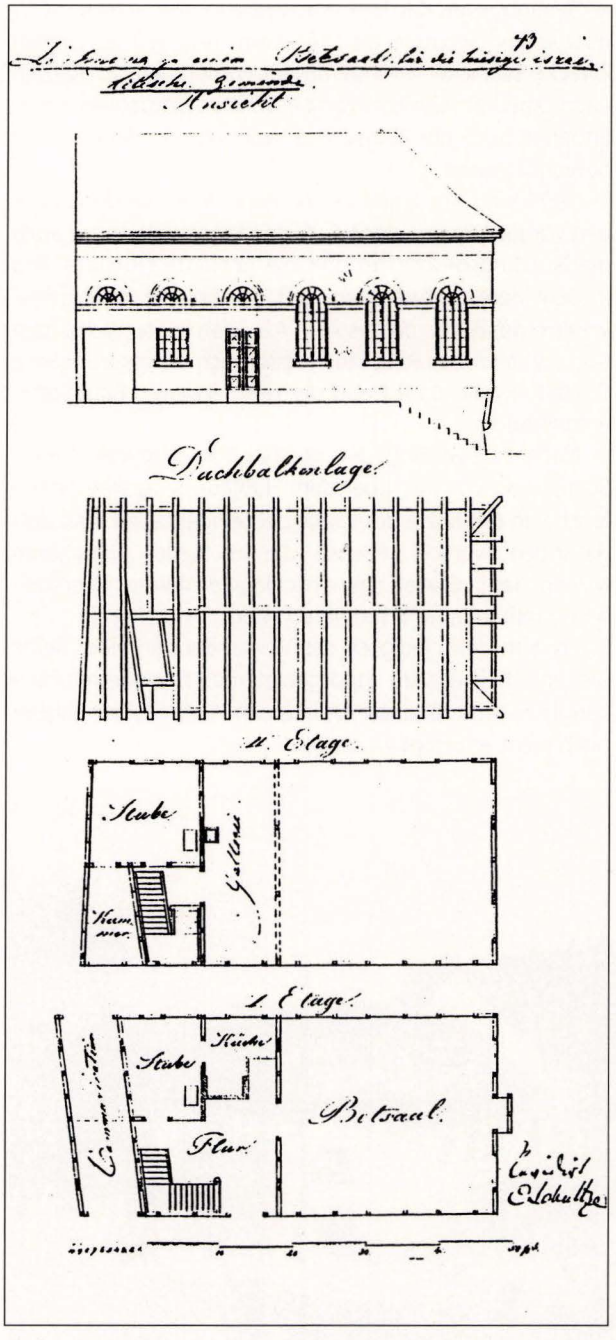
1993 sind am Gebäude bauhistorische Untersuchungen vorgenommen worden. Deren Ergebnisse sowie auch die Nutzungsgeschichte und die geplante Nutzung sind in dem bereits erwähnten Heft des Erfurter Geschichtsvereins detailliert dargestellt. Aus den Untersuchungen und vorhandenen Bauplänen lassen sich die ursprüngliche Gestaltung des Baues und die verschiedenen Bauphasen rekonstruieren.

Nach Auswertung der Bauakten konnte der Thora-Schrein, der in einer über dem Flußlauf hinauskragenden Nische an der Mitte des Ostgiebels eingemauert war, aufgefunden werden. Ebenso die im Keller eingebaute Mikwe, deren Existenz die einschlägige Literatur über jüdische Kultbauten in Erfurt verschwieg.

Erwähnt wird lediglich das Vorhandensein einer Reihe weiterer Mikwen im Stadtgebiet, deren zumeist unbekannte Standorte, unter anderem in Privathäusern, bisher noch nicht erforscht wurden.



Ehemalige Synagoge
An der Stadtmünze 5,
Aufnahme um 1965
(Stadtarchiv Erfurt)



Entwurfszeichnung (1840) für den Umbau des Gebäudes An der Stadtmünze 5 zur Synagoge (Bauaktenarchiv Erfurt)

Die Mikwe in der »kleinen« Synagoge befindet sich in einer aus zwei Räumen bestehenden Kelleranlage unter dem östlichen, zur Gera hin gelegenen Bereich des Gebäudes. Die Räume sind über einen Kellergang vom Erdgeschoß aus zugänglich.

Nach dem Aufheben von Teilen der Ziegelpflasterung wurde der Schacht der Mikwe mit einer von Westen nach Osten in das Tauchbecken hinabführenden Treppe mit sieben Sandsteinstufen freigelegt. Der östliche Bereich des Schachtes hat eine Tiefe von 1,42 Metern, die lichte Weite des Beckens beträgt 0,77 Meter, die Länge ab der obersten erhaltenen Stufe 2,30 Meter. Der Schacht ist mit rotbraunem Mörtel ausgekleidet. Aufgefundene Rohrstücke weisen auf die Wasserver- und -entsorgung hin, ebenso eine aus Stein gearbeitete Abflußrinne, die durch die Ostmauer zum Flußlauf der Gera hinführt. Nach dem Verkauf der Synagoge wurde der Badeschacht verfüllt und der Keller durch Erschließung eines zusätzlichen Kellerraums südlich des ehemaligen Mikwe-Raumes erweitert.

Der gesamte Bau der Synagoge, der Betsaal, Mikwe und Wohnraum für einen Gemeindeangestellten unter einem Dach vereinte, ist ein Kulturdenkmal, das die sich im Verlaufe des 19. Jahrhunderts allerorts vollziehenden Wandlungen der jüdischen Gemeinden und die zunehmende Assimilierung ihrer Mitglieder repräsentiert. Seine Fortsetzung findet dieser Prozeß unter anderem im Bau neuer größerer und repräsentativerer Synagogen, insbesondere in den Städten – in Erfurt mit der 1884 eingeweihten neuen Synagoge am Kartäuserring.

Die Nutzungskonzeption für die »kleine« Synagoge nach Fertigstellung der Rekonstruktions- und Restaurierungsmaßnahmen sieht nach Rückführung zur architektonischen Lösung von 1840, die Nutzung als Begegnungsstätte für die Erforschung und Vermittlung jüdischer und deutsch/jüdischer Religion und Geschichte vor. Die neuesten Überlegungen gehen dahin, in dem Gebäude auch das Max-Weber-Kolleg der 1995 wiederbegründeten Universität der Stadt Erfurt zu etablieren.

Weitgehend abgeschlossen ist die Rekonstruktion der äußeren Bauhülle entsprechend den Bauplänen von 1840. Neben dem Betsaal sind bereits der Thora-Schrein, über dem zwei originale Inschriften freigelegt wurden, die Frauenempore sowie die Mikwe wiederhergestellt.

Das Gebäude steht unter Denkmalschutz.

Innenansicht der »kleinen« Synagoge mit freigelegtem Thora-Schrein (rechts im Bild) während der Rekonstruktionsarbeiten (1996)





Freigelegtes Tauchbecken des Ritualbades (Mikwe) im Kellergeschoß der »kleinen« Synagoge (1996)

Neue Synagoge
Juri-Gagarin-Ring 16

Am 31. August 1952 wurde am Standort des zerstörten Vorgängerbaues eine neue Synagoge mit Gemeindehaus, Büroräumen und Wohnung eingeweiht.

Das schlichte Gebäude war der erste und blieb der einzige jüdische Kultusbau, der nach dem Krieg auf dem Gebiet der ehemaligen DDR errichtet wurde. Bis zu seiner Fertigstellung nutzten die Mitglieder der wiederbegründeten jüdischen Gemeinde einen Raum des Gebäudes Anger 30-32 als Betsaal.

Der neue, unter Denkmalschutz stehende schlichte zweiflüglige Gebäudekomplex über L-förmigem Grundriß entstand nach Entwürfen des Architekten Willy Nöckel an der Einmündung der Kartäuser Straße in den heutigen Juri-Gagarin-Ring. Er besteht aus einem im Anschluß an die dreigeschossige Wohnhausbebauung traufseitig angeordneten Synagogengebäude unter Satteldach mit strenger Fenstergliederung, am Synagogenteil mit sechs schmalen Rechtecköffnungen sowie einem in der westlichen Achse sitzenden Portal, das auf dem Sturz in hebräischen Schriftzeichen die Inschrift: »Öffnet die Tore der Gerechtigkeit« trägt.

Im rechten Winkel schließt sich an die Synagoge der Seitenflügel über leicht geschwungenem Grundriß an. Dieser zweigeschossige Putzbau ist straßenseitig durch regelmäßig angeordnete Rechteckfenster gegliedert. 1993/94 wurden im Dachraum Schleppgaupen eingebaut. Im Inneren des Synagogengebäudes sind an der Westseite die Frauenempore, an der Ostseite die hufeisenförmige Orgelempore, darunter der Thora-Schrank angeordnet.

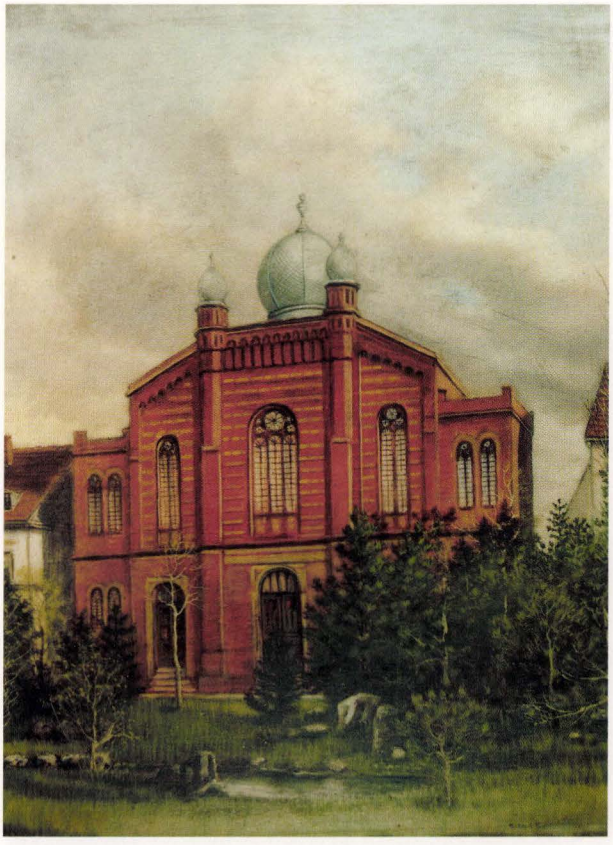
Die Kanzel trägt die Inschrift :
»Psalm 18: Höre Israel, der Ewige ist unser Gott, der Ewige ist einzig«.

Parallel zur Synagoge befindet sich ein rechteckiger Raum, der als Wochentagssynagoge eingerichtet wurde.

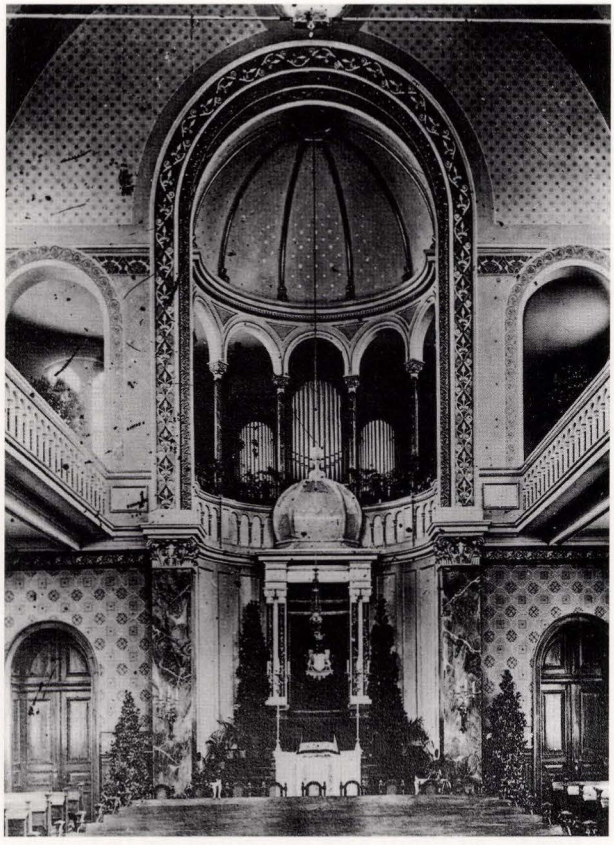
Zum Gedenken an die zuvor von 1884 bis 1938 an diesem Platz befindliche Synagoge wurde im Vorraum des Neubaues eine Inschrifttafel aus Kunststein angebracht.



Ansicht der »neuen« Synagoge mit jüdischem Gemeindezentrum am Juri-Gagarin-Ring, geweiht 1952



Ansicht der »großen« Synagoge am Kartäuserring (heute Juri-Gagarin-Ring), geweiht 1884, zerstört 1938.Ölgemälde nach einem historischen Foto von Robert San... (Signatur unleserlich) (Original im Besitz der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen)



Innenansicht der »großen« Synagoge, Aufnahme um 1906 (Stadtarchiv Erfurt)

Sie trägt die Inschrift:
»An dieser Stätte ist die Synagoge am 9. November 1938 zerstört worden. Am 31. August 1952 – 10. Ellul 5712 – wurde sie auf geheiligter Erde neu erbaut und wieder zur Ehre des ewigen Gottes geweiht«.

Das Aussehen des am 4. September 1884 geweihten Vorgängerbaues, der nach Entwürfen des Architekten E.C. Reling entstand, dokumentieren, neben einigen historischen Fotografien, nur noch die Zeichnungen des Erfurter Grafikers Alfred Hanf sowie ein in den fünfziger Jahren entstandenes Ölgemälde eines unbekannten Künstlers.

Sie zeigen einen klar gegliederten repräsentativen Backsteinbau aus rotem und gelbem Ziegelraster mit zentral angeordneter Kuppel. Die Fassade der Straßenfront war durch einen breiten Mittelrisalit, symmetrisch angeordnete hohe Rundbogenfenster und -türen, einen Schmuckfries unter dem Dachgesims, Lisenen und flache Pilaster, die in die Pfeiler mit Kuppelbekrönung ausliefen, geprägt. Er bot etwa 500 Personen Platz.

In der Pogromnacht vom 9. November 1938 wurde das Gebäude durch Brandstiftung schwer beschädigt. Seine Überreste mußte die jüdische Gemeinde auf eigene Kosten völlig abtragen lassen.

Friedhöfe

Ehemaliger jüdischer Friedhof

Andreasstraße/Große Ackerhofsgasse

Bevor im Jahre 1878 der neue und noch heute genutzte jüdische Friedhof neben der Thüringenhalle an der Werner-Seelenbinder-Straße im Süden der Stadt erstmalig belegt wurde, hat es in Erfurt zwei weitere jüdische Begräbnisplätze gegeben, die heute nicht mehr als solche erkennbar sind.

Der ältere lag vor dem Moritztor im Norden der Stadt. Dieser Platz, der heute bebaut ist, wurde noch bis in das 19. Jahrhundert als Judenkirchhof bezeichnet. Seine Entstehungszeit ist unbekannt. Vermutlich wurde er bereits in den ersten Jahren der Anwesenheit von Juden in Erfurt angelegt. Von der weiteren Geschichte dieses Begräbnisplatzes wird berichtet, daß er im Jahre 1375, angesichts der trotz wiederholter Verfolgungen auf etwa 500 angewachsenen Zahl in Erfurt lebender Juden, erweitert wurde. Zu diesem Zwecke erwarb die Gemeinde vom Rat der Stadt Anteile des Grundstücks vom Bliedenhof, dem städtischen Zeughaus, das an ihren Begräbnisplatz grenzte, wofür sie dem Rat jährlich fünf Schillinge zu zahlen hatte.

Bereits unmittelbar nach der endgültigen Vertreibung der Juden aus der Stadt im Jahre 1457 muß dieser Friedhof zerstört worden sein, denn um 1868 wurden bei Abrißarbeiten des Wallturms Nr. 24, der im Jahre 1458 errichtet worden war, in den Turm eingemauerte Grabsteine mit hebräischen Inschriften gefunden, die aus dem 13. Jahrhundert stammten. Bis in die Gegenwart hinein wurden bei Bauarbeiten im Stadtbereich, zumeist fest eingemauert in Gebäuden, ehemaligen Befestigungsanlagen und auch im Straßenbelag, zahlreiche weitere Grabsteine bzw. Fragmente, aufgefunden. Nicht mehr alle Funde sind vorhanden. Ein Großteil von ihnen wurde im 19. Jahrhundert nach ihrem Auffinden auf den damals genutzten jüdischen Friedhof an der Cyriakstraße verbracht. 1914 listeten R. Jahr und W. Lorenz die dort vorhandenen 70 Grabsteine aus dem 13. und 14. Jahrhundert auf und übersetzten ihre Inschriften.

Einige wenige Steine wurden 1952 nach der Einebnung des Friedhofs an der Cyriakstraße auf den neuen Friedhof an der Werner-Seelenbinder-Straße umgesetzt.



Grabstein des Rabbi Elieser in der Vorhalle des Angermuseums Erfurt (ehemaliger Standort: Friedhof am Moritztor)

Eine systematische bodenarchäologische Erforschung des alten Friedhofs an der Moritzstraße steht noch aus.

Ein weiterer von diesem Friedhof stammender Grabstein ist in der Vorhalle des Erfurter Angermuseums ausgestellt. Es handelt sich um das Grabmal des Rabbi Elieser aus dem Jahre 1289, das aus Sandstein gearbeitet ist und neun Zeilen hebräischen Textes trägt. Dieser Stein ist zu den ältesten materiellen Zeugnissen jüdischer Kultur in Thüringen zu zählen.

Ehemaliger jüdischer Friedhof
Cyriakstraße

Ebenfalls nicht mehr als jüdischer Begräbnisplatz erkennbar ist das Areal an der Cyriakstraße.

Erst seit 1995 weist die Inschrift auf einem im Mai 1996 geweihten Gedenkstein aus weißem Marmor auf die Geschichte dieses Ortes hin:

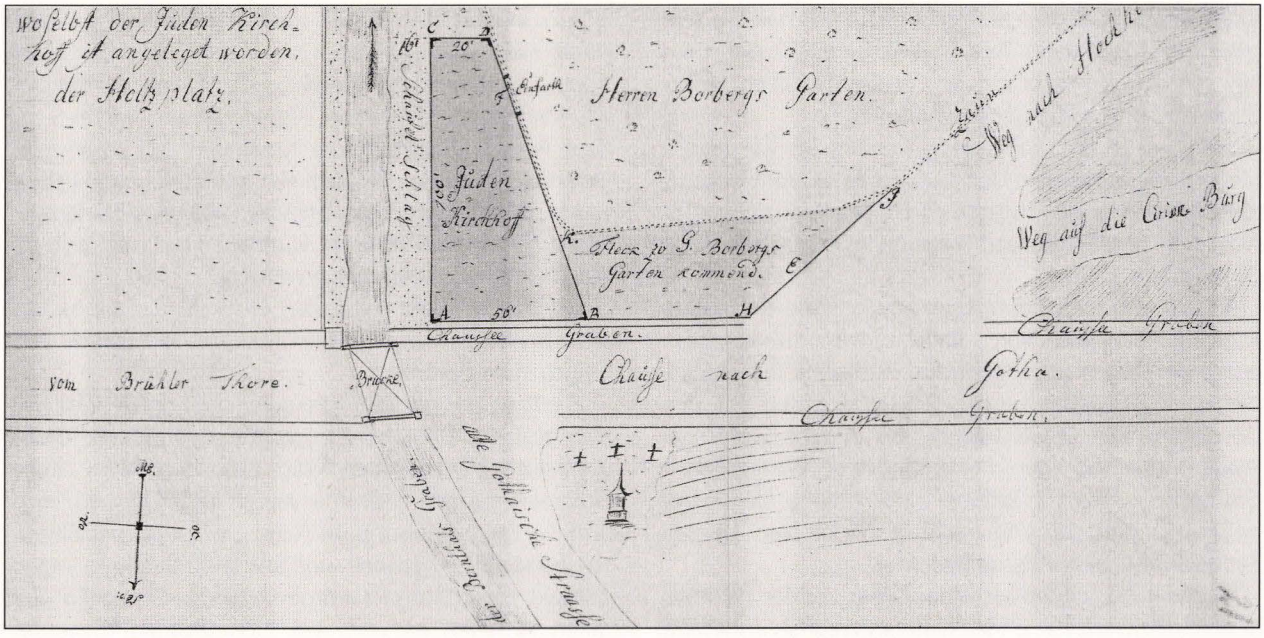
»Der alte Friedhof der jüdischen Gemeinde Erfurt bestand an dieser Stelle bis 1952. Hier ruhen zahlreiche bedeutende Erfurter Juden. Wir erinnern. Freistaat Thüringen – Jüdische Landesgemeinde Thüringen – Landeshauptstadt Erfurt«.

Der Friedhof war 1812, nur wenige Jahre nach der Wiederansiedlung von jüdischen Familien in Erfurt, vor dem Brühler Tor an der nach Hochheim führenden Straße (heute: Cyriakstraße) angelegt worden. Bereits zuvor, noch ehe der Magistrat seine Zustimmung zur Einrichtung dieses Begräbnisplatzes gegeben hatte, war dort ein Grab für ein verstorbenes Gemeindemitglied angelegt worden. Dieser Friedhof erwies sich, angesichts des verstärkten Zuzugs von Juden in die Stadt nach Aufhebung sämtlicher Restriktionsbestimmungen in Preußen im Jahre 1847, bereits nach 50 Jahren als zu klein, weshalb die Gemeinde seine Erweiterung anstrebte.

Seit 1873 verhandelte sie mit der Stadtverwaltung um die Erlaubnis, eine angrenzende Fläche erwerben zu können, was jedoch am Widerstand der umliegenden Grundstücksbesitzer scheiterte. Daraufhin erwarb die jüdische Gemeinde im Jahre 1876 ein anderes Grundstück neben dem Schützenhaus oberhalb des Südfriedhofs (heute: Südpark).

Der »alte« Friedhof an der Cyriakstraße wurde noch bis zur Einweihung des neuen Friedhofs genutzt und bestand bis 1938. Bereits in der Nacht vom 12. zum 13. März 1926 waren dort von rechtsgerichteten Kräften 95 Grabmale umgestürzt und zertrümmert worden. Vollends verwüstet wurde er am 9. November 1938 und 1952 gänzlich eingeebnet.

Die restlichen, noch auffindbaren Grabsteine wurden im Jahre 1952 neben der Trauerhalle auf dem »neuen« Friedhof an der Werner-Seelenbinder-Straße aufgestellt. Auf Teilen der ehemaligen Bestattungsfläche wurden Garagen errichtet.



Lageplan des ehemaligen jüdischen Friedhofs vor dem Brühler Tor (heute Cyriakstraße). (Stadtarchiv Erfurt)

Jüdischer Friedhof
Werner-Seelenbinder-Straße 3

Auf dem größten und heute noch benutzten jüdischen Friedhof in Thüringen wurde im Jahre 1878 erstmalig eine Grabstätte angelegt. Vorausgegangen waren auch hier seit 1873 zähe Verhandlungen mit der Stadtverwaltung und Besitzern angrenzender Grundstücke, die sowohl die Erweiterung des alten Friedhofs an der Cyriakstraße als auch die Einrichtung des neuen Platzes aus unterschiedlichen Gründen ablehnten. Letztlich verfügte die Polizeiverwaltung am 10. Mai 1877, daß auf Grund gesetzlicher Regelungen, der jüdischen Gemeinde die Anlage eines Friedhofs auf dem von ihr 1876 erworbenen Grundstück zu gestatten sei.

Der am 12. September 1878 eingeweihte Friedhof hat heute eine Größe von etwa 10 000 qm, von dessen Fläche etwa zwei Drittel mit Grabstätten belegt sind.

Daß der Begräbnisplatz zu einer Zeit angelegt wurde, in der der Assimilierungsprozeß bereits vorangeschritten war, ist deutlich an seinem Erscheinungsbild erkennbar, zumal dort seit 1885 auf Beschluß der jüdischen Gemeinde auch aus der Religionsgemeinschaft ausgetretene Juden bestattet werden durften. In seiner Gestaltung, insbesondere des neueren Teils, unterscheidet sich der Friedhof nur unwesentlich von den zeitgenössischen christlichen und kommunalen Begräbnisplätzen.

Die Anlage ist straßenseitig von einem auf einem Mauersockel stehenden Holzzaun begrenzt. Vom Eingang führt ein direkter Hauptweg zur Treppenanlage der erhöht stehenden repräsentativen Trauerhalle am oberen Ende Grundstücks.

Rechts und links des Weges sind größere Grabfelder angelegt, die jeweils von parallel zum Hauptweg angeordneten Wegen unterteilt werden. Rechts des Hauptweges sind insgesamt etwa 230 Grabstätten mit Einfassungen nach Osten ausgerichtet in zehn, von zwei Wegen unterbrochenen, Reihen angelegt. Weitere zwölf Grabstätten neueren Datums sind entlang der Friedhofsmauer und sechs im rechten Winkel zum oberen Randabschluß des Feldes angeordnet.

In den dreißiger und sechziger Jahren wurden beidseits des hangaufwärts führenden hinteren Wegteils insgesamt 18 Grabstätten angelegt.

Abgesehen von den letztgenannten Grabstätten trägt die Mehrzahl der Gräber des Hauptfeldes schlicht gestaltete Steine, die vielfach in Form von Tafeln oder Obelisken aus schwarzem Granit gefertigt sind. Daneben sind vereinzelt abgebrochene Baumstümpfe oder Säulen, klassizistisch geprägte Stelen, einige stilisierte Urnen oder Steine in Pultform, ebenso wie ein Stein in Form eines aufgeschlagenen Buches mit einem daraufliegenden Kranz anzutreffen.

Die meisten Steine tragen deutsche oder deutsch/hebräische Inschriften. Als Schmuckelemente kommen mehrfach der Davidstern, ein Kranz oder andere florale Motive vor.

Die Mehrzahl der Gräber des rechten Feldes wurde von der Gründerzeit des Friedhofs bis etwa 1910 angelegt.

Das linke Gräberfeld umfaßt etwa 200 in sieben Reihen nach Westen ausgerichtete Grabstätten. Die ersten drei Reihen entlang des Weges bilden 94 kleine, größtenteils gleich gestaltete, schmucklose Grabsteine auf Kindergräbern. Im rechten Winkel zu den Grabreihen sind an beiden Enden des Feldes sowie entlang des angrenzenden Weges insgesamt 20 Familiengrabstätten für bedeutende Erfurter Kaufleute, Fabrikanten, Ärzte und Rechtsanwälte angelegt. Zu ihnen zählen der Schuhfabrikant und Kunstmäzen Alfred Hess, die Fabrikanten Max Lamm, Alex Cerf, Carl Appel, Louis Kornicker, Adolph Greiffenhagen, der Besitzer des Kaufhauses »Römischer Kaiser« (heute: Hertie) Siegfried Pinthus, die Kaufleute Nussbaum und Weinstein, Kommerzienrat Max Windesheim, der Kantor und Lehrer Julius Glück sowie der von 1886 bis 1923 als Rabbiner wirkende Dr. Moritz Salzberger, von denen mehrere auch als Stadtverordnete Verdienste erwarben.

Die im Mittelfeld stehenden Grabmale sind in unterschiedlichen Formen und Materialien, zumeist schlicht und gediegen ausgeführt.

Die Randgrabstätten sind aufwendiger und repräsentativer gestaltet, hebräische Inschriften und jüdische Grabsymbolik fehlen hier fast völlig. Besonders fallen einige Grabmale aus den zwanziger Jahren im Stil des Art Déco und des Expressionismus ins Auge. Sie stammen größtenteils von Erfurter Künstlern und Steinmetzen, die im engen Kontakt zur örtlichen Kunstgewerbeschule standen und deren Anliegen es war, den Zielsetzungen moderner Grabmalskunst, wie sie u.a. auf der im Juni 1914 auf dem



Jüdischer Friedhof an der Werner-Seelenbinder-Straße 3, repräsentative Grabstätten, Anfang 20. Jh.

ehemaligen Brühler Friedhof gezeigten Ausstellung zur Friedhofskunst präsentiert wurde, gerecht zu werden. Allein fünf Grabmale gestaltete der Bildhauer Hans Walther in Form von expressiven kristallinen Körpern. Bei diesen Grabmalen wurden die Gestaltungstraditionen jüdischer Gräber völlig aufgegeben. Es fehlen die Ausrichtung der Gräber nach Osten, die typische Ornamentik und die hebräischen Schriftzeichen.

Durch einen Querweg von beiden Hauptgrabfeldern getrennt, beginnt der Aufgang zur Trauerhalle, vor dem links fünf neuere Grabstätten sowie ein Gedenkstein zur Erinnerung an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus und rechts zwei Gräber von nach 1945 verstorbenen Vorstehern der jüdischen Gemeinde, Max Cars und Herbert Ringer, dahinter acht Kindergräber, angelegt sind.

Auf dem angrenzenden separaten Gräberfeld befinden sich 20 Urnengrabstätten, von denen sieben durch stilisierte Urnen gekennzeichnet sind.

Östlich neben der Trauerhalle sind die geborgenen restlichen 28 Grabsteine bzw. Fragmente – Sandsteinplatten mit hebräischen Schriftzeichen – vom Friedhof an der Cyriakstraße, unter ihnen auch solche, die vom Platz vor dem Moritztor stammen, aufgestellt.

Ein Gedenkstein weist auf ihre Herkunft hin:
»Hier stehen die übrig gebliebenen Grabsteine vom alten Friedhof in der Cyriakstraße, der am 9. November 1938 – der Kristallnacht – zerstört worden ist.«

Durch eine Hecke ist der neue Teil des Friedhofs, auf dem bisher etwa 120 Grabstätten in sechs Reihen seit Mitte der dreißiger Jahre sowie separat davon zehn

Jüdischer Friedhof an der Werner-Seelenbinder-Straße 3,
Grabmale des 19./20. Jh.











Kindergräber angelegt sind, abgetrennt. Die meisten Grabsteine sind industriell gefertigt und auch die Grabstätten zeigen keine Merkmale jüdischer Grabgestaltung mehr. Nur noch die Abbildung eines Davidsterns auf mehreren Grabmalen weist auf die jüdischer Herkunft der Bestatteten hin.

Im November 1996 wurde in diesem Bereich der Grabstein für den im Oktober 1994 verstorbenen langjährigen Vorsitzenden der Jüdischen Landesgemeinde Thüringens, Raphael Scharf-Katz, errichtet.

Die 1897 nach Entwürfen des Erfurter Architekten Hugo Hirsch errichtete Trauerhalle ist ein symmetrischer, über einem Kalksteinsockel errichteter Zentralbau mit vorgelagertem Arkadengang und flankierenden Rechteckflügeln mit reichen Schaugiebeln unter abgewalmtem Satteldach. Der rote Klinkerverblenderbau mit einer neoromanischen Wandgliederung in Form flacher Dreipaßblenden, Lisenen und profilierter Traufe, wird durch große Rundbogenfenster mit eingestellten Säulen betont. An der Westseite sind eine große gestaffelte Spitzbogen-Fenstergruppe mit bekrönendem Davidstern und eine breite Spitzbogenblende angeordnet. Dort ist im ehemaligen Bereich für die Leichenwäsche heute die Wohnung des Friedhofsverwalters eingerichtet.

Über der achtseitigen, von Halbkreisfenstern erleuchteten Mittelkuppel ist ein achtseitiger, nach 1945 erhöhter allseitig verglaster Tambouraufsatz unter achtseitigem Pyramidenhelm angeordnet. In der Arkadenhalle sind beidseitig der Eingangstür Erinnerungstafeln mit den Namen der im Ersten Weltkrieg gefallenen Erfurter Soldaten jüdischer Abstammung angebracht.

Im Inneren des Gebäudes wechseln rundbogige Wandnischen mit -blenden ab. In der rundbogigen Apsisnische an der Südseite befinden sich die Kanzel und das Harmonium. Bei den 1993 ausgeführten Renovierungsarbeiten wurde die originale ornamentale Raumausmalung am umlaufenden profilierten Gesims freigelegt.

Während der Pogromnacht vom 9. November waren die Wohnung des Friedhofswärters und die Inneneinrichtung der Trauerhalle von Mitgliedern der SA verwüstet worden. Wie den Akten des Erfurter Stadtarchivs zu



Vom ehemaligen jüdischen Friedhof an der Cyriakstraße umgesetzte Grabsteine



Trauerhalle auf dem jüdischen Friedhof, errichtet 1897

entnehmen ist, hatte die nationalsozialistische Stadtverwaltung 1941 in Erwägung gezogen, das Gebäude der Trauerhalle als »Judenhaus« einzurichten und dort mehrere jüdische Familien auf engstem Raum unterzubringen, von wo aus sie »nach Osten« oder in Konzentrationslager deportiert werden sollten. Dieser Plan wurde jedoch auf Grund des Hinweises von Oberbaurat Boegl, der Friedhof solle 1942 nach seiner Übernahme durch die Stadt »bald möglichst« abgeräumt werden, nicht in die Tat umgesetzt. Wegen des Kriegsgeschehens während der folgenden Jahre wurden die geplanten Maßnahmen aufgeschoben, so daß der Friedhof bis zum Kriegsende weitgehend unversehrt erhalten blieb.

Seit 1945 dient der unter Denkmalschutz stehende Friedhof als zentraler jüdischer Begräbnisplatz aller der Jüdischen Landesgemeinde Thüringens angehörenden Juden. Er wird im Auftrag der Gemeinde von einem Friedhofspfleger betreut.

Quellen / Literatur

Akten der Baupolizei, betr. »An der Stadtmünze 5« (1838-1918), Bauaktenarchiv.
Denkmalausweisung Neue Synagoge, v. 10.3.1995, G. Lucke.
Denkmalausweisung Jüdischer Friedhof/Trauerhalle, v. 3.6.1994.
Stadtarchiv Erfurt: Akte betr. Ankauf jüdische Grundstücke 1941 bis 1943, Sign.: 1-2/931-20989.
Hartung, Bernhard: Häuserchronik der Stadt Erfurt, Erfurt 1861.
Jaraczewsky, Adolph: Die Geschichte der Juden in Erfurt, Erfurt 1868.
Kroner, Theodor: Die Geschichte der Juden in Erfurt, Festschrift zur Einweihung der neuen Synagoge in Erfurt, Erfurt 1884.
Jahr, Richard; Lorenz, W.: Die Erfurter Inschriften (bis zum Jahr 1550), Teil I, Grabinschriften, in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte und Altertumskunde von Erfurt, Heft 36, Erfurt 1915.
Immig, Eberhard: Zur Geschichte der Erfurter Synagogen, in: Aus der Vergangenheit der Stadt Erfurt 1/1955).
Synagogen im alten Erfurt, hrsg. v. Verein für die Geschichte und Altertumskunde von Erfurt e.V., Erfurt 1995.
Menzel, Eberhard: Vom Wandel jüdischer Grabkultur in Erfurt, in: Deutsche Friedhofskultur, 2/1995, 85. Jg., Aachen, 1995, S. 59-62.

BAD FRANKENHAUSEN

Kyffhäuserkreis

Die Geschichte der jüdischen Gemeinde von Bad Frankenhausen reicht bis in das Mittelalter zurück. Den Chroniken zufolge hatten sich bis zu ihrer Vertreibung aus der Stadt im Jahre 1349 die Juden in der Neustadt in der Gasse hinter der Oberkirche angesiedelt. Eine Synagoge wird jedoch nicht erwähnt. Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts wurde den Juden in Frankenhausen, das zur Herrschaft des Fürstentums Schwarzburg-Sondershausen gehörte, die Wiederansiedlung per Gesetz verwehrt, lediglich ein kurzzeitiger Aufenthalt gegen Zahlung eines »Leibzolls« wurde ihnen gewährt.

Während der Befreiungskriege 1813-1815 hielt sich ein der polnischen und der russischen Sprache mächtiger Jude, Salomo Schoenland, in Frankenhausen auf und stellte der Stadt seine Sprachkenntnisse zur Verfügung. Für seine Verdienste wurde ihm und seiner Familie das Bürgerrecht verliehen.

Nachdem den Juden im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen im Jahre 1815 mehr Freizügigkeit innerhalb des Fürstentums gewährt worden war, zogen auf dem Lande ansässige Juden, insbesondere aus Immenrode bei Sondershausen, nach Frankenhausen.

Im Jahre 1834 lebten bereits mehrere jüdische Familien in der Stadt, die sich um die Gewährung der Bürgerrechte und die Erlaubnis zum Bau einer Synagoge bemühten. Letzteres wurde nicht genehmigt, ihnen wurde lediglich gestattet, einen Raum zur Abhaltung ihrer Gottesdienste zu mieten. Er befand sich in der Bornstraße 63. 1916 bestand die jüdische Gemeinde Frankenhausens nur noch aus 16 Mitgliedern und war in der Auflösung begriffen.

Jüdischer Friedhof

im Napptal

In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wurde auf dem Schlachtberg bei Frankenhausen ein Begräbnisplatz für einen während seines Aufenthaltes in der Stadt



Jüdischer Friedhof, Überreste der 1933 zerstörten Grabstätten

verstorbenen jüdischen Kaufmann sowie für zwei weitere Personen jüdischer Herkunft angelegt, der jedoch danach nicht weiter genutzt wurde. Von diesem Friedhof sind keine Überreste erhalten geblieben.

Nachdem in Frankenhausen mehrere jüdische Familien seßhaft geworden waren, erwarben sie im Jahre 1852 im Napptal, am Ortsausgang in Richtung Kyffhäuser, für 60 Taler ein Grundstück, um einen neuen Begräbnisplatz einzurichten. Dort wurde im Jahre 1857 die erste Grabstätte für das Kind David Wahl angelegt. Auf diesem Friedhof fanden auch verstorbene jüdische Einwohner von Artern und Oldisleben wie auch eine Russin ihre letzte Ruhe.

Der Friedhof der relativ klein gebliebenen jüdischen Gemeinde von Frankenhausen wurde bereits 1933 unmittelbar nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten geschändet. Dabei wurden alle Grabsteine herausgerissen und zerstört. 1970 ließ die Stadtverwaltung das Areal wieder herrichten.

Von den in zwei Reihen angeordneten Gräbern sind derzeit auf dem von einem Holzlattenzaun umfriedeten Gelände sichtbar 23 erhalten, davon sind 15 mit Efeu und Moos überwachsen und sieben Grabeinfassungen stark beschädigt. In einigen Fällen sind noch die Sockel der Grabmale vorhanden, jedoch fehlen sämtliche Grabsteine.

Gegenüber vom Eingang wurde im Anschluß an die Wiederherrichtung des Friedhofs ein Gedenkstein zur Erinnerung an die 1933 zerstörten Grabstätten errichtet.

Er trägt unter dem Davidstern und hebräischen Schriftzeichen die Inschrift:
»Zum Gedenken derer, die hier in Frieden ruhen«.

Der Friedhof wurde in der vorläufigen Denkmalliste erfaßt und ist für die Aufnahme in das Denkmalbuch vorgesehen.

Literatur

Dinkler, Friedrich Adolf: Chronik der Stadt Frankenhausen, Teil I, Frankenhausen 1864.

GEHAUS

Ortsteil von Stadtlengsfeld, Wartburgkreis

Zu welchem Zeitpunkt sich die ersten Juden in Gehaus ansiedelten, ist nicht genau zu ermitteln. In den Chroniken wird lediglich berichtet, daß sie von den Freiherren von Boyneburg gegen Zahlung eines Schutzgeldes einen Wohnplatz zugewiesen bekommen haben sollen. Die in Geldsorgen lebenden Freiherren versprachen sich von der Anwesenheit jüdischer Kaufleute die Belebung des Handels im Ort, der ihnen höhere Einnahmen sichern sollte.

Von der Geschichte der um die Mitte des 19. Jahrhunderts etwa 20 Familien umfassenden jüdischen Gemeinde ist bisher nur wenig bekannt. Sie verringerte sich, wie fast alle kleinen Landgemeinden gegen Ende des Jahrhunderts, und wurde letztlich mit der Deportation der letzten noch ansässigen Mitglieder ausgelöscht.

Die in der Mittelgasse 22 befindliche Synagoge überstand zwar trotz Schändung die Zeit des Nationalsozialismus, fiel jedoch 1975 einem Brand zum Opfer. Das bis 1933 genutzte Schulgebäude in der Hauptstraße 123 wurde nach seiner Aufgabe von den Besitzern zum Wohnhaus umgebaut.

Jüdischer Friedhof

Beim Judengottesacker

Die Zeit überdauert hat der jüdische Begräbnisplatz am Hang des Baierberges. Die Annahme, daß er um 1730 angelegt worden sein soll, ist nicht belegbar. Der bisher älteste datierbare Grabstein stammt erst aus dem Jahre 1815. Die letzten Bestattungen erfolgten in den 30er Jahren unseres Jahrhunderts. Auf einem Grabstein wurde nach Kriegsende der Name eines jüdischen Einwohners, der 1942 in Theresienstadt umgekommen war, nachträglich eingraviert.

Insgesamt stehen auf dem von einem Holzlattenzaun und einer niedrigen Bruchsteinmauer umgebenen Areal etwa 120 bis 140 Grabsteine in lückenhaften Reihen, größtenteils ohne Grabeinfassungen, auf einer Rasenfläche. Rechts neben dem Eingang befinden sich die älteren Steine, die zumeist aus oben abgerundeten stehenden Sandsteinplatten bestehen und stark verwittert sind. Daher sind die hebräischen Grabinschriften, die Schmuckelemente wie auch die symbolischen Darstellungen kaum erkennbar. Auf der linken Seite des Friedhofs sind die jüngeren Grabmale angeordnet, die größtenteils aus Granit in Form von Stelen oder Obelisken gestaltet sind. Sie sind



Jüdischer Friedhof, neuerer Teil



Jüdischer Friedhof, älterer Teil

häufig sowohl in hebräischer als auch in deutscher Sprache beschriftet.

Sämtliche Grabsteine sind schlicht, ohne üppige Ausschmückung gestaltet. Der gesamte Friedhof mit seinem vorwiegend traditionellem Grabmalbestand repräsentiert das typische Erscheinungsbild eines jüdischen Begräbnisplatzes einer mittleren Landgemeinde im späten 19. Jahrhundert, an der jedoch die zunehmende Assimilierung nicht spurlos vorübergegangen ist.

Der Friedhof ist in der vorläufigen Denkmalliste erfaßt und für die Aufnahme in das Denkmalbuch vorgesehen.

Literatur

Eschwege, a.a.O.

GEISA
Wartburgkreis

Über die Anfänge der jüdischen Besiedlung Geisas gibt es keine konkreten Angaben. Da jedoch bereits im 14. Jahrhundert in umliegenden Gemeinden von jüdischen Einwohnern berichtet wird, ist anzunehmen, daß auch in Geisa jüdische Familien ansässig waren.

Aus dem Jahre 1550 stammt der erste zuverlässige Beleg über deren Existenz in Geisa. In einem Schreiben an den Stadtrat von Geisa fordert der Landesherr, der Abt von Fulda, nachdrücklich, an den Beschränkungen für die Juden festzuhalten.

In der Folgezeit hielten sich vermutlich daraufhin keine Juden in Geisa auf, denn im 17. Jahrhundert finden sie keine Erwähnung mehr.

Erst seit dem 18. Jahrhundert ist ihre Anwesenheit in Geisa wieder nachgewiesen und danach nahm ihre Zahl, wie in den anderen thüringischen Kleinstaaten auch, nach der Aufhebung der Restriktionen gegen die Juden seit der Mitte des 19. Jahrhunderts stetig zu. 1861 hatte die Zahl der jüdischen Einwohner in Geisa mit 180 Personen ihren Höchststand erreicht. In den folgenden Jahrzehnten reduzierte sie sich erheblich durch Abwanderung in andere Regionen. Die letzten noch in Geisa lebenden Juden wurden 1943 in Vernichtungslager deportiert.

Jüdischer Friedhof
am Boxberg

Einen Begräbnisplatz hatten die Gemeindemitglieder vermutlich bereits im 18. Jahrhundert angelegt. Auf dem noch erhaltenen jüdischen Friedhof am südlichen Stadtrand, auf dem auch jüdische Bewohner von Völkershausen bestattet wurden, lassen sich die ältesten noch lesbaren Inschriften auf den Grabsteinen auf die ersten beiden Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts datieren.

Der etwa 4000 qm große, teils umzäunte und teils von Hecken und Bäumen begrenzte Friedhof mit einem schmiedeeisernen Eingangstor liegt an einem bewaldeten Hang des Boxberges. Er ist sichtbar in zwei Bereiche untergliedert.

Der ältere Teil schließt sich an den Hang an. Dort sind noch etwa 21 stark verwitterte, aus Sandstein gefertigte, Grabmale in zumeist traditioneller Formgebung mit hebräischen Schriftzeichen erkennbar.



Jüdischer Friedhof, älterer Teil



Jüdischer Friedhof, neuerer Teil

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurde der Friedhof um eine Fläche erweitert, die später nur noch zur Hälfte belegt wurde. Dort sind in fünf Reihen, beidseits eines Weges angeordnet, noch rund 170 bis 180 Grabsteine ohne Grabeinfassungen erhalten. Sie bestehen in der Mehrzahl aus Sandstein. Die jüngeren Grabmale sind auch aus anderen Gesteinsarten gefertigt und tragen zumeist deutsche Inschriften. Ein Großteil der Grabstätten ist mit steinernen Einfassungen versehen.

Während die älteren Grabmale größtenteils in Form von Platten mit einem abgerundeten oder giebelförmigen oberen Randabschluß gestaltet sind, sind die neueren mehrheitlich in Form eines hoch aufragenden Obelisken oder einer Stele gearbeitet, die nur wenige Schmuckelemente aufweisen.

Unter den Grabmalen befindet sich eine ursprünglich in der Synagoge angebrachte Tafel, die auf vier im Ersten Weltkrieg gefallene jüdische Soldaten aus Geisa hinweist.

1938 wurden zahlreiche Grabsteine umgestoßen und zerschlagen. Sie wurden erst nach Kriegsende wiederaufgestellt.

Die letzte Bestattung fand 1943 für Henriette Schragenheim statt, die ihrem Leben selbst ein Ende setzte, um der bevorstehenden Deportation zu entgehen.

Außerhalb des Friedhofsgeländes befindet sich ein weiterer Grabstein mit ausschließlich hebräischen Schriftzeichen. Er wurde vor einigen Jahrzehnten vom Besitzer des angrenzenden Grundstücks Geismühle geborgen und in eine Umfriedungsmauer seines Anwesens eingemauert. Er soll dort wieder entfernt und auf den Friedhof umgesetzt werden. Wieviele Steine im Verlaufe der Zeit auf ähnliche Weise abhanden kamen und wo sie sich befinden, konnte bisher nicht ermittelt werden.

Der Friedhof ist in der vorläufigen Denkmalliste erfaßt und für die Aufnahme in das Denkmalbuch vorgesehen.

Gedenktafel am ehemaligen Standort der Synagoge

am Judenhaugk

Am Standort der 1938 zerstörten Synagoge wurden anläßlich des 50. Jahrestages der sogenannten Reichskristallnacht zwei Gedenktafeln auf einem Mauerstück an der ehemaligen Grundstücksbegrenzung angebracht.

Die eine Tafel trägt die Inschrift:
»Zum Gedenken der jüdischen Gemeinde und ihrer im November 1938 zerstörten Synagoge«, auf der zweiten

Ansicht der Synagoge, geweiht 1862, zerstört 1938



sind ein siebenarmiger Leuchter und ein Davidstern abgebildet.

Die erste Synagoge, die Anfang des 19. Jahrhunderts an dieser Stelle errichtet wurde, fiel 1858 einem Stadtbrand zum Opfer. Bis zum Bau eines neuen Gotteshauses an gleicher Stelle fanden die Gottesdienste und der Schulunterricht im Wohnraum des Kantors, später in einem anderen gemieteten Raum statt.

Eine neue Synagoge wurde am 5. September 1862 am gleichen Standort eingeweiht. Pläne und Entwürfe vom Bau sind nicht erhalten, lediglich eine vor seiner Zerstörung aufgenommene Fotografie, auf der jedoch nicht das gesamte Gebäude erkennbar ist. Die Synagoge wird in der Literatur als ein massives Gebäude mit einem Hauptraum für Männer, einer umlaufenden Empore für die Frauen und einem achteckigen Turmaufbau beschrieben.

Die Reste des 1938 zerstörten Baues wurden 1940 auf Anweisung der Stadtverwaltung völlig abgetragen.

Ehemaliges jüdisches Schulhaus mit Gedenktafel

Schulstraße/Ecke Brunnengasse

In dem heute völlig veränderten, zum Wohnhaus umgebauten Gebäude an der Ecke Schulstraße/Brunnengasse fand bis etwa 1924 der Schulunterricht für die Kinder der jüdischen Gemeinde von Geisa statt. Dort lebte und wirkte auch der bekannte jüdische Lehrer und Botaniker Moritz Goldschmidt (1863-1916). Ihm zum Gedenken wurde 1989 eine Erinnerungstafel am Haus angebracht, die jedoch 1995 während der Renovierungsmaßnahmen von den Hausbesitzern wieder entfernt wurde.

Wegen der völligen Veränderung des Gebäudes wurde auf eine Unterschutzstellung verzichtet.

Quellen / Literatur

Kleber, Heinz: Zur Geschichte der ehemaligen jüdischen Gemeinde in Geisa, in: Geisa – 1175 Jahre, Festschrift 1175 Jahre Geisa, Fulda 1992, S. 82 – 95.
Eschwege, a.a.O.

GERA

Kreisfreie Stadt

Erstmals wurden jüdische Einwohner in der Stadt im 14. Jahrhundert erwähnt. Sie sollen hauptsächlich im Bereich des Marktes und des Kornmarktes ansässig gewesen sein, worauf auch der Name der dort befindlichen Jüdengasse hindeutet. Nachdem auch die Geraer Juden den Pogromen und Vertreibungen des 15. Jahrhunderts zum Opfer gefallen waren, wurde ihnen mehr als 400 Jahre lang die Rückkehr in die Stadt verwehrt.

Erst im Jahre 1885 wurde in Gera wieder eine israelitische Religionsgemeinde gegründet, die sich vor allem aus Zuwanderern aus dem Osten zusammensetzte. Ihre Gottesdienste führten sie in gemieteten Räumen durch. Einer dieser Räume befand sich von 1919/20 bis 1938 in einem Seitengebäude des Hotels »Kronprinz«.

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 wurde die Inneneinrichtung dieses Betraums völlig verwüstet. Das Hotel fiel während des Krieges einem Bombenangriff zum Opfer.

Denkmal am ehemaligen Standort des Betraums

Schülerstraße/Ecke Anna-Schneider-Straße

Zum Gedenken an die jüdische Gemeinde Geras, deren Existenz mit der Deportation des letzten noch in der Stadt ansässigen Juden endete, und an den Standort des Betraums wurde am 17. November 1988 ein Denkmal »Das Portal« eingeweiht (s. Abb. S. 24).

Der Crivitzer Bildhauer Wieland Schmiedel schuf ein aus Sandstein gehauenes, in mehrere Teile zerbrochenes Portal, das die Verfolgung und Vernichtung jüdischer Mitbürger und ihrer Kultur versinnbildlichen soll.

Auf einem herabgestürzten Bogenteil des Portals ist ein Davidstern abgebildet und die Inschrift »Synagoge zu Gera 9.11.1938« eingraviert. Vor dem Denkmal liegen drei Steinplatten. Auf der linken ist ein siebenarmiger Leuchter dargestellt.

Die mittlere Platte trägt die Inschrift :
»Die Pogromnacht des 9. November 1938 brachte Zerstörung – unendliches Leid und Tod über unsere jüdischen Mitbürger«, die rechte Platte: »Sechs Millionen Juden wurden von 1933 bis 1945 Opfer des deutschen Faschismus«.

Jüdische Grabstätten

Ostfriedhof, Abteilung IV c

Nach 1945 wurden auf dem Ostfriedhof insgesamt neun Grabstätten für jüdische Geraer Bürger angelegt, die Opfer des Nationalsozialismus geworden waren. Sie hatten entweder, wie die Familien Weber und Salomon, ihrem Leben selbst ein Ende gesetzt, um ihrer bevorstehenden Deportation zu entgehen, oder waren in Konzentrationslagern umgekommen, wie Max Hirsch, Leo Karlsruher, Chaskiel Barasch oder Ernst Brück.

Die aus schwarzem Gestein einheitlich gestalteten Grabsteine sind industriell gefertigt. Lediglich der oberhalb der Namen eingravierte Davidstern weist auf die jüdische Herkunft der Bestatteten hin.

Da Gera über keinen eigenen jüdischen Friedhof verfügte, befinden sich auf dem Ostfriedhof auch eine Reihe weiterer Grabstätten jüdischer Bürger Geras, wie die der Familien Biermann (Feld E), Halpert (Feld B), Hirsch (Feld II), die vermutlich weitgehend assimiliert waren, da die Grabstätten keinerlei Hinweise auf die jüdische Herkunft der Bestatteten aufweisen.

Alle genannten Gräber, wie auch ein neben den oben genannten neun Grabstätten gelegenes Massengrab mit Gedenkstein für 446 jüdische Opfer der KZ-Außenlager Rehmsdorf und Gleina, stehen unter Denkmalschutz.

Literatur

Wohin in Gera, Hefte 3/88, 4/88, 11/88, 3/89, hrsg. Gera-Information.

Fornfeist, Margot: Zur Judenverfolgung in Gera (1933-1945), in: Veröffentlichungen der Stadt Gera, Hist. Reihe, Heft 13, Gera 1993, S. 19-28

Beck/Fromannshausen, Geschichte der Juden in Gera, Gera 1993.

GLEICHERWIESEN

Ortsteil von Gleichamberg
Landkreis Hildburghausen

Die ersten jüdischen Zuwanderer, vier Familien, ließen sich in Gleicherwiesen im Jahre 1680 unter dem Schutz der reichsritterschaftlichen Dorfherren von Bibra nieder. Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts war ihre Zahl auf 26 Familien mit insgesamt 139 Personen angewachsen und hatte im Jahre 1875 mit 233 Personenn vermutlich den Höchststand erreicht. Damit machten die jüdischen Einwohner in Gleicherwiesen zeitweilig nahezu die Hälfte der Dorfbevölkerung aus. Über die Geschichte der jüdischen Gemeinde des kleinen Ortes ist bisher nur wenig bekannt.

Die im Jahre 1787 errichtete und 1817 vergrößerte Synagoge in der Mittelgasse wurde im Jahre 1864 durch einen Neubau ersetzt, der um 1900 einem dritten Bau weichen mußte. Letzterer, wie auch das 1864 zur jüdischen Schule umgebaute Gebäude fielen 1938 der Pogromnacht zum Opfer. 1943 erfolgte der Abriß der noch vorhandenen Überreste. Anfang der vierziger Jahre wurden die letzten jüdischen Einwohner von Gleicherwiesen in Vernichtungslager deportiert.

Jüdischer Friedhof

Streufdorfer Weg

Erhalten geblieben ist lediglich die Begräbnisstätte am sogenannten Judenberg, die 1846 in südlicher Richtung außerhalb des Ortes angelegt und am 12. Februar 1847 geweiht wurde.

Zuvor waren die verstorbenen Gemeindemitglieder auf den jüdischen Friedhöfen der Umgebung bestattet worden. Seit 1885 wurde der Friedhof in Gleicherwiesen auch von der Gemeinde Simmershausen mitbenutzt.

Auf der von einem Holzzaun und großen Bäumen umfriedeten, rund 1000 qm großen Fläche des Friedhofs sind 195 Grabstätten, 181 mit Grabsteinen und 14 mit Fragmenten von Grabmalen, sichtbar. Sie stehen in Reihen angeordnet auf einer Rasenfläche. Die Mehrzahl der Gräber ist ohne Grabeinfassung. Im hinteren Teil des Areals befinden sich die älteren Steine, die zumeist aus Sandstein gefertigt sind und kaum noch lesbare hebräische Inschriften tragen. Den oberen Randabschluß bilden vorwiegend Rundbögen oder giebelförmige Aufsätze. Die neueren Steine im vorderen Bereich bestehen auch aus anderen Gesteinsarten, unter anderem aus schwarzem Granit, und sind in deutscher Sprache beschriftet. Mehrere Inschrifttafeln sind beschädigt oder völlig entfernt.

Dem Zeitgeschmack entsprechend sind auch auf diesem Friedhof viele der jüngeren Grabmale in schlichter Stelen- oder Obeliskenform gestaltet und tragen nur vereinzelt ornamentale oder symbolische Schmuckelemente.

Bereits 1925 wurde der Friedhof von Gleicherwiesen erstmalig von rechtsgerichteten Kräften geschändet.



Jüdischer Friedhof, Grabstein, 19. Jh.



Jüdischer Friedhof, Teilansicht

Die letzte Bestattung erfolgte nach Angaben von Zeitgenossen im Jahre 1940. Seither blieb der Friedhof ungenutzt, da mit der Deportation der letzten jüdischen Einwohner die jüdische Gemeinde von Gleicherwiesen aufgelöst wurde.

Der Friedhof steht unter Denkmalschutz.

Literatur

Human, a.a.O.
Friedhofsschändungen in Deutschland 1923-1932, Dokumente der politischen und kulturellen Verwilderung unserer Zeit, zusammengestellt vom Central-Verein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V., 1932, o. O.
Eschwege, a.a.O.

GOTHA

Kreisstadt, Landkreis Gotha

Bereits während der Entstehungszeit der Stadt, vor dem 12. Jahrhundert, sollen in Gotha Juden gelebt haben, worüber es jedoch keine verläßlichen Belege gibt.

Anzunehmen ist jedoch, daß sie bereits um die Wende vom 12. zum 13. Jahrhundert in Marktnähe den Bereich der heutigen Jüdenstraße besiedelten. Ein Beleg dafür ist eine Urkunde aus dem Jahre 1615, in der ein Judenbad auf dem Grundstück des Augustinerklosters, das 1258 an diesem Ort errichtet wurde, erwähnt wird. Das bedeutet, daß die Juden vor der Anlage des Klosters an diesem Platze gelebt haben müssen und diesen vermutlich im Jahre 1221 während einer der Vertreibungsaktionen verließen. Noch mehrfach mußten wieder zurückgekehrte Juden im 14. und 15. Jahrhundert die Stadt verlassen.

In den folgenden Jahrhunderten wurde ihnen die Niederlassung gänzlich untersagt. Erst seit Mitte des 17. Jahrhunderts erhielten in Gotha wieder jüdische Kaufleute sowie »Hof- und Schutzjuden« eine zeitlich begrenzte Aufenthaltserlaubnis. Diese war neben der Auferlegung hoher Zahlungsforderungen mit weitreichenden Einschränkungen des persönlichen und religiösen Lebens verbunden.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts lebte eine nicht genau bekannte Anzahl seßhaft gewordener Juden zunächst ohne Bürgerrechte in Gotha, die über einen eigenen Friedhof vor dem Siebleber Tor verfügten. Nach der im Jahre 1852 erfolgten Gleichstellung der Juden im Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha nahm ihre Zahl stetig zu. Sie wird für das Jahr 1864 mit 27 Personen, 1875 mit 119 und 1900 mit 296 Personen angegeben.

Bereits 1866 hatte sich eine aus sechs Familien bestehende jüdische Gemeinde gebildet, die ihre Gottesdienste bis zum Bau der Synagoge in verschiedenen privaten Wohnhäusern abhielt. Im darauffolgenden Jahr richtete sie in der Amtsschule in der Augustinerstraße eine Religionsschule ein.

1933 lebten in Gotha knapp 500 jüdische Einwohner, die in den folgenden Jahren entweder emigrierten oder Opfer der nationalsozialistischen Rassenpolitik wurden. Die Existenz der jüdischen Gemeinde endete 1943/44.

Jüdischer Friedhof

Eisenacher Straße

Im Verlaufe des 18. Jahrhunderts erhielten die in Gotha ansässigen Juden die Erlaubnis, einen eigenen Begräbnisplatz auf einem Grundstück vor dem Siebleber Tor einzurichten. Dieses konnten sie jedoch zu diesem Zeitpunkt nur pachten, weil die Juden kein Bürgerrecht besaßen und ihnen daher jeglicher Grundbesitz verwehrt wurde. Bereits im Jahre 1829 erwies sich dieser Platz wegen der gestiegenen Zahl in Gotha lebender Juden als zu klein. Deshalb richtete die inzwischen gebildete jüdische Gemeinde an die Stadtverwaltung einen Antrag, in dem sie um die Erlaubnis bat, ein weiteres Stück Landes zwecks Vergrößerung ihres Gottesackers erwerben zu dürfen.

Die Stadtveraltung plante jedoch die Verlegung des alten Friedhofs, da es über seinen Pflegezustand Beschwerden gegeben habe, und bot der jüdischen Gemeinde eine Abteilung auf dem städtischen Friedhof an, was der Vorstand jedoch aus relgiösen Gründen – denen zufolge die Nutzungsfrist der Gräber nicht zeitlich begrenzt sein darf – ablehnte.

Verhandlungen um die Einrichtung eines gänzlich neuen Friedhofs wurden seit 1863, angesichts der zunehmenden Zuwanderung von Juden in die Stadt, geführt.

Letztlich wurde den Juden im Jahre 1870 ein Platz an der Eisenacher Straße zugewiesen. Dieser Friedhof, der älteste erhaltene Grabstein stammt aus dem Jahre 1878, wurde bis 1940 genutzt.

Auf dem etwas mehr als 2000 qm großen, von einem Maschengitter umzäunten, Areal sind heute noch 165 Grabsteine feststellbar. Etwa die Hälfte der Fläche ist ungenutzt.

Gegenüber vom Eingang an der Eisenacher Straße sind noch die Stufen erkennbar, die zur 1982 wegen ihres schlechten Bauzustandes abgerissenen Trauerhalle führten. An den ehemaligen Standort des Gebäudes erinnert ein 1988 errichteter Gedenkstein.

Die meisten Grabmale sind schlicht, im zeitgenössischen Stil des späten 19. Jahrhunderts gestaltet und nur sehr sparsam mit ornamentalem Schmuck versehen. Vorherrschende Gesteinsart ist schwarzer Granit, der noch bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts traditionell verwendete Sandstein ist weitgehend verdrängt.

Obelisken und stehende flache Steinplatten bilden die Hauptformen der in Reihen angeordneten Grabmale auf Gräbern mit steinernen Grabeinfassungen.

Lediglich einige wenige Grabstätten, wie die der Familie Lebram, deren Grabmal mit reicherem plastischem Schmuck, wie einem siebenarmigen Leuchter, dem Davidstern und Voluten gestaltet ist, oder das der Familie Rosenbaum, bei dem unter einem Bogen auf einem Sockel eine steinerne Urne steht, sowie einige Grabmale in Form eines Lesepults, weichen von diesem Gesamteindruck ab. Insgesamt 76 Steine tragen sowohl hebräische als auch deutsche, 67 nur deutsche Inschriften.

Für sieben hier bestattete Gothaer Juden, die angesichts der bevorstehenden Deportation Selbstmord verübt hatten, sind keine Grabsteine errichtet worden.

Der Friedhof ist in das Denkmalbuch eingetragen.

Denkmal
am ehemaligen Standort der Synagoge
Moßlerstraße

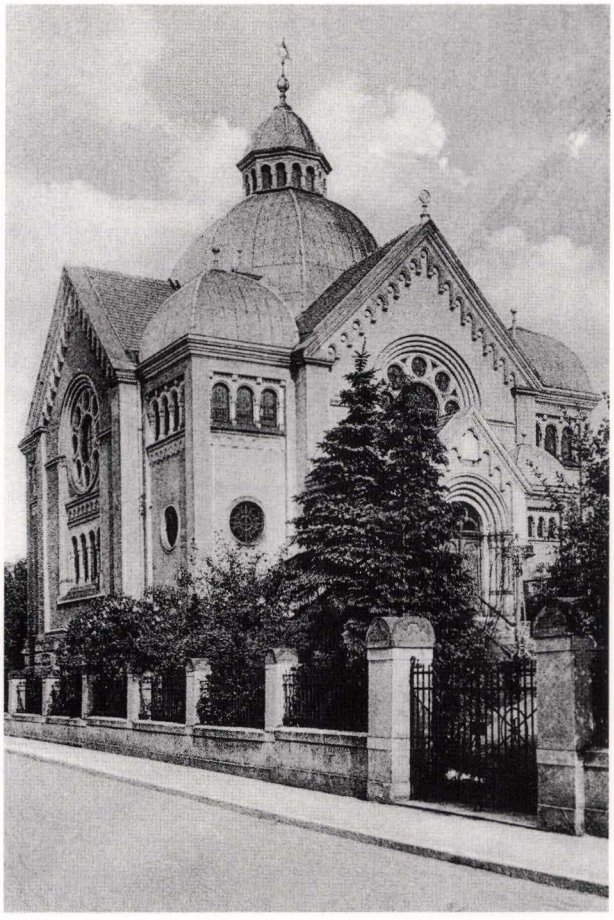
Von der am 11. Mai 1904 eingeweihten Synagoge in der Lenaustraße gibt es keine Überreste, sie fiel dem Novemberpogrom von 1938 durch Brandstiftung zum Opfer.

Vor der Errichtung der Synagoge nutzten die Gemeindemitglieder für ihre Gottesdienste Privaträume in verschiedenen Gebäuden der Stadt, u.a. in den Wohnhäusern Hauptmarkt 36, Schwabhäuser Straße 6 und Siebleber Straße 8.

Da um 1900 die Zahl der in Gotha lebenden Juden auf etwa 300 angestiegen war und die Beträume nicht mehr ausreichten, faßte die Gemeinde den Beschluß, ein eigenes Gotteshaus errichten zu lassen.



Jüdischer Friedhof, Grabmale des 20. Jh.



Synagoge, geweiht 1904, zerstört 1938 (Jüdische Gemeinde Erfurt)

Der von einem grünen Kuppeldach bekrönte Bau entstand nach Entwürfen des Architekten Richard Klepzig. Er war in Anlehnung an einen christlichen Sakralbau unter Verwendung gotischer und romanischer Stilelmente gestaltet.

In der Nähe des ehemaligen Standortes der zerstörten Synagoge ließ der Rat der Stadt Gotha 1988/89 an der Moßlerstraße ein Denkmal errichten. Der vom Gothaer Gestalter Hans Klein stammende Entwurf stellt zwei freistehende abgeknickte, zueinandergeneigte Stahlprofile dar, die Mahnung und Hoffnung symbolisieren sollen.

An ihnen ist eine Tafel befestigt, die unter dem Davidstern und der Abbildung der unzerstörten Synagoge die folgende Inschrift trägt:
»An dieser Stelle stand die im Jahre 1904 geweihte Synagoge der jüdischen Gemeinde Gotha. Sie wurde in der Pogromnacht des 9. November 1938 von den Faschisten zerstört«.

Quelle / Literatur

Stadt- und Kreisarchiv Gotha: Akte Erweiterung des Judengottesackers hinter dem Siechenhause, Sign.: 3499.
Bessenrodt, Otto: Juden in Gotha, Gotha 1939, in: Sonderdruck aus »Rund um den Friedenstein«, heimatkundliche Beilage des »Gothaischen Tageblattes«.
Gegen das Vergessen. Die Novemberpogrome – Eisenach, Gotha, Schmalkalden, Spuren jüdischen Lebens, hrsg. v. d. Arbeitsgruppe beim Landesjugendpfarramt der Evang.-Luth. Kirche Thüringens in Eisenach, Eisenach 1988.
Raschke, Helga: Gotha – Die Stadt und ihre Bürger, Horb am Neckar 1992.

HEILIGENSTADT

Kreisstadt, Landkreis Eichsfeld

Mit der Deportation der letzten noch in der Stadt lebenden Juden im Jahre 1942 fand eine jahrhundertelange, von der vom 15. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts währenden Epoche der Vertreibung unterbrochene, Geschichte der jüdischen Gemeinde Heiligenstadt vorerst ein Ende. Der älteste, jedoch nicht konkret belegbare, Hinweis auf das Vorhandensein von Juden im Eichsfeld stammt aus dem Jahre 1212.

In Heiligenstadt wird 1496 ein »Juddenhov« erwähnt, was darauf hindeutet, daß dort bereits vor diesem Zeitpunkt jüdische Familien seßhaft waren. Dieses Wohngebiet, wo sich auch der erste jüdische Begräbnisplatz befand, wurde 1739 durch einen Stadtbrand zerstört.

Da die Quellen bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts schweigen, ist anzunehmen, daß die Juden, wie überall im thüringisch-sächsischen Raum, um die Mitte des 15. Jahrhunderts von ihrem angestammten Platz vertrieben wurden und erst vereinzelt gegen Endes des 18. Jahrhunderts zurückkehrten.

Im Jahre 1808 wurden den Juden im französisch besetzten Gebiet – Heiligenstadt gehörte zu jener Zeit zum französisch regierten Königreich Westfalen –, entsprechend dem westfälischen Dekret vom 31. März 1808, die vollen Bürgerrechte zuerkannt. Daraufhin schlossen sich die in Heiligenstadt lebenden Juden im gleichen Jahr zu einer Religionsgemeinde mit eigener Synagogenordnung zusammen.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war die Zahl der jüdischen Einwohner in Heiligenstadt bereits auf 76, 1880 auf 100 angewachsen. In den folgenden Jahrzehnten begann sie jedoch zu stagnieren und reduzierte sich nach 1900 erheblich, da zahlreiche Heiligenstädter Juden aus wirtschaftlichen Gründen in die Industriegebiete Deutschlands verzogen. 1912 bestand die jüdische Gemeinde nur noch aus 60 und 1926 aus 39 Mitgliedern, von denen die Mehrzahl nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten emigrierte. Von den 1940 noch in Heiligenstadt ansässigen 14 Juden gibt es keine Überlebenden. Die letzten sechs von ihnen wurden im September 1942 in das Konzentrationslager Theresienstadt deportiert.

Ehemalige Synagoge

Stubenstraße 14

Über eine Synagoge verfügte die Gemeinde zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch nicht, die Gottesdienste fanden in einem gemieteten Raum statt.

Im Jahre 1870 erwarb die jüdische Gemeinde ein Gebäude in der Stubenstraße und plante dessen Umbau zur Synagoge. Die Erlaubnis dazu erteilte die Stadtverwaltung im Mai 1872 und steuerte 50 Taler zu den Baukosten bei. Die Projektierung übernahm der Heiligenstädter Baumeister Fütterer. Die Ausführung des Baues erfolgte wegen knapper Geldmittel weitaus bescheidener als dies der noch im Stadtarchiv erhaltene Entwurf vorsah. Die Synagoge wurde am 10. September 1873 eingeweiht und bis zu ihrer Schändung am 9. November 1938 genutzt.

Wegen ihrer eng angrenzenden Lage an zwei Nachbarhäuser, wurde der Brand der Synagoge in der Pogromnacht schnell wieder gelöscht, so daß das Gebäude weitgehend erhalten blieb. Unter dem Druck der politischen Verhältnisse und wegen der nur noch geringen Anzahl jüdischer Einwohner in Heiligenstadt, sah sich der Gemeindevorstand gezwungen, die Synagoge zu verkaufen.

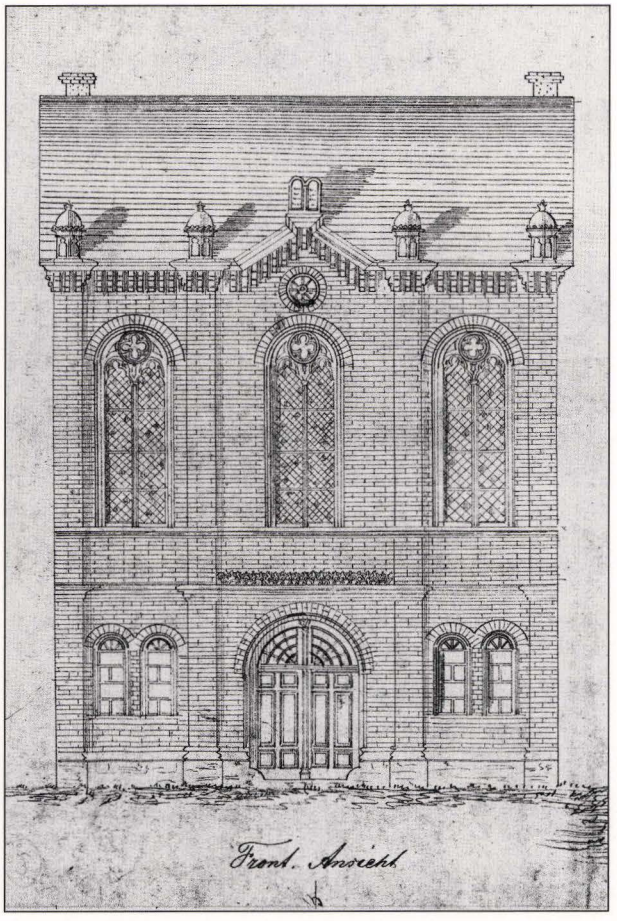
Der neue Besitzer ließ das Gebäude 1940 zu einem Wohnhaus umbauen. Ein Vergleich der im Stadtarchiv von Heiligenstadt vorhandenen Umbaupläne mit dem heutigen Aussehen des Baues läßt die vorgenommenen Veränderungen erkennen.

Die im ersten Obergeschoß beginnenden und bis in das zweite Geschoß reichenden drei Rundbogenfenster wurden entfernt und durch kleinere Fenster ersetzt. Die mit dem 3. Mai 1940 datierte Baubeschreibung gibt Auskunft über die weiteren Maßnahmen:

»Es werden gewonnen, außer der Erdgeschoßwohnung noch 2 große Etagenwohnungen, welche in den Synagogensaal eingebaut werden. Die lichte Saalhöhe beträgt 6,00 m und eignet sich gut zum Einziehen der Balkendecke. Gewonnen werden je 3 Zimmer, 1 Küche, 1 Kammer, 1 Bad mit Spülabort und 1 Speisenkammer. Die jetzige Saaldecke ist vollständig freitragend mit Sprengwerk. Es braucht nur eine Tragwand von Osten nach Westen eingezogen werden, die übrigen Wände sollen aus Leichtsteinen bestehen. Zur Beleuchtung und Belüf-



Ehemalige Synagoge, geweiht 1873, beschädigt 1938, zum Wohnhaus umgebaut 1940. Die Gedenktafel wurde 1988 angebracht.



Entwurfsplan für die Synagoge. Die Ausführung erfolgte wegen Geldknappheit weitaus bescheidener.
(Stadtarchiv Heiligenstadt)

tung der Aborte bzw. Bäder, sollen ein Lichtschacht von 1,90 x 0,80 m vorgesehen werden, welcher über Dach gehen soll.

An der Straßenfront werden alle jüdischen Zeichen mit den Sandsteinsockeln entfernt, die großen Fenster werden zugemauert, ausreichend breite Fenster werden vorgesehen und mit Stürzen überdeckt. Die Fassade wird dann im ganzen verputzt, so daß der Charakter eines Wohnhauses entsteht. An den Treppenaufgängen wird nichts geändert, die Treppen sind auch noch gut erhalten.«

Am 3. November 1988 wurde am Gebäude eine Gedenktafel mit der folgenden Inschrift angebracht:
»Ehrendes Gedenken den vom Faschismus vertriebenen und ermordeten Bürgern jüdischen Glaubens«.

Der Hinweis darauf, daß das Gebäude bis 1938 eine Synagoge war, fehlt. Trotz der vorgenommenen baulichen Veränderungen läßt sich anhand der noch erhaltenen originalen Bauteile die ursprüngliche Gestaltung des Gebäudes weitgehend nachvollziehen.

Aus diesem Grunde wurde das Objekt 1994 aus geschichtlichen Gründen als Denkmal ausgewiesen.



Jüdischer Friedhof, Grabstätten mit schmiedeeisernen Einfassungen, 19./20. Jh.

Jüdischer Friedhof

Schillerstraße/Ecke Ibergstraße

Der noch relativ gut erhaltene »neue« jüdische Friedhof von Heiligenstadt wurde 1817 an der Ecke Schillerstraße/Ibergstraße angelegt. Die jüdische Gemeinde hatte am 22. Oktober 1817 vom Magistrat der Stadt Heiligenstadt die »Conzession eines gemeinheitlichen Grundstücks zwecks Benutzung als Begräbnisort... auf der kleinen alten Wiesen unter dem Iberg« erhalten.

Bereits im gleichen Jahr fand die Beisetzung eines verstorbenen jüdischen Kindes statt. Diese Grabstätte ist nicht mehr vorhanden. Der älteste erhaltene Grabstein, der jedoch keine lesbare Inschrift mehr aufweist, soll aus dem Jahre 1820/21 stammen. Noch erkennbar ist die Inschrift eines Grabsteins der Familie Löwenthal, der 1829 errichtet wurde. Der ursprünglich außerhalb der Stadt gelegene Begräbnisplatz grenzt heute an Grundstücke einer Kleinhaussiedlung.

Auf dem rund 900 qm großen, von einem Holzzaun umgebenen Areal sind heute noch um die 70 Grabstätten erhalten, vier Doppelgräber, vier Dreifachgräber sowie 56 Einzelgräber. 35 Grabsteine tragen hebräische Inschriften, mehrere sind zweisprachig beschriftet, 24 Inschriftplatten fehlen gänzlich.

Etwa die Hälfte der an einem leicht ansteigenden Hang liegenden Grabstellen ist mit relativ wuchtigen, der Hanglage angepaßten, steinernen Einfassungen versehen und mit verzierten Eisengittern umfriedet.

Neben einigen traditionellen Grabmalen findet man auch schlichte Obeliske und Stelen mit giebelartigen Abschlüssen, wovon einige aus Eisen gefertigt sind, desweiteren Steine in Pultform sowie eine steinerne Urne.

Die Gräber sind in Reihen angelegt und werden durch einen von dem schmiedeeisernen Eingangstor durch die Mitte des Feldes führenden Weg in zwei Abteilungen unterteilt.

Der gesamte Friedhof, auf dem die letzte Beisetzung 1940 stattfand, ist weitgehend geprägt durch die Gestaltungsweise des späten 19. Jahrhunderts, die bereits stark an die christliche Grabmalskunst angelehnt ist.

Der Friedhof steht unter Denkmalschutz.

Quelle / Literatur

Stadtarchiv Heiligenstadt: Aktennummer XLI, 8 und IX A 84/16.

Auszüge aus der von Pfarrer Friedrich Meinhof erarbeiteten Chronologie zur Geschichte der jüdischen Kulturgemeinde, unveröff. MS.

Barthel, Rolf: Zur Geschichte der jüdischen Gemeinden auf dem Eichsfeld und in Mühlhausen (II), in: Eichsfelder Heimathefte 3/1988.

Weber, Peter: Das »Gesicht« der ehemaligen Synagoge in Heiligenstadt, in: Eichsfeld, Monatsschrift des Eichsfeldes, Heft 7, Juli 1993.

HILDBURGHAUSEN

Kreisstadt, Landkreis Hildburghausen

Erstmalig wird von der Anwesenheit jüdischer Handelsleute in Hildburghausen im Jahre 1331 berichtet. Weitere Erwähnung finden sie in der Bürgerliste und im Stadtbuch bis in die ersten Jahrzehnte des 15. Jahrhunderts. Über ihren weiteren Verbleib in der Stadt gibt es keine verläßlichen Nachrichten, vermutlich sind sie auch hier um die Mitte des 15. Jahrhunderts vertrieben worden. Erst mehr als 200 Jahre später haben sich erneut wieder Juden in Hildburghausen aufgehalten, die gegen Ende des 17. Jahrhunderts im alten Tiergarten einen Friedhof angelegt haben sollen, der jedoch bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts – noch bis 1826 fanden dort Begräbnisse statt – nicht mehr existierte. Die Toten wurden in den folgenden Jahren im nahegelegenen Weitesroda bestattet.

Nachdem Hildburghausen Residenz geworden war, nahm Herzog Ernst im Jahre 1714 erstmalig einen »Hofjuden« auf, dem er auch Wohnrecht in der Stadt gewährte. 1726 lebten bereits zwölf jüdische Familien in der Stadt. Nach einer kurzzeitigen Ausweisung im Jahre 1729 erhielten sie nach ihrer Rückkehr die Auflage, ihre Gottesdienste nur in einem Privathaus durchzuführen. Seit 1730 wurde den Juden der Aufenthalt im gesamten Herzogtum erlaubt, was die Aufnahme weiterer Juden in Hildburghausen zur Folge hatte. Eine jüdische Gemeinde begann sich in der Stadt allmählich, nach der Ansiedlung der Familie des Hoffaktors Simon im Jahre 1775, herauszubilden. Im Jahre 1844, dem Jahr der Bildung der israelitischen Synagogengemeinde, lebten insgesamt 130 Einwohner jüdischen Glaubens in Hildburghausen. 1856 war die Familie Simon bereits auf 38 Mitglieder angewachsen und beeinflußte nachhaltig durch Geld- und Sachspenden sowohl die Einrichtung von jüdischen Kultbauten als auch von Betrieben und kommunalen Einrichtungen.

Die im Jahre 1910 insgesamt 118 betragende Zahl der jüdischen Einwohner Hildburghausens sank bis 1933 angesichts einer judenfeindlichen Stimmung auf 50 Personen ab. Mit der Deportation der letzten noch in der Stadt verbliebenen Juden endete auch in Hildburghausen die Geschichte der jüdischen Gemeinde.

Ehemalige Privatsynagoge

im Hofbereich Heimstraße/Gerbergasse

Bis zum Bau einer Synagoge fanden die Gottesdienste der Gemeinde in einem Betsaal, im Wohnhaus Untere Marktstraße 16, statt.

1811 finanzierte Levi Simon die Baukosten der Synagoge auf dem Grundstück des Bankhauses Strupp in der Unteren Marktgasse 4. Nach ihrem Machtantritt enteigneten die Nationalsozialisten den Besitz und ließen bei Umbauarbeiten die Synagoge im Oktober 1933 abreißen. Die zu diesem Zeitpunkt noch in Hildburghausen lebenden rund 50 Mitglieder der jüdischen Gemeinde nutzten daraufhin das Gartenhaus des jüdischen Metallwarenfabrikanten Gassenheimer in der Heimstraße/Gerbergasse für ihre Gottesdienste. Dieses Gebäude ist heute noch in seiner Grundsubstanz erhalten, seine Inneneinrichtung und das Inventar wurden jedoch am 9. November 1938 zerstört.

Der eingeschossige quadratische verputzte Fachwerkbau unter Walmdach mit Windfanganbau an der Südseite stammt aus dem 19. Jahrhundert und wurde mehrfach umgebaut. Nach Kriegsende diente er als Lagerraum eines volkseigenen Handelsunternehmens und steht seit einigen Jahren leer. Im Inneren des Gebäudes wurden Trennwände eingebaut, so daß nur noch wenige Details auf seine ehe-



Innenansicht der Synagoge vor der Zerstörung der Einrichtung 1938



Ehemalige Privatsynagoge auf dem Grundstück des Fabrikanten Gassenheimer, eingerichtet 1933, beschädigt 1938

malige Funktion hindeuten. Für die zukünftige Nutzung des Baues nach der Ausführung notwendiger Erhaltungsmaßnahmen gibt es noch keine konkreten Pläne.

Das Objekt wurde 1994 als Kulturdenkmal in das Denkmalbuch eingetragen.

Ehemalige Schule

Untere Braugasse 10

Das im Jahre 1824 mit Stiftungsgeldern der Familie Simon errichtete zweigeschossige Schulgebäude in der Unteren Braugasse 10 ist bis etwa 1922 als Schulraum und Lehrerwohnung genutzt worden. Danach wurde es wegen der geringen Schülerzahl nicht mehr für Unterrichtszwecke genutzt und als Wohnhaus eingerichtet.

Mikwe

Obere Marktstraße 41

Im Kellergeschoß des Wohnhauses Obere Marktstraße 41 sollen sich noch Reste einer Mikwe befinden, die bisher noch nicht näher untersucht wurden.

Da die ehemalige Funktion beider Gebäude nicht mehr nachvollziehbar ist, wurde auf ihre Unterschutzstellung verzichtet. Sie sind jedoch als Bestandteil des Denkmalensembles »Stadtkern Hildburghausen« in das Denkmalbuch eingetragen.

Literatur

Human, Armin: a.a.O.

Ross, Karl-Heinz: Auch in unserer Kreisstadt lebten einst viele angesehene jüdische Bürger, in: Freies Wort vom 1. Dezember 1988, Suhl.

IMMENRODE
Kyffhäuserkreis

Über den Zeitpunkt der ersten Besiedlung Immenrodes durch jüdische Zuwanderer gibt es verschiedene Angaben.

Als gesichert gilt wohl, daß im Jahre 1570 eine nicht genau bekannte Anzahl von Juden, die aus Nordhausen vertrieben worden waren, sich in Immenrode niederließen. Es gibt jedoch auch Vermutungen, daß bereits zuvor, seit etwa dem 14. Jahrhundert, Juden aus dem nahegelegenen Sondershausen in das Dorf kamen, das nahe der alten Handelsstraße Nordhausen-Sondershausen günstig gelegen war und ihnen vor Verfolgungen Schutz bot.

Bis zu Beginn des 18. Jahrhunderts finden sich keine weiteren Belege für die Anwesenheit jüdischer Einwohner in Immenrode. Erst 1720 wird ein Jude erwähnt, der einen Landwirtschaftsbetrieb geführt haben soll. Danach nahm die Zahl der Zuwanderer, denen die Niederlassung im Ort gegen die Zahlung eines Schutzgeldes gestattet wurde, stetig zu.

Sie legten einen Begräbnisplatz auf dem Müllerberg an. Das kleine Dorf Immenrode entwickelte sich in dieser Zeit zu einem bedeutenden jüdischen Siedlungszentrum im nordthüringer Raum, in dem zeitweilig bis zu 30% der Einwohner des Ortes Juden waren. Deshalb wurde der Ort, in Abgrenzung zu Immenrode bei Nordhausen, häufig auch »Juden-Immenrode« genannt.

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts setzte jedoch auch hier die Abwanderungswelle in die größeren Städte ein, um 1900 lebten nur noch 20 Juden in Immenrode.

Von den Kultuseinrichtungen ist nur das Areal des Friedhofs mit Resten des ehemaligen Grabmalbestandes erhalten geblieben.

Die Schule in der Sondershäuser Straße 4 war bereits 1869 wegen der geringen Schülerzahl aufgegeben worden. Das in der Folgezeit zu einem Wohnhaus umgebaute Gebäude wurde 1985 abgerissen. Die noch bis nach dem Ersten Weltkrieg genutzte Synagoge an der Hauptstraße 20 existiert ebenfalls nicht mehr. Vom Aussehen beider Bauten gibt es keine Überlieferungen.

In den zwanziger Jahren hörte die jüdische Gemeinde Immenrodes nach dem Tode ihres letzten Mitgliedes auf zu existieren.

Jüdischer Friedhof
auf dem Müllerberg

Der Friedhof, dessen genaue Entstehungszeit unbekannt ist, war 1938 von ortsansässigen Nazis verwüstet worden und verwilderte in der Folgezeit völlig, so daß er nicht mehr zugänglich war. Ein Teil der Grabsteine soll im Dorf »verbaut« worden sein.

Erst 1987/88 wurde der Begräbnisplatz, völlig zugewachsen in einem von Hecken umgebenen Areal im Anschluß an eine kleine bewaldete Fläche etwa zwei Kilometer außerhalb des Ortes auf dem Müllerberg, wiederentdeckt.



Jüdischer Friedhof, freigelegter Grabstein



Jüdischer Friedhof, derzeitiger Zustand nach der Freilegung des Areals

Studenten der Ingenieurschule für Gartenbau in Erfurt legten bei den Beräumungsarbeiten auf der rund 2000 qm großen Fläche insgesamt etwa 20 Grabsteine bzw. Fragmente frei, von denen derzeit nur zwei intakte Steine aufgerichtet stehen. Die Reste von acht steinernen Grabeinfassungen lassen die ehemals reihenweise Anordnung der Grabstätten erkennen.

Die geborgenen Steine stammen aus dem 18. und 19. Jahrhundert. Sie weisen eine schlichte Formgestaltung ohne typisch jüdische Symbolik auf. Ein Teil von ihnen trägt nur hebräische Schriftzeichen, einige weitere sind auf der Rückseite mit einer deutschen Inschrift versehen.

Die Instandsetzungsarbeiten am Friedhof sind noch nicht abgeschlossen, so daß im Verlaufe der Arbeiten noch neue Funde zutage gefördert werden können.

Der Friedhof steht unter Denkmalschutz.

Quelle

Informationen von der Ortschronistin.

MARISFELD
Landkreis Hildburghausen

Im Jahre 1679 wurde erstmals mit Erlaubnis des Herzogs Friedrich I. von Gotha ein Jude unter dem Schutz des Johann Friedrich Marschalk von Ostheim in Marisfeld aufgenommen. Im Verlaufe des folgenden Jahrhunderts siedelte sich eine nicht bekannte Anzahl jüdischer Familien gegen Zahlung eines Schutzgeldes im Ort an.

In seiner »Geschichte und Beschreibung des Herzogtums Gotha« führt Galletti im Jahre 1780 unter den Bewohnern von Marisfeld auch 15 jüdische Familien, »welche eine Synagoge haben«, auf.

Im Jahre 1822 werden in den Statistiken 121 Personen jüdischen Glaubens angegeben, deren Zahl sich nach der Erlangung der Gleichstellung nahezu verdoppelte. Sie betrug 1865 etwa 200 Personen, von denen ein Großteil jedoch 1866 nach einem verheerenden Brand in Marisfeld den Ort zumeist in Richtung Meiningen und Themar verließ. Um die Jahrhundertwende werden nur noch 29 jüdische Einwohner in Marisfeld aufgeführt. In der Folgezeit hat sich die Gemeinde vermutlich aufgelöst.

Jüdischer Friedhof
auf dem Gulichsberg

Der gestiegenen Mitgliederzahl der Gemeinde zu Beginn des 19. Jahrhunderts Rechnung tragend, wurde im Jahre 1848 auf dem Gulichsberg, eine nahegelegene Anhöhe etwa ein Kilometer außerhalb des Ortes, ein Begräbnisplatz angelegt. Das Grundstück, das bereits zuvor vom Gutsherrn Marschalk zur Nutzung zur Verfügung gestellt worden war, erhielt die jüdische Gemeinde von den Herren von Stockmar geschenkt. Das heute etwa 2000 qm große Friedhofsgelände (ursprünglich 4000 qm) ist mit einem Holzzaun umfriedet. Auf ihm sind heute noch 134 Grabsteine sowie sieben Fragmente erhalten, die in 16 zum Teil lückenhaften Reihen auf einer Rasenfläche stehend angeordnet sind. Etwa die Hälfte von ihnen ist einer eingefaßten Grabstätte, darunter fünf Doppelgräber, zugeordnet. Die vorwiegend traditionell gestalteten älteren Grabmale stehen ohne Einfassung auf der Rasenfläche. Sie sind zumeist aus rötlichem Sandstein gearbeitet und tragen hebräische Schriftzeichen. Die Steine jüngeren Datums, die größtenteils aus Hartgestein gefertigt sind, weichen von diesem Prinzip ab, unter anderem zehn liegende große Grabplatten.



Jüdischer Friedhof, Teilansicht





Jüdischer Friedhof, Grabmale des 19. Jh.

Auf einigen wenigen Grabsteinen sind typische Symbole der jüdischen Glaubenswelt zu finden, wie die Kanne und der Davidstern. Ein Stein wurde in Form einer abgebrochenen Säule, dem Symbol für ein plötzlich abgebrochenes Leben, gestaltet. Auf dem Friedhof, der auch den jüdischen Familien Themars als Begräbnisplatz diente, fand die vermutlich letzte Bestattung für den im Dezember 1938 verstorbenen M. Löwenstein statt. Danach verwilderte er jahrzehntelang und wurde erst nach 1989 in einen befriedigenden Zustand versetzt, der sich jedoch seither wieder verschlechtert hat. Im Frühjahr 1996 wurde eine Anzahl von Grabsteinen umgestürzt und zum Teil stark beschädigt vorgefunden.

Der Friedhof steht unter Denkmalschutz.

Ehemalige Synagoge

Dorfstraße 31

Heute nicht mehr als Synagoge erkennbar ist das Gebäude gegenüber dem ehemaligen Rittergut, Dorfstraße 31. Es war 1832, wie auch das benachbarte jüdische Schulhaus, Dorfstraße 32, für eine Bausumme von 6000 Talern errichtet worden und ersetzte den älteren sogenannten »Judenbau« beim Rittergut (abgerissen 1867).

Diese Synagoge soll nur bis 1924 für Gottesdienste genutzt und danach, wohl weil die Mehrzahl der jüdischen Einwohner den Ort verlassen hatte, verkauft worden sein. Die neuen Besitzer ließen das Gebäude, wie bereits zuvor das nicht mehr genutzte Schulhaus, zum Wohnhaus umbauen, so daß ihre ehemalige Funktion nicht mehr nachvollziebar ist. Deshalb wurde auf die Unterschutzstellung beider Objekte verzichtet.

Die von Human in seinem Beitrag »Zur Geschichte von Marisfeld« erwähnte alte Mikwe, die im Schafstall des »Judenbaues« eingerichtet gewesen sein soll, ist bereits im Jahre 1837 zugeschüttet worden. Sie wurde durch ein neues Bad im Garten neben der Synagoge ersetzt, das heute ebenfalls nicht mehr existiert.

Literatur

Galletti, Joh. Georg August: Geschichte und Beschreibung des Herzogthums Gotha, Dritter Teil, Gotha 1780.

Human, R.A.: Zur Geschichte von Marisfeld, Erinnerungsblätter für die Gemeinde, Hildburghausen 1876.

MEININGEN

Kreisstadt, Landkreis Schmalkalden-Meiningen

Bereits zur Zeit der ersten Erwähnung Meiningens im 13. Jahrhundert müssen dort Juden ansässig gewesen sein, denn aus den Jahren 1243 und 1298 stammen Berichte über ihre Verfolgung. Auskünfte über ihre Anzahl, ihren Wohnplatz und ihre Kulteinrichtungen sind sehr spärlich und wenig verläßlich. Auch von den während der Pestepidemie um 1349 landesweit gegen die Juden verübten Gewalttätigkeiten blieben die Juden in Meiningen nicht verschont. Wegen angeblicher Rebellion gegen ihre christlichen Mitbürger wurde ein Teil von ihnen erschlagen oder verbrannt, der Rest floh aus der Stadt. Die Synagoge wurde im Jahre 1384 in eine Kapelle mit Kirchturm umgewandelt und später während der Reformationszeit abgerissen.

Die Meininger Juden, die dem Pogrom entkommen waren, siedelten sich größtenteils in nahegelegenen Landgemeinden an. Knapp 500 Jahre blieb ihnen die Wiederansiedlung in Meiningen verwehrt. Erst 1819 wurde einigen Kaufleuten und Händlern der Aufenthalt in der Stadt tagsüber zu Geschäftszwecken gestattet. Ihren Wohnort hatten sie in den Orten Walldorf oder Dreißigacker. Nach dem Erlaß einer Verordnung, derzufolge den Juden im Herzogtum Sachsen-Meiningen erlaubt wurde, sich in den Städten des Landes niederzulassen, wurde auch wieder die dauerhafte Ansiedlung von Juden in Meiningen zugelassen.

Daraufhin setzte eine Zuwanderung von Juden aus den jüdischen Landgemeinden des Herzogtums ein. 1846 umfaßte die jüdische Gemeinde von Meiningen 29 Personen. Nach ihrer im Jahre 1856 erfolgten teilweisen rechtlichen Gleichstellung konstituierte sich eine juristisch anerkannte jüdische Gemeinde. Die Abschaffung der letzten hemmenden Restriktionen im Jahre 1867 führte zu einem starken Anstieg der jüdischen Einwohnerzahl, die um 1900 etwa 430 Personen umfaßte.

Wie auch in anderen Städten, hatten die sich zunehmend assimilierenden Juden in Meiningen einen hohen Anteil an der Industrialisierung wie auch am Geistes- und Kulturleben der Stadt, wie unter anderen die Bankiersfamilien Strupp und Mannheimer, die Fabrikanten Heinemann und Stein, der Schauspieler, Regisseur und Intendant des herzoglichen Landestheaters Ludwig Chronegk, der Journalist und Publizist Friedrich Peretz Bernstein, sowie verdienstvolle Ärzte und Rechtsanwälte, deren Grabstätten sich größtenteils auf dem jüdischen Friedhof befinden.

Anfang der dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts lebten noch etwa 390 Bürger jüdischer Abstammung in Meiningen. Ein Großteil von ihnen verließ nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten die Stadt.

1942 wurden die letzten noch in Meiningen lebenden Juden von einer Sammelunterkunft in der Sachsenstraße 5/6 (heute: Ludwig-Chronegk-Straße) aus in Vernichtungslager deportiert. Zur Erinnerung an diese Geschehnisse ließ die Stadtverwaltung 1988 an dem Gebäude eine Gedenktafel anbringen. Von etwa 100 Deportierten überlebten nur zehn Personen. Eine neue jüdische Gemeinde bestand in Meiningen nach Kriegsende nur kurzzeitig.

Jüdischer Friedhof

Berliner Straße

Die wenigen erhaltenen Zeugnisse der ehemals relativ bedeutenden jüdischen Gemeinde Meiningens dokumentieren sich insbesondere in den etwa 130 Grabsteinen auf dem jüdischen Friedhof. Aus den Inschriften der Grabsteine erschließen sich sowohl die Namen bekannter und einflußreicher jüdischer Bankiers, Kaufleute, Fabrikanten, wie auch die von bekannten Rechtsanwälten, Ärzten und Künstlern, die die Geschichte der Stadt entscheidend mitprägten. Ebenso läßt sich anhand der Inschriften auf den Grabsteinen aus den Herkunftsorten der Bestatteten die Wanderbewegung der Juden im späten 19. Jahrhundert nach Meiningen ableiten. Sie stammten in den ersten Generationen häufig aus Schwarza, Dreißigacker, Walldorf und anderen Orten der näheren Umgebung.

Im Jahre 1874 erwarb die jüdische Gemeinde von der Stadt eine nördlich an den neu angelegten städtischen Parkfriedhof angrenzende Parzelle, um dort ihren eigenen Begräbnisplatz einzurichten. Die erste Bestattung soll dort 1889 erfolgt sein. Zuvor wurden die verstorbenen Gemeindemitglieder in ihren Herkunftsgemeinden, zumeist



Jüdischer Friedhof, Grabmale des 19. Jh.

Dreißigacker und Walldorf, begraben. Die ursprünglich knapp 2500 qm große Fläche wurde 1956 um einen unbelegten Teil durch Verkauf um etwa ein Drittel reduziert. Sie ist durch eine Bruchsteinmauer vom städtischen Friedhofsteil abgetrennt, nach der Straße hin durch einen schmiedeeisernen und zum Nachbargrundstück durch einen hölzernen Lattenzaun begrenzt.

Der Friedhof ist sichtbar in zwei Abteilungen unterteilt. Im vorderen, zur Straße gelegenen Teil stehen separat sieben Grabsteine auf einer Rasenfläche, wovon eine Grabstätte erst 1955 angelegt wurde. Dahinter beginnt an einem mit Büschen bepflanzten Rondell ein Weg, der leicht ansteigend die Fläche in zwei Teile teilt. Beidseitig davon sind etwa 75 Grabsteine, darunter zwei monumentale Steinsarkophage und zwei liegende Grabplatten, aus der ersten Belegungszeit bis etwa um 1920 in Reihen angeordnet. Der Weg wird durch eine Hecke unterbrochen. Über eine nicht belegte Rasenfläche führt er über fünf Stufen zu etwa 45 Gräbern am hinteren Ende des Geländes. Sie wurden seit Anfang der zwanziger Jahre bis 1944 angelegt. Darunter befinden sich sechs Grabeinfassungen ohne Grabmal und 14 Steine aus verschiedenen Zeitepochen, die vermutlich von anderen Stellen an den hinteren Zaun umgesetzt wurden.

Am Anfang der hinteren Wegstrecke erhebt sich in der Mitte das aus weißem Marmor gestaltete Grabmal für die schon erwähnte Familie Strupp, die aus Dreißigacker zugewandert war. Unweit davon befindet sich der aufwendig dekorierte Sarkophag Ludwig Chronegks.

Bis auf wenige Ausnahmen, darunter eine Steinplastik in Frauengestalt und die bereits genannten Beispiele, sind die älteren Grabmale relativ schlicht in Stelenform gestaltet und bestehen in der Mehrzahl aus Sandstein, wovon einige an der Vorderseite eine schwarze Tafel mit zumeist deutscher Inschrift tragen. Die Stelen schließen häufig mit einem Bogen, Akroterien oder Palmetten ab. An Ornamentik finden sich plastisch gestaltete Kränze und Blumengirlanden, Schmetterlinge, vereinzelt Davidsterne und segnende Hände. Ungewöhnlich für einen jüdischen Grabstein ist die plastische Darstellung eines Engelskopfes und eine steinerne Urne. Als schmucklose Obelisken sind mehrere Grabmale aus schwarzem Granit gearbeitet.



Grabstätte Ludwig Chronegks



Grabstätte der Bankiersfamilie Strupp



Jüdischer Friedhof, Grabmal Ende 19. Jh.

Die Grabsteine jüngeren Datums sind nahezu durchweg sehr sachlich und einfach, zumeist aus schwarzem Granit als stehende Grabplatte in verschiedenen Formen gestaltet. Eine Ausnahme bildet der in Dreiecksform gestaltete Stein für Joseph Walther aus dem Jahre 1924, bei dem sich Anklänge an expressionistische Formgestaltung finden.

1938 wurde der Friedhof von Nationalsozialisten verwüstet. Die Stadtverwaltung ließ die Schäden nach Kriegsende beseitigen und bemühte sich seither um die Pflege des jüdischen Friedhofs, da sich eine neugebildete jüdische Gemeinde nach kurzer Zeit wieder auflöste.

Der unter Denkmalschutz stehende Friedhofsteil wird als Bestandteil des städtischen Friedhofs in die Pflegemaßnahmen des Gesamtfriedhofs einbezogen.

Gedenkstätte am Standort der Synagoge

am Pulverrasen 2

Im November 1988 wurde am Pulverrasen, unmittelbar neben der Brücke über die Werra, ein Gedenkstein zur Erinnerung an die an diesem Platz am 9. November 1938 zerstörte Synagoge errichtet.



Synagoge, geweiht 1883, zerstört 1938 (Stadtarchiv Meiningen)

Sie war am 14. April 1883 nach Entwürfen des Landbaumeister Abesser mit einem Kostenaufwand von rund 80 000 Mark errichtet worden. Ausmaß und Gestaltungsweise des Baues lassen Rückschlüsse auf den Stand der um jene Zeit bereits auf etwa 450 Mitglieder angewachsenen jüdischen Gemeinde der Residenzstadt des Herzogtums Sachsen-Meiningen ziehen. Der imposante Bau, der die im Jahre 1833 in der Synagogenstraße errichteten Synagoge ersetzte, bot 300 Personen Platz und ähnelte einem christlichen Sakralbau.

Nach seiner schweren Beschädigung durch den Brandanschlag am 9. November 1938 ließen die Nationalsozialisten das Gebäude völlig dem Erdboden gleichmachen.

Die Gedenkstätte entstand nach Entwürfen des Kunstschmiedes Klaus Tenner und besteht aus einer Wand aus roten Klinkern, zu der drei versetzt angeordnete Stufen führen. Die rechte Seite der Mauer ist von einer halbrunden Steinsäule begrenzt. Auf dem Mauerwerk ist die symbolische Darstellung des siebenarmigen Leuchters aus Betonstein und darauf aus Metall ein Davidstern angebracht. Vor der Wand ist eine Gedenktafel befestigt, auf der unter der Inschrift »Zum Gedenken und zur Mahnung« der Grundriß der Synagoge abgebildet ist.

Links daneben die Inschrift:
»Hier stand / die im Jahre / 1883 / geweihte Synagoge / der / jüdischen Gemeinde / Meiningen«, rechts: »Sie wurde in der / Pogromnacht / am / 9. 11. 1938 / durch die / nazistischen Machthaber / geschändet und zerstört«.

Literatur

Human, a.a.O..
Eschwege, a.a.O.
Schicksal jüdischer Bürger der Stadt Meiningen 1933-1945, Schriften zur Stadtgeschichte Meiningens, Heft 2, Hrsg. Stadtarchiv Meiningen, Meiningen 1995.

MÜHLHAUSEN

Kreisstadt, Unstrut-Hainich-Kreis

Von jüdischen Einwohnern in Mühlhausen wird seit dem 13. Jahrhundert berichtet. Erstmals wird auf sie in einem Rechtsbuch hingewiesen, das auf einen Zeitraum vor 1290 datiert wird.

Im Jahre 1302 erließ die Mühlhäuser Stadtverwaltung ein Gesetz, das Steuerangelegenheiten der Juden regelte und ihnen das Recht zusprach, Höfe und Liegenschaften in der Stadt zu erwerben.

Die Anzahl und die Aufenthaltsdauer der jüdischen Familien in Mühlhausen war beschränkt und wurde von Zeit zu Zeit neu festgelegt.

Die Juden lebten vor ihrer Vertreibung aus der Stadt in einem Wohnviertel, das um die seit dem 15. Jahrhundert als Judengasse (später Wahlstraße, heute Jüdenstraße) bezeichnete Straße gelegen war. Dort befanden sich vermutlich auch die 1380 und 1424 erwähnten Synagogen. Deren genauer Standort konnte bisher jedoch noch nicht lokalisiert werden, zumal die heutige Bebauung dieses Wohnviertels vorwiegend aus dem 15. und den folgenden Jahrhunderten stammt.

In der Folge eines Pogroms im Jahre 1452 verließen alle Juden die Stadt, um diese, bis auf wenige Ausnahmen, über einen längeren Zeitraum zu meiden. Seit 1513 lebten in Mühlhausen etwa 150 Jahre lang überhaupt keine Juden mehr.

Erst um das Jahr 1637 kehren die ersten wieder zurück. Sie waren jedoch weiterhin mehrfachen Restriktionen unterworfen. Daher blieb ihre Zahl zunächst gleichbleibend gering bzw. ging noch einmal zurück, um dann seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts stetig anzusteigen. 1793 lebten in Mühlhausen 78 Juden, die jedoch nicht den christlichen Einwohnern gleichgestellt waren. Sie gründeten 1806 die jüdische Gemeinde Mühlhausens.

Die französische Besatzungszeit (1806-1814) brachte den jüdischen Einwohnern vorübergehend die Emanzipation, die jedoch nach der erneuten Angliederung an Preußen zum Teil wieder eingeschränkt wurde. Erst 1847 wurde ihnen durch Gesetz die Freizügigkeit und ab 1869 die völlige rechtliche Gleichstellung gewährt.

Daraufhin nahm auch in Mühlhausen die Zahl der Juden stetig zu. Sie hatten auch hier, wie in anderen vergleichbaren Städten, wesentlichen Anteil an der Industrialisierung, insbesondere in der Textilfabrikation, und nahmen bedeutende Positionen im Handelsleben wie auch im politischen und geistig-kulturellen Bereich ein. 1881 bestand die Gemeinde aus 196 und 1905 180 Mitgliedern, die sich zunehmend in ihrer Lebensweise der übrigen Bevölkerung gleichen Standes in der Stadt angeglichen hatten.

Mit der Emigration und der Deportation von insgesamt 59 jüdischen Einwohnern hörte 1943 die jüdische Gemeinde auf zu existieren. Nach Kriegsende hat sich noch einmal kleine Gemeinde gebildet, die jedoch nur wenige Jahre bestand.

Synagoge

Jüdenstraße 24

Ihre Gottesdienste hielten die seit dem 17. Jahrhundert allmählich wieder nach Mühlhausen zurückgekehrten Juden zunächst nacheinander in verschiedenen Privaträumen ab. Diese erwiesen sich jedoch nach wenigen Jahren, angesichts der stetig steigenden Mitgliederzahl der Gemeinde, die in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts auf über 100 Personen angestiegen war, als zu klein. Daher bemühte sich der Vorstand um den Bau eines eigenen Gotteshauses. Am 9. Januar 1840 stimmte die preußische Regierung dem Kauf des bereits von mehreren jüdischen Familien bewohnten Grundstücks Jüdenstraße 866 (heute Nr. 24) zu und erteilte zugleich die Genehmigung zur Errichtung eines »Bethauses«.

Der Neubau, dessen Baumeister oder Architekt nicht bekannt ist, wurde vermutlich im Herbst des Jahres 1842 fertiggestellt und geweiht. Dieser Bau, der in der Pogromnacht vom 9. November 1938 im Inneren schwer beschädigt wurde, jedoch wegen seiner eng an Nachbarhäuser grenzenden Lage vor der völligen Zerstörung bewahrt blieb, ist heute noch einer der wenigen Synagogenbauten in Thüringen, die weitgehend erhalten geblieben sind. Er ist der einzige, der nicht nur die Zeit des Nationalsozialismus, sondern auch die besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den Städten üblichen

Um- oder Neubauphasen an Synagogen entsprechend den veränderten Bedürfnissen und Ansprüchen der Gemeinde an Größe und Gestaltung der Bauten überdauert hat.

Der in seinem Äußeren schlichte Fachwerkbau auf Natursteinsockel unter einem Satteldach ist deutlich vom Stil der Landsynagogen Süd- und Westthüringens sowie Hessens geprägt, während seine Innenausstattung einen reicheren städtischen Charakter trug, der von osteuropäisch-polnischen Elementen beeinflußt war.

Das Gebäude ist über den Hofraum des Vordergebäudes (erbaut um 1700), in dem die Dienstwohnung des Rabbiners, die Religionsschule sowie die Bibliothek der jüdischen Gemeinde untergebracht waren, erreichbar und von der Jüdenstraße her nicht sichtbar.

Seine Rückfront grenzte an ein in der Kuttelgasse gelegenes Wohnhaus, das ebenfalls den freien Blick auf die Synagoge verwehrte. Noch erkennbar ist, daß das Gebäude urspünglich Fensteröffnungen nach allen vier Seiten hin hatte, wovon die zwei Rundbogenfenster links und rechts des Thoraschreins an der Ostseite im Zuge von Reparatur-und Restaurierungsarbeiten im Jahre 1905 geschlossen wurden. Ebenso wurden die beidseitig des Hauptportals angeordneten Türen, der Zugang für den Rabbiner und der zur Frauenempore, aus wärmetechnischen Gründen von der Innenseite geschlossen, jedoch von der Außenseite der optische Eindruck von drei Portalen erhalten. Wegen eines Anbaues an die Westwand zum Nachbargrundstück hin, mußte auch das südlichste der drei kleinen Fenster in Höhe der Frauenempore geschlossen werden.

Die Gestaltung des Prospekts vom Thora-Schrein ist nahezu identisch mit dem in der 1838 im nahegelegenen Eschwege erbauten Synagoge. Ob der hessische Landbaumeister Johann Friedrich Matthei auch am Entwurf der Mühlhäuser Synagoge beteiligt war, konnte bisher nicht ermittelt werden.

Nach der Zerstörung der Inneneinrichtung im November 1938 stand das Gebäude leer, im Vorderhaus wurde 1940/41 ein »Judenhaus« eingerichtet, in dem bis 1944 jüdische Einwohner Mühlhausens auf engstem Raum bis zu ihrer Deportation untergebracht wurden.

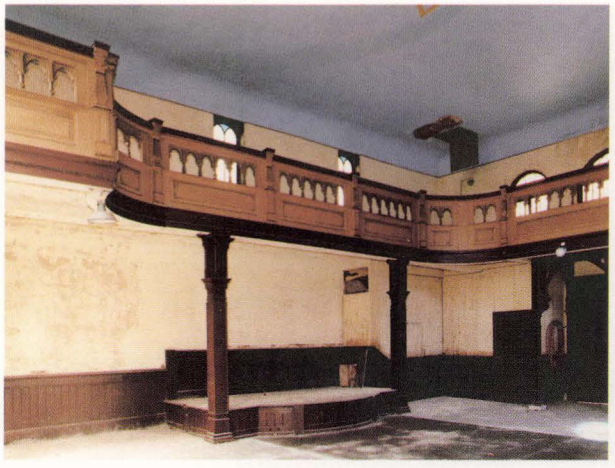
Danach wurde das Grundstück enteignet und nach Kriegsende im Jahre 1947 auf der Grundlage des Thüringer Wiedergutmachungsgesetzes der Jüdischen Landesgemeinde Thüringens (Sitz Erfurt) übergeben. Das Vorderhaus blieb bis in die Gegenwart Wohnhaus.

Die Synagoge diente nach notdürftigen Erhaltungsmaßnahmen jahrelang als Lagerraum und steht seit 1992 leer.

Auf Initiative von Mühlhäuser Heimatforschern wurde bereits vor 1989 mit der Aufarbeitung der Geschichte der jüdischen Gemeinde Mühlhausens begonnen. In diesem Zusammenhang regten sie auch die Restaurierung der Synagoge an.



Synagoge im Hofbereich des Grundstücks Jüdenstraße 24, geweiht 1842, Inneneinrichtung verwüstet 1938.



Innenansicht der Synagoge, Zustand 1996



Jüdenstraße 24, Vorderhaus, Wohnung und ehemaliges jüdisches Gemeindehaus (Bildmitte)

Nach der politischen Wende 1989 wurde in Abstimmung zwischen der Stadtverwaltung und der jüdischen Landesgemeinde ein Nutzungsprojekt erarbeitet, das in den nächsten Jahren schrittweise realisiert werden soll. Das Konzept sieht die weitere Nutzung des Vorderhauses als Wohngebäude vor. Die Synagoge soll nach der Wiederherstellung ihres ursprünglichen Zustandes so hergerichtet werden, daß sie – falls in Mühlhausen wieder eine jüdische Gemeinde entstehen sollte – wieder als Gotteshaus genutzt werden kann.

In der Zwischenzeit wird ihre Nutzung für museale Zwecke und als Veranstaltungsort für Kultur- und Bildungsprogramme angetrebt.

Der Gebäudekomplex steht unter Denkmalschutz.

Jüdischer Friedhof

Eisenacher Straße

Der heute noch erhaltene jüdische Friedhof an der Eisenacher Straße, auf dem die vorerst letzte Grabstätte im Jahre 1950 angelegt wurde, ist der zweite Begräbnisplatz, den die jüdische Gemeinde im Verlaufe ihrer mehrere Jahrhunderte währenden Geschichte in der Stadt anlegte.

Der ältere, 1417 erstmalig erwähnte, Friedhof, lag außerhalb der Stadtmauern an der Stelle, an der sich ehemals die Kaiserpfalz befand. Es ist anzunehmen, daß er bereits vor der ersten Vertreibung der Juden aus Mühlhausen um 1349 existiert hat und jeweils auch nach den später folgenden Vertreibungswellen erneut von den zurückgekehrten Juden als Begräbnisplatz genutzt wurde.

In der Zeit, als den Juden die Niederlassung in der Stadt Mühlhausen nicht gestattet war, wurde 1613 die Umgebung des jüdischen Begräbnisplatzes verändert und der erhöhte Platz, auf dem er offensichtlich noch weiterhin existierte, als »Judenberg« bezeichnet. Im Jahre 1767 wurde dieses Gelände mit einer Mauer umfriedet, von der berichtet wird, daß sie 1849 wieder eingefallen war. Die Mitglieder der in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in Mühlhausen rasch anwachsenden jüdischen Gemeinde bemühten sich um die Erweiterung ihres alten Friedhofsgeländes in östlicher Richtung. Die Verhandlungen zogen sich mehr als zwei Jahrzehnte hin und führten zunächst nur dazu, daß der Friedhof mit einer neuen Mauer versehen wurde. Die geplante Erweiterung wurde letztlich nicht ausgeführt, weil an dieser Stelle die Verbreiterung der vorbeiführenden Straße vorgesehen war. 1872 erhielt die jüdische Gemeinde von der Stadtverwaltung einen neuen Begräbnisplatz auf einem Teilstück des zu Beginn des 19. Jahrhunderts angelegten städtischen Friedhofs zugewiesen.



Jüdischer Friedhof, Teilansicht

1898 mußte auf Anweisung des Rates der Stadt der alte jüdische Friedhof »An der Burg« beräumt werden. Von den etwa 70 Grabsteinen ist vermutlich ein Teil auf den neuen Friedhof an der Eisenacher Straße umgesetzt worden. Auf dem letzteren sind heute noch 151 Grabstellen erhalten, obwohl sie mehrfach – auch in der Gegenwart – beschädigt worden sind.

1938 war der Friedhof, dank des umsichtigen Handelns des städtischen Friedhofswärters, vor der Schändung bewahrt geblieben. Es gelang dem Angestellten auch in den Folgejahren, die völlige Beseitigung des Begräbnisplatzes zu verhindern. Nach Kriegsende wurde nur noch 1950 eine Grabstätte angelegt, weitere Mitglieder der kurzzeitig noch einmal in Mühlhausen existierenden kleinen jüdischen Gemeinde wurden auf dem neuen städtischen Friedhof oder auf dem jüdischen Friedhof in Erfurt begraben.

Der Begräbnisplatz an der Eisenacher Straße ist von einem Zaun aus schmiedeeisernen Gitterelementen umfriedet, die alternierend mit Kreisen oder einem Davidstern verziert sind. Das 300 qm große Areal ist durch einen kreuzförmig angelegten Weg in zwei größere und zwei kleinere Felder unterteilt. Beidseitig des Hauptweges sind die Gräber von drei Feldern, größtenteils in drei Reihen nach Osten ausgerichtet, angeordnet.

Der Bestand an Grabsteinen vermittelt im Wesentlichen ein homogenes Bild von Grabmalen einer weitgehend assimilierten Gemeinde. Als Materialien fanden sowohl Sandstein als auch schwarzer Granit und vereinzelt andere Gesteinsarten Verwendung. Vorherrschend ist die Obeliskform, aber auch stehende Grabplatten mit bogenförmigem oberen Randabschluß, Pulte oder abgebrochene Säulen mit relativ wenig Schmuckelementen sind zu finden.

Die Ausnahme unter den vorwiegend schlichten Grabsteinen bilden eine plastische Darstellung von Engelsfiguren sowie die Grabmale einzelner Familiengrabstätten, wie die der Familien Oppé oder Heilbrunn, die aufwendiger gestaltet sind. Diese in ihrer Formgestaltung zum Teil kaum noch als typisch jüdische Grabmale erkennbaren Steine befinden sich im linken hinteren Bereich des Fried-

hofs. Rechts davon sind ohne Grabeinfassung 19 Steine bzw. Fragmente aus Sandstein auf einer Rasenfläche aufgestellt. Sie sind älteren Datums und stammen möglicherweise vom alten Begräbnisplatz vor der Stadtmauer.

Ein Teil der Grabinschriften ist nach Osten in hebräischer und nach Westen in deutscher Sprache ausgeführt. Die Mehrzahl trägt deutsch/hebräische oder nur deutsche Inschriften. Eine Auflistung aller Grabmale einschließlich einer Lageskizze ist in der Arbeit von Carsten Liesenberg abgedruckt.

Der Friedhof wurde Ende der siebziger Jahre in die Denkmalliste der DDR aufgenommen.

Reste des ehemaligen Oppéschen Wohnhauses mit Gedenktafel

Lindenbühl 17

Seit 1985 ist an den Gebäuderesten des Oppéschen Wohnhauses im Lindenbühl 17 eine Gedenktafel angebracht.

Sie trägt unter einem Davidstern die Inschrift:
»Zum Gedenken an die jüdischen Opfer des Faschismus von Mühlhausen 1933-1945«

Das Gebäude, das die Pogromnacht vom 9. November 1938 unbeschädigt überstanden hatte, fiel 1983/84 bis auf Reste der Fassade dem Abriß zum Opfer.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war die Villa des jüdischen Textilfabrikanten und Stadtverordneten Louis Oppé, der auch Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde war, ein Treffpunkt wohlhabender Bürger Mühlhausens. Daß in diesem Hause auch ein Raum als Privatsynagoge gedient haben soll, wie dies verschiedentlich in einigen regionalgeschichtlichen Veröffentlichungen angenommen wird, ist nicht eindeutig belegbar.

Der Gebäuderest mit dem über dem Eingangsportal erhaltenen Schutz- und Firmenwappen der Familie Oppé sowie die Gedenktafel stehen unter Denkmalschutz.

Quelle / Literatur

Denkmalpflegerische Rahmenzielstellung für die Synagoge und das ehemalige jüdische Gemeindehaus in Mühlhausen/Thüringen, erarbeitet vom Architekturbüro Denkmalplan, Mühlhausen 1994.

Aulepp, Rolf: Die Mühlhäuser Synagogen und der jüdische Friedhof nach der Kristallnacht von 1938, in: Mühlhäuser Beiträge, Heft 10, 1987.

Liesenberg, Carsten: Juden in Mühlhausen – ihre Geschichte, Gemeinde und bedeutenden Persönlichkeiten, unveröff. Typoskript, Mühlhausen 1989.

Thiele, Manfred: Im Schatten des gelben Sterns – Schicksale Mühlhäuser jüdischer Bürger, hrsg. v. Kreiskabinett für Kulturarbeit, Mühlhausen 1990.

Barthel, Rolf: Zur Geschichte der jüdischen Gemeinden auf dem Eichsfeld und in Mühlhausen (II), in: Mühlhäuser Beitr., Heft 3, 1988.

Günther, Gerhard: Zur Geschichte der Juden in Mühlhausen, in: ebenda, Heft 14,1991.

NORDHAUSEN

Kreisstadt, Landkreis Nordhausen

Bereits bei der Stadtgründung sollen Juden in Nordhausen ansässig gewesen sein, was jedoch nicht konkret durch Urkunden belegbar ist. Die erste verläßliche Nachricht findet sich in einer Verordnung Kaiser Rudolfs I. vom 30. Oktober 1290, in der die Juden als fester Bestandteil der Nordhäuser Einwohnerschaft erwähnt werden. Sie wohnten in der späteren Jüdenstraße sowie in verschiedenen anderen Straßen im Stadtzentrum.

Rund 50 Jahre später, im Jahre 1349, werden sie im Zusammenhang mit den Verfolgungen während der Pestepidemien, für deren Ausbrechen die Juden verantwortlich gemacht wurden, aus der Stadt vertrieben oder ermordet. Jahre später bildete sich in Nordhausen wieder eine kleine jüdische Gemeinde, deren Mitglieder jedoch die Stadt im Jahre 1567 erneut, nach einem Rechtsstreit eines ihrer Glaubensbrüder gegen die Stadtverwaltung wieder verlassen mußten.

Von diesem Zeitpunkt an bis 1808 blieb den Juden der Zuzug nach Nordhausen verwehrt. Ein Teil von ihnen siedelte sich in der Zwischenzeit als »Schutzjuden« unter der Herrschaft der Grafen von Honstein in Ellrich oder der Grafen von Schwarzburg in Immenrode, sowie in Werna und Sülzhayn an.

Während der französischen Besatzungszeit (1806 bis 1813) wurde den Juden per Dekret vom 15. November 1807 die Gleichstellung mit den anderen Untertanen gewährt und die Beschränkungen der Freizügigkeit aufgehoben. Im Jahre 1808 wurde erstmals wieder ein Jude als Bürger in die Stadt aufgenommen, dem in den Folgejahren zahlreiche weitere Glaubensgenossen folgten. 1829 bestand die Gemeinde bereits aus etwa 165 Mitgliedern, die neben einem Betraum in der Ritterstraße 4 im Jahre 1826 einen neuen Begräbnisplatz eingerichtet hatten. 1847 wurde die »Synagogengemeinde« zu Nordhausen auf der Grundlage des preußischen Gleichstellungsgesetzes vom 23. Juli 1847 als öffentliche Institution anerkannt.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt gegen Ende des 19. Jahrhunderts zog eine zunehmende Zahl jüdischer Zuwanderer aus umliegenden kleineren Landgemeinden in die Stadt. 1910 wird die Zahl der jüdischen Einwohner Nordhausens mit 452 und 1933 mit 438 Personen angegeben. Emigration und Abschiebung »nach Osten« dezimierte nach 1933 die Zahl der Nordhäuser Juden beträchtlich. Zuletzt wurden in drei Transporten von April 1942 bis März 1943 insgesamt 84 jüdischen Bürger deportiert, von denen nur wenige das Ende des Nationalsozialismus überlebten.

Jüdischer Friedhof

Am Ammerberg 19

1826 legten die Nordhäuser Juden einen Begräbnisplatz an, der heute den südlichen Teil des noch existierenden jüdischen Friedhofs Am Ammerberg 9 bildet. Der alte Friedhof aus der ersten jüdischen Besiedlungsphase ist nicht mehr vorhanden, erhalten sind jedoch noch zwei Grabsteine, die in die Außenmauer des sogenannten Judenturms, in dessen Nähe der Begräbnisplatz lag, eingemauert sind.

Der neue Friedhof mußte angesichts der zunehmenden Zahl jüdischer Einwohner Nordhausens im Jahre 1854 erstmals vergrößert werden. Auch dieser Teil war bereits um die Mitte der 60er Jahre voll belegt, so daß er nach Zukauf eines weiteren Stücks angrenzenden Landes nochmals erweitert wurde.

Das Areal ist an der Nord- und Westseite durch einen Holzlattenzaun, an der Südseite mit einer Sandsteinmauer und Maschendraht umfriedet. Den Abschluß nach Osten bildet das vor einigen Jahrzehnten durch Umbauten veränderte Friedhofswärterhaus. Daneben stand bis um die Mitte der 60er Jahre unseres Jahrhunderts die 1867 errichtete Trauerhalle.

Auf dem Friedhof sind beidseitig eines Mittelweges, der vom schmiedeeisernen Eingangstor auf das Friedhofswärterhaus zuführt, insgesamt 380 Grabsteine in Reihen angeordnet.

Das rechte Feld umfaßt 107 Gräber in 17 Reihen, das linke 120 Gräber in 19 Reihen.

Die älteren Grabmale befinden sich auf der rechten Seite des Weges in unmittelbarer Nähe des Einganges. Dort stehen 38 traditionell gestaltete Grabsteine aus Sandstein ohne Grabhügel und -einfassung auf der Rasen-

»Judenturm«
an der ehemaligen
Stadtbefestigung





In den »Judenturm«
eingemauerter
mittelalterlicher
jüdischer Grabstein



Jüdischer Friedhof, älterer Teil

fläche. Ein Großteil von ihnen wurde in den letzten Jahren restauriert. Die älteste lesbare Inschrift soll aus dem Jahre 1831 stammen. Weitere Steinfragmente sind z.Zt. an die Friedhofsmauer angelehnt.

Die Grabmale der nachfolgenden Reihen des linken wie auch des rechten Gräberfeldes sind in der Mehrzahl dem Zeitgeschmack des späten 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts entsprechend aus unterschiedlichen Materialien gefertigt. Sie tragen etwa zur Hälfte sowohl hebräische als auch deutsche oder nur deutschsprachige Inschriften und sind mit steinernen Grabeinfassungen versehen. Vorherrschend ist eine vielfach in schwarzem Hartgestein ausgeführte einfache Formgebung. Vereinzelt findet man Grabmale in Form eines Pultes oder einer abgebrochenen Säule. Die Darstellung jüdischer Symbole bildet die Ausnahme.

Die erste Reihe auf der linken Seite des Hauptweges besteht aus Kindergräbern.

Neben dem Friedhofswärterhaus sind sieben Urnengräber aus den vierziger und fünfziger Jahren im Halbkreis angeordnet und unweit davon ein Kriegerdenkmal für im Ersten Weltkrieg gefallene jüdische Nordhäuser Soldaten. Die bisher letzte Bestattung erfolgte 1980.

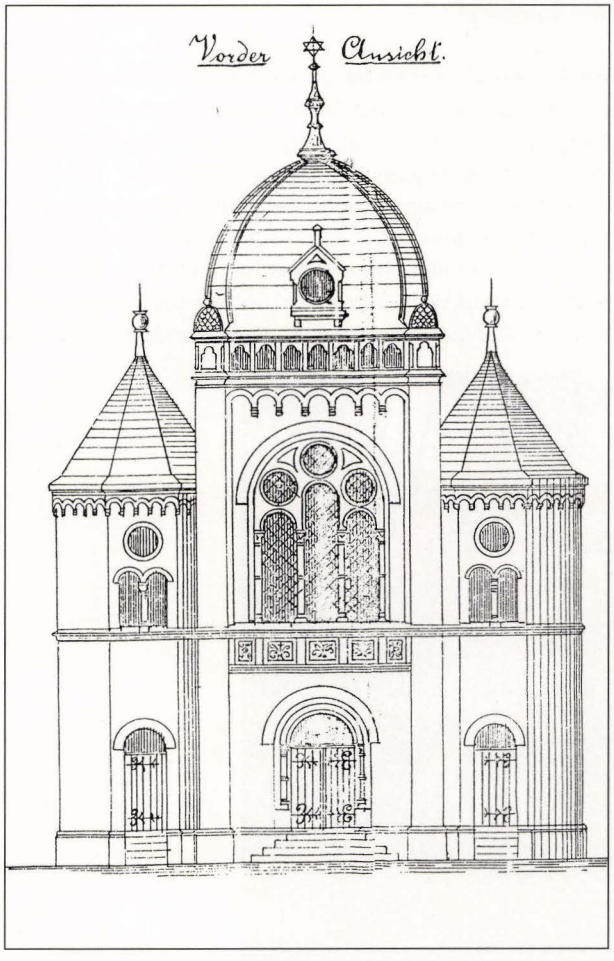
Der Friedhof steht unter Denkmalschutz.



Jüdischer Friedhof, neuerer Teil

Gedenkstein
für die zerstörte Synagoge
Pferdemarkt

Unweit der Stelle, an der bis 1938 die Synagoge Nordhausens stand, wurde anläßlich des 50. Jahrestages der Pogromnacht vom 9. November eine Gedenkanlage eingeweiht. Auf einer dreigeteilten stehenden Kunststeinplatte ist unter einem plastisch gestalteten Davidstern eine Metalltafel mit der Abbildung der unzerstörten Synagoge und die folgende Inschrift angebracht:



Entwurfszeichnung für den Umbau der Synagoge 1887/88 (Stadtarchiv Nordhausen)

»Unweit dieser Stelle stand die Synagoge der jüdischen Gemeinde Nordhausen. Geweiht 1845. Zerstört unter faschistischer Herrschaft in der Pogromnacht am 9. November 1938. Vergeßt es nie!«

An die Steinplatte schließt sich eine etwas kleinere Stele an, auf der ein siebenarmiger Leuchter plastisch herausgehoben ist.

Der eigentliche Standort der Synagoge befand sich auf dem Gartengrundstück hinter dem am Pferdemarkt 9/10 gelegenen jüdischen Gemeindehaus.

Die Gebäude wurden in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 durch Brandstiftung schwer beschädigt. Die Reste der Synagoge wurden 1939 abgebrochen, das wieder instandgesetzte Gemeindehaus bis zu seiner Zerstörung durch einen Bombenangriff im April 1945 als städtisches Hilfskrankenhaus genutzt. Das Areal wurde in der Folgezeit mit Wohnblocks bebaut.

Die Synagoge, ein neoromanischer Bau mit neobyzantinischen Stilelementen, der von einem Kuppeldach bekrönt war, wurde nach einer Bauzeit von drei Jahren 1845 eingeweiht. Damit konnte der seit 1821 genutzte Betraum in der Ritterstraße 4, der nicht mehr den Ansprüchen der gewachsenen Gemeinde entsprach, aufgegeben werden. Der Raum dient heute einem Künstler als Atelier.

Die Kosten für den Neubau der Synagoge wurden durch die Gemeindemitglieder aufgebracht. Ein historisches Foto von der Innenansicht des Gebäudes zeigt einen repräsentativen Saalbau mit zwei Emporen und einer prachtvoll ausgestatteten Nische mit dem Thora-Schrein.

Bereits 1888 mußte das neue Gotteshaus durch einen Anbau an der Westseite vergrößert werden. Leider gingen die noch bis um 1988 im Bauamt vorhandenen originalen Bauzeichnungen verloren. Aus den Kopien geht nicht hervor, auf wessen Entwürfe die Bauausführung zurückgeht.

Literatur

Stern, Heinrich: Geschichte der Juden in Nordhausen, Nordhausen 1927.

Schröter, Manfred: Die Verfolgung der Nordhäuser Juden 1933 bis 1945, Nordhausen 1992.

Junker, Jörg-Michael: Vom Schicksal der Nordhäuser Synagoge nach dem Pogrom von 1938, in: Beiträge zur Heimatkunde aus Stadt und Kreis Nordhausen, Heft 18, Nordhausen 1993, S. 62-66

PLAUE
Ilm-Kreis

Über die frühe Geschichte der jüdischen Gemeinde in Plaue gibt es nur wenige zuverlässige Auskünfte. In der Ortschronik wird die erstmalige Anwesenheit von Juden auf das Jahr 1434 datiert. Eine unbekannte Anzahl von Juden soll sich zu dieser Zeit als »Schutzverwandte« in Plaue aufgehalten haben. Auch über die Dauer ihres Aufenthaltes werden keine Angaben gemacht. Anzunehmen ist, daß, wie dies in anderen von Juden besiedelten Orten im Thüringer Raum der Fall war, jahrhundertelang keine Juden in Plaue lebten.

Erst im Jahre 1819 wurde dem jüdischen Händler Heinemann Lang aus Hochheim bei Römhild gegen Zahlung von 95 Reichtalern die dauerhafte Niederlassung in Plaue gestattet. Ihm folgten innerhalb kurzer Zeit weitere jüdische Händler mit ihren Familien, die eine Gemeinde bildeten und im Bombergschen Haus neben dem Rathaus eine Synagoge, im Garten des Gasthauses »Zum Adler« eine Mikwe und im Haus »Eulenstein« an der Hauptstraße ein Schullokal einrichteten.

Bereits 1845 werden nur noch vier jüdische Familien im Ort angegeben, die meisten anderen waren nach der Aufhebung der Freizügigkeitsbeschränkungen im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen nach Arnstadt umgesiedelt. Um 1900 bestand die jüdische Gemeinde von Plaue nicht mehr. Der Gebäudeteil, in dem sich die Synagoge befand, existiert nicht mehr. Bisher nicht aufgefunden wurden Überreste der Mikwe, das Schulhaus wurde zum Wohnhaus umgebaut.

Jüdischer Friedhof
Am Burgwege

Heute belegt nur noch der zu Beginn des 19. Jahrhunderts unmittelbar neben dem kommunalen Friedhof am Abhang des Ehrenberges angelegte jüdische Begräbnisplatz die Existenz einer jüdischen Gemeinde in Plaue.

Auf dem von einem Holzlattenzaun umzäunten terrassenförmig angelegten Friedhof sind noch etwa 25 bis 30 Grabsteine erhalten, die in lückenhaften Reihen beidseitig eines hangaufwärts führenden Mittelweges angeordnet sind. Sie sind größtenteils aus Sandstein und, bis auf weni-



Jüdischer Friedhof, Teilansicht

Jüdischer Friedhof, traditionelle Grabsteine



ge jüngere Grabmale, schlicht im Stil der im frühen 19. Jahrhundert vorherrschenden Gestaltungsformen, zumeist als Stelen mit verschiedenartig ausgeprägten oberen Randabschlüssen, gefertigt. Sie tragen teils hebräische, teils deutsche Inschriften.

Noch bis zur Einweihung ihres eigenen Friedhofs im Jahre 1921 nutzten die Arnstädter Juden den Begräbnisplatz in Plaue. An den Inschriften auf den Grabsteinen beider Friedhöfe läßt sich die Abwanderungsbewegung der Juden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts deutlich nachvollziehen. Auf mehreren Grabstätten Arnstädter jüdischer Familien ist als Geburtsort Plaue angegeben.

Der unter Denkmalschutz stehende Friedhof wurde seit 1989 in mehreren Arbeitseinsätzen weitgehend von Wildbewuchs befreit und etappenweise in einen befriedigenden Zustand versetzt. Die Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen.

Literatur

Chronik der Stadt Plaue, hrsg. v. Felix Georgi, Plaue 1927.
Bollmann, Winfried: Jüdische Einwohner in Plaue, in: Aus der Vergangenheit von Arnstadt und Umgebung – Ein heimatliches Lesebuch. 3. Heft, Arnstadt 1993, S. 91-93.
Tittelbach-Helmrich, Wolfgang: Arnstadts jüdische Mitbürger, Arnstadt 1995.

RÖMHILD
Landkreis Hildburghausen

Über die Geschichte der jüdischen Gemeinde von Römhild, die sich vermutlich etwa zeitgleich mit den anderen in der umliegenden Region herausgebildet hat, ist bisher nur wenig bekannt. Lediglich die Bezeichnung »Judentor« und ein umittelbar neben dem Flußlauf der Spring gelegenes, auch als Judenbrunnen bekanntes, Brunnenhäuschen deuten auf eine frühe Ansiedlung von Juden im Ort hin. Selbst in der von Armin Human verfaßten »Geschichte der Juden im Herzogtum Sachsen-Meiningen-Hildburghausen« finden sich nur spärliche Hinweise auf die Entstehung und Geschichte der zahlenmäßig zeitweilig bedeutenden jüdischen Gemeinde Römhilds. Nach seinen Angaben erreichte die jüdische Einwohnerzahl im Jahre 1833 mit 496 Personen im Gebiet des gesamtem Verwaltungsamtes Römhild – für die Stadt selbst werden keine Angaben gemacht – vermutlich ihren Höchststand, denn bereits zehn Jahre später war sie auf 472 abgesunken.

Die auch hier wie anderenorts zunehmende Abwanderung jüdischer Gemeindemitglieder in größere Städte oder nach Amerika nach Aufhebung der Freizügigkeitsbeschränkungen, führte zur weiteren Abnahme der jüdischen Einwohnerzahl, in Römhild betrug sie 1895 insgesamt 23 und 1900 21 in sechs Haushalten lebende Personen.

Die Gemeinde verfügte über einen Betraum im Hintergebäude des zu damaliger Zeit in jüdischem Besitz befindlichen Wohhauses Heurichstraße 8. In diesem Gebäude mußten nach 1938 die letzten acht jüdischen Einwohner von Römhild, die bis zu diesem Zeitpunkt nicht emigriert waren, auf engstem Raum zusammenleben. Von dort aus wurden sie bis 1942 »nach Osten« oder in Konzentrationslager deportiert.

An die Existenz einer jüdischen Gemeinde in Römhild erinnert heute nur noch eine Gedenktafel.

Gedenktafel
am Wohnhaus Heurichstraße 8

Zur Erinnerung an die jüdischen Römhilder Einwohner, die dem Nationalsozialismus zum Opfer fielen, wurde 1988 am Wohnhaus des jüdischen Kaufmanns Adolf Kahn, in dem die zur Deportation vorgesehenen Juden untergebracht waren, eine Gedenktafel angebracht.



Wohnhaus (ehemaliges Kavaliershaus), Heurichstraße 8, mit Gedenktafel zur Erinnerung an die von den Nationalsozialisten deportierten jüdischen Bürger Römhilds



Im Hintergebäude des Wohnhauses Heurichstraße 8 befand sich bis 1933 der Betraum der jüdischen Gemeinde Römhilds (auf dem Foto links das weiß getünchte Obergeschoß).

Die Tafel trägt die Inschrift:
»Zum Gedächtnis an die jüdischen Bürger der Stadt Römhild, die der faschistischen Barbarei zum Opfer gefallen sind.«

Keinen Hinweis gibt es auf den ehemaligen Betraum der jüdischen Gemeinde Römhilds, der bis 1933 im Hintergebäude dieses Hauses eingerichtet war. Das Wohnhaus, das ehemals zu den herzoglichen Kavaliershäusern gehörte, hatte im 19. Jahrhundert der jüdische Bürger Adolf Kahn erworben und seinen Glaubensbrüdern im Hintergebäude einen Raum als Betsaal zur Verfügung gestellt. Bis 1933 fanden dort Gottesdienste statt. Danach ging seine ursprünglich im Rokoko-Stil gestaltete Ausstattung, die im Band der »Bau- und Kunstdenkmäler Thüringens«, Kreis Hildburghausen, detailliert beschrieben ist, sowie alle Spuren, die auf seine Nutzung als Betsaal hinwiesen, verloren bzw. wurden übertüncht. Nach 1945 diente er als Wohn- bzw. Gewerberaum.

Das ehemalige Kavaliershaus, einschließlich Hinterhaus, ist als Kulturdenkmal in das Denkmalbuch eingetragen.

Literatur

Lehfeld, P.; Voss, G.: Bau- und Kunstdenkmäler Thüringens, Herzogtum Sachsen-Meiningen, II. Band, Kreis Hildburghausen, Jena 1904.

SCHLEUSINGEN
Landkreis Hildburghausen

Aus Berichten über Judenverfolgungen in den Jahren 1298 und 1349 geht hervor, daß in Schleusingen zu dieser Zeit bereits Juden ansässig waren. In den folgenden Jahrhunderten wird jedoch lediglich nur noch von der Anwesenheit einzelner »Schutz- und Handelsjuden« berichtet, über deren Aufenthaltsdauer keine Angaben gemacht werden. Im Jahre 1712 erwarb David Herz als erster »Schutzjude« das Bürgerrecht in Schleusingen.

Über einen längeren Zeitraum in der Stadt ansässige Juden bildeten zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Schleusingen eine jüdische Gemeinde, die im Jahre 1818 aus 24 Personen bestand und bis 1861 auf 94 Mitglieder anwuchs. Ihre Zahl nahm seit dem letzten Drittel des Jahrhunderts durch Abwanderung in größere Industrie- und Handelszentren wieder stetig ab und betrug um 1900 nur noch 44 Personen.

Im Verlaufe des nationalsozialistischen Regimes hörte die jüdische Gemeinde Schleusingens als Folge von Emigration oder Deportation ihrer Mitglieder auf zu existieren.

Jüdischer Friedhof
im Judengrund

Das älteste erhaltene Zeugnis jüdischer Geschichte in Schleusingen ist der in nördlicher Richtung, etwa ein Kilometer von der Stadt im »Judengrund« gelegene, Begräbnisplatz, der im Jahre 1710 angelegt worden sein soll.

Das etwas mehr als 1000 qm große, an zwei Seiten von einer Bruchsteinmauer und den beiden anderen Seiten von einem Holzlattenzaun umgebene baumbestandene Areal ist optisch in zwei Teile unterteilt, auf denen etwa 100 Grabsteine in Reihen angeordnet sind.

Im hinteren älteren Teil, der offensichtlich ursprünglich vollständig von der noch an drei Seiten in Fragmenten erhaltenen Bruchsteinmauer umgeben war, stehen etwa 30 mehr oder weniger beschädigte, zumeist sehr schlichte traditionelle Grabmale aus Sandstein auf der Rasenfläche. Der größte Teil der Inschriften in hebräischer Sprache ist verwittert und kaum noch identifizierbar. Einige wenige Symbole der jüdischen Glaubenswelt, wie die segnenden Hände, der Davidstern und andere ornamentale Schmuckelemente sind noch zu erkennen. Die ältesten noch lesbaren Inschriften sind in die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zu datieren. Neben traditionellen Steinen





Jüdischer Friedhof,
Grabmale des 19. Jh.



Jüdischer Friedhof, Teilansicht

sind mehrere, von giebelförmigen Aufsätzen, Akroterien oder Palmetten bekrönte, klassizistische Grabmale erhalten. Auffällig ist das mehrfach wiederkehrende Motiv eines über den oberen Rand drapierten Tuches.

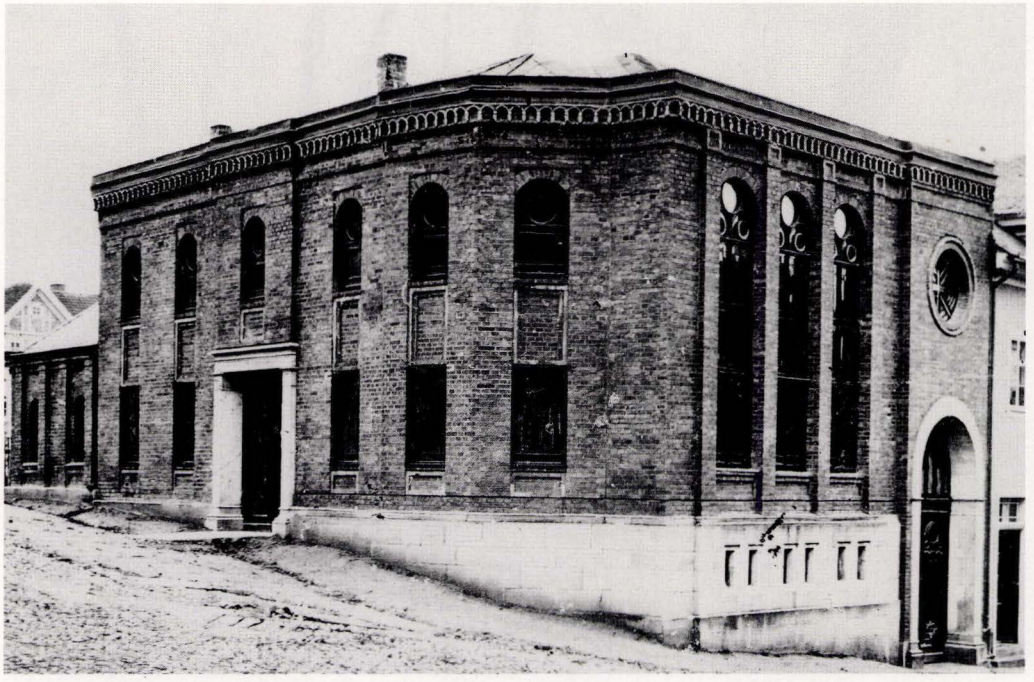
An die hintere Mauer sind etwa 20 Steinfragmente angelehnt. Sie sind möglicherweise älteren Datums und Belege für die mehrfach erfolgten gewaltsamen Beschädigungen des Begräbnisplatzes, die sich bis in die unmittelbare Gegenwart hinein wiederholten.

Wann die Vergößerung des Friedhofs vorgenommen wurde, konnte bisher nicht ermittelt werden. Sie ist gekennzeichnet durch die im Anschluß an die Bruchsteinmauer fortgesetzte Umzäunung des Geländes durch einen Holzlattenzaun.

Die in diesem Bereich befindlichen Grabmale, von denen in einigen Fällen nur noch die Sockel erhalten sind, stehen durchweg auf eingefaßten Grabstätten. Sie wurden ab etwa 1910 errichtet und weichen in Form und Material von der traditionellen Gestaltungsweise ab.

Die meisten neueren Grabsteine wurden aus unterschiedlichem Hartgestein gefertigt, unter anderem drei Obeliske aus schwarzem Granit. Eine kleinere Grabstätte, vermutlich ein Kindergrab, ist mit einem schmiedeeisernen Gitter eingefaßt. Die Inschriften sind vorwiegend deutschsprachig. Die letzte Beisetzung fand 1937 statt. Die rechte Seite des neueren Feldes blieb unbelegt, da die jüdische Gemeinde Schleusingens seit Beginn der vierziger Jahre in der Folge der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Ausrottungspolitik aufgehört hatte zu existieren.

Der Friedhof steht unter Denkmalschutz.



Ansicht der Synagoge, geweiht 1881, beschädigt 1938, umgebaut 1950



Ansicht der ehemaligen Synagoge (1995) nach dem Umbau (mit Gedenktafel)

Reste der ehemaligen Synagoge
Walchstraße 2

Nur noch als Rudiment erhalten geblieben ist die in der Pogromnacht vom 9. November 1938 schwer beschädigte Synagoge in der Walchstraße. An dem 1950 auf Anordnung der Stadtverwaltung zu einer Poliklinik umgebauten Eckhaus sind noch Details des ehemals schlichten Synagogengebäudes, wie der Natursteinsockel, die markante Gestaltung der Ecklösung, die Portalrahmung sowie die Fenster- und Türanordnung erkennbar. Der Bau war 1878/79 am Standort eines im Jahre 1876 bei einem Stadtbrand vernichteten Vorgängerbaues, der ebenfalls von der jüdischen Gemeinde als Synagoge genutzt wurde, errichtet worden. Die Einweihung des neuen Gebäudes fand am 26. Oktober 1881 statt. Weder der Architekt noch der Baumeister des Neubaues konnten bisher ermittelt werden.

Eine 1988 angebrachte Gedenktafel erinnert an die Geschichte des Gebäudes. Unter einem Davidstern trägt die Tafel die Inschrift:
»NEUE SYNAGOGE / EINGEWEIHT AM 26. OKTOBER 1881. ZERSTÖRT / DURCH DIE NATIONALSOZIALISTEN IN DER / POGROMNACHT DES 9. NOVEMBER 1938. / ZUM GEDENKEN AN DIE OPFER / DEN LEBENDEN ZUR MAHNUNG«.

Das Gebäude steht unter Denkmalschutz.

Quellen / Literatur

Informationsmaterial vom Heimatmuseum Schleusingen, Bertholdsburg.
Henneberger Kreisblatt, Nr. 86, 29. Oktober 1881, S. 334, Lokales.
Hildburghäuser Kreisblatt, Nr. 65, 22. August 1976, Tageschronik.
Leue, Richard: Jüdische Gemeinde in Schleusingen, in: Jüdisches Nachrichtenblatt, Dresden Dezember 1982, S. 3-5.
Denkmalausweisung für die ehemalige Synagoge vom 11.10. 1993, L. Sutthoff.

SCHMALKALDEN
Landkreis Schmalkalden-Meiningen

Bereits Ende des 13. Jahrhunderts sollen in Schmalkalden Juden Opfer von gewaltsamen Übergriffen und Verfolgungen gewesen sein, wie auch im Jahre 1349, als allein 18 Juden ermordet und der Rest von ihnen vertrieben worden sein soll.

Von 1375 an werden wieder in der Stadt zeitweilig ansässige Juden erwähnt. In den folgenden Jahrhunderten jedoch wurde ihnen die Wiederansiedlung in Schmalkalden durch den Landgrafen Philipp von Hessen verwehrt, obwohl ihnen im Jahre 1552 Wilhelm IV. von Henneberg die Niederlassung in seinem Herrschaftsgebiet erlaubt hatte. Erst 1611 gestattete Moritz von Hessen insgesamt vier jüdischen Familien gegen Zahlung eines Schutzgeldes, ihren Wohnsitz in der Stadt zu nehmen, unter ihnen Isaak Schmuel, der im Jahre 1622 die erste Synagoge in Schmalkalden errichten ließ.

Die jüdischen Familien wohnten an verschiedenen Stellen in der Stadt, unter anderem in der späteren Judengasse, der Pfaffengasse und der Haindorfsgasse. 1666 war die Zahl der ansässigen Juden bereits auf elf Familien mit insgesamt 53 Personen angewachsen. Besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, nach dem Wegfall aller hemmenden Restriktionen, siedelten sich zunehmend Juden in Schmalkalden an, die besonderen Anteil an der Entstehung von Betrieben der Metallverarbeitung hatten. 1910 wurden 116 Juden in der Stadt registriert. Nach der Deportation der letzten Schmalkalder Juden in die Vernichtungslager im Verlaufe des Jahres 1944 hörte die Gemeinde auf zu existieren.

Ehemaliges jüdisches Schulhaus mit Mikwe und Resten des alten Friedhofs
Näherstiller Straße 3

Den ersten Begräbnisplatz legten die in Schmalkalden ansässigen Juden vermutlich in den ersten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts »... vor dem Henckers Thor (Stiller Tor, M.K.), auf welchem vor diesem der Scharffrichter gewohnet« an. Weiter wird berichtet, daß »... vor dem selbigen ihren Begräbnisplatz ... ihr Schulmeister wohnet«. Von dem Friedhof ist heute nur noch ein von einer großen Eiche bestandenes Teilstück vorhanden. Er blieb bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts Begräbnisplatz und wurde während der Stadterweiterung in den zwanziger Jahren eingeebnet. Die etwa 30 erhaltenen Grabsteine wurden auf den neuen Friedhof im Eichelbach umgesetzt.

Anschließend an den alten Begräbnisplatz befindet sich an der Straßenfront zur heutigen Näherstiller Straße ein Gebäude, das vor 1933 in jüdischem Besitz war und als jüdisches Schulhaus, einschließlich Lehrerwohnung und



Zum Wohnhaus umgebautes ehemaliges jüdisches Schulhaus mit Lehrerwohnung. Erhalten ist im Hochparterre (links) die Mikwe. Hinter dem Gebäude befand sich der alte jüdische Friedhof.



Brunnenschacht der Mikwe im ehemaligen jüdischen Schulhaus

Mikwe, genutzt wurde. Sein Erbauungsjahr konnte bisher noch nicht ermittelt werden. Anzunehmen ist, daß es im 18. Jahrhundert, spätestens zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstand, da bereits in der Chronik von Geisthirt an dieser Stelle die Wohnung des Schulmeisters erwähnt wird. Ob es sich bei den im Stadtarchiv erhaltenen Plänen und Kostenvoranschlägen aus dem Jahre 1837 für die Einrichtung eines Reinigungsbades um diesen oder einen anderen, in der Nähe gelegenen, Bau gehandelt hat, kann bisher noch nicht mit Sicherheit bestätigt werden, da die aufgefundenen Skizzen nicht mit der heutigen Raumsituation übereinstimmen. Die bauhistorische Untersuchung des Gebäudes steht noch aus, da man auf seine Funktion erst kürzlich wieder aufmerksam wurde. Die Bitte um die »Erlaubnis einer Brunnenableitung zur Herstellung eines Reinigungsbades« begründeten die Antragsteller mit ihrer Absicht, ein neues Bad an der Stelle des bisherigen israelitischen Frauenbades einzurichten, weil dieses im Keller des Schröderschen Hauses in der Stiller Chaussee »nur wie eine Erdgrube« bestünde. Stattdessen wolle man im gleichen Raum ein gemauertes Bad einrichten.

Die Bemühungen der jüdischen Gemeinde um die Realisierung ihrer Pläne zogen sich über mehrere Jahre hin. Unklar ist bisher, ob sie in der geplanten oder in veränderter Form ausgeführt wurden. Belegbar ist lediglich, daß die jüdische Gemeinde für die genehmigte Brunnenableitung jährlich einen Taler Erbzins zu zahlen hatte.

Ebenfalls durch im Archiv erhaltene Unterlagen nachweisbar sind umfangreiche Umbauarbeiten am Gebäude, während der 1890 das Dachgeschoß ausgebaut und eine Mikwe in einem Raum im Hochparterre eingerichtet wurden. Der Nachweis, ob sie eine ältere Vorgängerin hatte, kann erst durch weitere intensive Nachforschungen erbracht werden.

Das ehemalige Schulgebäude ist, trotz in der Vergangenheit mehrfach erfolgter Umbaumaßnahmen, noch größtenteils in seiner originalen Bausubstanz erhalten.

Die Existenz der Mikwe, ein etwa 3 x 3 Meter großer Raum, war in Vergessenheit geraten. Sie war in der Zwischenzeit als Abstellraum genutzt worden und wurde erst 1995 wiederentdeckt.

Der Brunnen und die sieben Stufen, die in das Tauchbecken führten, waren durch darübergelegte Platten abgedeckt. Die Reste der Wandfarbe – Ölfarbe mit Schablonenmalerei – sind im Stil des späten 19. Jahrhunderts ausgeführt und vermutlich auf die Entstehungszeit des Raumes 1890 zu datieren.

Das Gebäude, an das sich ein Nutzgarten anschließt, ist im Besitz der Jüdischen Landesgemeinde Thüringens, die seine Sanierung einschließlich der Wiederherstellung der Mikwe, einem der letzten erhaltenen Beispiele in Thüringen, plant.

Es ist für die Eintragung in das Denkmalbuch vorgesehen.

Jüdischer Friedhof

im Eichelbach

Nachdem der alte jüdische Friedhof vor dem Stiller Tor für die Bestattung der verstorbenen Mitglieder der zahlenmäßig stark angewachsenen jüdischen Gemeinde nicht mehr ausreichte, erwarb die Gemeinde im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein Grundstück im Eichelbach, das unmittelbar an den ebenfalls neu angelegten städtischen Friedhof grenzte.

Ursprünglich hatte sich der Gemeindevorstand um die Erweiterung des alten Begräbnisplatzes vor dem Stiller Tor bemüht, was jedoch an der Ablehnung durch die Stadtverwaltung und durch Einsprüche von den Besitzern benachbarter Grundstücke scheiterte. Nach langwierigen



Jüdischer Friedhof im Eichelbach, älterer Teil

Verhandlungen, die sich mehr als 30 Jahre hinzogen, stimmte der Magistrat dem Kauf des Grundstücks im Eichelbach zu.

Der noch erhaltene Friedhof ist mit einem Maschendrahtzaun umfriedet. Ein mit einem Davidstern verziertes eisernes Eingangstor führt auf den Begräbnisplatz. Er ist nur zu etwa 50% belegt und in zwei ungleich große Teile gegliedert, auf denen insgesamt etwa 153 Grabsteine und ein Gedenkstein erhalten sind.

Linkerhand vom Eingangstor steht seit 1962 ein Gedenkstein, dessen Inschrift auf die im Hintergrund aufgerichteten älteren Grabmale hinweist:
»Diese Grabdenkmäler befanden sich auf dem alten jüdischen Friedhof und wurden hier aufgestellt, als dieser im Zuge der neuen Stadtplanung eingeebnet werden mußte. Schmalkalden – im Jahre 1962 (5722)«.

Diese etwa 30 umgesetzten Grabsteine sind neben anderen Grabmalen aus dem 19. Jahrhundert in sieben Reihen links hinter dem Gedenkstein auf der Rasenfläche in leichter Hanglage aufgerichtet worden. Die älteste lesbare Inschrift wird auf das Jahr 1652 datiert. Die insgesamt 86 Steine sind in der Mehrzahl traditionell gestaltet. Die stehenden, am oberen Rand zumeist abgerundeten,



Jüdischer Friedhof, Grabstätten Ende 19. / Anfang 20. Jh.









Jüdischer Friedhof, links: umgesetzte Grabmale vom alten Friedhof vor dem Stiller Tor rechts oben: Grabmal Anfang 20. Jh.

oder mit Palmetten und anderen Blüten- oder Rankenmotiven verzierten Grabmale, bestehen in der Regel aus Sandstein und tragen bis auf wenige Ausnahmen zum Teil sehr umfangreiche hebräische Inschriften, die nahezu die gesamte Fläche der Steine bedecken. Ebenso findet man die typischen Symbole der jüdischen Glaubenswelt, die Kanne, die segnenden Hände oder den Palmenzweig. Die Schriftbilder sind zum Teil kunstvoll plastisch herausgearbeitet oder eingraviert.

Einen wesentlich anderen Eindruck vermittelt der rechte Teil des Friedhofs, auf dem 48 Grabstätten, darunter auch Doppelgräber, aus den ersten Jahrzehnten des



Synagoge, geweiht 1930, zerstört 1938 (Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden)

20. Jahrhunderts in vier Reihen beiderseits eines Weges – 15 Steine auf der linken, 30 auf der rechten Seite – angeordnet sind. Den 1882 von der isrealitischen Gemeinde Schmalkaldens festgeschriebenen Statuten ist zu entnehmen, daß auf dem Friedhof neben der Bestattung von Gemeindemitgliedern und deren Familien sowie unbeschnittenen Dienstboten gegen Zahlung von 300 Reichsmark auch die von solchen Juden gestattet wurde, die aus der religiösen Gemeinde ausgetreten waren. Diese Grabmäler unterscheiden sich nur wenig von denen anderer Konfessionen hinsichtlich der Art ihrer Anordnung und ihrer Gestaltung und der verwendeten Materialien. Vorherrschend sind schwarzer Granit, deutschsprachige Inschriften, steinerne Grabeinfassungen. Größere monumentale Grabanlagen oder -monumente gibt es auf diesem Friedhof nicht. Das letzte Grab wurde 1939 angelegt. Gegenwärtig wird im Auftrag des Thüringischen Landesamtes für Denkmalpflege eine Dokumentation über den Friedhof und sämtliche Grabsteine erarbeitet.

Der Friedhof wurde in die vorläufige Denkmalliste aufgenommen und ist für die Eintragung in das Denkmalbuch vorgesehen.

Gedenktafel
am ehemaligen Standort der Synagoge
Judengasse 35

Von der am 9. November 1938 zerstörten »neuen« Synagoge sind keinerlei Überreste erhalten geblieben. Der nur knapp 10 Jahre existierende Bau war durch die Schändung zunächst stark beschädigt und unmittelbar danach durch Sprengung der Reste dem Erdboden gleichgemacht worden.

Der schlichte modern gestaltete Bau war erst 1929 anstelle der 200 Jahre alten Synagoge errichtet worden, die wiederum auch ältere Vorgänger hatte.

Die erste Synagoge hatte Isaak Schmuel 1622 errichten lassen. Sie fiel im Jahre 1717 einem Stadtbrand, bei dem auch vier Judenhäuser zerstört worden waren, zum Opfer. Unmittelbar darauf wurde die Synagoge wieder neu errichtet. Sie soll ein schmuckloser »hoher rechteckiger Steinkasten ohne Fenster nach der Straßenseite« mit einem Eingang zur Hofseite gewesen sein.

Nachdem die Judengasse 1929 von einer Nebenstraße zur Hauptstraße geworden war, ließ die jüdische Gemeinde den alten Bau abreißen und an seine Stelle ein neues Gebäude, nach Entwürfen des Architekten Walter Peter errichten. Der einfache, wie ein Wohnhaus wirkende Bau war an der Straßenfront durch eine repräsentative Eingangszone betont.

Nach der Zerstörung der Synagoge wurde auf dem beräumten Grundstück ein zweigeschossiges Wohnhaus mit Werkstatt errichtet.

Zum Gedenken an die ehemals an diesem Platz befindliche Synagoge ließ die Stadtverwaltung anläßlich des 50. Jahrestages ihrer Zerstörung am Nachfolgebau eine Gedenktafel anbringen. Sie trägt neben der Abbildung der unzerstörten Synagoge und eines siebenarmigen Leuchters die Inschrift:
»Hier stand die Synagoge / 1622 errichtet / 1717 abgebrannt / 1718 neu aufgebaut / 1929/30 umgebaut / 1930 Wiedereinweihung / In der Pogromnacht am 9. November 1938 wurde das Gotteshaus von den Faschisten zerstört. Vergeßt es nie!«

Quellen / Literatur

Staatsarchiv Gotha
Kreisamt Schmalkalden
Judensachen betreffend den Bau und die Errichtung von religiösen Reinigungsbädern für die israelitischen Gemeinden des Kreises Schmalkalden, Sign. 2113.
Acta betreff. die israelitische Schule zu Schmalkalden, Sign. 2128.
Landratsamt Schmalkalden
Acta betreffend den Totenhof der israelitischen Gemeinde, 1859-1898, Sign. 2130.
Stadtarchiv Schmalkalden
Akte »Erlaubnis einer Brunnenableitung zur Herstellung eines Reinigungsbades«, 1837-1872, Sign. CII/4 Nr. 175.
Staatsarchiv Meiningen
Anträge auf Baugenehmigung zur Errichtung eines Badezimmers v. 11.11.1890 und Aufbau eines 2. Stockwerkes f. d. Einrichtung eines israelitischen Schulhauses mit Wohnung v. 2.12.1890.
Geisthirt, Johann Conrad: Historia Schmalkaldica oder Historische Beschreibung der Herrschaft Schmalkalden, Schmalkalden 1881.
Plaut, Carl: Die jüdische Gemeinde Schmalkaldens, in: Schmalkalder Heimatblätter 1930, S. 29-32.

SCHWARZA

Landkreis Schmalkalden-Meiningen

Über den Zeitpunkt des ersten Aufenthalts von Juden in Schwarza gibt es unterschiedliche Angaben. Die Festschrift der Gemeinde Schwarza zum 1165-jährigen Ortsjubiläum gibt als frühesten Termin das letzte Jahrzehnt des 15. Jahrhunderts an. Nach der Verleihung des Stadtrechts im Jahre 1495 habe eine größere Einwanderung von Handelsjuden, die größtenteils »Schutzjuden« der Grafen von Henneberg und nach 1697 der Grafen Stolberg waren, eingesetzt.

Eschwege datiert den Beginn jüdischer Besiedlung von Schwarza auf den Anfang des 15. Jahrhunderts, als aus Franken vertriebene Juden sich in dem den Grafen von Henneberg gehörenden Ort Schwarza angesiedelt haben sollen. Für ihren Aufenthalt im Ort, in dem sie keine gesonderten Straßen oder Plätze bewohnten, hatten sie ein Schutzgeld zu zahlen. Die günstige Lage des Ortes an einer alten Handelsstraße hatte in den Folgejahren einen verstärkten Zuzug von jüdischen Kaufleuten und Händlern zur Folge. 1685 lebten in der Gemeinde 25 Juden, 1734 bereits 88 und 1794 hatte sich ihre Zahl auf 104 erhöht.

Die erste Synagoge entstand 1680, der Friedhof wurde angeblich etwa 100 Jahre später angelegt. Wegen der nach der Aufhebung aller hemmenden Restriktionen im 19. Jahrhundert einsetzenden Abwanderung der meisten Juden aus Schwarza, hauptsächlich nach Suhl und Schleusingen, aber auch nach Amerika, hatte sich die jüdische Gemeinde im Ort um die Jahrhundertwende auf 25 Personen verringert. 1932 verlor die jüdische Gemeinde von Schwarza wegen ihrer geringen Mitgliederzahl ihre Eigenständigkeit. Sie wurde mit der Gemeinde Suhls zusammengelegt.

Von den 1933 noch zwölf in Schwarza lebenden jüdischen Einwohnern wurden diejenigen, die nicht mehr emigrieren konnten, 1942 in Vernichtungslager deportiert. Die bereits Anfang der dreißiger Jahre schadhafte Synagoge und der Friedhof überstanden die Zeit des Nationalsozialismus, waren jedoch auch nach Kriegsende dem fortschreitenden Verfall preisgegeben. Die ehemaligen Schulgebäude in der Irma-Stern-Straße 10 (bereits 1803/04 aufgegeben) und in der Dolmarstraße 3 wurden zu Wohnhäusern umgebaut,die Synagoge fiel 1978 dem Abriß zum Opfer.

Jüdischer Friedhof

auf dem Lindenrain

Der jüdische Friedhof von Schwarza befindet sich etwa 800 Meter südwestlich des Ortsausgangs in Richtung Meiningen am Hang einer bewaldeten Erhebung. Ein befestigter und markierter Wanderweg, dessen Aufgang zum Lindenhain durch eine kleine, mit Rankenwerk und Davidstern verzierte schmiedeeiserne Eingangspforte unterbrochen wird, führt an dem auf einem schmalen Hangstreifen liegenden jüdischen Friedhof vorbei.

Bereits 1931 befand sich der Friedhof der nur noch aus drei Familien bestehenden Gemeinde in beklagenswertem Zustand. In einem Schreiben an den Regierungspräsidenten in Erfurt berichtete der Landrat von Suhl, daß die Grabsteine zur Hälfte oder ganz in die Erde gesunken seien und »sich unter den Grabsteinen auf dem Friedhof in Schwarza eine ganze Reihe Namen jetzt in Suhl ansässiger Familien« befänden. Er schlug daher vor, die Gemeinde Schwarzas mit der von Suhl zusammenzulegen. Dieser Akt wurde trotz des Widerstands der jüdischen Gemeindemitglieder von Schwarza vollzogen.

Das jahrzehntelang völlig verwahrloste Areal des Begräbnisplatzes, dessen ursprüngliche Ausdehnung wegen der fehlenden Umfriedung heute nicht mehr erkennbar ist, wurde 1987/88 im Rahmen von Arbeitseinsätzen der »Aktion Sühnezeichen« wiederhergestellt. In diesem Zusammenhang wurde auch die Eingangspforte neu angefertigt und an den steinernen Pfosten des ursprünglichen alten Eingangs befestigt.

Der Friedhof soll im Jahre 1791 angelegt worden sein, der bisher älteste zuverlässig datierbare Grabstein stammt aus dem Jahre 1793. Angesichts der zu Beginn des 19. Jahrhunderts stark anwachsenden jüdischen Gemeinde in Schwarza mußte er erstmals um 1810 und ein weiteres Mal im Jahre 1840 erweitert werden. Das Jahr der letzten Bestattung wird mit 1936 für Sarah Rosskamm angegeben, ein Grabstein wurde jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht mehr errichtet.

Auf dem schmalen, baumbestandenen Rasenstreifen am Berghang wurden bei den Aufräumarbeiten noch 68 Grabmale und drei Fragmente von Grabsteinen vorgefunden. Sie sind in 17 kurzen Reihen mit zumeist je vier bis fünf Grabsteinen ohne Grabeinfassung auf der Rasen-

Jüdischer Friedhof,
Teilansicht





Jüdischer Friedhof, traditoneller Grabstein

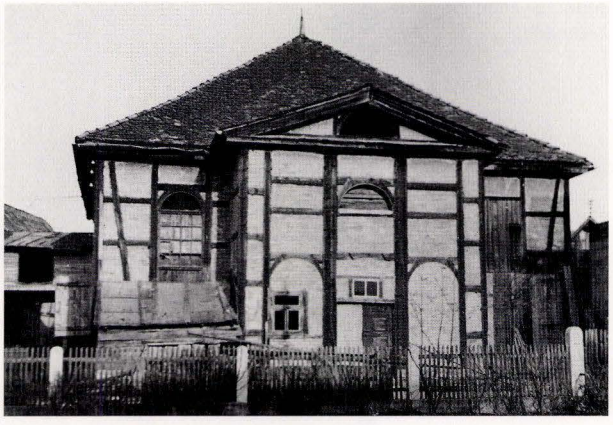
fläche stehend angeordnet. Davon sind derzeit 18 Steine der hinteren fünf Reihen noch nicht wieder aufgestellt. Sie sind in Schräglage an Betonsockel angelehnt. Vier der 50 wieder aufgerichteten Grabsteine wurden 1996 umgestürzt vorgefunden.

Die Mehrzahl der Grabmale stammt aus dem 18. und 19. Jahrhundert. Sie sind überwiegend aus in der Region vorkommendem Buntsandstein gefertigt. Lediglich der Grabstein für die 1929 verstorbene Clara Reinthaler besteht aus einem Hartgestein.

Die schlichten Steine sind durchweg von traditioneller Gestaltungsweise geprägt und nur sehr sparsam mit Ornamenten, zumeist Rosetten, versehen. Die oberen Randabschlüsse sind in der Mehrzahl ein- oder mehrbogig, vereinzelt auch durch andere einfache geometrische Formgebung gestaltet. Charakteristisch für die ältesten Grabsteine in den vorderen Reihen der Anlage, die auf Ende 17./Anfang 18. Jahrhundert datiert werden, sind die sehr umfangreichen, kalligraphisch unterschiedlich kunstvoll ausgeführten, hebräischen Inschriften. Außer der vielfach noch gut erhaltenen Schrift weisen sie zumeist keine

weiteren Dekorationen oder Symbole auf. Bis auf wenige Ausnahmen tragen die Grabsteine des Friedhofs ausschließlich hebräische Inschriften, einige wenige sind auf der Rückseite zusätzlich und lediglich ein Stein nur in deutscher Sprache beschriftet.

Der unter Denkmalschutz stehende Friedhof von Schwarza ist das einzige erhaltene Beispiel in Thüringen, das wegen seines Bestandes an ausschließlich traditionell gestalteten Grabmalen ein homogenes Bild von einem vor der Mitte des 19. Jahrhunderts angelegten jüdischen Begräbnisplatz bietet.



Ansicht der Synagoge, 1680 erbaut, 1841 vergrößert, 1978 abgerissen (Zustand um 1960)

Ehemaliger Standort der Synagoge

Irma-Stern-Straße 1

Noch bis gegen Ende der siebziger Jahre war in Schwarza die im Jahre 1680 erbaute und 1841 vergrößerte Synagoge in der ehemaligen Hüttenstraße erhalten geblieben. Das Gebäude in der 1947 nach der in einem Konzentrationslager ermordeten jüdischen Einwohnerin Schwarzas benannten Irma-Stern-Straße wird als ein schlichter rechteckiger Fachwerkbau beschrieben, der den Synagogenbauten in Aschenhausen und Berkach ähnelte. Im Innenraum des Gebäudes trugen Säulen die Empore unter einer mit schlichter Kassettenmalerei versehenen Kuppel.

Es entging 1938 der Schändung und Zerstörung, weil die jüdische Gemeinde unter dem Druck der politischen Verhältnisse es bereits 1934 an nichtjüdische Einwohner des Ortes verkauft hatten und eine Brandstiftung in der Ortsmitte andere umliegende Wohnhäuser hätte gefährden können.

Die Synagoge wurde in den Folgejahren als Lagerraum bzw. Scheune genutzt und war dem zunehmenden Verfall preisgegeben. Bereits 1963 machte ein Bürger auf die noch vorhandene Synagoge und ihren schlechten Erhaltungszustand aufmerksam. Sie wurde daraufhin in die Denkmalliste des Kreises Suhl aufgenommen und notwendige Erhaltungsmaßnahmen empfohlen.

Die beim Rat des Bezirkes Suhl für Kirchenfragen zuständige Abteilung zeigte jedoch kein Interesse an der Erhaltung des Gebäudes, was sie damit begründete, daß die Synagoge bereits 1934 verkauft worden sei. Da auch weder die Besitzer des Gebäudes noch der Rat des Kreises Willens oder in der Lage waren, die notwendigen Maßnahmen in Angriff zu nehmen, stellte der Rat der Stadt Schwarza 1977 den Antrag auf Aufhebung der Denkmaleigenschaft sowohl für den in schlechtem Zustand befindlichen Friedhof als auch für die Synagoge, dem jedoch nicht stattgegeben wurde. Der Bau wurde dennoch 1978 abgerissen. Dem Besitzer des ehemaligen Synagogengebäudes war von der Gemeindeverwaltung die Auflage erteilt wurde, binnen kürzester Zeit den Bau zu beseitigen, da sein Bauzustand die Sicherheit von Einwohnern des Ortes gefährde.

Einen Hinweis auf den Standort der Synagoge gibt es vor Ort nicht.

Quellen / Literatur

1165 Jahre Schwarza, Festschrift hrsg. v. Rat der Stadt Schwarza, 1992.

Die Gemeinde Schwarza, in: Dolmar zwischen Rennsteig und Rhön, Dolmar-Heft 1, hrsg. v. Gebietsverband Dolmar e.V., Suhl 1992, S. 47-52.

Landesamt für Denkmalpflege, Ortsakte Schwarza.

Staatsarchiv Gotha: Akte betr.: Synagogen-Gemeinden 1922 bis 1941, Bestand Landratsamt Schleusingen, Sign.: 3043.

Eschwege, a.a.O.

SONDERSHAUSEN

Kyffhäuserkreis

Wann sich in Sondershausen erstmalig Juden ansiedelten, ist nicht zuverlässig belegbar. Erstmals konkret erwähnt werden die Sondershäuser Juden in einer Chronik aus dem Jahre 1593 im Zusammenhang mit Berichten über die Pogrome während der Pestepidemie im Jahre 1349. Aus Unterlagen im Staatsarchiv Rudolstadt geht hervor, daß im folgenden 15. Jahrhundert jüdische Familien vom Landesherrn, Graf Heinrich von Schwarzburg, die Erlaubnis erhielten, sich in seinem Territorium aufzuhalten. Danach schweigen die Quellen über einen längeren Zeitraum.

Als sicher gilt die Feststellung, daß sich bis zum Ende des 17. Jahrhunderts in Sondershausen eine Gemeinde von Schutzjuden herausgebildet hat, die eine bedeutende finanzielle Unterstützung beim Aufbau des Wirtschafts- und Geisteslebens der Residenzstadt leistete. Jedoch war ihr Aufenthaltsrecht zeitlich befristet und mußte von Zeit zu Zeit gegen neue Zahlungsleistungen erneuert werden.

Das Vorhandensein einer Betstube und einer Schule in Privathäusern wurde im Jahre 1698 erwähnt. Im Verlaufe des 18. und 19. Jahrhunderts stieg die Zahl der zugewanderten Juden in Sondershausen stetig an, obwohl ihnen durch den Landesherrn das zuvor zugestandene Recht auf Erwerb von Immobilien wieder entzogen worden war. 1802 werden dreizehn Familien erwähnt. Im Jahre 1815 wurden sie mit Einschränkungen, und erst 1849 völlig mit den anderen Untertanen der Unterherrschaft Schwarzburg gleichgestellt.

Von der im Jahre 1825/26 errichteten Synagoge, deren Bau durch Gemeindemittel und Spenden finanziert worden war, sind keine Überreste erhalten. Sie wird als ein bescheidener Bau im Hinterhaus Bebrastraße 6 beschrieben. Das Gebäude wurde 1938 geschändet, jedoch zunächst noch nicht dem Erdboden gleichgemacht. Erst im Zusammenhang mit Baumaßnahmen in den 60er Jahren wurden ihre Überreste abgetragen.

Die jüdische Gemeinde von Sondershausen wurde mit der Deportation der letzten in der Stadt lebenden Juden um 1943/44 aufgelöst. Der Friedhof sollte auf Weisung der Stadtverwaltung veräußert und beseitigt werden, was jedoch nicht mehr vor Kriegsende realisiert werden konnte.

Jüdischer Friedhof

Possenallee

Von den jüdischen Kulteinrichtungen in Sondershausen ist lediglich der Friedhof erhalten geblieben.

Bereits 1699 hatte der Sondershäuser Schutzjude Cantor ein südlich der Stadt auf dem Spatenberg gelegenes Grundstück erworben, auf dem die Begräbnisstätte der jüdischen Gemeinde eingerichtet wurde.

Auf dem heute etwa 3000 qm großen, von einem Holzzaun umgebenen Gelände sind noch etwa 160 Grabsteine bzw. Fragmente erhalten, von denen der älteste bisher identifizierte Stein vom Anfang des 19. Jahrhunderts, der jüngste von 1938 stammt. Der Grabstein für Babette David, auf dem das während der Zeit des Nationalsozialismus diskriminierende Zeichen für die Kennzeichnung der jüdischen Bürger abgebildet ist, wurde 1957 nachträglich errichtet.

Auf dem links vom Eingang angelegten Gräberfeld stehen in 18, zum Teil sehr lückenhaften Reihen, etwa 100 nach Osten ausgerichtete Grabsteine auf der Rasenfläche. Sie stammen aus der Zeit vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis um 1890 und sind durchweg schlicht, mit nur sehr sparsamen Schmuckelementen, überwiegend aus Kalk- oder Sandstein gestaltet. Die Inschriften sind zumeist zweisprachig, hebräisch und deutsch, verfaßt. Die hebräischen Texte der ältesten Steine sind teilweise sehr umfangreich und kalligraphisch verschiedenartig kunstvoll ausgeführt. Vereinzelt tragen sie auf der Rückseite kurze deutschsprachige Informationen.

Rechts vom Eingang sind in sieben Reihen etwa 60 Grabstätten jüngeren Datums mit steinernen Grabeinfassungen angeordnet, wovon bei etwa 15 die Grabsteine fehlen. Auf diesem Feld sind die Grabmale dem zeitgenössischen Geschmack entsprechend, jedoch in der Regel wenig aufwendig, vielfach aus schwarzem Granit ausgeführt. Eine Ausnahme bildet die monumentale Grabanlage für den 1909 verstorbenen Gustav Gers. Zwei nebeneinander liegende Grabstätten sind völlig von großen steinernen Platten bedeckt.

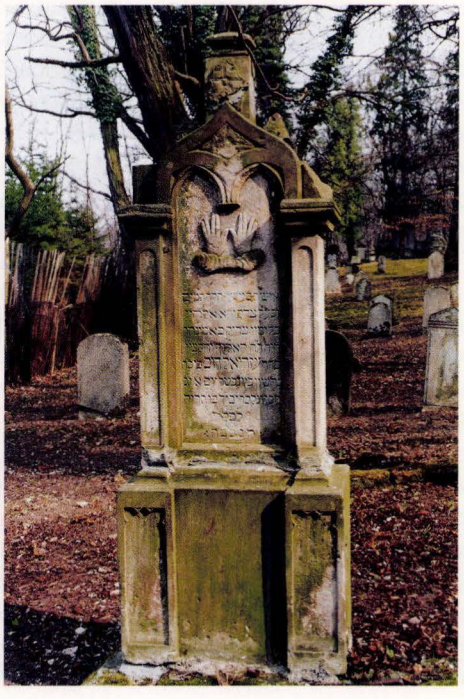
Auf dem Friedhof sind unter anderem jüdische Bürger begraben, die eine wesentliche Rolle in der Sondershäuser Geschichte gespielt haben, wie der Rabbiner und Lehrer Philipp Heidenheim (1814-1906), der Vorbeter und Lehrer





Jüdischer Friedhof,
traditionelle Grabmale





Grabmale
Ende 19. / Anfang 20. Jh.

Jüdischer Friedhof, im Hintergrund der ältere Teil



der Synagogengemeinde Moritz Schoenlank (1830-1920), sowie die Gemeindevorsteher Hermann Redelmeier (1846-1932) und Rudolf David (1857-1930).

Von der Schändung blieb der Friedhof 1938 bewahrt, ebenso vor der in den Jahren 1943/44 nach dem Verkauf des Grundstücks geplanten Einebnung aller Grabstätten. Erst Anfang der neunziger Jahre wurde er durch Unbekannte erheblich beschädigt. Er wurde mittlerweile wiederhergerichtet.

Auf die Fundamentreste der gegen Ende der achtziger Jahre abgerissenen Trauerhalle wurde anläßlich des 50. Jahrestages der Pogromnacht vom 9. November ein Findling gesetzt, auf dem eine Tafel zum Gedenken an die jüdischen Opfer Sondershausens angebracht ist.

Sie trägt die Inschrift:
»Im stillen Gedenken an unsere ermordeten Brüder und Schwestern 1933-1945«.

Der Friedhof wurde in der vorläufigen Denkmalliste erfaßt und ist für die Aufnahme in das Denkmalbuch vorgesehen.

Literatur

David, R.: Geschichte der Synagogengemeinde Sondershausen, Sondershausen 1926.
Bärnighausen, Bettina: Zur Geschichte der Juden in Schwarzburg-Sondershausen, in: Der Püsterich 7, 2.Jg., Sondershausen 1991, S. 2-16.
Dieselbe: Der jüdische Friedhof von Sondershausen, In: Sondershauseninformation 11/1988, S. 10-11.

STADTLENGSFELD
Wartburgkreis

Juden sollen bereits seit der Marktgründung von Stadtlengsfeld im Jahre 1359 am Ort wohnhaft gewesen sein. Über ihre Anzahl und ihr Schicksal während der nachfolgenden Jahrhunderte finden sich in der Ortschronik keine weiteren Hinweise, lediglich die Bemerkung, daß die Zahl der jüdischen Einwohner im Ort, die größtenteils unter dem Schutz der Grafen von Boyneburg standen, im 18. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beträchtlich zugenommen und 1825 mit 566 Personen etwa ein Viertel der Gesamteinwohnerschaft ausgemacht habe. Dies war vermutlich auch der Grund dafür, daß sich in Stadtlengsfeld der Sitz des Landesrabbinats im Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach etabliert hatte und sich hier das bedeutendste Zentrum der Juden in Südthüringen befand.

Nach ihrer Gleichstellung im Jahre 1850 innerhalb des Großherzogtums, dem Stadtlengsfeld nach mehrfachem Wechsel der Landesherren im Jahre 1816 zugeordnet worden war, wanderten die ortsansässigen Juden größtenteils in größere Städte und auch in andere Länder ab, so daß um die Jahrhundertwende in Stadtlengsfeld nur noch etwa 60 jüdische Einwohner statistisch erfaßt wurden.

Zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft lebten nur noch wenige Einwohner jüdischen Glaubens im Ort, die entweder emigrieren konnten oder deportiert wurden.

Jüdischer Friedhof
Roter Graben/Ecke Dermbacher Straße

Einer der wenigen jüdischen Friedhöfe, die innerhalb eines Stadtgebietes erhalten sind, ist der von Stadtlengsfeld, der auch zu den größten, gemessen an der Anzahl der noch vorhandenen Grabsteine, in Thüringen zu zählen ist.

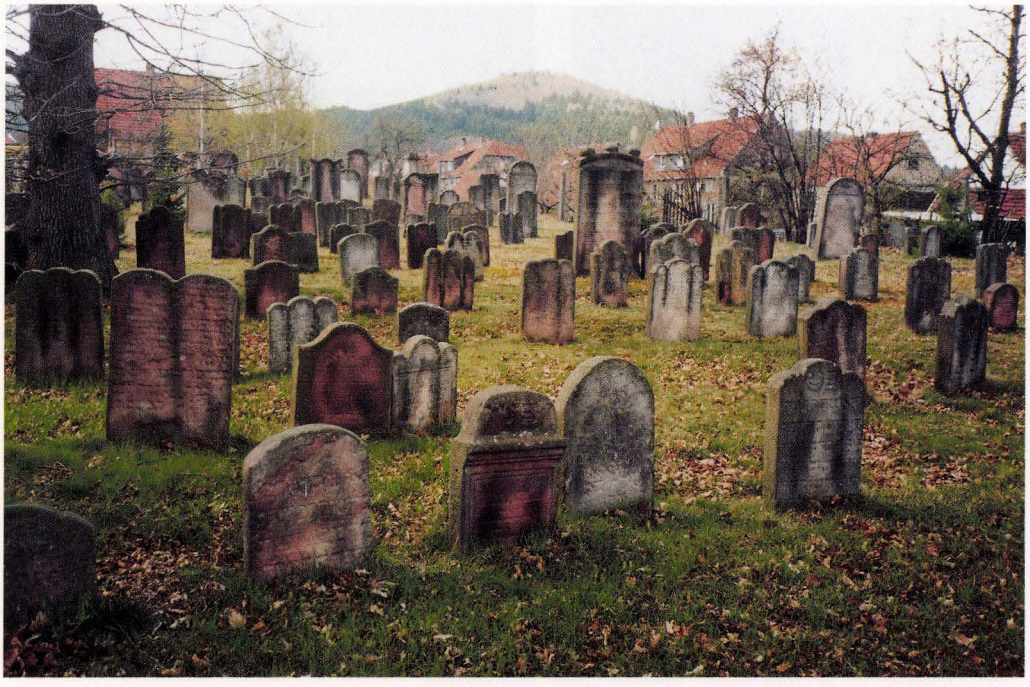
Mit rund 600 erhaltenen Grabsteinen ist er ein sichtbarer Ausdruck für die einstige Größe der jüdischen Gemeinde. Er soll 1729 angelegt, die letzte Bestattung 1933 vorgenommen worden sein. Das Areal ist an drei Seiten von Wohngrundstücken umschlossen und mit Maschendraht umfriedet. Der Zugang erfolgt über einen schmalen Gang zwischen zwei Grundstücken durch ein kunstvoll verziertes schmiedeeisernes Eingangstor sowie ein weiteres kleineres Gittertor, das beidseitig an steinernen Säulen mit hebräischen Schriftzeichen befestigt ist.

Auf der großen, mit Bäumen bestandenen Wiesenfläche stehen die Grabmale scheinbar ungeordnet in unregelmäßig langen Reihen. Optisch teilt sich die Fläche in zwei Teile mit je etwa 250-300 Grabsteinen.



Zugang zum jüdischen Friedhof am Roten Graben

Jüdischer Friedhof,
älterer Teil





Jüdischer Friedhof,
neuerer Teil





Jüdischer Friedhof, Grabmale des 18./19. Jh.

Im vom Eingangstor aus gesehenen hinteren Bereich befinden sich die älteren Grabmale. Sie bilden in ihrer lückenhaften, in Andeutungen erkennbaren, reihenweisen Aufstellung, ein homogenes Bild von traditioneller Grabmalgestaltung. Sie haben keine Grabeinfassungen und bestehen fast durchweg aus flachen stehenden zumeist rötlichen Sandsteinplatten. Sie tragen in der Mehrzahl umfangreiche hebräische Inschriften, jedoch kaum plastische Schmuckelemente oder Symbole. Auffällig ist die Vielzahl der zwei- und dreibogigen oberen Randabschlüsse der Grabsteine.

Im vorderen, neueren Teil des Friedhofs sind Grabmale aus den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bis um die Mitte der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts in deutlich erkennbaren Reihen, größtenteils mit Grabeinfassungen, angeordnet. Auch diese Steine sind vorwiegend schlicht, dem zeitgenössischen Geschmack entsprechend gestaltet, jedoch fanden außer Sandstein auch andere Gesteinsarten Verwendung. Die Inschriften sind größtenteils hebräisch, mehrere auch zweisprachig, vereinzelt auch nur in deutscher Sprache. Ein Grabstein wurde für zwei jüdische Gefallene des Ersten Weltkrieges errichtet.

Der Friedhof ist in der vorläufigen Denkmalliste erfaßt und für die Aufnahme in das Denkmalbuch vorgesehen.

Synagoge
Amtstraße 8

Nicht mehr als Sakralbau erkennbar ist die vermutlich gegen Ende des 19. Jahrhunderts an der damaligen Burgstraße errichtete Synagoge, die in der Ortschronik als ein »düsteres, graues Gebäude« im neogotischen Stil mit schlichter Innenausstattung beschrieben ist. Der obere Teil der Synagoge war durch einen überdachten Gang vom Nebengebäude aus erreichbar. Im von einer hohen Mauer umfriedeten Hof befand sich die Mikwe.

Die Synagoge wurde 1938 weitgehend zerstört. Die Ruine ließ der spätere Besitzer zu einem Wohnhaus mit Werkstatträumen umbauen. Gegenwärtig wird das Gebäude, in dem zeitweilig ein Café eingerichtet war, als Gewerberaum genutzt.

Das jüdische Schulhaus war bis etwa 1860 in der Ratsgasse 15 eingerichtet. Auch dieses Gebäude wurde von den neuen Besitzern zum Wohnhaus umgebaut.

Wegen der völligen Veränderung beider Bauten wurde auf eine Unterschutzstellung verzichtet.

Quelle
Chronik von Stadtlengsfeld. Typoskript, o. O., o. J.

SUHL

Kreisfreie Stadt

Die ersten Juden sollen sich im 14. Jahrhundert in Suhl niedergelassen haben, was jedoch durch Urkunden nicht konkret auf die Stadt bezogen belegbar ist. Als gesichert gilt, daß im 16. Jahrhundert jüdische Händler in der Juden- oder Jüdengasse (später in Judithgasse umbenannt) lebten. Urkunden zufolge sollten sie durch die Stadtverwaltung mehrfach ausgewiesen werden, was jedoch der Landesherr, Graf Wilhelm von Henneberg verhinderte, da die von den Juden für ihren Aufenthalt in der Stadt zu zahlenden Schutzgelder eine einträgliche Einnahmequelle waren. Im Jahre 1563 mußten sich schließlich die Grafen von Henneberg doch den Forderungen der Kirche sowie der Landstände nach Ausweisung aller Juden beugen.

Bis zur Gleichstellung der Juden auf preußischem Territorium, dem seit 1815 Suhl angehörte, im Jahre 1847, war ihnen das Seßhaftwerden in der Stadt nicht gestattet, lediglich ein zeitlich begrenzter Aufenthalt. Seit 1708, siedelten sich deshalb jüdische Händler im damals noch eigenständigen nahegelegenen Ort Heinrichs an. 1848 begann in Suhl mit dem Zuzug der ersten Juden aus Heinrichs und anderen israelitischen Gemeinden der Umgebung die zweite Phase der jüdischen Besiedlung. 1856 wurde die »Synagogengemeinde Heinrichs mit Suhl« gegründet, deren Sitz im Jahre 1871 von Heinrichs nach Suhl verlegt wurde. Zu den bedeutendsten Zuwanderern, die sowohl das Wirtschaftsleben als auch die politischen Belange der Stadt entscheidend mitprägten, zählten die Begründer der weltweit bekannten Waffenfabrik Simson, die Gebrüder Simson aus Schwarza, von denen mehrere Familienmitglieder sowohl auf dem jüdischen Friedhof in Heinrichs als auch in Suhl bestattet sind.

Von den 160 im Jahre 1933 noch in Suhl ansässigen Bürgern jüdischer Abstammung wurden diejenigen, denen es nicht gelungen war zu emigieren, »nach Osten umgesiedelt« bzw. in mehreren Transporten in Vernichtungslager deportiert oder starben schon vorher eines gewaltsamen Todes.

Im September 1942 hörte die Jüdische Kultusgemeinde Suhl mit Heinrichs auf zu existieren.

Jüdischer Friedhof

Straße der Opfer des Faschismus

Den jüdischen Friedhof weihte die Jüdische Kultusgemeinde Suhl mit Heinrichs im Jahre 1903 an der damaligen Hohenlohestraße (heute Straße der Opfer des Faschismus) unmittelbar neben dem städtischen Friedhof ein, da die Mehrzahl der Juden mittlerweile in Suhl lebte.

Auf der von einem Holzlattenzaun umgebenen, etwa 2000 qm großen Begräbnisstätte sind 56 Grabsteine, unter ihnen eine Reihe für verstorbene Mitglieder der Fabrikantenfamilie Simson, erhalten. Die letzte Beisetzung fand 1941 statt. Wegen der durch die Verfolgungs- und Ausrottungspolitik der Nationalsozialisten ausgelöschten jüdischen Gemeinde ist die rechte Seite der Friedhofsfläche unbelegt geblieben.

Auf der linken Seite sind in 13 Reihen 56 eingefaßte Grabstellen angelegt, davon sind etwa zehn ohne Grabmal. Materialien und Gestaltung der Grabsteine lassen nur in geringem Maße den Eindruck von einem jüdischen Friedhof entstehen. Die meisten Grabsteine sind sehr einfach, ohne ornamentale Schmuckelemente, aus schwarzem Granit, vielfach als Obelisk gestaltet, gefertigt und tragen in der Regel deutschsprachige Inschriften, eine Reihe von ihnen auf der Rückseite zusätzlich hebräische Texte. Lediglich die monumentale Gestaltung der Grabmale für einige Mitglieder der Familie Simson im hinteren



Jüdischer Friedhof, Grabstätte der Fabrikantenfamilie Simson



Jüdischer Friedhof, Teilansicht

Bereich des Gräberfeldes weichen von diesem Erscheinungsbild ab. Auf der Grabstätte des 1929 verstorbenen Leonard Simson wurde ein modern gestaltetes monumentales Grabmal errichtet, das den Eindruck eines allseitig offen stehenden Gebäudes entstehen läßt. Das daneben-liegende Grabmonument für Gerson Simson besteht aus einem von klaren Formen geprägten dreigliedrigen architektonischem Aufbau aus schwarzem Granit, dessen vier äußere Eckpunkte jeweils durch eine Kugel betont werden.

Weitaus bescheidener ist die Ruhestätte der Familie Goldmann gestaltet. Das Grabmal besteht aus einem schmucklosen Bogen auf kannelierten eckigen Säulen, an die sich beidseitig steinerne Inschriftentafeln anschließen.

Rechts neben dem Eingang befindet sich ein kleines, in Form einer Kapelle gestaltetes, Gebäude mit einem schmiedeeisernen Gitter vor dem offenen Zugang. Der Innenraum ist bis auf einen an der Rückwand angebrachten Davidstern schmucklos.

Der Friedhof steht unter Denkmalschutz.

Gedenkstein am ehemaligen Standort der Synagoge

Straße der Opfer des Faschismus

Am ehemaligen Standort der Synagoge in der heutigen Straße der Opfer des Faschismus ließ der Rat der Stadt Suhl 1985 einen Gedenkstein errichten, der an die dort bis zum 9. November 1938 befindliche Synagoge erinnert. Sie war 1905/1906 im neoromanischen Stil nach Entwürfen



Synagoge, geweiht 1906, zerstört 1938 (Jüdische Gemeinde Erfurt)



Innenansicht vor ihrer Zerstörung (Jüdische Gemeinde Erfurt)

des Suhler Architekten Philipp Büttner errichtet worden. Vor ihrer Fertigstellung fanden die Gottesdienste in einem Betraum in einem Suhler Privathaus statt.

Der Gedenkstein, der nach einem Entwurf von Jürgen Conrad ausgeführt wurde, besteht aus Kalkstein. Auf ihm steht neben einem plastisch herausgearbeiteten siebenarmigen Leuchter mit Davidstern die Inschrift:

»An dieser Stelle stand die Synagoge der jüdischen Gemeinde. Sie wurde 1906 geweiht. In der Pogromnacht am 9. November 1938 wurde sie durch Brandstiftung von den Faschisten zerstört.«

Literatur

Nothnagel, Hans; Dähn, Ewald: Juden in Suhl, Konstanz 1995.

SUHL-HEINRICHS

1936 eingemeindet nach Suhl

Nachdem gegen Ende des 17. Jahrhunderts die Juden endgültig aus der Stadt Suhl ausgewiesen worden waren, bildete sich in der nahegelegenen Ortschaft Heinrichs eine kleine Gemeinde von Schutzjuden heraus, die hauptsächlich in Suhl Handelsgeschäfte betrieben.

Die erste Erlaubnis, sich in Heinrichs niederzulassen erhielt die Familie des Viehhändlers Levi Koppel im Jahre 1708, der im Verlaufe der nächsten Jahre weitere Familien folgten. 1713 schlossen sich die inzwischen sechs in Heinrichs lebenden Schutzjuden mit ihren Familien und weitere sieben in Schleusingen lebende zu einer Kultusgemeinde zusammen, deren Mitgliederzahl sich bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts vergrößerte. Seit 1821 verwehrte jedoch der Landrat die weitere Niederlassung jüdischer Zuwanderer. Diese Beschränkungen wurden durch das in Preußen erlassene Gesetz vom 23. Juli 1847, das den Juden in dieser Region die Freizügigkeit gewährte, aufgehoben. In der Folgezeit verlagerte sich das Zentrum der jüdischen Gemeinde nach Suhl.

Jüdischer Friedhof

im Schießgrund

In Heinrichs war bereits um 1720 in einem Waldstück »An der Haardt« ein jüdischer Begräbnisplatz angelegt worden, der 1861 nach dem Zukauf eines 640 qm großen angrenzenden Waldstücks vergrößert wurde. Das 1660 qm große in leichter Hanglage gelegene und von einem Holzlattenzaun umgebene Areal hat heute noch einen Bestand von etwa 150 Grabsteinen, die rechts und links eines noch andeutungsweise erkennbaren Mittelwegs in jeweils zwei bis drei Reihen angeordnet sind. Auf der vom Eingangstor aus gesehen rechten Seite stehen rund 70 traditionell gestaltete Grabsteine aus Sandstein ohne Grabeinfassung auf dem Waldboden. Sie sind fast alle in sehr einfachen Formen gehalten und weisen, soweit sie wegen des hohen Verwitterungsgrades noch erkennbar sind, kaum bemerkenswerte Schmuckelemente oder symbolische Darstellungen auf. Sie sind zumeist in hebräischer, teilweise auch auf der nach Westen zeigenden Seite in deutscher Sprache beschriftet.

Auf der linken Seite sind noch rund 85 Grabsteine jüngeren Datums auf Grabhügeln mit Einfassungen erhalten.



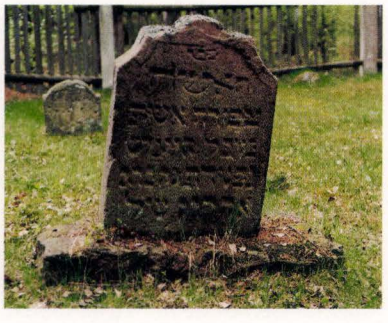
Jüdischer Friedhof. Im Hintergrund der ältere, im Vordergrund der neuere Teil mit der Doppelgrabstätte für Mitglieder der Fabrikantenfamilie Simson.

Jüdischer Friedhof,
traditionelle Grabmale









Auch hier weisen die Grabstätten jüngeren Datums eine größere Vielfalt in Form und Material auf. Eine Reihe von Grabmalen sind aus schwarzem Granit in Form eines Obelisken gestaltet.

Eine Besonderheit bilden elf Grabstätten, darunter das Doppelgrab für den Fabrikanten Moses Simon und seiner Ehefrau Louise, die mit schmiedeeisernen Ziergittern umfriedet sind. Solche Beispiele findet man in Thüringen auf jüdischen Friedhöfen nur noch in Heiligenstadt und Ellrich.

Auf dem Heinrichser Friedhof sind eine Reihe von Vorfahren der später in Suhl lebenden Juden begraben, unter ihnen auch Mitglieder der bereits erwähnten Familie Simson.

Nur wenige Jahre nach der Verlegung der jüdischen Gemeindeverwaltung nach Suhl wurde um die Jahrhundertwende auch der Begräbnisplatz in Heinrichs nicht mehr belegt. Der letzte Grabstein wurde 1915 gesetzt. Weitere in den Jahren 1932 und 1941 angelegte Grabstätten blieben ohne Grabmale.

Der vor einigen Jahren von einer Bürgerinitiative durch Pflegemaßnahmen erreichte befriedigende Zustand des Friedhofs hat sich derzeit wieder verschlechtert. Eine Reihe von Grabsteinen sind umgestürzt, andere nur noch in mehr oder weniger beschädigten Fragmenten erhalten. Die Umzäunung weist größere durch Gewalteinwirkung entstandene Schäden auf.

Der Friedhof wurde 1982 unter Denkmalschutz gestellt.

Literatur

Nothnagel, Hans; Dähn, Ewald: Juden in Suhl, Konstanz 1995.

THEMAR

Landkreis Hildburghausen

Bereits im 13. Jahrhundert wird von der Ansiedlung von Juden in Themar berichtet. Nach einer Verfolgungsaktion im Jahre 1298, der eine Reihe jüdischer Bewohner zum Opfer fielen, verließen die Überlebenden den Ort. Erst fast sechs Jahrhunderte später kehrten wieder Juden nach Themar zurück.

Im Jahre 1866 siedelten sich zunächst sechs Familien aus Marisfeld an. In den folgenden Jahrzehnten wuchs die neue Gemeinde rasch an. Um die Jahrhundertwende lebten 58, 1933 etwa 80 Juden in der Stadt. Ihr Betsaal befand sich zunächst in einem gemieteten Raum im Hause des Schuhmachermeisters Blau an der Werra-Brücke. Noch vor der Jahrhundertwende richtete sich die jüdische Gemeinde von Themar in einem eigenen Haus in der damaligen Oberstadt Nr. 205 eine Synagoge und eine Lehrerwohnung ein.

Über einen eigenen Begräbnisplatz verfügten sie nicht. Ihre Toten wurden zumeist auf dem Friedhof der jüdischen Gemeinde von Marisfeld bestattet.

Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten gelang es der Mehrzahl der Themarer Juden zu emigrieren. Die letzten noch ansässigen jüdischen Einwohner wurden 1942 in Konzentrationslager deportiert. Damit hörte die jüdische Gemeinde auf zu existieren.

Ehemalige Synagoge

Ernst-Thälmann-Straße 17

1870 richteten die jüdischen Einwohner Themars im gemieteten Obergeschoß des Hauses 205 in der Oberstadt (heute Ernst-Thälmann-Straße 17) ihren Betsaal ein. Er wurde nach der 1877 erfolgten Konstituierung der jüdischen Gemeinde dieser übereignet und zur Synagoge geweiht. Die Gottesdienste und auch der Religionsunterricht fanden in dem Gebäude, in dem auch nach dem Kauf des Untergeschosses im Jahre 1894 eine Lehrerwohnung eingerichtet wurde, bis etwa 1938 statt. Während der Pogromnacht vom 9. November 1938 wurde seine Inneneinrichtung verwüstet, der Bau selbst blieb jedoch wegen seiner in eine Häuserzeile eingebetteten Lage vor der Zerstörung bewahrt. Nach dem Zwangsverkauf des Hauses durch die jüdische Gemeinde ließen die neuen Besitzer es zu einem Wohnhaus umbauen. Die ehemalige Funktion des Gebäudes läßt sich wegen der umfangreichen baulichen Veränderungen heute nicht mehr nachvollziehen. Daher wurde auf eine Unterschutzstellung verzichtet.

Literatur

Eschwege, a.a.O.
Human, a.a.O.
1200 Jahre Themar, Blatt »Themarer Juden«, in: kleine Sammelmappe zur Stadtgeschichte, hrsg. v.d. Arbeitsgruppe »Festumzug« Themar, o.J. (1996).

VACHA
Wartburgkreis

In Vacha waren bereits in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts Juden ansässig, die jedoch während des Pestjahres 1349 Pogromen zum Opfer fielen oder aus dem Ort vertrieben wurden.

Etwa 50 Jahre später wurde ihnen die Wiederansiedlung im Ort gestattet. Um 1500 wird in Vacha die Anwesenheit von zwei jüdischen Familien erwähnt. Für die folgenden drei Jahrhunderte gibt es lediglich Hinweise über fünf sich in Vacha aufhaltende »Schutzjuden« im Jahre 1631 und sieben 1718.

Eine Kultusgemeinde hatte sich bereits 1777 gebildet, die über eine Synagoge in der Schulstraße verfügte. 1830 war die Zahl der Juden in Vacha auf neun Familien angestiegen und erhöhte sich kontinuierlich bis um die Jahrhundertmitte. Durch die in den fünfziger Jahren aus wirtschaftlichen Gründen und nach einem großen Stadtbrand im Jahre 1878 einsetzende Abwanderungsbewegung in größere Städte, hauptsächlich nach Eisenach und nach Übersee, verlor die jüdische Gemeinde von Vacha vorübergehend etwa ein Viertel ihrer Gemeindemitglieder. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts nahm ihre Zahl wieder leicht zu und betrug 1903 wieder 70, 1910 knapp 100 Personen.

Nach 1942 wurden die letzten der noch in Vacha ansässigen Einwohner jüdischer Abstammung »nach Osten« oder in Vernichtungslager deportiert.

Von der Synagoge, an die sich die Schulstube anschloß, gibt es keine Überreste. Sie war vor 1777 errichtet und 1829 durch Umbau vergrößert worden. Ihre Inneneinrichtung war in den Morgenstunden des 10. November 1938 laut Polizeibericht von sieben bis acht »unbekannten« Personen demoliert worden. Obwohl der Bau weitgehend unbeschädigt geblieben war, wurde er baupolizeilich gesperrt und in das Eigentum der Stadt überführt. Nach Kriegsende erfolgte die Rückgabe des Besitzes an die Jüdische Landesgemeinde Thüringens, die das Gebäude verkaufte, weil keine Juden nach Vacha zurückgekehrt waren. In den Folgejahren wurde es abgerissen und durch ein Wohnhaus ersetzt.



Jüdischer Friedhof, Teilansicht

Jüdischer Friedhof

Am Judenfriedhof

Der Friedhof soll bereits im 17. Jahrhundert angelegt worden sein, wofür es jedoch keine konkreten Belege gibt. Nach Auskunft der Kirchenchronik läßt sich die älteste nachweisbare Beisetzung auf die Zeit um 1732 datieren. Der Begräbnisplatz scheint im Jahre 1830 vergrößert worden zu sein, da aus diesem Jahr eine Rechnung über den Ankauf eines Stück Landes für den Friedhof existiert.

Der mit einem Holzlattenzaun umzäunte Friedhof liegt am südöstlichen Ortsausgang von Vacha auf einer Anhöhe, die die Flurbezeichnung »Am Judenfriedhof« trägt.

Etwa 50% der Fläche, die vor 1938 etwa die doppelte Größe ausmachte, ist unbelegt geblieben. Ein Mittelweg teilt das baumbestandene Areal in zwei Felder. Auf ihnen, sowie entlang des hinteren Zaunbereichs sind insgesamt 64 Grabsteine bzw. Fragmente erhalten.

Auf der linken Seite sind in sieben Reihen mit je fünf bis sechs eingefaßten Grabstellen Grabsteine, von denen zum Teil nur noch die Sockel vorhanden sind, aus der Zeit um 1900 bis etwa 1920, angeordnet. Sie sind zumeist traditionell aus Sandstein gefertigt und weisen starke Verwitterungsspuren auf, so daß die hebräischen Inschriften kaum noch erkennbar sind.

Die jüngeren Grabstätten, die etwa seit den zwanziger Jahren belegt wurden, befinden sich rechts des Weges. Die auf ihnen errichteten Grabmale aus Granit oder anderen Hartgesteinen unterscheiden sich in ihrer Gestaltung nur wenig von zeitgenössischen Grabsteinen christlicher Religion, jedoch tragen sie nahezu alle neben deutschen auch längere hebräische Inschriften. Das letzte Grab wurde 1935 angelegt. Keiner Grabstätte zugeordnet sind 17 entlang des hinteren Zauns aufgestellte Grabsteine bzw. Fragmente. Ihrem Erscheinungsbild nach, sie bestehen zumeist aus schlicht gestalteten rötlichen Sandsteinstelen mit durchgängig hebräischer Beschriftung, gehören sie zu den ältesten Steinen des Friedhofs.

Von einer Reihe von Grabstätten sind nur noch die steinernen Einfassungen vorhanden. Sämtliche Grabsteine sind zu einem nicht mehr genau zu ermittelnden Zeitpunkt wegen ihrer mangelnden Standfestigkeit von ihrem Sockel entfernt und in Schräglage an ihn angelehnt worden. Es ist vorgesehen, die Steine wieder senkrecht aufzurichten.



Jüdischer Friedhof, Grabmal mit den segnenden Händen, Anfang 20. Jh.

Der Friedhof ist in der vorläufigen Denkmalliste erfaßt und für die Aufnahme in das Denkmalbuch vorgesehen.

Quellen / Literatur

Stadtarchiv Vacha
Akte II 2, 2/5, Polizeibericht v. 14.10.1938.
Bauerlaubnis-Schein vom 31.März 1829.
Eschwege, a. a. O.

WALLDORF
Landkreis Schmalkalden-Meiningen

Die ersten Juden sollen vor 1349 aus Meiningen, wo sie verfolgt und vertrieben worden waren, nach Walldorf gekommen sein. Aus den folgenden 400 Jahren sind keine weiteren Nachrichten über die Anwesenheit von Juden in Walldorf überliefert.

Erst 1737 ist ihre Existenz wieder belegt. Eine nicht genannte Anzahl von ortsansässigen Juden bildete mit jüdischen Einwohnern anderer umliegender Orte eine israelitische Gemeinde, die um 1860 zur größten jüdischen Gemeinde im Herzogtum Sachsen-Meiningen angewachsen war. In dieser Zeit machte die jüdische Einwohnerschaft bis zu mehr als ein Drittel der Dorfbewohner aus, von denen mehrere als Großhändler von Textilwaren, die Mehrzahl als Weber ihren Lebensunterhalt verdienten. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts setzte auch in Walldorf die Abwanderungswelle in die Städte und nach Übersee ein. 1898 zählte die jüdische Einwohnerschaft von Walldorf nur noch 108, 1910 75 und 1925 41 Personen. Die letzten von ihnen fielen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zum Opfer.

Jüdischer Friedhof
in der Aalleite

Ihren Begräbnisplatz legten die Juden etwa 200 Meter außerhalb des Ortes, unmittelbar neben dem christlichen Friedhof an. Seine Entstehungszeit wird nach dem ältesten aufgefundenen lesbaren Grabstein aus dem Jahre 1737 auf den Anfang des 18. Jahrhunderts datiert.

Straßenseitig ist der noch vollständig erhaltene Friedhof mit einem Holzlattenzaun, nach den angrenzenden Gartengrundstücken zu mit Maschendraht umzäunt. Das schmiedeeiserne Eingangstor, das mit vier Davidsternen verziert ist, wurde 1987 neu angebracht. Auf dem knapp 5000 qm großen baumbestandenen Areal in Hanglage sind etwa 250 Grabsteine, teilweise als Fragmente, sowie Grabeinfassungen ohne Grabmal erhalten.

Etwa die Hälfte der Fläche besteht aus einer ungenutzten mit großen Birken bestandenen Rasenfläche. Die Grabmale sind in drei separaten Feldern angelegt. Die vermutlich ältesten sind 35 Grabsteine bzw. Fragmente, die sich oberhalb eines mit Birken bestandenen Weges erheben. Sie bestehen aus traditionell gestalteten zumeist am oberen Rand abgerundeten Sandsteinplatten, deren stark verwitterte hebräische Inschriften kaum noch lesbar sind.



Jüdischer Friedhof, älterer, im Hintergrund der neuere Teil

Unweit davon sind in fünf bzw. sechs erkennbaren lückenhaften Reihen etwa 170 Grabsteine angeordnet, die in der Mehrzahl aus dem 19. Jahrhundert stammen. Außer einigen traditionellen Grabmalen ist der größte Teil von klassizistischen Stilelementen, vereinzelt durch jüdische Grabsymbolik ergänzt, geprägt. Vorherrschend sind Sandsteinstelen mit giebelförmigem oberen Randabschluß, der in mehreren Fällen von Palmetten oder Akroterien bekrönt wird. Die Grabstätten sind terrassenförmig auf dem leicht ansteigenden Hang angelegt.

Hier wurden auch bis etwa zur Jahrhundertwende alle aus Walldorf stammenden jüdischen Bürger Meiningens bestattet, da die Stadt bis dahin über keinen eigenen jüdischen Friedhof verfügte.

Unterhalb des Weges befindet sich das jüngste, von etwa 1931 bis 1936 belegte Gräberfeld. Auf den meisten der etwa 25 Gräber stehen schlichte, ohne aufwendige Schmuckelemente gestaltete Grabsteine, von denen einige aus schwarzem Granit gefertigt sind. Die Inschriften sind größtenteils deutschsprachig.

Der Friedhof steht unter Denkmalschutz.

Reste der Synagoge mit Gedenktafeln

Tanzberg

Von der im Jahre 1789/90 aus einer Scheune zum jüdischen Gotteshaus umgebauten und 1845 vergrößerten Synagoge in der Ortsmitte von Walldorf sind nur noch Mauerreste des Untergeschosses erhalten. Ihre Lage an exponierter Stelle im Ort und die noch erkennbaren Ausmaße der Grundfläche lassen auf die Existenz einer relativ großen und wohlhabenden jüdischen Gemeinde im Ort schließen.

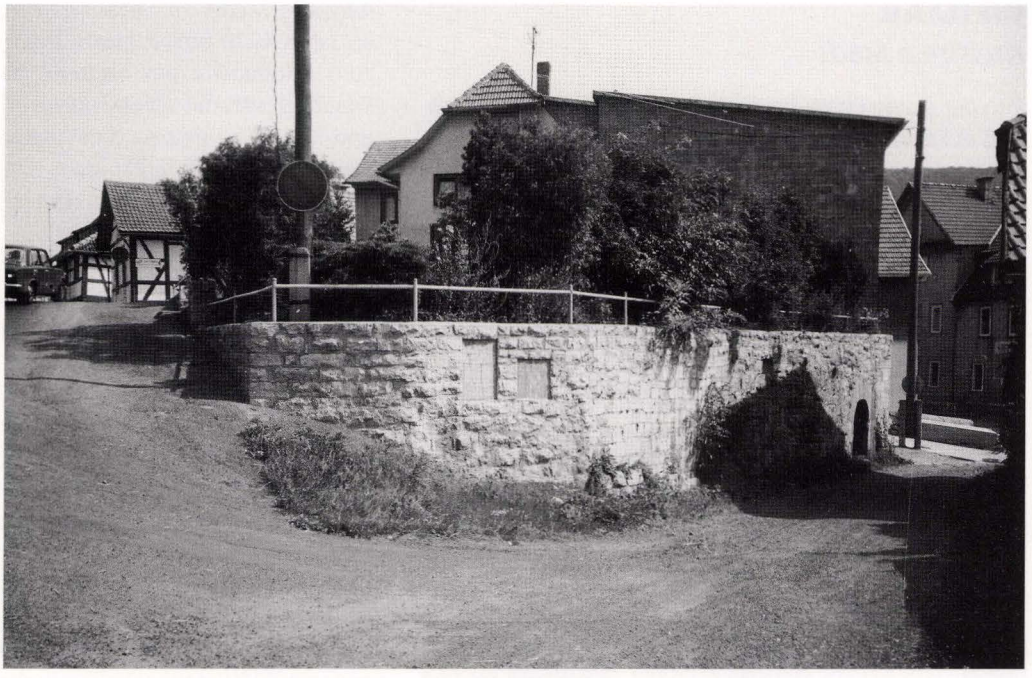
Das Gebäude wird in dem von Lehfeldt und Voss herausgegebenen Band »Bau- und Kunstdenkmäler Thüringens« als ein »kunstloser Fachwerkbau« beschrieben, dessen Inneres eine reichere Austattung aufwies. Von den im Einzelnen aufgeführten und beschriebenen Ausstattungsstücken hat vermutlich keines die Zerstörung von 1938 überdauert.

Der Umbau der ehemaligen Scheune mit dem alten Keller des Marschalkschen Gutes zur Synagoge erfolgte im Jahre 1789.



Ansicht der Synagoge, geweiht 1790, vergrößert 1845, zerstört 1938

Überreste der Synagoge mit Gedenktafeln



Das Grundstück hatte der Oberforstmeister Christian Freiherr Marschalk von Ostheim den in Walldorf ansässigen Juden überlassen.

Eine erhaltenes Foto sowie eine nicht datierte Zeichnung eines unbekannten Künstlers zeigen einen zweigeschossigen verputzten Bau auf einem hohen Sockelgeschoß mit einem vorgebauten Turm, auf den eine Treppe zuführt.

1988 wurden in die Reste des Sockelgeschosses zwei Gedenktafeln eingelassen. Auf der linken Tafel ist die Ansicht der Synagoge vor ihrer Zerstörung abgebildet, die rechte trägt die Inschrift:
»Hier stand die 1790 erbaute Synagoge der jüdischen Gemeinde Walldorfs, die 1938 geschändet und zerstört wurde.«

Das Objekt steht unter Denkmalschutz.

Ehemaliges Schulgebäude

Karl-Marx-Platz 8

Das um 1840 errichtete ehemalige Schulgebäude der jüdischen Gemeinde ist heute nur noch in veränderter Form erhalten. Der massive zweigeschossige Bau im Zentrum des Ortes wurde noch um die Jahrhundertwende von der jüdischen Gemeinde genutzt. Wann der Unterricht eingestellt und das Gebäude zum Wohnhaus umgebaut wurde, ist bisher nicht zuverlässig belegbar. Am heutigen Sitz der Gemeindeverwaltung deutet nichts mehr auf die ursprüngliche Funktion des Baues hin.

Literatur

Human, a.a.O.
Lehfeldt,P.; Voss, G.: Bau- und Kunstdenkmäler Thüringens, Herzogthum Sachsen-Meiningen, I. Bd., 1. Abt., Krs. Meiningen, Jena 1909.

WEIMAR

Kreisfreie Stadt

Von der ersten Phase der jüdischen Besiedlung in Weimar gibt es keine materiellen Überreste.

Das Vorhandensein von Juden in der Stadt läßt sich aus der Erwähnung eines aus Weimar stammenden Juden in Erfurt zu Beginn des 14. Jahrhunderts ableiten.

Nach der Verfolgung und Vertreibung in der Folge der Pogrome gegen die Juden im Zusammenang mit der Pestepidemie des Jahres 1349 verließen die Überlebenden die Stadt und kehrten vereinzelt gegen Ende des 14. Jahrhunderts wieder zu zeitweiligem Aufenthalt zurück. Erst im Jahre 1770 erhielt Jacob Elkan mit seiner Ernennung zum »Hofjuden« am herzoglichen Hof in Weimar die Erlaubnis, sich mit seiner Familie in der Stadt anzusiedeln und Handel zu treiben. Ihm folgten einige weitere Familien, die ebenfalls unter dem Schutz des Herzogs von Sachsen-Weimar standen, dem sie dafür Steuern und Abgaben zu entrichten hatten.



Im Wohnhaus von Jacob Elkan, Windischengasse 25 (Bildmitte), befand sich der Betsaal der jüdischen Gemeinde Weimar.

Ihre Zahl blieb bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts beschränkt, da sie auch hier den üblichen Restriktionen unterworfen waren. 1818 werden in einer Statistik 36 in Weimar lebende Juden aufgeführt. Erst gegen Ende des Jahrhunderts nahm ihre Zahl erheblich zu.

Trotz des Vorhandenseins mehrerer jüdischer Familien in der Stadt, hatte sich in Weimar keine geschlossene jüdische Gemeinde gebildet. Die Gottesdienste fanden im Hause von Jacob Elkan in der Windischengasse 25 statt. Über dem Eingangsportal sind noch die Initialen des Besitzers Jacob Elkan erhalten. Der in diesem Gebäude eingerichtete Betraum wie auch die an einem nicht mehr bekannten Ort befindliche Mikwe wurden auch von den anderen in Weimar ansässigen Juden mitbenutzt. Die jüdische Gemeinde von Weimar, deren auf dem jüdischen Friedhof bestattete Mitglieder der Familien Elkan, Callmann, Moritz, Ulmann und Levi einen unübersehbaren Platz im Kultur- und Geistesleben der Stadt einnahmen, blieb auch im 19. und 20. Jahrhundert bis zu ihrer Auflösung durch die nationalsozialistische Verfolgungs- und Ausrottungspolitik, relativ klein. Daraus resultiert auch die Tatsache, daß in Weimar niemals ein separater Synagogenbau errichtet worden ist.

Jüdischer Friedhof

Leibnizallee

Ebenfalls in Jacob Elkans Privatbesitz befand sich der im Jahre 1774 auf seinem Grundstück in der heutigen Leibnizallee/Ecke Musäusstraße eingerichtete Begräbnisplatz, der heute teilweise noch erhalten ist, jedoch nicht mehr seine originale Gestaltung aufweist.

Jacob Elkan hatte ihn auf einem im Jahre 1774 von der Herzogin Anna Amalia erbetenen Landstück für die Beisetzung von Verstorbenen aus seiner Familie angelegt.

Rekonstruierter Teil des jüdischen Friedhofs



Der Kanzleidiener Witzel überließ Elkan dafür den oberen Teil seines im gleichen Jahr erworbenen Gartengrundstücks jenseits der Ilm am Rothäuser Berg an der heutigen Leibnizallee.

Elkan erhielt die Auflage, den Begräbnisplatz gleich dem Garten mit einer lebenden Hecke zu umfrieden.

Bereits im darauffolgenden Jahr wurde auf dem Grundstück die erste Grabstätte für seine verstorbene kleine Tochter angelegt, im gleichen Jahr eine weitere für das Kind des Schutzjuden Levi Moses, sowie 1778 für zwei Kinder des Gabriel Ulmann. Letztgenannter legte 1808 im angrenzenden Grundstück einen eigenen Begräbnisplatz an, auf dem mehrere Mitglieder seiner Familie bestattet wurden.

Die beiden Friedhofsteile wurden bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts genutzt, danach verwilderten sie und gingen in den Besitz verschiedener Eigentümer über. Ein Teil des Elkanschen Begräbnisplatzes wurde in einen Garten umgewandelt. Mehrere Grabmale wurden Ende der siebziger Jahre mehr oder weniger beschädigt an verschiedenen Stellen der beiden Grundstückteile aufgefunden.

Dem verdienstvollen Wirken der Weimarer Kunsthistorikerin Eva Schmidt ist es zu verdanken, daß die Geschichte des jüdischen Friedhofs von Weimar und die der auf ihm bestatteten Familien erforscht und auf einem Teilstück des ehemaligen Begräbnisplatzes eine Gedenkstätte eingerichtet wurde. In ihrem 1984 erstmalig erschienenen Beitrag »Jüdische Familien im Weimar der Klassik und Nachklassik und ihr Friedhof« beschreibt Eva Schmidt die Maßnahmen, die Anfang der achtziger Jahre zur Rekonstruktion des Friedhofs führten:

»Die Verfasserin (Eva Schmidt, M. K.) hat dann die noch vorhandenen Grabsteine auf dem 926 Quadratmeter großen, als privater Obstgarten genutzten, Elkanschen Friedhof untersucht: die drei im Gebüsch verborgenen, die beiden an der Ostmauer stehenden und vor allem die als Fragmente mit zum Teil ausgezeichnet erhaltener hebräischer Inschrift auf der Trennmauer zwischen dem Elkanschen und dem Ulmannschen Teil liegenden Platten aus rotem Sandstein. Sie wurden erfaßt und zum größten Teil identifiziert.

Nach ihrer Reinigung und fotografischen Aufnahme galt es, Überlegungen anzustellen, wie der gefundene Bestand in einen würdigen Zustand zu versetzen sei ... die Jüdische Landesgemeinde Thüringen, der Rat der Stadt Weimar, Abteilung Kultur, sowie das Denkmalaktiv (wurden) laufend unterrichtet und für den Plan gewonnen, den ... Teil des Elkanschen Friedhofs wiederherzurichten



Gedenkstein für die Weimarer jüdischen Opfer des Nationalsozialismus

und zu einer auch der Allgemeinheit zugänglichen Gedenkstätte zu gestalten ... Bestimmt wurde dazu der nach der Leibnizallee zu gelegene 235 Quadratmeter große Teil, der gegen den in privater Hand verbleibenden durch einen parallel zur Straße verlaufenden Zaun abzugrenzen war. Zunächst wurde das Gelände gesäubert, alle auf dem ursprünglichen Gesamtfriedhof erhaltenen Grabsteine zusammengetragen, ein zwei Meter hoher Drahtzaun aufgerichtet ... Zwischen zwei aus originalem Material der ehemaligen Mauer errichteten Torpfeilern am ursprünglichen Eingang längs der Leibnizallee ... wurde die wiedergefundene schmiedeeiserne Eingangstür angebracht ... im Herbst 1983 wurden die zehn Grabsteine aufgestellt und im Boden verfestigt, jüdischem Brauch nach mit der hebräisch beschrifteten Seite nach Osten gerichtet. Es sind dies, von Osten nach Westen aufgezählt, die Steine für Gabriel und für Ephraim Ulmann, die beiden aus Erfurt zurückgeholten für Julia Ulmann und für Meir Ulmann, die für Julius Elkan und für Henriette Elkan, die Frau seines Bruders Alexander, und zu dritt nebeneinander die für Levi Lichtenstein, August Callmann und Marcus Klar. Etwas seitwärts steht außerdem das Fragment des Grabsteins für Bertha Wernthal geborene Mey.

Am 20. November 1983 fand die feierliche Übergabe des Friedhofs als Gedenkstätte und Mahnmal statt.

Die Inschrift des nahe an der Eingangstür errichteten Gedenksteins lautet:
›Den Lebenden zur Mahnung. Zum Gedenken an die Opfer des Faschismus 1933 bis 1945.‹«

Der Friedhof steht seither unter Denkmalschutz.

Literatur

Schmidt, Eva: Jüdische Familien im Weimar der Klassik und Nachklassik und ihr Friedhof, erschienen in Heft 8 der Reihe Tradition und Gegenwart – Weimarer Schriften, Weimar 1984.

WEITERSRODA

Ortsteil von Hildburghausen, Landkreis Hildburghausen

Über den Zeitpunkt der ersten Ansiedlung von Juden in Weitersroda lassen sich keine konkreten Angaben finden. Auch über die weitere Geschichte der jüdischen Gemeinde konnten bisher keine näheren Angaben ermittelt werden. Es existiert lediglich ein aus dem 17. Jahrhundert stammender Hinweis auf den heute noch vorhandenen jüdischen Friedhof. Anzunehmen ist, daß sich in Weitersroda eine Anzahl Juden niederließ, denen die Ansiedlung im nahegelegenen Hildburghausen verwehrt wurde.

Jüdischer Friedhof

Hildburghäuser Straße

Im Jahre 1680 erhielten Urkunden zufolge Juden am Ortsrand von Weitersroda ein Stück Landes, das sie mit fürstlicher Erlaubnis umfriedeten, um darauf einen eigenen Begräbnisplatz einzurichten.

Auf das Jahr 1680 ist auch der älteste erhaltene Grabstein auf dem jüdischen Friedhof an der Hildburghäuser Straße datiert, so daß man davon ausgehen kann, daß dieses Landstück umgehend als Begräbnisplatz genutzt wurde.

1720 wurde das inzwischen in den Besitz der Gemeinde übergegangene Grundstück erstmalig vergrößert, da die Fläche für die Bestattungen nicht mehr ausreichte. Eine zweite Vergrößerung mußte im Jahre 1806 vorgenommen werden. Letztmalig fand 1934 eine Bestattung auf dem Friedhof statt.

Die etwa 2000 qm große Fläche ist von einem Holzlattenzaun und dichten Hecken umfriedet. Auf den insgesamt 246 sichtbaren Grabstellen sind 233 Grabmale erhalten. Gegenüber vom Eingang stehen im hinteren Bereich des Friedhofs die Grabsteine aus der frühen Belegungsphase von 1680 bis etwa 1850 in Reihen auf der Rasenfläche.

Viele der aus Sandstein gefertigten Grabmale mit hebräischen Inschriften schließen am oberen Rand mit einem oder mehreren Bögen oder einem von Palmetten bzw. Akroterien bekrönten Giebel ab.

Die größere Zahl der Grabsteine im vorderen Bereich des Feldes stammen aus der Zeit von etwa 1850 bis 1934.



Jüdischer Friedhof, neuerer Teil



Grabmal für den Hofagenten Louis Simon (links), im Hintergrund der ältere Teil des Friedhofs



Jüdischer Friedhof, Trauerhalle



Innenansicht der Trauerhalle

Hier wird bei den Grabmalen eine größere Vielfalt in Form und Material sichtbar.

Die Gräber sind mit Einfassungen versehen. Neben schlichten stehenden schwarzen Granitplatten oder Obelisken mit vorwiegend deutschen oder deutsch/hebräischen Inschriften gibt es auch einige wenige aufwendiger gestaltete Grabmale mit ornamentalem plastisch gestalteten Schmuckelementen, eine steinerne Urne sowie ein Grabmal mit einem aus Marmor gefertigten Medaillon mit dem Portrait des Hofagenten Louis Simon aus Hildburghausen. Diese Art der Grabmalgestaltung, die Abbildung eines menschlichen Antlitzes, ist nach den Regeln der traditionellen Grabmalgestaltung für einen jüdischen Friedhof ungewöhnlich.

Neben Louis Simon sind auf dem Friedhof von Weitersroda weitere Persönlichkeiten beigesetzt, die eine große Rolle im geistig-kulturellen sowie im Wirtschaftsleben Hildburghausens gespielt haben, so unter anderem Levi Simon, der Stifter der Hildburghäuser Synagoge und des jüdischen Schulhauses, Julius Rosenbaum, der Mitbegründer der Pestalozzi-Heine-Stiftung sowie der Lehrer, Prediger, Dichter und Mitarbeiter an Meyers Konversationslexikon Salomon Steinhardt.

An der Westseite des Friedhofs befindet sich die um die Jahrhundertwende errichtete Trauerhalle, ein eingeschossiger verputzter Fachwerkbau auf Werksteinsockel unter Krüppelwalmdach. Die West- und Ostseite sind durch Risalite geprägt. Der überdachte Haupteingang befindet sich am West-Risalit, darüber im Giebel ein plastisch hervorgehobener Davidstern. Der Ost-Risalit wird im Giebelbereich durch ein kreisförmiges Fenster mit Sprossenteilung in Davidstern-Form betont. Das Innere des Gebäudes ist in einen großen und zwei kleinere Räume unterteilt. Noch im Original erhalten ist der Wandanstrich in blauer Farbe mit Schablonenmalerei sowie eine beschädigte Ehrentafel für die im Ersten Weltkrieg gefallenen Hildburghäuser Juden.

Die geplante Restaurierung des Gebäudes konnte bisher wegen fehlender Geldmittel nicht realisiert werden.

Der Friedhof wurde 1996 in das Denkmalbuch eingetragen.

Quellen

Auskünfte von Karl-Heinz Ross, Heimatforscher aus Hildburghausen.

Denkmalausweisung vom 31.7.1996, B. Lucke.

Anhang

Begriffserklärungen

Almenor
Pult zur Thora-Vorlesung, in älteren Synagogen auch die erhöhte Tribüne, von der aus die Thora verlesen wird.

Davidstern (Hexagramm, hebräisch: »Magen Davids«)
Der sechseckige Stern, der bereits zuvor auch von anderen Kulturen als Ornament benutzt wurde, gilt erst etwa seit dem 16. Jahrhundert als Symbol des Judentums.

Gesetzestafeln
Die Gesetzestafeln symbolisieren die Tafeln mit den zehn Geboten. Sie weisen auf die Frömmigkeit des Verstorbenen hin.

Segnende Hände
Die Darstellung von zwei nebeneinanderliegenden Händen mit abgespreiztem Mittel- und Ringfinger deuten darauf hin, daß der Verstorbene ein Kohen (Priester) war. Die Kohanim weisen auf eine Abstammung von Aron, dem ersten Hohenpriester und Urenkel Levis hin. Alle männlichen Nachkommen blieben Priester. Die Handstellung verweist auf die Erteilung des aronitischen Segens über das Volk. Aus religiösen Gründen befinden sich die Gräber der Kohanim zumeist in der Nähe des Friedhofseingangs.

Kanne
Die Kanne deutet auf die levitische Herkunft des Verstorbenen hin. Die Leviten, deren Abstammung vererbbar ist, versahen zu biblischen Zeiten Tempeldienst und waren verantwortlich für die Aufrechterhaltung und Pflege des geistigen und religiösen Lebens. Vor der Erteilung des Priestersegens gießen die Leviten dem Kohen (Priester) mit einer Kanne Wasser über die Hände.

Kohen (hebräisch: Priester, Pl.: Kohanim)
Abkömmling des Priesterstammes.

Levit
Angehöriger des Priesterstammes der Leviten.

Messer
Die Abbildung eines Messers weist auf das Amt des Verstorbenen als Beschneider (Mohel) hin.

Menorah (hebr.: siebenarmiger Leuchter)
Dessen Abbildung auf Grabsteinen soll das Fortleben der Seele symbolisieren.

Mikwe (auch Mikweh, hebr.: Sammlung von Wasser)
Rituelles Tauchbad.

Pflanzenornamente
Florale Verzierungen entwickelten sich aus der Darstellung des abgebrochenen Baumes, ein Symbol für den Tod inmitten des Lebens. Häufig wird durch die Darstellung von Blumen die Kurzlebigkeit und Zerbrechlichkeit der Pflanze als Symbol auf den Verstorbenen übertragen und findet sich oft auf Grabsteinen von Kindern oder unverheiratet verstorbener Mädchen.

Pogrom (russ.: Verwüstung)
Eine mit Gewalttaten und Plünderungen verbundene Hetze zumeist gegen Juden.

Rabbiner (hebr.: Meister, Lehrer)
Titel des jüdischen Schriftgelehrten, der von der jüdischen Gemeinde berufen wird. Er wirkt als Lehrer, entscheidet zivilrechtliche Fälle, vollzieht Trauungen und Scheidungen.

Schmetterling
Symbol aus der Antike für die Seele und ihre Verwandlung bzw. für ihre Unvergänglichkeit.

Thora (auch Tora, hebr.: Lehre)
Bezeichnung für die ersten fünf Bücher der Bibel (Pentateuch).

Thora-Rolle
Fortlaufend geschriebener Text der Thora, der in Rollenform aufbewahrt wird.

Thora-Mantel
Hülle zum Schutz der Thora-Rolle aus Samt, Seide oder Brokat, die die Gesetzesrolle schützt.

Tierdarstellungen
weisen auf Grabsteinen häufig auf den Namen des Verstorbenen hin, wie Hirsch, Löwe, Bär usw.

Verwendete Literatur (Auswahl)

Altaras, Thea: Das jüdische rituelle Tauchbad, Königstein im Taunus, 1994.

Dieselbe: Synagogen in Hessen – Was geschah seit 1945 ?, Königstein im Taunus, 1987.

Anz, Heinrich: Das Judenbad im Augustiner-Kloster zu Gotha, in: Mitteilungen der Vereinigung für Gothaische Geschichte, 1922, S. 25 f..

Aulepp, Rolf: Die Mühlhäuser Synagogen und der jüdische Friedhof nach der Kristallnacht von 1938, in: Mühlhäuser Beiträge, Heft 10, Mühlhausen 1987, S. 98.

Backhausen, Manfred: Jüdische Zeugnisse in Mühlhausen, in: Jüdisches Nachrichtenblatt, Dresden März 1986.

Bärnighausen, Bettina: Zur Geschichte der Juden in Schwarzburg-Sondershausen, in: Der Püsterich 7, 2. Jg. Sondershausen 1991, S. 2-16.

Dieselbe: Der jüdische Friedhof von Sondershausen, in: Sondershausen Information 11/1988, S. 10-11.

Bahr, Thomas: Die Rosewitz, Prager, Lichtenstein ..., Apolda 1992.

Barthel, Rolf: Zur Geschichte der jüdischen Gemeinden auf dem Eichsfeld und in Mühlhausen, in: Eichsfelder Heimathefte, Heft 3, 1988, S. 195-214.

Beck/Frommannshausen: Geschichte der Juden in Gera, Gera 1993.

Bessenroth, O.: Juden in Gotha, Gotha 1939.

Bollmann, Winfried: Jüdische Einwohner in Plaue, in: Aus der Vergangenheit von Arnstadt und Umgebung – Ein heimatliches Lesebuch, Arnstadt 1993, S. 91-93.

Brocke, Michael; Ruthenberg, Eckehard; Schulenburg, Kai-Uwe: Stein und Name – Die jüdischen Friedhöfe in Ostdeutschland (Neue Bundesländer/DDR und Berlin), Berlin 1994.

Diamant, Adolf: Zerstörte Synagogen vom November 1938, Eine Bestandsaufnahme, Frankfurt/Main 1978.

David, R.: Geschichte der Synagogengemeinde Sondershausen, Sondershausen 1926.

Denkmalpflegerische Rahmenzielstellung für die Synagoge und das ehemalige jüdische Gemeindehaus in Mühlhausen/Thüringen, erarbeitet vom Architekturbüro Denkmalplan, Mühlhausen 1994.

Dietrich, Hans-Joachim: Zur 500jährigen Geschichte der jüdischen Gemeinde in Bleicherode und Umgebung, in: Jüdisches Nachrichtenblatt, Dresden Jg. 1972.

Dinkler, Friedrich Adolf: Chronik der Stadt Frankenhausen, Teil I, Frankenhausen 1854.

Dittmar, Gerhard: Historie über die Juden in der Rhön – Besuch in der Aschenhäuser Synagoge, unveröff. Typoskript, Aschenhausen o. J.

Drechsler, Helmut: Die Geschichte der Ellricher Juden von der Jahrhundertwende bis 1945, in: Beiträge zur Heimatkunde aus Stadt und Kreis Nordhausen, Heft 8, 1983, S. 43-51.

Eschwege, Helmut: Geschichte der Juden im Territorium der ehemaligen DDR, 3 Bde., maschinenschriftlich vervielfältigtes Exemplar, Dresden 1991.

Derselbe: Die Synagoge in der deutschen Geschichte, Dresden 1980.

Friedhofsschändungen in Deutschland 1923-1932, Dokumente der politischen und kulturellen Verwilderung unserer Zeit, zusammengestellt vom Central-Verein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V., o.O. 1932.

Galletti, Joh. Georg August: Geschichte und Beschreibung des Herzogthums Gotha, III. Teil, Gotha 1780.

Gegen das Vergessen – Die Novemberpogrome, Eisenach, Gotha, Schmalkalden, hrsg. v.d. Arbeitsgruppe beim Landesjugendverband der Evang.-Luth. Kirche Thüringens in Eisenach, Jüdische Landesgemeinde Thüringen, Eisenach 1988.

Geisa – 1175 Jahre, Festschrift, Fulda 1992.

Geisthirt, Johann Conrad: Historia Schmalkaldica oder Historische Beschreibung der Herrschaft Schmalkalden, Schmalkalden 1881.

Georgi, Felix (Hrsg.)*:* Chronik der Stadt Plaue, Plaue 1927.

Günther, Gerhard: Zur Geschichte der Juden in Mühlhausen, in: Mühlhäuser Beiträge, Heft 14, Mühlhausen 1991.

Hammer-Schenk, Harold: Synagogen in Deutschland, Geschichte einer Baugattung im 19. und 20. Jahrhundert (1780-1933), Teil 1, Hamburg 1981.

Hartmann, Heinrich: Der Marktflecken Bibra, Festschrift zur 400jährigen Jubelfeier der Grundsteinlegung der Kirche, den 17. Juli 1892, Meiningen 1892, in: Schriften des Vereins für Meiningensche Geschichte und Landeskunde, Heft 13, 1892.

Hartung, Bernhard: Häuserchronik der Stadt Erfurt, Erfurt 1861.

Heine, K.: Chronik der Stadt Ellrich, Ellrich 1899.

Heilbrunn, Fred: Geschichte der Eisenacher Juden, in: Jüdisches Nachrichtenblatt, Jg. 1970/71.

Henneberger Kreisblatt, Nr. 86 v. 29. Oktober 1881, S. 334, Lokales.

Hildburghäuser Kreisblatt, Nr. 65 v. 22. August 1876, Tageschronik.

Herrmann, Justin: Zur Tausendjahrfeier Barchfeld (Werra), Ein vollständiger Überblick der Geschichte der israelitischen Gemeinde, Barchfeld 1933.

Human, R. Armin: Zur Geschichte von Marisfeld, Erinnerungsblätter für die Gemeinde, Hildburghausen 1876.

Derselbe: Geschichte der Juden des Herzogtums Sachsen-Meiningen-Hildburghausen, in: Schriften des Vereins für Sachsen-Meiningensche Geschichte und Landeskunde, Heft 30, 1898.

Immig, Eberhard: Zur Geschichte der Erfurter Synagogen, in: Aus der Vergangenheit der Stadt Erfurt, Heft 1 (1955).

Jahr, R.; Lorenz, W.: Die Erfurter Inschriften (bis zum Jahr 1550), Teil I, Grabinschriften, in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte und Altertumskunde, Heft 36, Erfurt 1915.

Jaraczewsky, Adolph: Die Geschichte der Juden in Erfurt, Erfurt 1868.

Jüdische Friedhöfe. Referate und Diskussion auf der Konferenz vom 12.-14. Juni 1988 in Berlin, hrsg. v. Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Denkmalpflege, Berlin 1989.

Kahl, Monika: Zeugnisse jüdischer Kultur in Thüringen, in: Arbeitshefte des Thüringischen Landesamtes für Denkmalpflege, Heft 1/1994, S. 89-97.

Dieselbe: Das Ensemble des »Stetl«, in: Thüringer Neueste Nachrichten v. 5.1.1990.

Köhler, Günther: Die waren gut zusammen, in: Christlicher Hauskalender, 1988, S. 89-94.

Kroner, Theodor: Die Geschichte der Juden in Erfurt, Festschrift zur Einweihung der neuen Synagoge in Erfurt, Erfurt 1884.

Krusche, Michael: Die jüdische Gemeinde in Bleicherode von 1900 bis 1945, Manuskript, Heimatmuseum, Bleicherode 1988.

Kühn, Hermann: Die Stellung der Juden in Eisenach im Wechsel der Jahrhunderte, in: Heimatblätter '92 des Eisenacher Landes, Eisenach 1992.

Kuhlbrodt, Peter: Die Synagoge in Ellrich, in: Beiträge zur Heimatkunde aus Stadt und Kreis Nordhausen, Heft 8, 1983, S. 43-51.

Lehfeldt, P.; Voss, G.: Bau- und Kunstdenkmäler Thüringens, Herzogthum Sachsen-Meiningen, I. Band, 1. Abteilung, Kreis Meiningen, Jena 1909.

Leue, Richard: Jüdische Gemeinde in Schleusingen, in: Jüdisches Nachrichtenblatt, Dresden Dezember 1982.

Liesenberg, Carsten: Juden in Mühlhausen – ihre Geschichte, Gemeinde und bedeutenden Persönlichkeiten, unveröffentlichtes Typoskript, Mühlhausen 1989, handvervielfältigtes Exemplar.

Löwenbrück, Anna-Ruth: Juden in Thüringen, Blätter zur Landeskunde-Thüringen, hrsg. Landeszentrale für politische Bildung, Erfurt 1995.

Magall, Miriam: Kleine Geschichte der jüdischen Kunst, Köln 1994.

Menzel, Eberhard: Vom Wandel jüdischer Grabkultur in Erfurt, in: Deutsche Friedhofskultur, Februar 1995, 85. Jg. Aachen 1995, S. 59-62.

Mues, Siegfried: Objekte zur Geschichte jüdischer Bürger in Gera, in: Wohin in Gera 11/1988, S. 22-23.

Derselbe: Das Portal – in Sandstein gehauenes Sinnbild der Judenverfolgung, in: Wohin in Gera 3/1989, S. 16-17.

Neues Lexikon des Judentums, hrsg.v. Julius H. Schoeps, München 1992.

Neufeld, Siegbert: Die Vertreibung der Juden aus Sachsen und Thüringen, in: Thüringisch-sächsische Zeitschrift für Geschichte und Kunst, Heft 15, 1926, S. 181-202.

Nothnagel, Hans: Juden zwischen Rennsteig und Rhön – geschützt und gejagt, in: Das neue Heimatbuch, Zella-Mehlis / Meiningen 1994, S. 96 -134.

Nothnagel, Hans; Dähn, Ewald: Juden in Suhl, Konstanz 1995.

Plaut, Carl: Die jüdische Gemeinde Schmalkaldens, in: Schmalkalder Heimatblätter 1930, S. 29-32.

Raschke, Helga: Gotha – Die Stadt und ihre Bürger, Horb am Neckar 1992.

Ross, Karl-Heinz: Auch in unserer Kreisstadt lebten einst viele angesehene jüdische Bürger, in: Freies Wort vom 1.12.1988, Suhl.

Schmidt, Eva: Jüdische Familien im Weimar der Klassik und Nachklassik und ihr Friedhof, in: Reihe Tradition und Gegenwart – Weimarer Schriften, Heft 8, 1. Aufl. Weimar 1984.

Schröter, Manfred: Die Verfolgung der Nordhäuser Juden 1933 bis 1945, Nordhausen 1992.

1165 Jahre Schwarza. Herausgegeben von der Gemeinde Schwarza, Schwarza 1992.

Stadtlengsfeld. Ortschronik, Manuskript, o.J.

Stern, Heinrich: Geschichte der Juden in Nordhausen, Nordhausen 1927.

Steinhäuser, Hans-Peter: Die Juden in Eisenach, in: Christlicher Hauskalender 1989, S. 86-87.

Synagogen im alten Erfurt, Kleine Schriften des Vereins für die Geschichte und Altertumskunde, Erfurt 1995.

Thiele, Manfred: Im Schatten des gelben Sterns – Schicksale Mühlhäuser jüdischer Bürger, hrsg. v. Kreiskabinett für Kulturarbeit, Mühlhausen 1990.

Tittelbach-Helmrich, Wolfgang: Arnstadts jüdische Bürger, Arnstadt 1995.

Tüngerthal, Hans: Bleicherode in Ansichten, Zaltbommel/Niederlande 1992.

Unger, Peter; Ziegenhardt, Andrea: Kleine Chronik zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Arnstadt (1273-1944), in: Beiträge zur Heimatgeschichte Stadt und Kreis Arnstadt, Heft 10, 1988.

Volkmar, Karl: Tausend Jahre Barchfeld/W., Barchfeld 1933.

Weber, Peter: Das Gesicht der ehemaligen Synagoge in Heiligenstadt, in: Eichsfeld, Monatszeitschrift des Eichsfeldes, Heft 7, 1993, S. 202-203.

Wischnitzer-Bernstein, Rahel: Alte Synagoge Ellrich, in: Jüdisches Gemeindeblatt für Berlin, 28. 11. 1937.

Wohin in Gera, 3/1988, 11/1988, 3/1989., hrsg. v. Gera-Information.

Zeugnisse jüdischer Kultur. Erinnerungsstätten in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen, Berlin 1992.

Ungedruckte Quellen

Stadtarchiv Erfurt

Magistratsakten betr. den Beerdigungsplatz für die hiesigen Juden, Sign. 1-1/370-908.

Magistratsakten betr. Ankauf jüdische Grundstücke 1941-1943, Sign. 1-2/ 931-20989.

Bauordnungsamt Erfurt

Akten der Baupolizei zu Erfurt, betr.: An der Stadtmünze 5, 1838 bis 1918,

Staatsarchiv Gotha

Landratsamt Schmalkalden, Acta: betreffend den Bau und die Einrichtung von religiösen Reinigungsbädern für die israelitischen Gemeinden des Kreises Schmalkalden, 1833-1843. Sign. 2113.

Acta. betr.: Der Bau einer neuen Synagoge für die israelitische Gemeinde zu Barchfeld, 1841-1845, Sign. 2116.

Acta betr.: Die Dienstwohnung des israelitischen Elementarlehrers der Synagogengemeinde Barchfeld, 1842-1885, Sign. 2120.

Acta betr.: Die bauliche Einrichtung und Unterhaltung des israelitischen Schulhauses zu Barchfeld, 1849-1902, Sign. 2123.

Acta betr.: Die israelitische Schule zu Barchfeld, (1841), 1849 bis 1902, Sign. 2124.

Acta betr.: Das israelitische Schulhaus zu Barchfeld, 1888-1896, Sign. 2133.

Acta betr.: Der Friedhof der israelitischen Gemeinde Barchfeld, 1925-1938, Sign. 2136.

Acta betr.: Die israelitische Schule zu Schmalkalden, 1854-1867, Sign. 2128.

Acta betr.: Der Totenhof der israelitischen Gemeinde zu Schmalkalden, 1859-1898, Sign. 2130.

Akte betr.: Synagogen-Gemeinden 1922-1941, Bestand Landratsamt Schleusingen, Sign. 3043.

Stadtarchiv Schmalkalden

Akte: Erlaubnis einer Brunnenableitung zur Herstellung eines Reinigungsbades, 1837-1872, Sign. C II/4 Nr. 175.

Stadt-und Kreisarchiv Gotha

Akte betr.: Erweiterung des Judengottesackers hinter dem Siechenhause, Sign. 3499.

Stadtarchiv Heiligenstadt

Akte Sign. XL I, 8 und IX A 84/16.

Thüringisches Landesamt für Denkmalpflege

Ortsakte Schwarza.

Die Juden in Berkach, Erinnerungsbericht von Otto Neubert, Manuskript.

Dokumentationsmaterial zur Geschichte der jüdischen Gemeinde von Berkach, Manuskript,1991, erarbeitet von der Gemeindeverwaltung Berkach.

Kirchenchronik von Berkach, verf. v. Pfarrer Röhrig, um 1860.

Stadtarchiv Vacha

Akte II/2, 2/5.

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Thüringen und der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen Vom 7. Dezember 1993

Der Thüringer Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1
Dem am 1. November 1993 in Erfurt unterzeichneten Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Thüringen und der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen wird zugestimmt. Der Staatsvertrag wird nachstehend veröffentlicht.

§ 2
Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Der Tag, an dem der Staatsvertrag nach seinem Artikel 7 in Kraft tritt, wird durch den Präsidenten des Landtags im Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen bekanntgemacht.

Erfurt, den 7. Dezember 1993
Der Präsident des Landtags
Dr. Müller

Vertrag zwischen dem Freistaat Thüringen und der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen

Geleitet von dem Wunsch, das freundschaftliche Verhältnis zwischen dem Freistaat und der Jüdischen Glaubensgemeinschaft zu fördern und zu festigen, wird zwischen dem Freistaat Thüringen, gesetzlich vertreten durch den Ministerpräsidenten, und der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen, Sitz Erfurt, vertreten durch die satzungsmäßigen Vertreter, folgender Vertrag geschlossen:

Artikel 1
Eingedenk des geschichtlich bedingten besonderen Verhältnisses zu seinen jüdischen Bürgern und zur Erhaltung und Pflege des gemeinsamen deutsch-jüdischen Kulturerbes beteiligt sich der Freistaat Thüringen an den Ausgaben der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen für religiöse und kulturelle Bedürfnisse und für deren Verwaltung mit jährlich 300.000,00 DM, beginnend mit dem Haushaltsjahr 1993.

Diese Zahlung tritt an die Stelle der bisher an die Jüdische Landesgemeinde Thüringen erbrachten freiwilligen Leistungen.

Der Betrag ist in seiner Höhe jährlich, beginnend 1994, den Veränderungen der Besoldung der Landesbeamten anzupassen. Berechnungsgrundlage ist die Besoldung eines Landesbeamten der Besoldungsgruppe A 13 (verheiratet, 2 Kinder, 7. Dienstaltersstufe). Die Landesleistung wird in dem gleichen Verhältnis erhöht oder vermindert, in dem sich im Vorjahr die der Berechnung zugrundegelegte Besoldung erhöht oder vermindert hat; ausgenommen wird die Anpassung der Besoldung an die Besoldungshöhe der alten Bundesländer.

Artikel 2
Die Landesleistung wird mit je einem Viertel des Jahresbetrages jeweils zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November gezahlt.

Artikel 3
Die Förderung von einzelnen jüdischen Gemeinden gemäß Artikel 1 erfolgt, ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zur Landesgemeinde, durch die Landesgemeinde.

Unmittelbare Ansprüche von jüdischen Gemeinden an den Freistaat Thüringen sind ausgeschlossen.

Artikel 4
Die Jüdische Landesgemeinde Thüringen wird über die gemäß Artikel 1 gewährten Leistungen hinaus keine weiteren finanziellen Forderungen an den Freistaat Thüringen herantragen. Unberührt bleiben unter dem Gesichtspunkt der Denkmalpflege gewährte Zuschüsse oder auf Grund von Vereinbarungen mit dem Bund und den Ländern gewährte Zuschüsse zur Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe sowie nach Maßgabe der allgemein geltenden Gesetze gewährte Zuschüsse zur Sicherstellung jüdischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen Thüringens.

Artikel 5
Die Thüringer Landesregierung und die Jüdische Landesgemeinde Thüringen werden zur Pflege ihrer Beziehungen regelmäßige Begegnungen anstreben. Sie werden sich vor der Regelung von Angelegenheiten, die die beiderseitigen Interessen berühren, miteinander ins Benehmen setzen und jederzeit zur Besprechung solcher Fragen zur Verfügung stehen.

Artikel 6
Die Vertragschließenden werden in Zukunft auftretende Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung einer Bestimmung dieses Vertrages auf freundschaftliche Weise beseitigen.

Artikel 7
Der Vertrag tritt am Ersten des Monats in Kraft, der auf den Tag folgt, an dem der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen die Erklärung des Freistaates Thüringen zugegangen ist, daß der Thüringer Landtag dem Vertrag zugestimmt hat.

Zu Urkund dessen ist dieser Vertrag in zweifacher Urschrift unterzeichnet worden.

Geschehen zu Erfurt am 01. November 1993

Dr. Bernhard Vogel
Der Thüringer Ministerpräsident

Der Vorstand der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen
Raphael Scharf-Katz
Manfred J. Wagner

Statistische Angaben zum Bestand an Zeugnissen jüdischer Kultur in Thüringen

Jüdische Friedhöfe

Arnstadt, Gräberfeld auf dem städtischen Neuen Friedhof
Aschenhausen
Barchfeld
Bauerbach
Berkach
Bleicherode
Dreißigacker
Eisenach, zwei Gräberfelder auf dem städtischen Hauptfriedhof
Ellrich
Erfurt, Reste der alten Friedhofsanlage und neuer Friedhof
Bad Frankenhausen
Gehaus
Geisa
Gleicherwiesen
Gotha
Heiligenstadt
Immenrode
Marisfeld
Meiningen, Gräberfeld auf dem städtischen Parkfriedhof
Mühlhausen
Nordhausen
Plaue
Schleusingen
Schmalkalden, Reste der alten Friedhofsanlage und neuer Friedhof
Schwarza
Sondershausen
Stadtlengsfeld
Suhl
Suhl-Heinrichs
Vacha
Walldorf
Weimar
Weitersroda

außerdem:

Altenburg Massengrab und Gedenkstein für ausländische jüdische KZ-Häftlinge, Hauptfriedhof
Blankenhain Gräberfeld für 68 nach ihrer Befreiung im Krankenhaus verstorbene ausländische jüdische Häftlinge des KZ-Buchenwald, Friedhof
Gera Gräberfeld für 446 ausländische jüdische Opfer des Nationalsozialismus,Ostfriedhof
9 Gräber für Geraer jüdische Opfer des Nationalsozialismus, Ostfriedhof

Noch vorhandene Synagogen bzw. Überreste (ohne Betsäle)

Aschenhausen	Baujahr 1842/43
Bauerbach	Baujahr 1826, nach 1937 Umbau zum Wohnhaus
Berkach	Baujahr 1852-54
Bibra	Baujahr 1842-46, nach 1933 Umbau zum Wohnhaus
Erfurt, Synagoge Michaelisstraße 2	Baujahr Ende 13. Jahrhundert, Reste erhalten
Synagoge an der Stadtmünze 5	Baujahr 1840, 1884 Umbau zum Wohnhaus
Neue Synagoge	Baujahr 1952
Heiligenstadt	Baujahr 1873, 1938 Schändung, 1940 Umbau zum Wohnhaus
Hildburghausen	Baujahr unbekannt, nach 1945 Umbau zu Lager/Büroraum
Marisfeld	Baujahr 1832, nach 1924 Umbau zum Wohnhaus
Mühlhausen	Baujahr 1842
Schleusingen	Baujahr 1878/79, 1938 Schändung, nach 1945 Umbau zur Poliklinik
Stadtlengsfeld	Baujahr 1850, 1938 Schändung, danach Umbau zu Wohn-/Gewerberaum
Themar	Baujahr unbekannt, Betsaal seit 1870, Weihe zur Synagoge 1877, Einbau der Lehrerwohnung 1894, nach 1938 Umbau zum Wohnhaus
Walldorf	Baujahr 1789/90, 1938 Schändung, Reste erhalten

Zerstörte Synagogenbauten im Zeitraum ihres Bestehens

Arnstadt	1913-1938
Barchfeld	1845-1938
Bleicherode	1880-1938
Eisenach	1884/85-1938
Erfurt	1884-1938 (Synagoge am Kartäuserring)
Ellrich	1730-1938
Gehaus	Baujahr unbekannt – 1975
Geisa	1862-1938
Gleicherwiesen	1787/1817-1938
Gotha	1904-1938
Hildburghausen	1811-nach 1933
Meiningen	1883-1938
Nordhausen	1845-1938
Schmalkalden	1930-1938
Schwarza	1640/1841-1977/78
Sondershausen	1825/26-1938 (Reste 1960 abgetragen)
Suhl	1906-1938
Vacha	vor 1777/1829 – Abriß nach 1945

Erhaltene Mikwen bzw. Überreste

Berkach	1838
Bibra	unbekannt, Überreste
Erfurt	um 1820/40
Schmalkalden	19. Jahrhundert

Jüdische Schulgebäude bzw. Überreste

Aschenhausen	1846, nach 1933 Umbau zum Wohnhaus
Barchfeld	1841/42, nach 1926 Umbau zum Wohnhaus
Berkach	1852-54, um 1900 Umbau zum Wohnhaus
Gehaus	Baujahr unbekannt, nach Aufgabe Umbau zum Wohnhaus
Geisa	Baujahr unbekannt, nach 1924 Umbau zum Wohnhaus
Hildburghausen	1824 erworben, nach 1922 Umbau zum Wohnhaus
Marisfeld	um 1832, Aufstockung 1861, nach Aufgabe Umbau zum Wohnhaus
Plaue	unbekannt, nach 1920 Umbau zum Wohnhaus
Schwarza	unbekannt, nach Aufgabe Umbau zum Wohnhaus
Schmalkalden	18./Anfang 19.Jahrhundert, nach Aufgabe Umbau zum Wohnhaus
Stadtlengsfeld	unbekannt, nach 1860 Umbau zum Wohnhaus
Walldorf	1840, nach Aufgabe Umbau zum Wohnhaus

Künstlerisch gestaltete Denkmale für jüdische Opfer des Nationalsozialismus

Gera	1988, »Das Portal «, Gestaltung: Wieland Schmiedel, Schülerstraße/Ecke Anna-Schneider-Straße
Weimar-Buchenwald	1993, Gestaltung: Tine Steen und Klaus Schlosser, auf der Fläche des ehemaligen Blocks 22

Gedenksteine und Gedenktafeln

Apolda	Gedenktafel am Wohnhaus des jüdischen Bürgers Bernhard Prager, Bernhard-Prager-Straße 8
Arnstadt	Gedenkstein am ehemaligen Standort der Synagoge
Barchfeld	Gedenkstein zur Erinnerung an die zerstörte Synagoge
Weimar-Buchenwald	Gedenkstein für die jüdischen Opfer des Konzentrationslagers, vor dem ehemaligen Barackenlager
Bleicherode	Gedenkstein am ehemaligen Standort der Synagoge Gedenktafel zur Erinnerung an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus Bleicherodes, an der Marienkirche
Eisenach	Gedenkstein mit Anlage am ehemaligen Standort der Synagoge Gedenktafel zur Erinnerung an die Deportationstransporte, in der Empfangshalle des Hauptbahnhofs
Ellrich	Gedenktafel zur Erinnerung an die jüdische Gemeinde, an der Einfriedungsmauer des jüdischen Friedhofs
Erfurt	Gedenkstein zur Erinnerung an die Erfurter jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, auf dem jüdischen Friedhof, Werner-Seelenbinder-Straße

	Gedenkstein am ehemaligen Standort des alten jüdischen Friedhofs, Cyriakstraße
	Gedenktafel zur Erinnerung an den 1938 zerstörten Vorgängerbau der Synagoge, in der Halle der neuen Synagoge Juri-Gagarin-Ring
	Gedenktafel zur Erinnerung an die Deportationstransporte, am West-Aufgang des Hauptbahnhofs
	Gedenktafel zur Erinnerung an die Pogromnacht vom 9./10. November 1938, an der Humboldt-Schule, Meyfartstraße
	Gedenkstele zur Erinnerung an die jüdischen Erfurter Opfer des Nationalsozialismus, auf dem Hauptfriedhof
Geisa	Gedenkstein am ehemaligen Standort der Synagoge
Gera	Gedenkstein für 446 jüdische Opfer des Nationalsozialismus, auf dem Ostfriedhof
Gotha	Gedenktafel beim ehemaligen Standort der Synagoge
Heiligenstadt	Gedenktafel an der zum Wohnhaus umgebauten ehemaligen Synagoge
Ilmenau	Gedenktafel zur Erinnerung an die deportierten ehemaligen Besitzer Samuel und Helene Gronner, am Kaufhaus Friedrich-Hofmann-Straße 4-6
Jena	Gedenktafel zur Erinnerung an den Ausgangspunkt der Deportationstransporte, am Bahnhofsgebäude Jena-West, Bahnsteig 1
Meiningen	Gedenkstein am ehemaligen Standort der Synagoge
	Gedenktafel zur Erinnerung an den Sammelpunkt für die Deportationstransporte, am Wohnhaus Ludwig-Chronegk-Straße 6
Nordhausen	Gedenkstein beim ehemaligen Standort der Synagoge
Römhild	Gedenktafel zur Erinnerung an den Ausgangspunkt der Deportationstransporte, am Wohnhaus Heurichstraße 8
Schmalkalden	Gedenktafel am ehemaligen Standort der Synagoge
Sondershausen	Gedenkstein zur Erinnerung an die Sondershäuser Opfer des Nationalsozialismus, auf dem jüdischen Friedhof
Suhl	Gedenkstein am ehemaligen Standort der Synagoge
Schleusingen	Gedenktafel am umgebauten Gebäude der ehemaligen Synagoge
Walldorf	Gedenktafel an der ehemaligen Synagoge
Weimar	Gedenktafel zur Erinnerung an die jüdischen Bewohner, die Familien Ortweiler und Appel und die Geschichte des Hauses 1933-1945, am Wohnhaus Am Brühl 6

Die Geschichte jüdischer Besiedlung in Thüringen reicht bis zur Jahrtausendwende zurück.
Etwa 100 Sachzeugnisse oder Gedenksteine und -tafeln in 44 Orten weisen auf die
zumeist in Vergessenheit geratenen Stätten religiöser Kultur, wie Friedhöfe, Synagogen, Schulen und Mikwen,
sowie auf das Schicksal jüdischer Bürger hin.
Ihre Auflistung, die Beschreibung und die Erläuterungen in der Aufgabenstellung für die Denkmalpflege
sind ein Beitrag zur Bewahrung und materiellen Erhaltung jener letzten historischen Überreste
von jüdischen Kulturdenkmalen in dieser Region Deutschlands.



ISBN 3-927879-90-8